

der Anwesenheit, denn dann wird er bald am Hungertuch nagen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.) Ich finde seine Vorgangsweise mehr als unfair.

Werte Anwesende, damit es nicht so passiert, wie es der Abgeordnete Mag. Rader geschildert hat, müssen Gemeinden etwas gegen den Müll tun. Umwelt, Abwasser, Mülldeponien sind heute die Schlagzeilen. Schlagen Sie irgendeine Zeitung auf, Sie werden diese Worte finden. Weil man neue Mülldeponien fast nirgends bauen kann, soll man dann den Müll auf das Unvermeidliche begrenzen. Restmüll ist das Schlagwort! Restmüll erhält man aber nur, wenn man die Altstoffe sammelt. Bis 1992 müssen alle Gemeinden diese Altstoffsammlung durchführen. Auch in unserer Gemeinde wird das gemacht, und wir haben daher ein Altstoffsammelzentrum errichtet – ein eigenes, nicht irgendwo in einem Bauhof, sondern ein eigenes Gebäude.

Es werden jetzt nicht nur, wie es früher war, Papier, Altmetall, Bunt- und Weißglas gesammelt, sondern sehr, sehr viel mehr. Dieses ASZ kostet uns 850.000 Schilling, und ich möchte mich recht herzlich bei unserem Gemeindefereferenten, Herrn Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner, und beim Landesrat Dipl.-Ing. Schaller für die großzügige Unterstützung für das Pilotprojekt bedanken. Aber ich möchte euch nun schildern, wie eben die Theorie und die Praxis beim Altstoffsammeln ausschauen. Da ist man halt sehr weit auseinander. Wir haben geglaubt, wir brauchen nur zirka zehn Container, dann werden wir sämtliche Altstoffe haben. Wir haben festgestellt, daß wir zirka 20 Container für verschiedene Stoffe in der Halle brauchen und fast so viele im Problemstoffsraum. Es gibt eben sehr, sehr viele Altstoffe, die man fast nicht auseinanderkennt. Auf der einen Seite glaubt man, das ist Stanniol oder eine Alufolie, und man stellt fest, daß es eben Plastik ist.

Wir brauchen bis jetzt noch keine Gründeponie, denn in einer ländlichen Gemeinde ist es üblich, daß jeder Haushalt eben einen Komposthaufen hat. Wir trennen unseren Müll; sogar das Papier wird in Kartons und Zeitungen getrennt, weil wir der Meinung sind, man erzielt einen besseren Preis.

Wir pressen diese Altmetalle und lagern sie, bis wir ein Volumen haben, damit es entsorgt werden kann. Warum haben wir diese Entsorgung so früh begonnen? Wir waren der Meinung, daß dadurch die Müllabfuhr billiger kommt. Optimisten haben geglaubt, es wird billiger. Ich habe immer gesagt: Wenn es gleich bleibt, ist es schon ein Erfolg. Wir stellen jetzt fest, früher hat man für das Papier etwas bekommen – als die Gemeinden noch nicht sammeln mußten –, das Glas und das Altmetall wurden kostenlos abgeführt. Heute müssen wir für alles bezahlen. Ich glaube – und daher müssen wir hier wirklich alle zusammenhalten –, daß wir wieder von dem Schlagwort privatisieren – diese Firmen, die eben die Altstoffe entsorgen – wegkommen müssen und verländern müssen, wenn ich nicht sage verstaatlichen. Es muß so weit kommen, daß diese Altstoffe zu einem Selbstkostenpreis entsorgt werden können. Dafür muß eben, wie Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller schon erwähnt hat, eine Landesholding oder eben ähnliches errichtet werden.

Herr Landesrat, ich ersuche Sie wirklich, daß diese Holding verwirklicht wird, damit unsere Müllwirt-

schaftsverbände, die Bezirksverbände, die ja für die Entsorgung zuständig sind, nicht erpreßbar werden. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ. – 18.29 Uhr.)

Präsident Meyer: Der Herr Abgeordnete Schrittwieser hat sich zu Wort gemeldet.

Abg. Schrittwieser (18.29 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Auch ich darf mich bei dieser Umweltdebatte ausschließlich mit der Problematik der Abfallwirtschaft beschäftigen. Die Abfallwirtschaft wird für uns als Verantwortliche, aber auch für die gesamte Bevölkerung ein immer komplexeres Problem, und wir treten zur Zeit, was die Abfallwirtschaft betrifft, glaube ich, schon einige Zeit an der Stelle und kommen keinen Schritt weiter. Ich weiß schon, daß das ein sehr sensibles Problem ist, und auch, daß der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller als verantwortlicher Referent in der Landesregierung sich sehr um die Dinge bemüht, auch sehr engagiert an die Sache herangeht, aber ich glaube, daß das Instrument, mit dem wir versuchen, das Problem zu lösen, nicht das richtige ist, und wir haben das auch bei der Novelle des Abfallwirtschaftsgesetzes des Landes formuliert. Ich werde auch auf Grund einiger Beispiele beweisen, daß das, was ich vorweg gesagt habe, auch richtig ist. Wir haben 17 Abfallwirtschaftspläne zu beschließen in der Steiermark, und sie sollten bereits seit Jahren beschlossen sein. 13 davon sind in den Abfallwirtschaftsverbänden beschlossen, acht Pläne sind von der Landesregierung genehmigt, und bei vier wurde eine Ersatzvornahme angedroht. Diese Zahlen beweisen, daß die Müllwirtschaftsverbände diese großen Probleme nicht alleine bewältigen werden können. Das war immer unser Argument bei den Verhandlungen des Abfallwirtschaftsgesetzes, und jetzt ist viel Zeit vergangen, und die Fakten zeigen uns, daß alles, was wir gesagt haben, eingetreten ist. Selbst wenn alle vorgeschriebenen Abfallwirtschaftspläne von den Verbänden beschlossen und von der Landesregierung genehmigt und dadurch mögliche Standorte zu Abfallbehandlungsanlagen festgelegt sein werden, ist damit noch kein einziger Standort realisiert.

Interessant wäre in diesem Zusammenhang auch die Beantwortung der Frage, in wie vielen Flächenwidmungsplänen Standorte schon ersichtlich gemacht worden sind.

Auch die Zahl der Deponieausweisungen im Rahmen der regionalen Entwicklungsprogramme würde mich interessieren. Auf Grund dieser Problematik fordere ich dich, sehr geehrter Herr Landesrat, und die Mehrheitsfraktion dieses Hauses auf, die Standorte zwar gemeinsam mit den Abfallwirtschaftsverbänden, aber mit Verordnung der Landesregierung, festzulegen. Ich bin der Auffassung, daß es ohne die Betroffenen sicherlich nicht gehen wird.

Unter der optimistischen Annahme im Müllwirtschaftskonzept des Landes, daß es gelingt, das weitere Wachstum auf einen Wert von plus 0,5 Prozent abzusenken, ergibt sich für das Jahr 2000 ein Gesamtmüllaufkommen von rund 345.000 Tonnen in der Steiermark. Das entspricht einem Müllaufkommen von 300 Kilogramm pro Einwohner.

Obwohl allen bekannt ist, daß unsere Deponieflächen in der Steiermark nur mehr drei Jahre ausreichen, wenn ich daran denke, bekomme ich Angst, wird noch immer an der falschen Kompetenzverteilung festgehalten, und bei der letzten Novelle im Juni, die wir ja außer bei der Standortfestlegung mitbeschlossen haben, wird noch immer bei den Verbänden beziehungsweise Gemeinden diese Kompetenz belassen. Wenn ich daran denke, daß 50 Prozent des Mülls der Stadt Graz nach Frohnleiten geführt werden und 50 Prozent nach Halbenrain und beide Deponien in drei Jahren voll sein werden, dann möchte ich lieber an diese Zeit nicht denken. Wir haben dadurch, daß wir das nicht von Haus aus zentral koordiniert haben, bereits viel Zeit verloren. Selbstverständlich können die Abfallwirtschaftsverbände die Standortfrage nicht lösen. Ein Beispiel: Der Abfallwirtschaftsverband Bruck-Mürzzuschlag, der sich zusammengeschlossen hat, hat drei Standorte in der Region vorgeschlagen, und alle drei konnten aus ökologischen Überlegungen nicht genehmigt werden. Ich glaube auch, daß wir uns hier die Latte vom Gesetzgeber her sehr hoch gelegt haben. Jetzt muß das Land einen Vorschlag machen, und die Abfallwirtschaftsverbände Bruck und Mürzzuschlag warten auf diese Antwort. Aber ich weiß, daß es auch in dieser Frage nicht sehr bald eine geben wird. Ich weiß schon, daß sich in der Abfallwirtschaft nicht alles um die Deponien handeln kann. Der Herr Generaldebattenredner, Kollege Purr, hat das bereits angeschnitten. Ich weiß auch, daß die festgeschriebenen Prioritäten einzuhalten sind, und diese sind eben die Vermeidung, die Trennung, die Kompostierung, die Sammlung der wiederverwertbaren Altstoffe. Das muß selbstverständlich Vorrang haben. Aber auch, wenn all diese Hoffnungen eintreten, werden wir noch immer eine große Menge von Restmüll zu entsorgen haben. Wir haben für diese Entsorgung nicht mehr viel Zeit. Ich glaube und muß mit aller Deutlichkeit feststellen, daß wir in der Abfallfrage, sehr geehrter Herr Landesrat, und der Herr Landeshauptmann DDr. Schachner hat in der letzten Landtagssitzung die Hand ausgestreckt und die Zusammenarbeit in dieser schwierigen Frage wiederum angeboten, wenn Sie das Instrument verändern, in dem Sinn, wie ich es in meinen Ausführungen bereits gesagt habe.

Ein weiteres ungelöstes Problem ist die Frage des Klärschlammes. Ich habe im Jänner dieses Jahres die Anfrage an den Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller gerichtet, wie das Land Steiermark in der Zukunft glaubt, die Problematik des Klärschlammes zu bewältigen. Wir haben selbstverständlich aus Umweltschutzgründen den Gemeinden Abwasseranlagen vorgeschrieben, die sie auch mit großem finanziellem Aufwand errichtet haben, und wir haben jetzt mit dem Produkt, das beim Betrieb der Kläranlage herauskommt, unsere größten Sorgen. Die Gemeinden sind bei der Entsorgung derzeit den Entsorgerfirmen, aber auch den Deponiebetreibern vom Preis her völlig ausgeliefert. Ich möchte doch, weil in der Anfragebeantwortung gesagt wurde, daß dieses Klärschlammkonzept im Sommer dieses Jahres vorliegen wird, eine Kritik anbringen, weil es bis zum heutigen Tage noch nicht vorliegt. Als einen Grundsatz hast du, Herr Landesrat, bei der Beantwortung dieser Frage angeführt, daß die landwirtschaftliche Verwertung auch einen gewissen Stellenwert bei der Bewältigung des

Problemes haben soll. Die Idee, daß grundsätzlich die landwirtschaftliche Klärschlammverwertung als ein Schritt zur natürlichen Kreislaufwirtschaft anzustreben ist, ist zu begrüßen. Aber als Agrarlandesrat in deiner Kompetenz weißt du, daß die Landwirtschaft überhaupt nicht bereit ist, diesen Klärschlamm aufzunehmen. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Das ist ein Blödsinn!“) Auch die Vertreter der Landwirtschaftskammern sind nicht bereit, Kollege Korber (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Du hast keine Ahnung, was du redest!“) Lieber Kollege Korber, jetzt wissen wir, daß du wieder da bist, denn du warst ja den ganzen Tag nicht anwesend. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Glaubst du, daß der Vizebürgermeister ein Trottel ist? Du kennst dich nicht aus. Mische dich nicht ein!“) Kollege Korber, ich habe dich jetzt zwar nicht um deine Meinung gefragt, aber ich habe mit Vertretern der Landwirtschaft diese Frage diskutiert, und die teilten mir eindeutig mit, daß die Bauern dieses Landes nicht bereit sind, den Klärschlamm auf ihre Felder aufzubringen (Abg. Kammlander: „Der Kollege Korber ist der Experte.“ – Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Selbstverständlich!“), weil sie eben gewisse Risiken darin sehen.

Und nun einige Worte zur Altstoffsammlung: Die Altstoffsammlung bereitet uns ebenfalls große Probleme. Die Austria-Glas-Recycling hat einen Großteil der Verträge mit den Gemeinden gekündigt und in einem Vertragsentwurf erstmals einen Entsorgungsbeitrag von 900 Schilling je Behälter verlangt. Ich weiß, daß jetzt mit diesen Altstoffentsorgern verhandelt wird, und ich hoffe, daß im Sinne unserer Bevölkerung, aber auch der Kosten hier gute Verträge abgeschlossen werden können. (Abg. Dr. Cortolezis: „Das ist völlig falsch, sagt Korber!“) Beim Altpapier – lieber Kollege Dr. Cortolezis, du kannst dich dann zu Wort melden – (Abg. Dr. Cortolezis: „Das ist völlig daneben!“ – Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Immer das gleiche!“) Was glaubst du, Kollege Korber, wie oft du hier schon das gleiche erzählt hast, was wir auch schon wissen. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Du kannst das kürzer fassen!“) Ich werde keine 20 Minuten brauchen, wenn du mich nicht ständig unterbrichst. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Ich wollte die ganze Debatte in 20 Minuten abfassen. Du redest schon eine halbe Stunde!“) Das glaube ich nicht.

Beim Altpapier haben wir ebenfalls große Probleme. Von der Stadt Wien kommen 70.000 Tonnen pro Jahr in die Steiermark, wobei die Industrie nur 15.000 in der Steiermark – (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Du hast mitgestimmt. Jetzt redest du dagegen!“) Bitte? (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Das alles ist ein Blödsinn!“) Meine sehr verehrten Damen und Herren! (Präsident Meyer: „Der Herr Abgeordnete Schrittwieser ist am Wort, bitte!“) Ich möchte zum Abschluß noch einmal darum bitten, Herr Landesrat, das Instrument zur Bewältigung dieses Abfallproblems zu verändern, daß wir die nötigen Standorte zentral versuchen zu erreichen (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Ihr disqualifiziert einander!“), daß wir dieses Klärschlammkonzept, das wir dringend brauchen, in nächster Zeit auf den Tisch bekommen. Ansonsten werden die Gemeinden diese Probleme nicht bewältigen. Und wenn jetzt diese Gesellschaft, die du angekündigt hast, gegründet wird (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Ein Wahnsinn, ihr seid lauter Pyromanen!“), dann hoffe ich, daß diese Gesell-

schaft in möglichst kurzer Zeit, sei es in der Abfallproblematik, sei es in der Klärschlammproblematik, aber auch beim Recycling, gute Vorschläge vorlegt (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Ihr seid unglaublich!“), denn ansonsten werden wir einem Müllkollaps in der Zukunft nicht auskommen. (Beifall bei der SPÖ. – 18.43 Uhr.)

Präsident Meyer: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Lopatka das Wort.

Abg. Dr. Lopatka (18.43 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Zu diesem Kapitel gehört auch der Naturschutz, und erlauben Sie mir, einige Sätze zum Naturschutz hier anzumerken.

In der Steiermark sind zur Zeit zwar 40 Prozent der Landschaft unter Schutz gestellt, trotzdem sind Überlegungen für einen wirkungsvolleren Naturschutz aktueller denn je. Wie komme ich zu dieser Behauptung? 506 Pflanzenarten und 1177 Tierarten sind in den Roten Listen als mehr oder minder bedroht angeführt. Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth hat sich zwar in den letzten Jahren immer wieder bemüht, sich dieser wichtigen Aufgabe zu stellen, aber es gibt noch viele ungelöste oder schwer zu lösende Fragen. Diese können nur dann bewältigt werden, wenn weiterhin private Organisationen, wie der Naturschutzbund, auch die Naturschutzjugend oder die Berg- und Naturwacht, bereit sind, auch von privater Seite her Mittel aufzubringen, um einzigartige Naturschönheiten unseres Landes zu retten. Man muß aber auch sagen, daß es Landeshauptmannstellvertreter Jungwirth gelungen ist, erstmals den Mindestbetrag, den man benötigt, um die angestrebten Maßnahmen zu setzen, in das Budget hineinzubekommen. Es sind immerhin mehr als 13 Millionen Schilling an Budgetmitteln. Und ich darf aus dem gesamten Komplex des Naturschutzes drei Initiativen hervorheben:

Erstens: Das Biotoperhaltungsprogramm, durch das bereits über 400 Hektar naturräumlich hochwertige Flächen in naturschonender Art bewirtschaftet werden. Das wird seitens der Landwirte sehr gerne angenommen, und dieses Programm ist auch massiv fortzusetzen. Denn so kann es nicht sein, daß zwar die Allgemeinheit verlangt, daß Naturschönheiten erhalten bleiben, aber der einzige, der es zu bezahlen hat, das soll der Bauer sein. Wir werden in Zukunft, wollen wir Naturschönheiten erhalten, mehr denn je bereit sein müssen, den Bauern entsprechende Entschädigungen zu geben. Das gilt nicht nur für Biotope, das gilt zum Beispiel bei uns im Bezirk Hartberg auch dann, wenn wir tatsächlich wollen, daß Bäume, die die Naturlandschaft prägen – ob das Birnbäume oder andere sind –, daß die Naturlandschaften erhalten bleiben, dann müssen wir auch den Bauern entsprechende Entschädigungen zukommen lassen.

Dieses Biotoperhaltungsprogramm wird von Jörg Steinbach, dem wirklich sehr engagierten beamteten Naturschützer der Steiermark, als Sauerteig der Natur gesehen. Denn einerseits wird dem Landwirt geholfen, mit den vielen Nützlingen – wie er es bezeichnet – dieser Biotope den Kampf gegen die Schädlinge ihrer Kulturen zu führen.

Der zweite Punkt, den ich erwähnen möchte, ist einer, der Naturschönheiten der Steiermark über die Grenzen Österreichs hinaus in das Bewußtsein der Europäer bringen könnte. Auf Grund der fortschreitenden Bedrohung der Naturlandschaften und der damit verbundenen Verschlechterung der Lebensgrundlagen vieler Tier- und Pflanzenarten hat der Europarat 1976 alle Mitgliedstaaten zur aktiven Teilnahme an der Schaffung eines europäischen Netzwerkes von Schutzgebieten aufgefordert, und es gibt hier sogenannte biogenetische Reservate, die nach strengen Richtlinien eine der folgenden Kategorien erfüllen müssen, um in diese Kategorie aufgenommen zu werden: Es müssen typische, einzigartige, seltene oder bedrohte Landschaftsstriche sein. Österreich besitzt zur Zeit zwölf derartige Gebiete, die vom Europarat als biogenetische Reservate anerkannt sind, und sechs weitere Gebiete werden im nächsten Jahr aufgenommen werden. Und hier bemüht sich nun Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth darum, daß zumindest eines der drei folgenden einzigartigen naturräumlichen Gebiete der Steiermark aufgenommen wird und sodann europaweit auch entsprechend beachtet und geachtet wird.

Diese drei naturräumlichen, ökologisch äußerst bedeutungsvollen Schutzgebiete sind: der Gulsenberg bei Kraubath, der Kirchkogel bei Pernegg und das Bürgschachner Moor bei Admont. Und ich hoffe, daß es Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth gelingt, daß zumindest eines dieser drei – ich wiederhole mich – ökologisch äußerst bedeutungsvollen Schutzgebiete in die Kategorie dieser biogenetischen Reservate des Europarates aufgenommen wird.

Der dritte Punkt, den ich nennen möchte: Entscheidend ist auch die Bewußtseinsbildung bei der Bevölkerung. Und hier sind wir wieder einmal in der Steiermark, Gott sei Dank, Vorreiter mit der Erstellung sogenannter Ökokataster. In einzelnen Gemeinden hat man diese Arbeit schon in Angriff genommen. Man versteht darunter die ökologische Bewertung der Flächen in den einzelnen Gemeinden, und das Entscheidende für mich dabei ist, daß die Gemeinde in einen langen Diskussions- und oft auch Umdenkprozeß bei der Erstellung dieser Ökokataster miteingebunden ist. Ich freue mich, daß auch für diesen Bereich Mittel bereitgestellt werden.

Noch einen Punkt möchte ich nennen. Durch die Errichtung von Schipisten hat man in die Naturlandschaften eingegriffen. Aber daß man etwas Wunderbares daraus machen kann, das sehen Sie an Hand der Broschüre, die der Bürgermeister, Abgeordneter Kröll, heute ausgeteilt hat. Hier sieht man, wie im Sommer eine Schipiste aussehen kann, wenn entsprechende Bemühungen getroffen werden, in welcher Blumenpracht eine solche Schipiste im Sommer steht. Ich wollte diese Punkte anmerken, und bin froh, daß der Naturschutz entsprechend im Budget dotiert ist. Er ist ein ganz wichtiger Bereich der Landespolitik und verdient es, daß er auch mit entsprechenden Mitteln bedacht wird. Danke. (Beifall bei der ÖVP. – 18.50 Uhr.)

Präsident Meyer: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kammlander.

Abg. Kammländer (18.50 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Der Herr Kollege Mag. Rader hat ja schon groß herumgefackelt von wegen Müllverbrennung, daß die Grünen die Müllverbrenner als Pyromanen bezeichnen. Wir haben jetzt Ende 1990, also droht uns die Gründung der Abfallverwertungs-Ges. m. b. H. Es ist ja schon bekannt geworden, daß die Gründung in den nächsten Tagen oder Wochen stattfinden wird. Diese Ges. m. b. H. ist die Voraussetzung für eine Müllverbrennungsanlage in der Steiermark. Ich nehme jedenfalls an, daß sie dazu in erster Linie dienen wird, nachdem die STEWEAG dabei ist, dann der Städte- und Gemeindebund und natürlich auch das Land Steiermark. In erster Linie, wie Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller in einer Presseaussendung gemeint hat, geht es darum, daß eine Machbarkeitsstudie für die Müllverbrennung gemacht wird. Die Machbarkeit ist ein Problem. Die Umsetzung wird das zweite Problem sein. Wir wissen alle, daß Müll ein sehr teurer und wertvoller Brennstoff ist, und statt daß man ihn ordentlich behandelt, verwertet und dann am Ende in einer Hochsicherheitsdeponie abgelagert, werden bei der Müllverbrennung die Reste fein verteilt an die Luft und an das Wasser abgegeben. Wenn das eine Form der ökologischen Entsorgung ist, dann weiß ich nicht. Für die Ablagerung von Stäuben, Aschen und Schlacken fehlen sowieso noch die Sondermülldeponien in der Steiermark sowie in Gesamtösterreich. Soweit zu den Krematorien.

Wir haben auch schon im Oktober kritisiert, vor allem anlässlich des Umweltschutzpreises, daß gerade zwei Deponien wie Frohnleiten und Markt Hartmannsdorf diesen Preis bekommen haben. Wir haben auch Fotos von diesen Deponien, ich werde sie auch gerne dem Herrn Landesrat überreichen, aber das soll nicht allein das Problem sein. Wir glauben, daß diese Form der Müllanlieferung und Müllablagung in keinem Fall dem Stand der Technik entspricht. Das ist unsere Kritik an beiden Deponien, und daß gerade solche Deponien den Umweltschutzpreis bekommen haben. Ich glaube, es wäre wünschenswert, wenn es 1991 einen Müllwirtschaftsverband gäbe, der diesen Umweltschutzpreis verdient, der wirklich ein ökologisches Müllkonzept vorlegt, das natürlich auch vom Land anerkannt werden muß. Damit bin ich schon beim Bezirk Radkersburg. In den letzten Tagen hat sich die Bürgerinitiative auch beim Landesrat eingefunden.

Wenn wir im Umweltschutzbericht nachschauen, wissen wir, daß dieser Bezirk 5600 Tonnen Müll selbst produziert, jedenfalls 1988, das sind knappe 7 Prozent des Grazer Mülls von 82.600 damals noch, ich weiß, inzwischen ist es mehr, aber es ist wahrscheinlich noch immer ein Prozentsatz zwischen 5 und 7 Prozent des Grazer Mülls und 1,7 Prozent des gesamten steirischen Mülls, der dort in diesem Bezirk anfällt. Gerade die Bürger dieses Bezirkes versucht man jetzt mit der Genehmigung des Sektors B der Mülldeponie Halbenrain unter Druck zu setzen. Ich glaube auch, so wie auch die Initiative, daß der Bezirk und vor allem Halbenrain selbst schon einen Beitrag zur steirischen Müllablagung geleistet hat. Ich muß sagen Ablagerung, weil Entsorgung oder ökologisch war da ja überhaupt nichts. Wir sollen sie jetzt nicht unter Druck setzen mit dieser Bewilligung für den Sektor B. Man

soll sie auch nicht mit Druck dazu bringen, daß sie einem Müllwirtschaftskonzept ihrer Region zustimmen, das der Bürgerbeirat und auch die Verbandsorgane in der Endfassung noch nicht gesehen haben. Die Bürgerinitiative hat auch anlässlich dieser friedlichen Besetzung des Büros des Herrn Landesrates Dipl.-Ing. Schaller eine Resolution überreicht, in der sie wörtlich verlangen: „Wir verlangen von Ihnen, den vom Planungsbeirat erarbeiteten Abfallwirtschaftsplan für den Abfallwirtschaftsverband Radkersburg vollinhaltlich zum Regierungsbeschluß zu erheben.“ Sonst heißt Bürgerbeteiligung in der Steiermark Bürgertäuschung. Wir sind neugierig, wie die Verhandlungen ausgehen. Soviel ich weiß, ist die SEH noch nicht bereit, gemeinsam mit den Verbandsorganen und dem Bürgerbeirat auf eine gemeinsame Lösung einzusteigen und sich vertraglich schriftlich zu verpflichten. Auf jeden Fall hoffe ich, daß dieser Regierungsbeschluß am Montag noch ausgesetzt wird, bis es wirklich einen Konsens gibt. Soweit zum Thema Müll.

Meine Meinung zum Thema Müllverbrennung habe ich Ihnen schon ausführlich bei anderer Gelegenheit vermittelt. Damit komme ich zum Wasser, das ist auch ein Umweltthema. Ein sehr regionales Problem für mich in der Obersteiermark. Seit 1981 wenden sich die Bauern gegen eine Großwasserleitung aus dem Hochschwabmassiv. Aus dem St. Ilgener Tal, der Kollege Schrittwieser wird es wissen, sollten anfänglich für die Hochschwab-Süd-Wasserleitung 500 Liter pro Sekunde abgepumpt werden. So war das erste Projekt. Nach massiven Protesten und Einwendungen hat man sich dann auf eine Schüttung von 25 Liter pro Sekunde geeinigt und hat es so reduziert. Es sind dann Verfahren gelaufen bis zu den obersten Gerichtshöfen, Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshof. Die Bauern haben sich massiv dagegen gewehrt. Inzwischen versucht man aber jetzt seitens dieser Hochschwab-Süd-Zentralwasserleitungs-Ges. m. b. H., die abgeleitete Wassermenge zu versechsfachen, von 25 Liter pro Sekunde auf 150 Liter pro Sekunde zu erhöhen. Nur als Vergleich. In den letzten Tagen wurde in den Medien auch bekannt, daß in Bad Waltersdorf eine neue Quelle gefaßt worden ist, wo man 45 Liter pro Sekunde bereit ist abzupumpen ohne Gefahr für das Grundwasser. Also 45 Liter in der Region Waltersdorf, 150 Liter in der Region St. Ilgener Tal. Das ist die dreifache Menge. Ein Pumpversuch, den die Bauern dann durchgesetzt haben, hat bereits vor zwei Jahren bewiesen, daß nach 14 Tagen der St. Ilgener Bach ausgetrocknet ist. Man hat damals beim Pumpversuch 250 Liter pro Sekunde abgepumpt. Ein Beweis, daß die Oberflächenwässer dann vollkommen weg waren. Es ist zu befürchten, daß ein ganzes Tal Schaden erleidet. Die von den Bewohnern vorgeschlagene Lösung, und die haben sich wirklich einiges ausgedacht, war, daß man zwei Quellen faßt, die mindestens soviel Schüttung haben, und zwar die Kammerhofer- und die Auquelle, und man fand damals amtlicherseits überhaupt kein Verständnis für diesen Vorschlag. In erster Linie deswegen, weil sich die E-Werke dagegen gewandt haben, weil sie Angst um ihre Durchlaufwässer gehabt haben. Bei den hohen Abstandsanzahlungen, die man dann an die Pensionsversicherungsanstalt seitens des Wasserwirtschaftsverbandes gezahlt hat, ist natürlich auch zu verstehen, warum es dann zu einem Desinteresse im ganzen Tal gekommen ist – weil die Pensionsversiche-

rungsanstalt ja der größte Grundbesitzer da drinnen ist.

Die E-Werke waren anfangs noch auf der Seite der Bauern, haben sich dann aber doch gegen sie stark gemacht, weil sie ja ihre Schäfchen dann im Trockenen gehabt haben.

Wir sind uns darüber im klaren, daß das Trinkwasser ein wertvolles Gut ist, wir verstehen aber nicht – jetzt seitens der Obersteiermark –, daß Tausende Liter durch die Toiletten rinnen müssen. Es gibt Vorschläge von 1,5 Liter – müßte auch ausreichen; eine ganz kleine technische Lösung. Im Moment ist es so, daß 10 bis 14 Liter pro Toilettenbesuch hinunterrinnen. Hier im Landhaus sprudelt auch so eine Quelle, und sie stört mich jedesmal, wenn ich im dritten Stock das Herrenklo besuche. Da rinnt nämlich wirklich 24 Stunden tagein, tagaus ununterbrochen das Wasser. Wenn ich mir vorstelle, das könnte jetzt Wasser aus dem Hochschwabmassiv sein, ärgere ich mich natürlich schon.

Es gibt natürlich auch Zyniker, die sagen: Sollten wir vielleicht schon so weit sein, wie das auch in einem Werbetext von einem Mineralwasserkonzern bereits 1971 zu lesen war und damals schon prophezeit worden ist, daß das Wasser aus der Leitung – jetzt unterhalb von Graz – nur noch gerade zum Putzen und zum Baden eine Rolle spielen wird.

Wir haben jetzt schon mit unserem Trinkwasser genügend Probleme, vor allem im Grazer und im Leibnitzer Feld. Wir haben die Nitratbelastung, wir haben die Reste von den Pestiziden, und das hat alles ein Ausmaß erreicht, daß nur mehr mit einem gesamtsteirischen Wasserschutzprogramm eine Lösung erzielt werden kann. Selbstverständlich meinen wir, daß diese Schongebietsverordnungen in diesem Bereich sehr wichtig sein werden. Das obersteirische Wasser kann sicher für die Zeit der Grundwasserbelastung zur Verbesserung beitragen – das ist uns vollkommen klar, da sind wir auch bereit dazu –, auf Dauer brauchen wir aber ganz sicher eine wasserwirtschaftliche Rahmenplanung und ein landesweites, flächendeckendes Schutzprogramm. Durch die Schongebietsmaßnahmen und die Förderung des biologischen Landbaues, der ja leider seitens der Kammer erst an letzter Stelle zur Rettung der Grundwasservorkommen steht, sollten wir erreichen, daß nicht nur dort das Grundwasser geschont wird, sondern wir müßten diese Schutzbestimmungen über die ganze Steiermark ausdehnen, und gerade der biologische Landbau müßte massiver gefördert werden, und zwar auch dort, wo es im Moment noch keine Probleme gibt, weil gerade dieser biologische Landbau ja keine Umweltfolgen verursacht. (Abg. Pörtl: „Weißt du, wie hoch das gefördert wird?“) Die Förderung ist eines, die Beratung ist eine andere, und das ist mein Problem immer wieder mit der – (Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „Sehr hoch gefördert, Frau Abgeordnete. Da haben wir einen Akzent gesetzt!“) Ich habe nicht gesagt, daß die Förderung allein das Problem ist, der Betrag, der Schillingbetrag pro Hektar, sondern das Problem ist die Information, die massive Beratung und natürlich, eine Stimmung dafür zu erzeugen.

Am Schluß noch: Der Mineralwasserkonsum scheint auch in unmittelbarem Zusammenhang mit der schlechten Wassersituation zu stehen, besonders unterhalb von Graz. Dieser Mineralwasserkonsum

steigt von Jahr zu Jahr. Wir wissen, daß das Trinkwasser – also das ist nicht einmal Mineralwasser – aus dem französischen Zentralmassiv in verschiedenen Bioläden zwischen 10 und 15 Schilling pro Liter kostet. Damit wird natürlich Wasser zum Luxus erklärt, und dieser Luxus ist dann nur mehr für Auserwählte und Begüterte zugänglich. Und am Schluß ärgere ich mich natürlich dann selbstverständlich wieder über den Herrn Liechtenstein, der mit seinen französischen Freunden darüber spekuliert, wie er das obersteirische Wasser, in Flaschen abgefüllt, verkaufen könnte. Also irgendwo stimmt da für mich die Welt nicht mehr: Einerseits wehrt sich ein ganzes Tal gegen das Abpumpen, und auf der anderen Seite gibt es einen Geschäftsmann, der sich da überhaupt nicht darum kümmert, wie es eigentlich im gesamten Trinkwasserprogramm der Steiermark aussieht. (19.04 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kröll das Wort.

Abg. Kröll (19.04 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Das ist ein schwieriges Unternehmen: Einerseits sollte man kurz sein, andererseits möchte ich euch erzählen, wieviel Schnee wir haben, daß es wunderbar zum Schifahren geht. Aber das tun wir dann beim Fremdenverkehr. Zum Dritten ist eine so wichtige Gruppe hier auf der Tagesordnung – der Umweltschutz, und hier die Abfallwirtschaft im besonderen – und sind vor mir so viele Aussagen getätigt worden, zu denen man aus der Sicht der Mehrheitsfraktion im Haus etwas sagen muß, aber auch aus meiner praktischen Erfahrung und als Obmann eines Verbandes, der schon vor zwölf Jahren den Umweltschutzpreis gewonnen hat und, wie ich glaube, zu Recht.

Meine Damen und Herren, eines möchte ich vorweg sagen, weil es hier eine gewisse Dramaturgie war: Ich kenne den Fall Frohnleiten, die Videobilder und die Vorkommnisse, die es dort gibt, nicht. In dieser Frage und auch in der Frage, was Halbenrain betrifft, was einerseits Rader und andererseits die Frau Kammlander hier angesprochen haben, da verlasse ich mich ganz auf die Kompetenz, auf die Ehrlichkeit und auf die Anständigkeit unseres Landesrates Dipl.-Ing. Schaller. Er und die ihm untergebenen Behörden werden das korrekt und anständig lösen, und zwar sowohl für die Bearbeiter wie auch für die Anrainer.

Und noch etwas ist angezogen worden: Man möge hier auch Anrainer einbinden. Ich darf Ihnen sagen, und ich lade alle ein, unserem Beispiel – oberes Ennstal – zu folgen. Wir haben im Müllwirtschaftsverband Schladming seit geraumer Zeit ein Mitglied aus der Anrainerschaft, das sie selber bestimmen, in die Leitungsgremien eingebunden, und zwar redet er voll mit, er sitzt bei allen Vorstandssitzungen und in der Hauptversammlung dabei. Und wenn er verhindert ist, dann schicken sie einen Vertreter. Ich lade da herzlich ein, daß das alle so tun mögen. Auch dieses Beispiel gibt es schon.

Und obwohl heute in den Ausführungen vom Kollegen Schrittwieser und auch teilweise sogar bei Rader mehr Konsens und mehr Verständnis zu hören war, so klingt immer wieder in einem Punkt doch Unterschiedliches heraus. Das ist ganz einfach die Frage der

Konzeption. Ich bin wirklich überzeugt, meine Damen und Herren, und werbe genauso mit voller Überzeugung und bitte Sie auch, im Sinne dieser vielen guten Beispiele in vielen Regionen unseres Landes doch, der Regionalisierung ihren Stellenwert zu geben.

Meine Damen und Herren, die Probleme sind nicht mit einem Schlag gelöst, wenn wir glauben, daß, wenn das Land die Vorkompetenz hat, wir bessere Böden für die Beschaffenheit von Standorten geologischer Art haben oder eine höhere Akzeptanz der Bevölkerung. Ganz im Gegenteil! Es ist aber auch falsch, wenn man immer wieder sagt, daß die Gemeinden alleingelassen sind. Es geht nur miteinander, aber die eigene Verantwortung soll zunächst im Sinne von verantwortlichen Bürgern, verantwortlichen Gemeinderäten, verantwortlichen Bürgermeistern, einer verantwortlichen Nachbarschaft selbst wahrgenommen werden, gemeinsam mit dem Land, daß dort, wo es notwendig ist, die Probleme gelöst werden. Und ich glaube, da kommen wir der Sache wirklich einen Schritt näher.

Zum Kollegen Dr. Lopatka möchte ich auch einen Satz dazusagen, weil es mir zu wichtig ist, und auch aus der Sicht des Naturschutzbeirates. Ich danke sehr, daß er das angezogen hat, und ich danke auch Prof. Jungwirth, daß doch wieder die 13 Millionen Schilling auch verfügbar sind, die der Naturschutz unbedingt braucht, um die Programme voranzutreiben.

Und nun möchte ich zur Untermauerung, auch wenn ich mich bemühe, kurz zu sein, ein paar konkrete Beispiele noch anführen, die die Richtigkeit der Regionalisierung unterstreichen. Unterstreichen darf ich aber auch die aufgezeigte Problematik – das hat Bürgermeister Herrmann getan, aber andere auch – in der Frage des Altpapiers, des Glases, des Austria Recyclings, der gekündigten Verträge und anderes mehr. Und ich darf nur sagen, daß hier Landesrat Dipl.-Ing. Schaller und Oberregierungsrat Jägerhuber bemüht sind, auch im Sinne der Verbände den Gemeinden Hilfestellung zu leisten, und das ist ja inzwischen einigermaßen weit gediehen, und wir können in den nächsten Tagen damit rechnen, daß wir zu neuen, besseren und vernünftigeren Verträgen kommen können.

Ich möchte nur eines auch zu Herrmann sagen, und das relativierend: Ich glaube, es wird da und dort durch die Verbände und die Gemeinden besser gemacht werden, aber nicht immer und in jedem Fall. Die Privatwirtschaft hat wirklich auch ihren Platz in dieser Frage der Abfallwirtschaft und -entsorgung. Ich glaube, ein vernünftiges, gemeinsames System ist da und dort der richtige Weg.

Nun, die Punktationsbestrebungen der steirischen Abfallwirtschaft sind angesprochen worden: die Vermeidung, die Trennung, die Kompostierung, die Sammlung und die Wiederverwertung und als Zielsetzung bis Ende 1992 in der ganzen Steiermark die totale Mülltrennung, die bis zum Jahr 2000 eine Reduzierung des Müllaufkommens um die Hälfte ermöglichen soll. Das ist, glaube ich, ganz, ganz wichtig, und der Grundsatz der Regionalisierung – das habe ich neuerdings aufgezeigt. Und ich verweise auch auf die sehr engagiert geführte Debatte von vielen Rednern damals im Haus am 16. Oktober, so daß ich aus Zeitgründen das nicht alles wiederholen möchte.

Die Abfallwirtschaftsmaßnahmen können vor Ort einfach billiger und bürgernäher bewältigt werden. Über das kommt man nicht hinweg, meine Damen und Herren. Das ist ein wirklich entscheidendes Argument für die regionale Verantwortung. Die Akzeptanz von Entsorgungsanlagen ist heute mindestens gleich groß wie die Eignung des Standortes oder wer die Kompetenz über deren Ausweisung und Verfügung hat. Ich glaube, daß der Regionalisierung auch ein guter Dienst erwiesen wurde, Herr Landesrat, weil du für verschiedene regionale Pilotprojekte der Abfallverwertung Förderungsmittel in Höhe von 10,9 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt hast und zum Teil schon Müllersparungen zwischen 40 und 60 Prozent tatsächlich nachgewiesen werden können.

Die Realisierung der Ziele einer ökologisch orientierten Abfallwirtschaft erfordert beachtliche finanzielle Mittel. Im Budget 1991 sind daher weitere 100 Millionen Schilling für Umweltmaßnahmen vorgesehen. Diese Mittel sollen vor allem schwerpunktmäßig zum steiermarkweiten Ausbau der Mülltrennung, des Kompostnetzwerkes Steiermark und zur Errichtung weiterer Altstoffsammelzentren verwendet werden. Und das, glaube ich, ist der richtige Weg einer zielgerichteten Förderung. Und wir werden damit auch zur konsequenten Mülltrennung und zur Kompostierung auf allen Ebenen einen großen Schritt vorwärts kommen. Die Standortentscheidung für Restedeponien ist ein Problem – das wissen wir, ist angesprochen worden. Es geht hier auch nicht ohne eine große Verantwortung in der Zusammenarbeit.

Meine Damen und Herren, auch wir haben nicht den idealen Standort. Aber im Zuge einer Sanierung des bestehenden Standortes wird es auch möglich sein – das ergab schon ein Vorprüfungsverfahren –, zwar nicht billig, Wege aufzuzeigen, daß man sanieren und verbessern kann, mit sinnvollen Möglichkeiten auch für Restedeponien. Und ich spreche nur von solchen, und von keinen Volldeponien. Diese sind sicherlich konzeptiv Gegenstand der Vergangenheit. Man kann das also auch lösen.

Die Aufgabe der zu gründenden steirischen Abfallverwertungs-Ges. m. b. H., an der sich auch der Gemeindebund, der Städtebund, die STEWEAG und das Land Steiermark beteiligen, besteht ganz einfach in der Priorität der Klärschlamm Entsorgung – das ist hier zu Recht aufgezeigt worden –, der Altstoffverwertung und letztendlich der thermischen Behandlung des Restabfalles. Und das ist einfach dort wichtig, wo wir zur weiteren Minimierung andere Alternativen nicht haben. Frau Kollegin Kammländer, dies ist das letzte Glied in der Kette, und nicht das erste – wir sind nicht weit auseinander –, das letzte Glied. Aber es geht wahrscheinlich nicht ohne dieses. (Abg. Kammländer: „Was wollt ihr am Schluß noch verbrennen?“) Schauen Sie, es gibt immer Reste, vor allem auch beim Klärschlamm und dergleichen mehr. (Abg. Kammländer: „Ob die verbrennbar sind?“) Schauen Sie, es geht ganz einfach darum: Es geht hier nicht entweder – oder, sondern sowohl – als auch, und in vertretbarer Weise wird man das tun müssen.

Ich möchte nur klar auf die Reihenfolge hinweisen und hier ganz einfach sagen, daß im Hinblick auf die thermische Behandlung des Restabfalles sodann von der künftigen Gesellschaft eine Machbarkeitsstudie

erstellt wird, die als Entscheidungsgrundlage für die Gesellschaft und in weiterer Folge für allfällige Betreiber dienen soll. Das muß ja nicht immer auch diese Gesellschaft sein; wenn es wer ordentlich machen kann, kann man das auch gerne tun. Weder die Planung noch die Errichtung einer Müllverbrennungsanlage ist daher gegenwärtig im Vordergrund der Studie und der Diskussion, sondern eine Machbarkeitsstudie.

Meine Damen und Herren, es wäre sehr, sehr viel zu sagen, und ich hätte mir als Beispiel einer Regionalisierung das Beispiel des Müllwirtschaftsverbandes Schladming herausgearbeitet. Von der Konstituierung am 28. Juni 1988 bis heute könnte ich ein Vier-Seiten-Papier chronologisch vortragen, damit Sie sehen können, in wie vielen Sitzungen und kompetenten Entscheidungen entscheidende Beschlüsse gefaßt wurden, Konzepte erstellt wurden, Projekte zur Genehmigung durch die Behörden eingereicht wurden, Vorverfahren eingeleitet wurden, Gespräche mit dem Herrn Umwelthanwalt geführt wurden und generell auch bis zur Pilotprojektförderung durch Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller von einer halben Million Schilling, was hier alles schon geschehen ist. Das wollte ich Ihnen heute, wirklich nur aus Zeitgründen, ersparen. Ich kann es aber jederzeit machen, wenn die Thematik wieder einmal auf die Sinnhaftigkeit der Regionalisierung zu sprechen käme, was ich hoffe, daß das doch langsam der Vergangenheit angehört, weil mittlerweile die Bevölkerung ganz klar erkennen kann, meine Damen und Herren, daß die Regionalisierung in gemeinsamer Verantwortung mit dem Land Steiermark greift, und weil die Bevölkerung ganz einfach für den eigenen Abfall in der eigenen Region und die Bewältigung dieser Probleme mehr Verständnis hat als für fremde. Und ich glaube daher, wenn das jeder wahrnimmt und ernstnimmt, dann kommen wir einen Schritt weiter. Und ich habe ein gutes Gefühl, weil wir einen (Abg. Kammlander: „Dann gehen wir schifahren!“) da lade ich Sie herzlich ein – so verantwortungsvollen Ressortleiter haben, dem dies nicht nur als Politiker, sondern als Mensch ein so hohes Anliegen ist. Deshalb, glaube ich, sind wir am richtigen Weg – in der Region und im Land Steiermark. (Beifall bei der ÖVP. – 19.16 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Zellnig das Wort.

Abg. Zellnig (19.16 Uhr): Frau Präsident, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus!

Es erscheint uns rückblickend kaum glaubhaft, daß noch vor einer Generation das Wort „Umwelt“ kein Begriff war. Die Umweltdiskussion begann erst in den Jahren um 1960 herum. Sie wurde anfangs als Modeerscheinung, später als lästiger Störfaktor empfunden. Heute wird immer breiteren Kreisen bewußt, daß Umweltpolitik nichts anderes ist als Überlebenspolitik. Die Aktivität der Menschen hat beim heute erreichten Zivilisationsgrad ein Ausmaß erreicht, das zu lebensbedrohenden Effekten in der Biosphäre führt. Nun beginnen auch Regierungen der führenden Industriestaaten, sich der Problematik bewußt zu werden; insofern ist hier eine Wende eingetreten, sehr geehrte Damen und Herren, eine positive Wende.

Die Suche nach irgendeinem Schuldigen für die Umweltprobleme ist nicht zielführend, weil die eigentliche Schuld bei uns allen liegt. Erstmals wird den Menschen bewußt, daß die Aufnahmefähigkeit der Biosphäre begrenzt ist. Jeder lebte früher in der Vorstellung, seine Emissionen würden verschwinden. In Wirklichkeit bleibt jede Emission in der Biosphäre in irgendeiner Form erhalten. Die Wende in der Umweltpolitik muß deshalb vor allem eine Wende in der Einstellung sein. Wir brauchen eine Wende in der Versorgungsorientierung zu einer Entsorgungsorientierung. Es ist eine Überlebensfrage, wie schnell es gelingt, unser gesamtes Wirtschaftssystem in Richtung auf geschlossene Kreisläufe umzustellen. Emissionen müssen bestmöglich reduziert werden. Sehr geehrte Damen und Herren! Ich sprach vorhin, Schuldzuteilungen sind fehl am Platz. Ich bin trotzdem der Auffassung, daß wir uns mit den Hauptemittenten beschäftigen müssen, damit es zu einer Verbesserung der Umwelt kommt. Mir geht es nicht um Schwefel, sondern um aromatische Kohlenwasserstoffe. Sie sind krebserregend. Die Stoffe entstehen bei nicht vollständigen Verbrennungsprozessen als flüchtige Substanzen im Feinstaub und Ruß der Abgase und können über die Atemwege in den Körper aufgenommen werden. Die Emissionen stammen im wesentlichen aus vier Emittentengruppen: Kleinf Feuerungsanlagen, Strohverbrennung auf den Feldern, Kfz-Motoren und Koksherstellung. Kalorische Kraftwerke und Konsum von Tabak tragen sehr wenig zur Belastung bei. Erstaunlich für mich ist, daß die Kleinf Feuerungsanlagen, betrieben mit Holz oder Kohle, fast 60 Prozent, also den größten Teil der Belastung, beitragen. Der Verkehr bringt 20 Prozent. Der größte Emittent im Verkehr ist interessanterweise der unsauber arbeitende Dieselmotor. Die Strohverbrennung auf den Feldern 14 Prozent, Kokserzeugung zirka 8 Prozent. Sehr geehrte Damen und Herren! Warum sage ich das? Hier in diesem Haus wird und ist in der Vergangenheit der Alternativenergie das Wort geredet worden. Die erneuerbare Bioenergie ist umweltfreundlich. Wir müssen weg von den fossilen Brennstoffen. Viele unserer Landsleute haben danach gehandelt. Sie haben Holzheizungen, ja sogar den teuren Kachelofen gebaut. Es wurden Hunderttausende Schilling im guten Glauben investiert, und jetzt kommt, sehr geehrte Damen und Herren, Frau Bundesminister Flemming mit einer neuen Studie, erstellt vom österreichischen Forschungszentrum Seibersdorf im Auftrag vom Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie. Sie weist in ihrer Studie nach, daß in Amerika mit 1. Juli 1990 Kleinf Feuerungsanlagen für Holzbrennstoffe strengsten Abgasbestimmungen unterliegen. In Amerika werden für Holzverbrennung nachgeschaltete Abgasreinigungsschritte, zum Beispiel Katalysatoren, verlangt. Sehr geehrte Damen und Herren! Was brauchen wir? Wir brauchen eine Studie, die Klarheit schafft, welche Brennstoffe sind umweltfreundlich, welche Feuerungsanlagen entsprechen dem Stand der Technik. Wir müssen wegkommen vom Katz-und-Maus-Spiel. Es geht nicht an, daß sich unser Umweltlandesrat Dipl.-Ing. Schaller für Holzheizungen stark macht und gleichzeitig Bundesminister Flemming in ihrer Studie nachweist, daß diese Heizungen ein Gesundheitsrisiko darstellen. Sehr geehrter Herr Landesrat Schaller, ich ersuche dich, hiefür notwendige Schritte zu veranlassen.

sen, damit diesem Katz-und-Maus-Spiel ein Ende gesetzt wird. Abgase können nach der Verbrennung nicht geteilt werden. Wir brauchen eine Gesamtstudie mit Aussagekraft im Interesse der steirischen Bevölkerung, und nicht im Interesse einiger Lobbyisten. (Beifall bei der SPÖ. – 19.24 Uhr.)

Präsident Meyer: Frau Abgeordnete Pußwald ist am Wort.

Abg. Pußwald (19.24 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Ich möchte dort anschließen, wo Kollege Kröll aufgehört hat, nämlich bei der Kompostierung. Die Kompostwirtschaft ist eine Kreislaufwirtschaft, die auf mehreren Ebenen nur positiv ist. Einerseits wird das Restmüllvolumen bis zu 50 Prozent durch die inerten Abfälle reduziert, weiters werden durch die Kompostierung ganz wertvolle Stoffe gewonnen, die wir wieder in das Kreislaufsystem des Bodens zurückbringen. Neben einer Düngewirkung des Kompostes wird der Humusgehalt des Bodens gehoben, das Bodenleben entsprechend entwickelt, aber auch die Pufferkapazität und der pH-Wert des Bodens werden wieder aktiviert. Wie kann man das umsetzen? Dezentral und sehr bügernah. Jeder Einfamilienhausbesitzer könnte in seinem Gartenbereich die verwertbaren Küchenabfälle, alle Gartenabfälle und die Grünabfälle selbst kompostieren. In Wohnsiedlungen und Gemeinden, aber auch, wenn es notwendig ist, darüber hinaus für große Einheiten, wie Städte, sind gemeinsame Kompostanlagen eines Müllwirtschaftsverbandes zu errichten. Auch in der Landwirtschaft ist es möglich, über Maschinenringe die Kompostierung flächendeckend durchzuführen. Zur Landwirtschaft möchte ich nur sagen, der Bauer soll nicht zum Abfallentsorger schlechthin werden, sondern es soll wirklich auf den wertvollen Rohstoff des Humus und des Kompostes hingewiesen werden. Wie kann das geschehen? Natürlich müssen Erfahrungswerte in der Kompostierung eingebracht werden. Da hat die ARGE Müll mittlerweile schon 91 Personen zu sogenannten Müllberatern ausgebildet, die die Interessierten mit Informationen beliefern, die aber auch konkrete Hilfestellung bei der Umsetzung leisten. Zwei Bezirke in der Steiermark haben sich konkret mit diesem System schon auseinandergesetzt. Es sind die Bezirke Hartberg und Feldbach. Abschließend möchte ich sagen, daß das eine ganz wichtige und sehr begrüßenswerte Initiative ist. Ich darf hier dem Landesrat Dipl.-Ing. Schaller und seinen Mitarbeitern sehr herzlich danken, weil das in der gesamten Müllproblematik nur positiv ist. Danke. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 19.26 Uhr.)

Präsident Meyer: Der Herr Abgeordnete Trampusch hat das Wort.

Abg. Trampusch (19.26 Uhr): Frau Präsident, Hohes Haus!

Die Umweltfragen sind sicher so wichtig, daß das, was der Kollege Dr. Cortolezis gesagt hat, nicht im Raum stehen bleiben darf. Er hat nämlich gesagt, die Generalredner, mit Ausnahme des Kollegen Purr, haben wenig zur Umwelt gesagt. Anscheinend ist es zu wenig eindringlich gesagt worden. Denn es ist sehr

vieles dazu festgestellt worden. Ich darf daher nur in wenigen Sätzen wiederholen. Ich habe gesagt, daß wir neuen Mut beweisen müssen, etwa im Umgang mit der Umwelt, und eine stärkere Einbindung der tatsächlichen Verursacher unter Mitverantwortung jedes einzelnen von uns, und dann hingewiesen, daß mehr als 40 Umwelanträge, die im Landtag eingebracht worden sind, nicht erledigt sind und daß wir gemeinsam alles tun müssen, um hier diese Anträge zu erledigen – im Umwelt- und Naturschutzbereich, bei der Abfallvermeidung, in der flächendeckenden Abwasserentsorgung, bei der Schaffung eines wirklich funktionierenden Verkehrsverbundes. Ich könnte hier eine Liste von Punkten anführen, die dazugehören. Ich will das aber aus zeitökonomischen Gründen nicht machen. Ich weise nur noch einmal darauf hin, daß auch die Frage der Einführung einer Umweltabgabe eine sehr wesentliche Rolle gespielt hat. Ich möchte das nicht wiederholen, aber wir alle müssen überlegen, daß es einen Landesumweltanwalt gibt, der aber besser dotiert werden muß, und daß wir eine sozial verträgliche und nach dem Verursacherprinzip gestaffelte Umweltabgabe brauchen, so unangenehm es sein wird, eine solche in der Steiermark einzuführen, und daß wir uns gemeinsam darum bemühen müssen.

Ich darf nur einen anderen Punkt noch, weil er nicht erwähnt wurde, anführen. Das ist die Frage der Schaffung von Naturparks in der Steiermark. Der Herr Landeshauptmann hat in seiner Regierungserklärung vom 6. Dezember 1986 wörtlich gesagt, daß Vorrang auch das Projekt des Nationalparks Niedere Tauern hat und weitere Naturparks Priorität dieses Regierungsprogramms sein sollen. Nur, wir wissen, daß hier sehr wenig weitergegangen ist, haben vor kurzem einen Antrag wegen des Naturparks Kalkalpen eingebracht. Wir bitten auch hier das Hohe Haus und alle, die an diesen Fragen interessiert sind, mitzutun. Es gibt auch einen Antrag: Sicherung von Natur- und Lebensräumen, Ankauf von Grundstücken. Dieser Antrag wurde als Resolutionsantrag eingebracht und von der ÖVP mehrheitlich nicht zur Kenntnis genommen.

Eine letzte Anmerkung dazu. Der Kollege Dr. Cortolezis hat hier wörtlich gesagt: Gefasel von der Erst- und Letztverantwortung. Ich sehe ihn nicht hier, aber ich würde ihn gerne fragen, meines Wissens nach ist er Jurist, und als solcher müßte er wissen, daß in jedem Gesetz eine Erstverantwortung drinnen steht. Dort heißt sie Kompetenz, und mir kommt vor, du verwechselst das mit Kompost. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 19.30 Uhr.)

Präsident Meyer: Das Schlußwort hat der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Hermann Schaller.

Landesrat Dipl.-Ing. Schaller (19.30 Uhr): Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich möchte mich bei allen herzlich bedanken, die an der Diskussion teilgenommen haben. Ich möchte zum Kollegen Mag. Rader am Schluß etwas sagen. Vielleicht vorher noch zum Herrn Abgeordneten Herrmann. Das ist ein Praktiker, und man hat seine Problemkompetenz durchgespürt. Zum Kollegen Schrittwieser möchte ich sagen, wir sind hier in einem Punkt unterschiedlicher Auffassung. Das Problem ist nicht,

die Standorte zu finden und sie festzulegen, sondern sie durchzusetzen. Wir haben Gott sei Dank ein Beispiel und insofern auch einen Fortschritt, nämlich der Verband Judenburg ist gerade dabei, eine Deponie zu bauen. Im übrigen glaube ich, daß wir hier ein Stück weiterkommen, vor allem auch im Bewußtsein. Es ist hier viel passiert, ich verweise auf die Frage der Mitarbeit der Bürger in der Frage Kompostierung und Altstoffverwertung.

Zum Klärschlammkonzept: Hier muß ich zugeben, daß wir im Verzug sind. Es ist auch ausdrücklich gesagt worden, daß wir dieses Thema hochrangig und wichtigst einbringen in diese Abfallverwertungsgesellschaft, das wird das Thema Nummer eins sein. Im übrigen kann ich nur einmal mehr wiederholen, daß wir selbstverständlich in der Landwirtschaft bemüht sind, einen Teil unterzubringen, aber das wird immer nur ein kleiner Teil sein. Zur Frau Abgeordneten Kammlander kann ich nur sagen, in der Frage Radkersburg – Halbenrain geht es einfach darum, daß wir dort keine Erweiterung der Deponie vornehmen, sondern letztlich geht es darum, daß auch die Entsorgung der Region sichergestellt wird und daß wir hier mit der Restauffüllung auch gewährleisten, daß die Region Radkersburg dort die Möglichkeit hat, auch ihren Müll zu entsorgen. Ich kenne das Problem mehr als gut. (Abg. Kammlander: „Wenn sich in dieser Region ein anderer Standort findet – sechs im Gespräch –, und der Verband und der Beirat einigen sich auf einen anderen, dann fällt der Sektor B in Halbenrain. Ist das richtig?“) Nein, das ist deswegen nicht richtig, weil die Realisierung eines Standortes erfahrungsgemäß einige Jahre dauert und auch die Region in der Zwischenzeit entsorgen muß. Ich bin übrigens in einem guten Gesprächsklima mit der Bürgerinitiative. Wir sind auch im Einvernehmen geschieden, und ich habe ihnen auch zugesagt, daß wir in der Woche mit der SEH verhandeln, und es wird verhandelt. Ich hoffe, daß es eine Lösung gibt, mit der auf jeden Fall der Verband einverstanden ist, und ich hoffe, auch die Bürgerinitiativen.

Beim Hochschwabwasser bin ich auch seiner Meinung. Wir sollten versuchen, uns vor einer weiteren Ausnutzung durch Wien zu schützen. Ich sehe nicht ein, daß wir das Hochschwabwasser in Zukunft in einem noch größeren Umfang an Wien abgeben sollten, sondern das ist eine der letzten Reserven, die wir haben. (Abg. Kammlander: „Und die 150 Liter?“) Das ist wasserrechtlich abgehandelt. Ich habe hier keinen Einfluß auf eine Entscheidung der Wasserrechtsbehörde. Ich bin auch der Meinung, daß wir in Zukunft viel behutsamer mit der Ressource Wasser umgehen sollten.

Ich bin weiters sehr froh, daß es gelungen ist, für das kommende Budget 100 Millionen Schilling zur Verfügung zu haben. Sie werden schwergewichtig eingesetzt werden in Richtung Umsetzung der Ziele Kompostwirtschaft, Altstoffverwertung, und da werden wir auch mit den Verbänden gemeinsam die Förderungsrichtlinien diskutieren, weil ich sehr wohl haben möchte, daß die dabei sind. Daß die Umweltabgabe jetzt nicht gekommen ist, Herr Kollege Trampusch, Sie wissen, der Kollege Dr. Klauser hat selbst gesagt, wir sind im Verzug gewesen, weil auch die Stellungnahme

des Finanzministeriums nicht vorgelegen hat, und mir ist es darum gegangen, einfach einmal das Geld zu bekommen, damit gearbeitet werden kann.

Zur Frage Mülldeponie Frohnleiten, Herr Abgeordneter Mag. Rader, möchte ich folgendes sagen: Zu Ihren Ausführungen, betreffend die Feststellungen im Zusammenhang mit der Mülldeponie Frohnleiten, möchte ich nochmals unterstreichen – wie vom Abgeordneten Rader auch hervorgehoben –, daß die mir unterstehende Rechtsabteilung 3 und die zugehörigen Fachabteilungen über Veranlassung des Umweltkoordinators sofort und unverzüglich handelt haben.

Meine Beamten – und das halte ich ausdrücklich fest – sind dabei ausschließlich davon ausgegangen, daß die gemachten Filmaufnahmen den Tatsachen entsprechen. Dies geht aus den minutiös angefertigten Aktenvermerken und aus der Verhandlungsschrift vom 28. September 1990 über die durchgeführte örtliche Erhebung und Überprüfung der Mülldeponie Frohnleiten ausdrücklich hervor. Die mir unterstehenden Beamten haben sich den Mutmaßungen der rechtsfreundlich vertretenen Gemeindebetriebs-Frohnleiten-Ges. m. b. H. über das Zustandekommen des Videofilmes nicht angeschlossen.

Ich halte fest, daß sich diese Erklärung auf die Beamten der mir unterstehenden Abteilungen, und zwar der Rechtsabteilung 3 und der Fachabteilung Ia, bezieht. Ob inkriminierende Äußerungen durch andere Behördenvertreter erfolgt sind, die mir nicht unterstehen, vermag ich nicht zu sagen.

Zur Sache selbst: Die von der Behörde beigezogenen Sachverständigen auf dem Gebiet der Wasserbautechnik, Chemotechnik, Hygiene, Spitalshygiene und Abfallwirtschaft sowie des Forstwesens haben auf der Grundlage des Videofilmes, den bisher vorliegenden Wasseruntersuchungen inklusive der Sickerwasseruntersuchungen und der Überprüfung vom 28. September 1990 an Ort und Stelle, bei der auch am Deponiegelände an sechs verschiedenen Punkten Schürfungen durchgeführt wurden, folgendes festgestellt: Die hinsichtlich der Spitals- und Gewerbeabfälle erhobenen Vorwürfe können nicht bestätigt werden. Dennoch werden als Ergebnis der Ermittlungen die Sicherungseinrichtungen, wie insbesondere die Eingangskontrolle, weiter intensiviert.

Auf Grund dieses Sachverhaltes, ergänzt durch durchgeführte Vernehmungen verantwortlicher Müllanlieferer, bestand bisher kein ausreichender Verdachtsmoment wegen strafgerichtlich verfolgbarer Handlungen.

Überdies wird festgehalten, daß auf Grund der intensivierten Eingangskontrollen bereits zahlreiche Anlieferungen von Abfällen zur Mülldeponie Frohnleiten beanstandet und die Annahme von Abfallanlieferungen verweigert wurde.

Also ich möchte abschließend sagen, daß die Behörden sehr wohl tätig geworden sind, daß sie zu dem Ergebnis gekommen sind, das ich Ihnen vorgetragen habe, und daß, wie ich höre – wenn es stimmt, was gestern im Fernsehen war –, ja ohnedies die Staatsanwaltschaft inzwischen eingeschaltet wurde. So werden auch die restlichen Punkte dort zu klären sein. (Beifall bei der ÖVP. – 19.38 Uhr.)

Präsident Meyer: Meine Damen und Herren, wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 5, Gesundheit. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Pörtl.

Abg. Pörtl (19.38 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Nach dem eigentlich sehr dramatischen Kapitel Müll und Umwelt kommt das Kapitel Gesundheit, und manche werden sich wundern, warum sich ein Bauer zu Beginn zum Wort meldet. Ich habe mehrere Gründe. Der erste Grund ist, weil ich in den Raum stellen möchte, daß gesunde Nahrungsmittel, gesunde Lebensbedingungen, Luft und Wasser die Voraussetzungen für die Gesundheit sind. Ich möchte aber auch in den Raum stellen, daß Dankbarkeit eine wesentliche Tugend ist, und ich habe auch schon ein paarmal in diesem Haus gesagt, daß die Wahrheit oft eine Grobheit ist und die Wahrheit oft auch Freude auslöst. Ich habe es erlebt – leider haben es der Herr Landesrat Heidinger und der Herr Abgeordnete Lind nicht erlebt in diesem Haus –, daß wir in Hartberg Gott sei Dank jetzt grünes Licht für ein Krankenhaus haben. Wir haben das – ich bin schon 15 Jahre im Landtag – Gott sei Dank erreicht, und alle wissen, daß ich nicht einer bin, der laufend mit dem Weihrauchkessel herumrennt. Aber trotzdem möchte ich einen herzlichen Dank unserer Landesregierung, vor allem unserem Landeshauptmann, sagen, daß diese Entscheidung Gott sei Dank gefallen ist und sich auch im Budget niederschlägt.

Ich möchte nur abschließend festhalten, daß vor allem die Region Hartberg, wo dieses Krankenhaus errichtet wird, der jüngste Bezirk ist; da ist Lebenskraft und Vitalität – ich möchte nicht sagen, Lust und Leidenschaft – vorhanden, das gehört sicher zum Leben dazu. Ich habe aber vor allem auch den Ärzten, der Belegschaft einen Dank auszusprechen, die unter diesen schwierigsten Voraussetzungen – ich habe es einige Male selbst erlebt – die Patienten bestens nach den gegebenen Möglichkeiten versorgt haben. Einen herzlichen Dank!

Und ich möchte zum Schluß sagen: Unser Präsident im Landtag hat öfter gesagt: „Gut Ding braucht Weile!“ Heute ist auch schon einmal davon geredet worden, daß es eine „Langsamregierung“ gibt. Das gilt aber bitte schön schon für alle. Ich würde mich da keine Analysen machen trauen, welche Regierungsmitglieder schnell und langsam sind. Das ist bei solchen Projekten einfach ein gewaltiges Problem, erstens was man wirklich macht und zweitens bis wirklich der konkrete Zeitpunkt ist. Herzlichen Dank! Wir hoffen, daß das im Bau flotter geht und nachher im Nutzen, als uns das in der Vorlaufphase gelungen ist. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 19.41 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Landtagspräsidentin Meyer.

Abg. Meyer (19.41 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Fast 30 Jahre lang haben Abgeordnete des Bezirkes Bruck an der Mur, angefangen vom Landesrat außer Dienst Josef Gruber bis über die Abgeordnete Juli Bischof, bis jetzt zu uns, die wir hier sitzen, im Hohen

Hause dafür gekämpft, daß in Bruck ein neues Landeskrankenhaus errichtet wird. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Steiner auch!“) Die jetzt hier sitzen – da sind selbstverständlich alle gemeint. (Abg. Kammlander: „Ich auch!“)

Erst unter der politischen Verantwortung des Herrn Landesrates Dr. Dieter Strenitz wird diese Forderung, an deren Verwirklichung die Bevölkerung eigentlich gar nicht mehr geglaubt hat, nun erfüllt. Mit dem Spatenstich im Dezember des heurigen Jahres wird nun eines der modernsten Krankenhäuser in der Steiermark gebaut, und dieses Landeskrankenhaus wird einen europäischen Spitzenstandard aufweisen und damit auch allen Ansprüchen der Bevölkerung gerecht werden. Was die Erbauung dieses Krankenhauses für die Bevölkerung des Bezirkes Bruck – und dieser Bezirk hat immerhin 68.500 Einwohner – wirklich bedeutet, kann nur der ermessen, der das über 100 Jahre alte Krankenhaus in Bruck kennt. Und ich erspare es mir, den Zustand dieses alten Krankenhauses zu beschreiben. Wenn nun das neue LKH unter den 335 Betten als neue Stationen die Unfallchirurgie mit 60 Betten und die Neurologie und Psychiatrie mit 50 Betten aufzuweisen hat, wenn alle Patientenzimmer modernst ausgestattet, alle südseitig gelegen sind, nicht mehr als vier Patienten in einem Zimmer liegen werden und alle Zimmer außerdem eigene sanitäre Einrichtungen sowie Fernseh- und Telefonanschlüsse haben, so entspricht das wirklich voll und ganz den Ansprüchen der heutigen Zeit.

Ich möchte heute vor allem dir, Herr Landesrat Dr. Strenitz, aber auch der gesamten Landesregierung im Namen der Bevölkerung des Bezirkes Bruck an der Mur für die Verwirklichung dieses Projektes, dessen Fertigstellung bis 1993 vorgesehen ist und der Spatenstich, wie ich schon gesagt habe, noch in diesem Monat sein soll – sozusagen als Weihnachtsgeschenk an die Brucker Bevölkerung –, sehr herzlich danken. Es wird mit diesem Bau der in dieser Frage wirklich, ich möchte sagen leidgeprüften Brucker Bevölkerung das ihr zustehende Recht auf optimale Versorgung bei einem Krankenhausaufenthalt gegeben. Ich darf nochmals im Namen der gesamten Bevölkerung des Bezirkes, der 68.500 Einwohner, herzlich dafür danken. (Beifall bei der SPÖ. – 19.44 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Weilharter.

Abg. Weilharter (19.44 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Zum zweiten Teil der Gruppe 5 ganz kurz einleitend ein paar Gedanken zur bisherigen Entwicklung innerhalb der Krankenhaus- und der Gesundheitspolitik in der Steiermark:

Es hat in den letzten Tagen und Wochen der zuständige Regierungsreferent, Landesrat Dr. Strenitz, ja angekündigt, daß die derzeitige personelle Situation sich in den 21 Krankenhäusern des Landes Steiermark insofern ändern soll, daß der Personalstand um gut 450 Personen aufgestockt werden soll. Diesen Gedanken hat dann einer der Vorstandsdirektoren, Herr Dr. Möse, noch verdeutlicht. Möse hat in einer Stellungnahme in einer steirischen Zeitung gemeint, wenn es nicht möglich ist, diesen Personalstand mit Steirern,

mit Damen und Herren aus unserem Bundesgebiet Österreich aufzustocken, daß er denkt, Ausländer zu beschäftigen. Kurz und gut, die Situation im Personalbereich ist den beiden Verantwortungsträgern bewußt. Ich glaube aber, daß man mit einer generellen Aufstockung im Bereich der Krankenanstalten und im Bereich des Personalmangels die Gesamtmaterie nicht in den Griff bekommen wird, wenn man nicht insgesamt bereit ist, die Aufnahmekriterien für eine diesbezügliche Ausbildung zu ändern. Es wird uns nicht gelingen, das Problem des Personalnotstandes in den Krankenhäusern zu bewerkstelligen, wenn von der Ausbildung her nur rund 200 Kräfte pro Jahr zur Verfügung stehen und die sich dann wieder auf das gesamte Bundesgebiet aufteilen. Ich werde mir dann erlauben, am Schluß meiner Ausführungen noch auf die Personalsituation insgesamt einzugehen.

Ähnlich, meine Damen und Herren, war die Entwicklung der Finanzsituation innerhalb der Krankenhäuser. Jahrelang wurde hier auch – und ich sage es der Ordnung halber dazu –, nicht vom derzeit zuständigen Landesrat Dr. Strenitz, aber von seinen Vorgängern, das Problem der Finanzierung vor sich hergeschoben. Und hier in diesem Hause wurde vom Vorgänger des Herrn Landesrates Dr. Strenitz, dem damaligen Landesrat Heidinger, und unter Mitwirkung des damaligen Klubobmannes Univ.-Prof. Dr. Schilcher die Krankenanstaltengesellschaft installiert und ins Leben gerufen. Diese Krankenanstaltengesellschaft, meine Damen und Herren, hatte aber ein wesentliches Ziel und eine wesentliche Aufgabenstellung, nämlich unsere Krankenhäuser innerhalb der Steiermark nach kaufmännischen Prinzipien zu führen. Das war damals eines der Kredos, welche verkündet wurden. Aber, meine Damen und Herren, die Besetzung des Vorstandes dieser Krankenanstaltengesellschaft war eigentlich schon der erste Schritt nach rückwärts in diesem durchaus positiven Ansinnen. Die Besetzung des Vorstandes nämlich passierte wieder nach dem politischen Proporz. Das, meine Damen und Herren, war die Situation, die Landesrat Dr. Strenitz vor seiner Amtsübernahme vorgefunden hat. Alle, die diesem Haus angehören und darüber hinaus, haben dann in den neuen politischen Referenten, in Dr. Strenitz, Hoffnungen gesetzt. Zwischenzeitlich ist ihm aber einer der Vorstandsdirektoren abhanden gekommen. Das sogenannte Jahrhundertwerk stand wieder in der öffentlichen Diskussion und Kritik. Wie konnte es anders sein in einer solchen Situation und innerhalb der Steiermark, daß wieder von oberster Stelle aus, und in dem Fall vom Regierungschef aus, diese Position nachbesetzt wird. Nämlich, der Nachfolger von Bosch wurde mit der Mehrheit und der Kraft des Regierungschefs dieses Landes und dieser Regierung in die Position gehievt. Die Öffentlichkeit, die Medien, haben damals ja entsprechend kritisch gesprochen und berichtet. Ich finde für diese Bestellung, ohne die Qualitäten des derzeitigen Vorstandsdirektors Dr. Möse abzuwerten, aber für die Entscheidung nur eine Erklärung. Scheinbar hat zu dieser Zeit Landeshauptmann Dr. Krainer bei Werner Mitsch nachgelesen. Mitsch sagte einmal: „Der Manager ist die Krone der Erschöpfung.“ Ich glaube, in diesem Bereich kann man dieses Zitat beinahe wörtlich umlegen. Die Situation insgesamt in unseren steirischen Krankenhäusern blieb aber seither unverändert. Der akute Personal-

mangel ist nach wie vor relevant. Wir haben in vielen Bereichen veraltete Bausubstanzen, und uns fehlt in Summe auch das erforderliche medizinische, aber auch das Pflegepersonal. Kurz und gut, Probleme wurden nicht gelöst, sondern wiederum aufgeschoben. Der Herr Landesrat Dr. Strenitz hat aus dieser Situation heraus versucht, die Flucht nach vorne anzutreten, und er hat auch in den letzten Tagen in den steirischen Zeitungen angekündigt, und wir können es nachvollziehen im Voranschlag für 1991, daß um 680 Millionen Schilling mehr für unsere Krankenhäuser aufgewendet werden sollen. Es erhebt sich aber die Frage, Herr Landesrat, ob der Zeitpunkt, wo der Landesfinanzreferent sehr drastisch auf die wirtschaftliche Situation des Landes Steiermark hingewiesen hat, optimal für eine derartige Aufstockung des Krankenhausbudgets ist. Es fragt sich, ob es zu dieser Zeit optimal ist, wo die Verhandlungen um den KRAZAF noch nicht abgeschlossen sind. Es drängt sich die Frage auf, mir und meiner Fraktion und ich glaube den meisten Damen und Herren in diesem Haus ist es nicht bekannt, wie dieser Mehraufwand insgesamt bedeckt werden soll. Um nicht zu sagen, daß der Zeitpunkt unglücklich ist und nicht das Wort, daß es vielleicht der dümmste Zeitpunkt ist, in den Mund zu nehmen, erlaube ich mir abschließend, diese Frage in den Raum zu stellen, und ersuche Sie, Herr Landesrat, daß Sie uns in Ihrer Stellungnahme sehr wohl beantworten, wie Sie denken, diese Mehraufwendungen zu bedecken. (Landesrat Dr. Strenitz: „Sie sind bedeckt!“)

Wir, meine Damen und Herren, von der freiheitlichen Fraktion haben angekündigt, daß wir auf Grund der finanziellen Situation des Landes Steiermark das Budget insgesamt, außer der Gruppe 0, ablehnen, und wir werden auch die Gruppe 5, das Gesundheitswesen, ablehnen, da uns von verantwortlicher Stelle, von seiten des Landesrates Dr. Strenitz, bis dato nicht erklärt und nicht gesagt wurde, wie dieser Mehraufwand bedeckt werden soll. (Beifall bei der FPÖ. – 19.53 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Minder.

Abg. Minder (19.53 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Mit Interesse und wahrscheinlich auch Dankbarkeit hat die steirische Öffentlichkeit in den letzten Monaten und Jahren die ungeheure Bautätigkeit im Bereich unserer steirischen Landeskrankenanstalten zur Kenntnis genommen. Meldungen über Neu-, Zu- und Ausbauten an fast allen Krankenhausstandorten in der Steiermark sind Beweis dafür, daß sich der Verantwortliche für das steirische Spitalswesen bemüht, die Gesundheitseinrichtungen dieses Landes kontinuierlich zu verbessern. Ich halte dies für gut und notwendig. So wie man Gesundheit am besten durch die Schaffung geeigneter Lebens- und Arbeitsbedingungen bei allen Bevölkerungsgruppen fördert, so sind eben zur Erhaltung dieser Gesundheit entsprechend qualitativ hochwertige Spitalsseinrichtungen notwendig. Ich komme in diesem Zusammenhang aber auf eine Situation zu sprechen, die dringend einer Verbesserung bedarf.

Das Landeskrankenhaus Graz, im Jahre 1912 als das damals größte und modernste Krankenhaus Europas in Betrieb genommen, ist auch heute noch eines der größten Spitäler Europas und das größte Spital Österreichs. Ziemlich genau die Hälfte der mehr als 10.000 in den 21 steirischen Landeskrankenhäusern beschäftigten Mitarbeiter sind im LKH Graz tätig. Sie versorgen etwa 2700 stationäre und über 1000 ambulante Patienten täglich.

Das LKH Graz ist aber auch eines der drei österreichischen Universitätskrankenhäuser, denen neben der Behandlung der Patienten auch Forschung und Lehre zugeordnet sind. Die 14 Kliniken und Institute sichern gemeinsam mit den sieben landschaftlichen Abteilungen seit Jahrzehnten eine florierende Spitzenversorgung für ein Einzugsgebiet von rund 1,5 Millionen Menschen. Keiner besonderen Erwähnung bedarf die Tatsache, daß das LKH Graz über die modernsten medizinischen Einrichtungen und Apparate verfügt, wie sie eben dem letzten Stand der medizinischen und medizinisch-technischen Errungenschaften entsprechen. Letzte Großinvestitionen sind der kürzlich in Betrieb genommene Gallen- und Nierensteinlithotriptor, der nun auch in Graz für die unblutige Entfernung von Nieren- und Gallensteinen zur Verfügung steht, und das berühmte Gamma-Messer. Diese teuerste medizinisch-technische Investition, die je in der Steiermark getätigt wurde – 39 Millionen Schilling –, ermöglicht es, Schädeloperationen unblutig durchzuführen.

Aber alle diese Leistungen werden unter räumlichen und personellen Bedingungen gesetzt, die es manchmal nur unter äußersten Anstrengungen ermöglichen, mit dem internationalen Niveau Schritt zu halten. Mit 42 Quadratmeter Fläche pro Bett – im AKH sind rund 160 Quadratmeter vorgesehen – erreicht das LKH Graz nur die Hälfte des internationalen Schnittes und eben nur ein Viertel des Wiener AKH. Knapp zwei Jahre hat das angesehene Institut für Funktionsanalyse Kopenhagen den Spitalskoloß bis in alle Einzelheiten untersucht. Und bereits vor einiger Zeit wurden die Ergebnisse von der Landesregierung zur Kenntnis genommen, wohl mit einigem Zähneknirschen, denn der Mängelkatalog, den die Fachleute vorlegten, hatte es in sich. Fast ein Drittel der Gesamtfläche sei sanierungsbedürftig, die technische und versorgungsmäßige Infrastruktur sei völlig veraltet, Komfort und Unterbringung der Patienten teilweise nicht zeitgemäß. So ist die Auflistung der Spitalsexperten aus Kopenhagen.

Eine entscheidende Forderung der Spitalsplaner war aber – und dieser Forderung muß ich mich als Grazer Abgeordnete vollinhaltlich anschließen – die Ausgliederung von Teilen des LKH in ein neu zu bauendes LKH Graz II oder Graz-Süd. Und ich glaube, meine Damen und Herren, daß diese Situation dringend und ernst ist. Geht es nämlich darum, unseren Universitätskliniken wieder die Möglichkeit zur Lehre und Forschung nach internationalen Maßstäben zu geben, geht es darum, die Spitzenmedizin für einen Einzugsbereich von fast 2 Millionen Menschen sicherzustellen und unseren Grazer Patienten auch die Unterbringung wieder in eine zeitgemäße Qualität hinsichtlich Zimmergröße, sanitärer Ausstattung und so weiter zu geben, aber auch den Bediensteten, Ärzten, Schwe-

stern, Pflegern, menschenwürdige, zeitgemäße Arbeitsbedingungen zu bieten. Und es geht um eine, fast möchte ich sagen Jahrhundertchance, nämlich daß Graz am Schnittpunkt des südosteuropäischen Raumes wieder ein neues Zentrum wissenschaftlichen und medizinischen Wirkens wird. Ich habe mit großer Freude die Nachricht aufgenommen, daß nunmehr endgültig die Entscheidung für einen neuen 110-Betten-Trakt, der außerdem eine Dialysestation mit 15 zusätzlichen Betten umfassen soll, als Zubau zu den vier Grazer medizinischen Abteilungen getroffen wurde. Spätestens 1993 soll mit dem Bau begonnen werden. Ich glaube aber, daß dieses Großprojekt nur als erster Schritt eines langfristig gezielten Ausbaues der medizinischen Fachversorgung des LKH gelten kann. Zu gleichen Teilen muß der Bau des neuen Standardspitals LKH Graz II gehören. Nur so kann die derzeitige Krankenversorgung im Bereich der vier medizinischen Abteilungen, die derzeit durch überfüllte Säle und ständige Notbetten stark beeinträchtigt ist, wirklich entlastet und damit die entsprechende Ausweichmöglichkeit für eine Generalsanierung der Grazer Kliniken geschaffen werden.

Ich darf dich, Herr Landesrat Dr. Strenitz, ersuchen, die Entscheidungen weiter voranzutreiben und vor allem in Gesprächen mit dem Bund die strukturelle Neuordnung des Grazer Klinikums und die finanzielle Beteiligung des Bundes abzuklären. Für eine rasche Entscheidung sprechen auch gewichtige finanzielle Gründe.

Wir alle wissen, daß es einen deutlichen Unterschied im Versorgungsaufwand von Klinik- und Standardspital gibt. Der Klinikpatient kostet täglich 6000 Schilling, das Krankenbett im Standardspital kommt auf 2300 Schilling. Nicht zuletzt auch aus diesen wirtschaftlichen Gründen wäre rasch die Trennung anzustreben. Letztlich wird auch der Bund einsehen müssen, daß das Krankenhaus Graz mit dem derzeitigen Stand von 2800 Betten völlig überlastet ist.

Ich ersuche daher nochmals die Landesregierung, das Projekt LKH 2000 umgehend in Angriff zu nehmen. Danke. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 20.05 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Beutl das Wort.

Abg. Beutl (20.05 Uhr): Sehr verehrte Frau Präsident, geschätzte Damen und Herren!

„Alt werden ist die einzige Möglichkeit, möglichst lange zu leben“, sagt Hugo von Hofmannsthal, und ich erlaube mir zu ergänzen: Möglichst lange gesund zu leben, wäre das erstrebenswerte Ziel. Doch damit sieht's für uns Österreicher nicht sonderlich gut aus, denn wenn ich meine Rede beendet haben werde, wird wieder ein Österreicher an einer Herz-Kreislauf-Krankheit gestorben sein, und alle 18 Minuten stirbt in Österreich ein Mensch an einem Herzinfarkt.

Die Lebenserwartung liegt in Österreich also international gesehen im eher unrühmlichen unteren Drittel, wenn man den Vergleich von 29 OECD-Ländern hernimmt, wo für österreichische Frauen die 19. Stelle und für österreichische Männer die 20. Stelle ausgewiesen ist. Auch in der Steiermark sieht es diesbezüglich nicht sonderlich gut aus. Sie haben alle erst vor kurzem den letzten Band der steirischen Statistik

zugeschickt bekommen und werden dort wahrscheinlich auch gesehen und gelesen haben, daß besonders sieben Bezirke im Osten Österreichs extrem hohe Werte an Sterblichkeit zu verzeichnen haben, wobei der negative Spitzenreiter der Bezirk Radkersburg mit 20,8 Prozent ist und damit um ein Fünftel höher als im Bundesmittel liegt.

Die Österreicher gaben im Jahr 1989 rund 150 Milliarden Schilling für ihre Gesundheit aus, das sind 9 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, und die Kosten für ein Spitalsbett – wir haben sie gerade vorhin gehört – sind erheblich. Wenn man mit einem Primar eines Krankenhauses in der Oststeiermark spricht, so meint er, daß der größte Teil der Patienten, die heute im Spital behandelt werden, an Krankheiten leidet, die bei entsprechender Lebensführung vermeidbar gewesen wären. Er führt hier an: Gefäßsklerose, Herzinfarkt, Schlaganfall, Lungen- und Atemwegserkrankungen, bösartige Tumore, und er faßt sie in der Gruppe der Zivilisationskrankheiten zusammen. Diesen Krankheiten ist gemeinsam, daß sie meist in einem späten Stadium erkannt werden, so daß ihr weiteres Fortschreiten mit den Mitteln der Medizin nicht mehr wesentlich beeinflusst, geschweige denn aufgehalten werden kann. Der Arzt meint, sie seien nicht heilbar, man könnte ärgste Schäden zwar reparieren, aber heilbar seien sie nicht.

Nun, diese Fakten führen zwangsläufig zu einer Schlußfolgerung, die da lautet: Wenn eine Krankheit nicht heilbar ist, so müßte alles getan werden, um ihr Entstehen möglichst zu verhindern. Hier liegt der Angelpunkt für die Vorsorge beziehungsweise für die Gesundheitserziehung, die das Bewußtsein dafür schärfen und sensibilisieren muß, daß nämlich die eigene Lebensweise und die eigenen Ernährungsgewohnheiten den größten Einfluß auf Gesundheit und Krankheit haben. Der noch gesunde Mensch muß möglichst frühzeitig angesprochen werden. Er muß vor allem über sein Fehlverhalten aufgeklärt werden. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch davon berichten, daß der Zahnzustand etwa der Schulkinder bis zum Alter von zwölf Jahren in der Steiermark erschreckend ist, was den Kariesbefall betrifft, und daß wir damit in der Steiermark mit 23 Prozent hinter Vorarlberg bereits am Platz zwei österreichweit rangieren. Ebenfalls alarmierend ist die Tatsache, daß von zirka 1000 untersuchten Pflichtschülern der Steiermark bereits 90 Prozent Haltungsschwächen aufweisen und ein Drittel davon bereits Haltungsschäden hat. Eine konsequente, kontinuierliche und langfristig anzusetzende und vor allem wohnbereichsnahe Aktion müßte einsetzen, um hier notwendige Verhaltensänderungen zu bewirken. Das aber setzt Bereitschaft zum Ändern, zum Wandel der Lebensführung voraus, Bereitschaft und auch die bewußte Anstrengung eines jeden einzelnen, seine Gesundheit in aktiver Weise zu bewahren. Damit das gelingen kann, müssen alle, die in einer Gemeinschaft leben, in diesen Prozeß des Umdenkens eingebunden werden.

Die Familie, die Schule, der Arbeitsplatz, die Gaststätten, nur dann können gesundheitsfördernde Maßnahmen wirkungsvoll sein. Die WHO, die Weltgesundheitsorganisation, hat bereits im Jahre 1977 diesbezüglich Ziele definiert, die allerdings nur dann umgesetzt werden können, wenn die Gesundheitspolitik mehr auf

die Eigenverantwortlichkeit der Menschen abzielt. Solche Aktionen zur Prävention müssen dann aber auch ein Budget haben. Eine äußerst erfolgreiche und über die Steiermark, ja über Österreich hinaus vorbildliche Aktion in dieser Richtung ist die Aktion der Gesunden Gemeinden, die die Steirische Gesellschaft für Gesundheitsschutz seit drei Jahren in der Steiermark durchführt und die sich an den Leitlinien der WHO orientiert: Änderung der Lebensweise, Verhütung von Risiken und Abbau von Risikofaktoren, die zum Auftreten dieser Krankheiten, die ich eben erwähnt habe, führen, und das Ermitteln und Unterstützen von schutzbedürftigen und risikogefährdeten Personen. 55 Gemeinden, es sind darunter auch Städte, haben bereits daran teilgenommen, und bis Mai sind eine Reihe von Gemeinden bereits vorge-merkt. Das sind mehr als 10 Prozent aller Gemeinden in der Steiermark, und wenn man vergleicht, wie das in anderen Bundesländern in Österreich aussieht, dann ist die Steiermark hier Spitzenreiter. An dieser Stelle möchte ich im Namen all dieser Menschen, die in diesen 55 Gemeinden an dieser Aktion mitmachen, ein besonders herzliches Dankeschön an Landesrat Prof. Jungwirth dafür richten, daß er Geld für diese Aktion zur Verfügung stellt. Die wichtigste Voraussetzung, daß solche gesundheitsbewußte Aktionen in der Gemeinde auch funktionieren, ist vor allem, daß der Bürgermeister, der gesamte Gemeinderat mit den niedergelassenen Ärzten dieser Gemeinden diese Aktion und dieses Projekt bejahen und unterstützen. Das Projekt selbst läuft in drei Schritten ab. Zunächst wird das Gesundheitsprofil, der Zustand der Gemeinde, statistisch von Jungärzten, die auf einen Turnus warten, erfaßt, und dann gibt es zahlreiche Aktionen und Informationen zur Bewußtseinsbildung und -veränderung in Bezug auf Gesundheitsfragen. Wichtig ist, daß nach fünf Jahren ein statistischer Vergleich durchgeführt wird, um Erfolge in diesem Bereich sichtbar zu machen. Daß Erfolge von Vorsorgemaßnahmen klarerweise nicht unmittelbar und sofort nachgewiesen werden können, liegt auf der Hand, sind ja vor allem chronisch degenerative Krankheiten jahrelang latent, bis sie ausbrechen. Allerdings, schon durch eine geringfügige Senkung des Blutdrucks der Bevölkerung kann die Häufigkeit von Zivilisationskrankheiten gesenkt werden. Auch innerhalb der Gemeinden in dieser Aktion gibt es bereits Vergleichswerte von Bluttests, die deutliche Verbesserung etwa der Cholesterinwerte innerhalb eines Jahres aufweisen, und das reicht von 7 bis 29 Milligrammprozent. Übrigens, ich möchte nicht indiskret werden, aber kennen Sie Ihre Cholesterinwerte?

Sie werden morgen Gelegenheit haben, sollten Sie sie nicht kennen, sie überprüfen zu lassen. Die Gesellschaft für Gesundheitsschutz wird morgen hier im Haus eine Aktion durchführen. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „180!“) Wir werden sehen, ob das morgen auch noch der Fall ist. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Hermann Kröll und ich haben die besten Werte gehabt! Ihr Chef Prof. Jungwirth war sehr hinten!“) Das ist schön für Sie. Als besonders positiver Effekt dieser Aktion der gesunden Gemeinde darf auch festgestellt werden, daß innerhalb der Gemeinden ein neues Gemeinschaftsgefühl entstanden ist, das davon herrührt, daß sich die Menschen plötzlich als Teil einer neuen Bewegung fühlen und daß es vielfach in den

Gemeinden eigene Budgets für das Thema Gesundheit gibt, eigene Ressorts für das Thema Gesundheit. Ich glaube, es ist insgesamt der richtige Weg hin auf ein notwendiges Ziel. Ich möchte auch hier der Geschäftsführerin dieser Gesellschaft, Frau Präsident Dr. Kalnoky, recht herzlich dafür danken, daß sie sich dieser Aufgabe so verschrieben hat. Wenn es auch nicht möglich ist, die Menschen vollkommen zu ändern, so wäre es schon ein Erfolg, wenn möglichst viele sich überlegen, wie viele Risikofaktoren und wie viele falsche Lebensgewohnheiten sie haben, und jeder wenigstens eine davon ablegt. Ein Ratschlag eines Weisen aus dem alten Rom hat – glaube ich – Gültigkeit: „Weise und richtige Lebensführung gelingt keinem Menschen durch Zufall. Man muß, so lange man lebt, lernen, wie man leben soll!“ Das war Seneca. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 20.15 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kammlander.

Abg. Kammlander (20.15 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

In erster Linie richtet sich meine ganz kurze Wortmeldung an den Herrn Landesrat Dr. Strenitz. Die Vorwürfe des Vereines SORG gegen die Leitung der Heilpädagogischen Abteilung im LSKH wurden von der ersten Kommission unter der Leitung des Herrn Prof. Möse bestätigt. Inzwischen hat sich die Landesregierung zu einer grundsätzlichen Neuorientierung in der Betreuung psychisch kranker und behinderter Kinder und Jugendlicher entschlossen. Das Umstrukturierungskonzept berücksichtigt die Kinderabteilung K nicht. Obwohl sich diese Abteilung in einem der modernsten Spitalsgebäude der Steiermark befindet, läßt die Betreuung, wie einem Gutachten von Univ.-Prof. Mutz zu entnehmen ist, doch einiges zu wünschen übrig. In der Mängelbeschreibung heißt es wörtlich: Nur eine Physiotherapeutin, bis zu zwölf Kindergärtnerinnen zu wenig, keine visuelle Überwachungsanlage, kein kindorientierter Dienst, Erzieher fehlen, kein Kinderarzt auf der Station. Die Versorgung nur auf die medizinische Betreuung zu beschränken, ist bei behinderten und psychisch kranken Kindern nicht ausreichend. Um eine umfassende Betreuung zu ermöglichen, ist das Prinzip der gleichberechtigten Teamarbeit unter kollegialer Führung international gebräuchlich, und auch Prof. Spiel, der bei der zweiten Kommission mitbeteiligt war, weist in seinem Gutachten auf diese Teamarbeit hin. Der Verein SORG findet es jetzt unverständlich, warum die Station K nicht in das Reformkonzept einbezogen wird.

Kinder von der jetzt in Zukunft ausgegliederten oder verlegten Heilpädagogischen Abteilung sollen aus medizinischen Gründen in diese Abteilung, jetzt K, verlegt werden. Die Unterversorgung in dieser Station K würde jetzt aber zu einer Verschlechterung der Betreuungssituation der Kinder führen. Wir sollten nicht unter neuem Namen den Problembereich unverändert lassen – also jetzt heißt ja dann die jetzt kritisierte Heilpädagogische Abteilung Station K, und wir beginnen dann wieder mit der Reform der Station K. Ich würde mir wünschen, daß beides möglich ist, daß ja gemeinsam mit dem Herrn Landesrat Tschernitz einerseits die Ausgliederung der Heilpädagogischen

Abteilung gelingen möge, aber auch, daß Sie sich ernsthafte Gedanken über die interne Reform der Station K machen und daß das auch ins Konzept einbezogen wird. Der Verein SORG fordert in diesem Zusammenhang die Miteinbeziehung der Abteilung K in das Umstrukturierungskonzept – wie ich schon gesagt habe – der Kinder- und Jugendpsychiatrie; kurzfristig verlangt der Verein die Verbesserung der Betreuungssituation durch Einstellung von Erziehern, Kindergärtnern, Kindergärtnerinnen und das notwendige therapeutische Personal, auch die Verwirklichung der multiprofessionellen Teamarbeit, von der ich vorher gesprochen habe, unter einer kollegialen Führung.

Ich würde gerne von Ihnen hören, wie Sie dieses Problem sehen. Danke. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 20.20 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Bacher das Wort.

Abg. Bacher (20.20 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Das Gesundheitswesen und vor allem das Spitalwesen gehören seit Jahrzehnten zu jenen Bereichen, die von verschiedenen Seiten und aus verschiedenen Aspekten immer wieder eingehend diskutiert werden. Mittelpunkt dieser Diskussion ist vor allem die Finanzierungsproblematik. Das überproportionale Wachstum der Gesundheitsausgaben hat dazu geführt, daß irgendwann nach dem Jahr 2000 die Gesundheitsausgaben das gesamte Bruttosozialprodukt verbrauchen könnten. Da andererseits aber auch die Krankenhausaufgaben gegenüber den Gesundheitsausgaben rapid wachsen, ergibt sich die Horrorvision, daß letztlich das gesamte Bruttosozialprodukt für die Krankenhäuser aufgewendet werden muß.

Gerade wegen der großen Belastungen im Gesundheitswesen – und es sind immer wieder die Ausgaben für die Spitäler – kommt es auch zu einer beträchtlichen Ausweitung des Budgets unseres Landes. Über 700 Millionen Schilling mehr für unsere Krankenhäuser in der Steiermark. Eine enorme Aufstockung, wofür ich vor allem unserem Landeshauptmann Dr. Josef Krainer, aber auch der Regierung und unserem Landtag sehr herzlich danken möchte. (Beifall bei der ÖVP.)

Insgesamt beträgt der Zuschuß des Landes Steiermark für die Finanzierung der Steiermärkischen Krankenanstaltenges. m. b. H. über 2,4 Milliarden Schilling. Es stellt sich auch immer wieder die Frage – und der Kollege Weilharter hat sie auch gestellt –: War die Ausgliederung der Steiermärkischen Krankenanstaltenges. m. b. H. überhaupt notwendig, um vier Jahre später finanzielle Mittel aufbringen zu müssen, die fast schon an die Grenzen der Unfinanzierbarkeit gehen? Ich behaupte, daß die Ausgliederung aus der Landesverwaltung trotz alledem richtig gewesen ist. Daß aber die Ausgliederung und die Gründung der Steiermärkischen Krankenanstaltenges. m. b. H. dennoch nicht sofort den erwünschten Erfolg erzielen konnte, hat meiner Meinung nach drei Ursachen:

Erstens: Die bei der Ausgliederung gestellte Forderung der Sozialistischen Partei, daß zukünftig eingestelltes Personal nicht mehr Landesbedienstete sein dürfen, hat sich als fataler Fehler herausgestellt. Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba hat gestern bereits sehr aus-

fürlich davon gesprochen. (Abg. Günther Ofner: „Wer hat das behauptet?“) Ich habe einen Zeitungsartikel, wo drinnen steht, daß das eine unabdingbare Forderung der SPÖ war, und ich wundere mich heute noch, daß Gewerkschaftskollegen damals mitgestimmt haben. Herr Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba hat das ja gestern ausführlich behandelt, und ich bin ihm dafür auch sehr dankbar. Die unterschiedlichen Bedienstengruppen – fragt eure Betriebsratskollegen, die werden euch das bestätigen – haben einerseits eine Unruhe in die Betriebe hineingebracht und andererseits dazu geführt, daß Fachpersonal in andere Bundesländer abgewandert ist. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Sozialdemokratie!“) Diese Forderung, meine Damen und Herren, von der Sozialistischen Partei war unverantwortlich, und es kann nicht oft genug betont werden, daß sie ausschließlich aus politischen Erwägungen gefordert wurde.

Der zweite wesentliche Fehler, der passiert ist, war die Fehleinschätzung des Herrn Diplomkaufmann Bosch und des Herrn Dr. Moser im Gutachten zu den steirischen Spitälern. Der Herr Dr. Moser sitzt da, und ich zitiere ihn sinngemäß. Er sprach in seinem Gutachten: „Der Schwerpunkt der Vorschläge zur Kostenreduzierung liegt im personellen Bereich. Auf Grund der Untersuchung erscheinen in diesem Bereich realistische Einsparungsmöglichkeiten gegeben zu sein.“

Inzwischen hat ja, wie bekannt ist, Dr. Moser seine Meinung wesentlich geändert. Es war eine falsche Einschätzung und ein Aufzeigen von Möglichkeiten, im Personalbereich zu sparen, die aber in der Praxis nicht realisierbar waren und wo jetzt versucht wird, alles auf die Vorfälle von Lainz hinzulenken.

Drittens muß gesagt werden, daß durch den großen Investitionsrückstau – Schätzungen haben ergeben, daß er zirka 10 Milliarden Schilling betrug – bei der Übernahme der Steiermärkischen Krankenanstaltenges. m. b. H. natürlich auch ein großer Aufholprozeß im investiven Bereich notwendig wurde. Hier muß der Führung der Steiermärkischen Krankenanstaltenges. m. b. H. bescheinigt werden, daß sie wirklich viele Initiativen in den einzelnen Spitälern gesetzt hat. Es gibt faktisch kein Krankenhaus in der Steiermark, wo nicht Investitionen in Millionenhöhe getätigt wurden. Es wurde aber auch der Schwerpunkt in den ersten Jahren der Gesellschaft in diesem Bereich gesetzt, und man hat übersehen, daß für jeden Umbau, Ausbau und Neubau zusätzliches Personal benötigt wurde. Es sind beträchtliche Mittel in die notwendigen Investitionen geflossen, und es waren leider die Mittel für die Personalbesetzung nicht vorhanden.

Zu dieser Thematik kam natürlich auch das Problem, wie bereits eingangs erwähnt, der unterschiedlichen Gehaltsschemen, die ständige Probleme in den Betrieben verursacht haben. Und ich möchte an dieser Stelle unserem Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba ganz besonders danken, daß es ihm gelungen ist, diese Harmonisierung herbeizuführen. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber auch eine andere Reihe von Problemen wurden nicht oder nur zum Teil gelöst. Ich denke hier – der Kollege Weilharter hat es angeschnitten – an das Problem der Ausbildung bei den Diplomkrankenschwestern, aber auch im medizinisch-technischen beziehungsweise physikalischen Bereich. Es ist einfach unverständlich, daß die Rechtsabteilung 12 und

Sie, Herr Landesrat Dr. Strenitz, jahrelang nicht reagiert haben. Es ist unverständlich, daß es Schulen gibt mit Heimordnungen, die nicht mehr zeitgemäß sind. Man hat künstlich die Aufnahmen in den Krankenpflegeschulen hintangehalten. Man hat auf die Entwicklung im Pflegeberuf nicht reagiert. Das sind einige Gründe, warum der Kostenschub in den Spitälern heuer so groß ist.

Wenn wir, meine Damen und Herren, in diesem Budget über 700 Millionen Schilling zusätzlich für die steirischen Krankenanstalten beschließen und damit die Situation unserer Spitälern verbessern, dann muß man auch wissen, was mit dem Geld passiert. (Abg. Rainer: „Du hast eine umwerfende Logik!“) Von den 740 Millionen Schilling werden zirka 680 Millionen Schilling für die Dienstrechts- und Personalharmonisierung und für die Gehaltsanpassung verwendet. Allerdings wurden im Wirtschaftsplan 1991 nur zirka 425 zusätzliche Dienstposten berücksichtigt. Obwohl der tatsächliche Personalbedarf 728 Dienstposten beträgt – errechnet nach international anerkannten Methoden. Daher werden in den nächsten Jahren die Kosten für weitere 300 Dienstposten, sobald sie am Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, anfallen. Allerdings ohne den ärztlichen Dienst und ohne medizinisch-technischen Dienst im LKH Graz. Außerdem steht die Gehaltsforderung der Ärzte im Raum, die laut Zeitungsmeldungen 20 Prozent fordern, und nicht zu vergessen sind noch die Gehaltsanpassungen der Verwaltungs- und der in handwerklicher Verwendung stehenden Bediensteten. Daher muß in den nächsten Jahren, wenn nicht überhaupt schon im nächsten Budget, mit einer neuerlichen Aufstockung von zirka 700 Millionen Schilling allein im Personalsektor gerechnet werden.

Mit dem Eintreten des Prof. Möse in die Steiermärkische Krankenanstaltenges. m. b. H. wurde erstmals von einem menschlichen, humanen Krankenhaus gesprochen, welches natürlich dem ökonomischen Prinzip zu unterliegen hat. Ich bin dem Herrn Prof. Möse sehr dankbar, daß er derjenige war, der dieses humane und menschliche Krankenhaus nicht nur dem Patienten gegenüber vertritt, sondern auch dem Personal gegenüber. Diesem Ziele entsprechend sind auch die Voraussetzungen zu schaffen.

Ich frage daher abschließend, meine Damen und Herren, ist es überhaupt möglich, 20 Krankenanstalten in einem Unternehmen zusammenzufassen, oder sollte man sich nicht überlegen, den nächsten Schritt zu setzen, und zwar aus der Steiermärkischen Krankenanstaltenges. m. b. H. eine Steiermärkische Krankenhausholding zu machen? Das würde bedeuten, daß alle 20 Krankenhäuser ein eigenes Unternehmen werden mit vollkommener Selbstverantwortlichkeit, hier meine ich vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht. Vielleicht wäre dadurch eine bessere wirtschaftliche Führung doch möglich, weil eines muß ja auch klar festgehalten werden, daß auch unter der Gesellschaft die Zentralisierung immer mehr zunimmt. Ich könnte mir vorstellen, daß die kollegiale Führung eines Krankenhauses quasi der Vorstand dieses Unternehmens wäre und für die wirtschaftliche Führung dieses Unternehmens verantwortlich ist.

„Small is beautiful“, auch hier mehr Verantwortung in die einzelnen Häuser, dadurch weniger Bürokratis-

mus, daher mehr Selbstverantwortung. Ein weiteres Problem stellt das Nichtvorhandensein des Landeskrankenanstaltenplanes dar. Der seit Jahren geforderte Krankenanstaltenplan liegt bis heute noch nicht vor, und ich wundere mich, warum Sie, Herr Landesrat Dr. Strenitz, diesen Plan nicht schon längst vorgelegt haben. Bereits im Geschäftsbericht für das Wirtschaftsjahr 1987 stellt die Geschäftsführung der KAG fest, daß dies unabdingbar ist. In Österreich decken die von den Krankenversicherungsträgern für ihre stationären Patienten gezahlten Pflegesätze nur etwa 40 bis 50 Prozent der Gesamtkosten der Krankenhäuser. Es stellt sich bei der Finanzierung überhaupt die Frage, ob der KRAZAF sich nicht schon längst überlebt hat und ob man nicht überhaupt auf eine neue Finanzierung der Krankenanstalten hinsteuern sollte.

Ich denke hier vor allem an die leistungsbezogene Krankenhausfinanzierung. Das Konzept der leistungsbezogenen Finanzierung kommt aus den USA und ist die Antwort auf die Krankenhausfinanzierungsprobleme des dortigen marktwirtschaftlichen Gesundheitssystems. Im sogenannten Drg-System werden Krankheitsgruppen gebildet und deren stationäre Behandlung nach Durchschnittswerten standardisiert und honoriert. Die Frage der Finanzierung unserer Spitäler, aber insgesamt das Gesundheitswesen wird uns in den nächsten Monaten und Jahren ganz intensiv beschäftigen.

Sie, Herr Landesrat Strenitz, werden den Steirerinnen und Steirern sagen müssen, wie Sie sich die Finanzierung der steirischen Spitäler in Zukunft vorstellen. (Landesrat Dr. Strenitz: „Sind Sie gegen die 700 Millionen Schilling?“) In diesem Sinne bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 20.34 Uhr.)

Präsident Meyer: Herr Abgeordneter Herrmann ist am Wort.

Abg. Herrmann (20.34 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, werte Damen und Herren!

Natürlich muß auch ich mich zum Landeskrankenhaus Hartberg zu Wort melden. In der Landtagssitzung vom 27. November dieses Jahres wurde uns mitgeteilt, die Finanzierung des neuen Landeskrankenhauses Hartberg sei gesichert. In den nächsten Tagen erfahren wir aus den Zeitungen und – unseren Bezirk Hartberg betreffend – durch Postwurfsendungen, daß sich die Abgeordneten zum Steiermärkischen Landtag, der Präsident Pörtl und Dr. Lopatka, über diesen Bau freuen. Ich darf mitteilen, auch der Abgeordnete Herrmann freut sich. Ich bin auch sicher, daß sich der Abgeordnete Schweighofer darüber freut. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Ich auch!“) Laut dieser Aussendung wurde unsere Freude aber gedämpft. Mußten wir doch erfahren, daß 10 Millionen für den Architektenwettbewerb und Grundkauf vorhanden sind. Da möchte ich sagen, daß wir schon einmal weiter waren. Die Landesregierung hatte unter Landesrat Gerhard Heidinger schon die Pläne für einen Zubau. Nur wurde dieser abgelehnt, weil man das Landeskrankenhaus Hartberg in der Nähe des heutigen Altenheimes bauen will. Landesrat Heidinger war damals für einen Zubau und somit für eine Verbesserung des Spitals. Er vertrat schon zur damaligen Zeit die Meinung, wird der Zubau

nicht sofort in Angriff genommen, werden die Leute im Bezirk Hartberg lange auf ein neues Spital beziehungsweise auf eine Verbesserung der Situation warten müssen. Er sollte recht behalten. Wir wollten ihm nicht glauben, auch ich nicht. Nun bin ich aber mißtrauisch. Es gibt nun eine massive Bewegung gegen den geplanten Standort, weil die Zufahrt für die Anrainer eine enorme Belastung bringen würde. Bei einer Podiumsdiskussion traten der Stadtpfarrer Janisch und weitere Persönlichkeiten gegen den geplanten Standort auf und verlangten, daß auf dem jetzigen Areal gebaut wird. Weil ich die finanzielle Lage des Landes kenne und miterleben mußte, daß unser Resolutionsantrag, in welchem sich die Landesregierung festlegen sollte, daß das Landeskrankenhaus Hartberg neben dem Landeskrankenhaus Graz erste Priorität bei den LKH-Bauten haben soll, von der ÖVP abgelehnt wurde, bin ich mir über einen Baubeginn ab 1993 nicht sicher. Ich will hier nicht von einer Zweischneidigkeit der ÖVP sprechen, denn ich habe heute erfahren, daß die Kollegen damals im Finanz-Ausschuß nicht dabei waren. Ich bin überzeugt, die hätten die anderen ÖVPLer schon dazu überredet. Aber im Bezirk posaunt man den Baubeginn hinaus oder zumindest die Planung, und im Land ist man dagegen. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Eine Regierung legt man nicht fest!“) Warum, dann hätte man sich ja festlegen können. Ich fordere alle Verantwortlichen auf, ein Parteienübereinkommen zu unterzeichnen, daß das LKH Hartberg tatsächlich gebaut wird. Die Lage im LKH Hartberg ist für die Patienten und Bediensteten unzumutbar. Wir alle müssen zusammenhalten, daß dieser Neubau verwirklicht wird. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ. – 20.38 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Günther Ofner das Wort.

Abg. Günther Ofner (20.38 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine geschätzten Damen und Herren!

Ich möchte vielleicht vorher zum Kollegen Bacher doch sagen, daß wir von vornherein nicht unbedingt für die Ausgliederung waren. Selbstverständlich waren wir der Meinung, wenn Ausgliederung, dann gehört auch das Personal hinein – das ist selbstverständlich.

Vielleicht noch zum Kollegen Weilharter, weil er gesagt hat, daß die Spitäler nach kaufmännischem Prinzip geführt werden sollten. Das war schon immer so. Die steirischen Spitäler waren immer schon kostengünstiger als die in den anderen Bundesländern. Und ich bin dem Herrn Landesrat Dr. Strenitz sehr, sehr dankbar dafür, daß er gerade jetzt zu diesem Zeitpunkt die Aufstockung des Personals betrieben hat und wirklich mehr Geld für die Spitäler vorgesehen ist, denn die Diskussion um die Reform unseres Gesundheitswesens reißt nicht ab. Wenn man den Medienberichten Glauben schenken kann, sind sich die Verhandler der Arbeitsgruppen zur Regierungsumbildung in vielen Punkten über die Reform des österreichischen Gesundheitswesens einig. Diese Einigung umfaßt bisher die Einführung einer leistungsbezogenen Krankenhausfinanzierung und die Verstärkung der Rolle der niedergelassenen Ärzte, die Schaffung von Gesundheitssprengeln und eine Reform der Ausbildung der angehenden Mediziner. (Abg. Weilharter: „Aber nicht auf Kosten der privaten Sanatorien!“) Das ist richtig.

Dennoch taucht in der letzten Zeit immer häufiger der Ruf nach mehr Menschlichkeit in den Spitälern auf. Wie die traurigen Ereignisse von Lainz gezeigt haben, ist – und ich teile hier vollinhaltlich die Meinung von Landesrat Dr. Strenitz – die vielzitierte Humanität im Krankenhaus wohl zuallererst eine Frage des Dienstpostenplanes. Neben dem medizinischen Fortschritt brauchen wir in unseren Spitälern wohl nichts so dringend wie den hilfreichen Menschen, den Arzt, die Schwester, den Pfleger und so weiter. Es ist für mich daher auch keine Frage, daß es notwendig und vertretbar ist, dem Bereich Gesundheit und Krankenhaus mehr Geld zu widmen, als dies jetzt der Fall war. Das Budget 1991 hat hier bereits die Weichen gestellt. So sah beispielsweise der Dienstpostenplan für 1990 für unsere 21 Landesspitäler 10.373 Stellen vor. So sind im Dienstpostenplan für 1991 für diese Position nun 10.832 Stellen eingesetzt. Das entspricht einer Vermehrung um 459 Stellen, meine Damen und Herren. Ich möchte diesbezüglich dem zuständigen Landesrat Dr. Strenitz wirklich sehr herzlich und ausdrücklich dafür danken. Nur mit dieser Personalvermehrung kann das zurechtgesteckte Ziel nach mehr Menschlichkeit erreicht werden. Immerhin wurden auch in den letzten Jahren hier ganz, ganz große Anstrengungen unternommen. Zum Beispiel wurde der Stand der Mitarbeiter, die unmittelbar mit den Patienten zu tun haben, um 600 erhöht, damit der Arzt und die Schwester wirklich Zeit für ein kurzes Gespräch, für eine Erklärung, ein freundliches Wort, eine Geste der Zuwendung haben, kurzum für jene menschliche Kommunikation, die neben dem höchsttechnischen Gerät wohl der wichtigste Faktor der Genesung ist. 459 zusätzliche Bedienstete im Jahre 1991, darunter 104 Ärzte, 80 Diplomkrankenschwestern und 97 Sanitätshilfsschwestern, könnten mit dazu beitragen.

Es soll hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, aber auch nicht verschwiegen werden, daß auch in der Steiermark von den Krankenpflegeberufen Klage über die Personalsituation geführt wird, vor allem über zu wenig Krankenpflegefachpersonal in den Spitälern. Die Gründe für den Personalmangel werden von den Berufsvertretungen in der nicht ausreichend erfolgten Stationsbesetzung, in familienunfreundlichen Arbeitszeiten und in physisch und psychisch anstrengenden Tätigkeiten gesehen. Durch die genannte hohe physische und psychische Belastung ist leider auch die Verbleibzeit im Beruf viel kürzer als in den anderen Berufen, weshalb viel mehr Personal in Krankenpflegeberufen ausgebildet werden muß, damit eben eine ausreichende Besetzung der Stellen überhaupt möglich ist.

Ich möchte in diesem Zusammenhang unseren Landesrat Dr. Strenitz auch dazu beglückwünschen, daß es ihm gelungen ist, allein die Zahl der Neuaufnahmen in die Krankenpflegesschulen von 1988 bis 1990 von 420 auf 620 zu steigern. Ich unterstütze auch ausdrücklich seine Bemühungen um die Errichtung eines neuen Schulgebäudes, da ich in Kenntnis dieser Situation des Landeskrankenhauses Stolzalpe immer wieder erlebe – und der Kollege Bacher wird mir hier sicher recht geben –, wie groß die Belastung des dort tätigen Pflegepersonals ist. Schließlich haben sich auch in den letzten Jahren die Aufwendungen für Diagnostik und Therapie mehr als verzehnfacht. Es wird daher meines

Erachtens alles unternommen werden müssen, um nicht nur durch eine entsprechende Lohnanpassung – diese ist dankenswerterweise ja jetzt auch in diesem Budget bereits vorgesehen –, sondern auch durch Entlastungen und verringerten Druck infolge von Personalvermehrungen eine positive Wendung dieser wirklich problematischen Situation zu erreichen.

Ich glaube daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, abschließend feststellen zu können, daß die für den Spitalsbereich eingesetzten zusätzlichen 680 Millionen Schilling für das Budget 1991 wirklich gut verwendet werden. Immerhin kommt diese Summe praktisch eins zu eins dem Personal unserer Anstalten zugute, was sich letztlich wieder in einer verbesserten medizinischen Versorgung der gesamtsteirischen Bevölkerung niederschlagen wird.

Ich danke insbesondere auch Spitalslandesrat Dr. Strenitz für seine nimmermüden Bemühungen, weitere Fortschritte für die Gesundheitsversorgung unserer steirischen Landsleute zu bringen.

Daß jedoch trotz des enorm gesteigerten Personalaufwands auch im nächsten Jahr nicht alle Mehrerfordernisse abgedeckt werden können, erscheint bereits jetzt klar, meine Damen und Herren. Beispielsweise werden 1991 an den Schulen des LKH Graz und LKH Leoben 218 Schwesterndiplomierungen zu erwarten sein. Umgekehrt dürfte sich bei gleichbleibender Fluktuation zur Erfüllung des Dienstpostenplanes ein Einstellungsbedarf von rund 242 Diplomkrankenschwestern ergeben. Allein dieser Umstand zeigt, daß nur durch ein Paket von Maßnahmen, wie erstens die weitere Anwerbung von ausländischem Diplomkrankenpflegepersonal, zweitens die Akquirierung steirischer Schwestern, die derzeit in anderen Bundesländern arbeiten – und das sind sicher nicht wenige –, und drittens die Attraktivierung des Wiedereinstiegs in den Beruf, dazu beitragen wird, diese zu befürchtenden Mangelsituationen hintanzuhalten.

Ich halte es daher für sicher sinnvoll, daß das Budget des kommenden Jahres, aber auch der Wirtschaftsplan für die Krankenanstalten einen besonderen Schwerpunkt im personellen Bereich gesetzt haben. Dies wird in den Folgejahren sicherlich bedeutende positive Auswirkungen nach sich ziehen. Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 20.49 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Univ.-Prof. Dr. Schilcher.

Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher (20.49 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Die Bildung hat etwas gemeinsam mit der Gesundheit, nämlich, daß sie spätabendlich stattfindet in diesem Haus. Wir haben in den vergangenen Jahren spätabends meistens eine Auseinandersetzung gehabt, der Herr Landesrat und ich. (Abg. Dr. Maitz: „Der Sport war noch später!“) Diese Auseinandersetzung wird immer freundlicher, und zwar deshalb, weil der Herr Spitalslandesrat am Weg der Besserung ist. Wenn ich mich erinnere, in der ersten Phase war er bisweilen so wie ein Papa, dem man ein Kind unterschoben hat. Er hat das Spitalskind nicht annehmen wollen. (Abg. Kohlhammer: „Wahrscheinlich, weil es ein schlimmes Kind war!“) Dann gab es eine zweite Phase, dann hat er das Kind, wenn es lieb war, angenommen, wenn es

geschrien hat, hat er es wieder uns zum Halten gegeben. Aber er hat jetzt eine dritte Phase, wo er schon gewisse Züge des Adoptivvaters annimmt, und darüber freue ich mich sehr, weil es ja letztlich ein Gemeinsames ist, was wir hier schaukeln. (Abg. Trampusch: „Das war seine soziale Ader!“ – Landesrat Dr. Strenitz: „Die vierte Phase ist, daß ihr im Begriff seid, euch davon zu distanzieren!“) In unserer Kindesliebe übertrifft uns niemand, Herr Landesrat. Das ist wichtig zu sagen, weil ich habe auch vor, so wie gestern Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba, prinzipiell nachzudenken, was in diesen vier, fünf Jahren der Ausgliederung war. Hasiba hat gestern mit Recht den Unterschied hervorgehoben zwischen Privatisierung und Ausgliederung. Wir haben nie von Privatisierung geredet, das wäre ein Etikettenschwindel. Man kann nicht sagen, wir privatisieren, wenn der Träger öffentlich-rechtlich bleibt. Wir haben uns immer zur Ausgliederung bekannt. Ich darf in Erinnerung rufen, welche Gründe wir vor nunmehr fast sechs Jahren angeführt haben, die zu dieser Ausgliederung geführt haben. Wir haben gesagt, es ist sinnvoll, eine Trennung zwischen Behörde und Betrieb vorzunehmen, denn es ist nicht sehr sinnvoll, wenn die Rechtsabteilung 12, wie das früher der Fall war, sich selbst dauernd genehmigt hat. Sie hat gesagt, ich genehmige mir jetzt diesen Spitalsbau und ich genehmige mir die Eröffnung dieses Baues. Wir haben gesagt, es ist schon aus rechtsstaatlichen Gründen sinnvoll, genehmigende Behörde und Betrieb auseinanderzuhalten. Zweitens haben wir gesagt: Eine Ausgliederung ist wichtig, weil die Kameeralistik zu keiner guten Wirtschaftsführung führt. (Abg. Rainer: „Was macht Dr. Möse jetzt?“) Wenn ich am Ende des Jahres immer das Ersparte verliere, dann ist das nicht gerade dem Spargedanken sehr förderlich. Da möchte ich dem Herrn Abgeordneten Ofner sagen, zwischen kostengünstiger Führung und betriebswirtschaftlicher Führung ist noch immer ein großer Unterschied. Ich kann nicht betriebswirtschaftlich führen, wenn ich keine betriebswirtschaftlichen Instrumente habe. Die bekomme ich erst, wenn ich ausgliedere, wenn ich eine doppelte Buchhaltung habe, wenn ich gegenverrechnen kann. Was ich dort einspare, kann ich dort verwenden, dann bekomme ich die Möglichkeit einer betriebswirtschaftlichen Führung, und die war erst mit der Ausgliederung gegeben. Wir haben weiters gesagt, daß es notwendig ist, daß eine Managementführung da ist. Wir haben zwar großes Vertrauen in Beamte, aber es ist etwas anderes, einen Betrieb zu führen, und dazu bedarf es der Manager. Dann hat die SPÖ gesagt, das ist heute und gestern auch klargestellt worden, wenn Ausgliederung, dann bitte auch das Personal, und wir stehen dazu. Wir haben einen Pakt geschlossen, aber wir wissen auch, es war der erklärte Wunsch der SPÖ, das Personal auszugliedern. Es ist als *Conditio sine qua non* formuliert worden, eine Bedingung, ohne die nicht zugestimmt wird. (Landesrat Dr. Strenitz: „Großartige Übersetzung!“) Schließlich hat die SPÖ in Gestalt der Rechtsabteilung 10 eine Formel für das Einfrieren gefunden, so daß der Zuschuß des Landes in einem gewissen Maß einfrieren sollte. Das waren die Vorstellung und Vorgaben bei der Ausgliederung. Jetzt können wir uns einmal fragen: Soll und Haben. Was hat es gebracht und was nicht? Ich glaube, es ist ganz sinnvoll, eine nüchterne Bilanz zu ziehen. Nun, ganz

sicher, die Trennung von Betrieb und Behörde ist erfolgt und ist auch richtig. Das eine kann man abhaken.

Das Zweite ist ebenso erfolgt. Wir haben eine betriebswirtschaftliche Führung, eine sehr gut ausgebaute Buchhaltung, ein gut ausgebautes Rechnungswesen, Beschaffungswesen, das alles läuft mit EDV-Unterstützung. Kein Zweifel, das ist gelungen. Wir haben Manager eingesetzt, die nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen vorgehen. Auch das ist zweifellos richtig, und ich stehe nicht an, hier der Mannschaft, soweit sie auch versammelt ist, zu danken für den Einsatz, den sie diese fünf Jahre hindurch, oder die letzte Zeit, wenn ich den Herrn Direktor Thanner hier sehe oder den Herrn Prof. Möse hier zwar nicht sehe, aber ihm auch danken möchte, daß er sehr viel Ruhe ins Haus gebracht hat. Denn genau das, was wir erwartet haben, nämlich, daß er die einzelnen Gruppen zusammenführt und nicht auseinanderdividiert, das ist eingetroffen. Das hat auch der Herr Spitalslandesrat in einem Interview durchaus positiv vermerkt. Nun beginnt es schon, kritisch zu werden. Was noch nicht gelungen ist, die Grundsätze betrieblicher Führung von der Ebene der Spitäler, ärztlicher Leiter, Oberschwester, Verwaltungsleiter, beziehungsweise Stationen hineinzubringen. Was mir wirklich abgeht, ist eine Dezentralisierung (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Richtig!“), eine echte Verantwortungsdelegation nach unten. Ich habe den Eindruck, und nicht nur durch die Zahlenentwicklungen bei der zentralen Führung, da muß man ein bißchen relativieren. Wir sind mit 126 Dienstposten hineingegangen. Wenn wir die EDV-Gruppe dazurechnen, sind es etwa 136. Aber trotzdem bin ich unglücklich, wenn es jetzt gegen 160 werden sollten. Das ist der falsche Weg. Ich sage das ganz offen. Ich wäre eher glücklich, wenn wir Aufgaben hinunter an die einzelnen Untergliederungen geben würden mit wirklichen Verantwortlichkeiten, also Budgetverantwortlichkeit eines Hauses, einer Station. Da wird ein bißchen was verwechselt. Sparen ist nicht ident mit sparsam umgehen mit vorhandenen Mitteln. Wir sind jetzt in einer Phase, wo wir unter der Chiffre des humanen Spitals mit Recht sagen, es ist ganz entscheidend, wie die Pfleger, die Ärzte, die Schwestern mit den Patienten umgehen, und es ist nicht so entscheidend, ob man da Geld einsparen. Nicht der Rotstift darf im Spital entscheiden, sondern die Menschlichkeit. Einverstanden? Aber das eine kann das andere nicht ausschließen. Sparsamkeit im Sinne von sparsam umgehen mit Mitteln entsteht dadurch, wenn jeder einzelne Verantwortung trägt. Wenn eben die Stationschwester echte finanzielle Disposition hat. Wenn sie auch echte Personaldisposition hat, wenn sie verantwortlich ist, und da scheint es mir zu kranken. Ich habe unlängst in Wien ein Privatspital besichtigt, das erst vor kurzem aufgemacht hat. Ich habe erzählt, der Leiter dieses Spitals zahlt den Schwestern um 10 Prozent weniger, als sie im AKH verdienen, und er kann sich vor dem Ansturm der Schwestern kaum retten. Warum? Weil es nicht nur um das Geld geht. Weil es um die Arbeitsbedingungen geht, um sinnvolle Arbeitsabläufe, um Erholungsmöglichkeiten, Gesprächsmöglichkeiten, um Führung, weil es um dieses sehr schwer ausdrückbare Instrument der Motivierung geht. Es gibt halt Leute, die können motivieren, es gibt Organisationen, da wird man moti-

viert, und es gibt solche, da geschieht das nicht. Also hier, glaube ich, ist noch ein weites Feld, daß der Gedanke der Wirtschaftlichkeit, der Sparsamkeit, der Führung weiter hinuntergeht und dezentralisiert wird (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Bravo!“), und nicht zentralisiert. Ich wäre unglücklich, wenn dieser Weg zu immer mehr Dienstposten in der Zentrale fortgeschritten würde. Also das sehe ich als wirkliche Hürde einstweilen noch, hoffe aber, daß diese Hürde von der Mannschaft durchaus überschritten wird.

Hervorragend gearbeitet hat die ausgegliederte Ges. m. b. H. auf dem Gebiet der Investitionen und des Bauens. Es ist überhaupt noch nie so viel im Bereich der steirischen Spitäler gebaut worden wie jetzt. Ich möchte ausdrücklich danken; man hat auch Gelder aus eigenem gespart, um sie für den Bau aufzuwenden, und man ist hier sehr sorgsam, sehr ordentlich, was die Durchführung, was die Planung, was die Auswahl der Firmen anlangt. Wir haben in diesem Bereich immer ein sehr gutes Gefühl. Ich möchte hier durchaus attestieren, daß Zufriedenheit am Platz ist. Vielleicht könnte man noch etwas mehr Phantasie aufwenden. Mich stört einfach, wenn man sagt: „Da ist ein Bau notwendig, aber den haben wir jetzt nicht; wir können ihn nicht finanzieren.“ Na klar, man kann nicht alles finanzieren. Könnte man nicht Private heranziehen? Gäb 's nicht die Idee von joint ventures hier? Es gibt sehr viel Privatinitiative. Wieso muß man so genau trennen zwischen öffentlich-privat? Warum kann man das nicht gemeinsam machen? In jedem ehemaligen Ostblockland ist man schon so weit, daß man solche joint ventures zusammenbringt, daß man Hotelkomponenten, wie sie weiland der Herr Dr. Moser vorgeschlagen hat, wirklich einmal einbringt und da auch ideologische Hürden überschreitet. Ich hätte nichts dagegen, weil ich glaube, daß wir sonst einfach an einem Punkt anlangen, wo wir es uns nicht mehr leisten können. Denn alles geht nicht auf einmal. Wir können nicht 700 Millionen mehr für interne Dinge und ein paar Milliarden für Neubauten auf einmal aufbringen. Aber vielleicht geht das mit Hilfe der privaten Hand und mit solchen joint ventures.

Ich habe interessiert gehört, daß es auch Vorschläge geben könnte zu einer stärkeren Dezentralisierung in Gestalt der Verselbständigung einzelner Häuser. Es wäre durchaus zu denken, die Holding Holding werden zu lassen. Daß man einzelne Krankenhäuser zur Ges. m. b. H. macht, verselbständigt und wirklich nur oben drüber eine Holding macht. Das wäre ein echter Schritt der Dezentralisierung. Ich könnte mir auch vorstellen, daß damit der Betriebsrat genauso einverstanden wäre wie die Geschäftsführung und daß das letztlich vor allem den Patienten und den Bediensteten im Spital zugute käme. (Abg. Kammlander: „Auf die Ges. m. b. H. nimmt niemand Einfluß, ausgenommen die Organe der Ges. m. b. H.“) Ja.

Ich würde noch ein Wort zu dem Thema verwenden, das Bacher gebracht hat: politische Verantwortung. Der Herr Landesrat hat schon zu Beginn seiner Tätigkeit darauf hingewiesen, daß auch eine Ausgliederung die politische Verantwortung für die Spitäler und für das Spitalwesen nicht ersetzen kann. Ich unterstreiche das. Das ist ein richtiger Grundsatz, der gilt überall. Man kann auch durch Ausgliederungen in sonstigen Bereichen – was weiß ich, ob das Bahn, Post

und dergleichen ist – die politische Verantwortung nicht mitablegen. Aber man muß sie natürlich auch tragen, und da bitte ich, gewisse Zielvorgaben seitens des politischen Referenten klarer, eindrucksvoller, detaillierter zu machen, also zu sagen: Was wollen wir in den nächsten zehn Jahren? Das ist auch eine Frage des Krankenanstaltenplanes – auch. Wie soll das in einzelnen Schritten ausschauen? Welche Prioritäten stellt sich der Herr Spitalslandesrat vor? Also, politische Verantwortung heißt ja auch, daß man die Verantwortung für die Zukunft der Spitäler übernimmt und die Verantwortung dafür, daß das Schritt für Schritt erfüllt wird, was man als Vorgabe gegeben hat. Und da könnte ich mir noch einiges deutlicher vorstellen, als das bisher gekommen ist.

Und was ich ein wenig vermisse, ist auch die Zusammenschau. Da waren junge Assistenten bei uns allen, glaube ich – Mittelbau –, aus der Medizin, die uns recht eindrucksvoll nachgewiesen haben, daß wir hinsichtlich wichtiger Einzelfächer hintennachhinken. Ich nenne Rheumatologie, Angiologie, Diabetesforschung, wo andere Städte – Linz zum Beispiel – in ihrer Schwerpunktversorgung viel weiter sind als wir. Es gehört eine Abstimmung dieser Versorgung mit der Zentralversorgung mit Lehre und Forschung. All das ist eine politische Gesamtverantwortung, dafür einzustehen, daß Lehre und Forschung, Strukturkonzept Bund, mit den Vorstellungen der Schwerpunktversorgung, mit den Vorstellungen der Standardversorgung harmonisiert werden und in klaren Einzelschritten, in Zielen, angegeben werden, damit man weiß: Aha, in fünf Jahren können wir damit rechnen, eine Rheumatologie zu haben, in soundsovielen Jahren haben wir dieses, haben wir jenes als Schwerpunktversorgung. Das muß nicht nur im Bereich von Lehre und Forschung liegen, das kann durchaus auch in einem Schwerpunkt Krankenhaus erfolgen.

Ein bißchen gestört haben mich die ersten Angaben des Krankenanstaltenplanes hinsichtlich der Betteneinsparung. Wenn ich also schaue, wenn Sie den Norden der Steiermark nehmen, wo wir von 1981 bis 1991 etwa 10.000 Menschen weniger haben, sind plus 200 Betten, und südlich von Graz, wo wir plus/minus Null aussteigen, sind minus 245 Betten. Das verstehe ich nicht, noch dazu, wo in diesem Minus alle Privat-spitäler drinnen sind. Also das sind Annahmen, die ich nicht begreife und die auch wahrscheinlich alle anderen verwirren werden.

Ein Allerletztes ist heute vom Abgeordneten Ofner angeschnitten worden, die Frage der Schulen. Ich halte die Schulung, die Ausbildung, die Fort- und Weiterbildung des Pflegepersonals, der Ärzte für ein außerordentlich wichtiges Thema. Bei der heutigen Entwicklung der Medizin und der Pflegekunst, wenn man das so sagen will, muß man hier auf dem laufenden sein. Ich unterstütze daher alle Initiativen, die in diese Richtung gehen, und teile die Kritik des Herrn Bacher. Wir haben uns beide so eine Schule einmal von innen angeschaut, wo uns die Schwesternschülerinnen gesagt haben: „Es geht zum Teil zu wie im Mittelalter.“ Nicht böse sein. Ich habe, glaube ich, hier schon einmal erzählt, wo die Frau Oberin um 10 Uhr abends durchgeht und bei den jungen Damen von 19 und 20 Jahren die Decke aufhebt, um zu sehen, ob sie eine Unterhose anhaben. Also bitte, das sind Sachen, die

glaubt man gar nicht, wenn man sie nicht 10- und 20fach hört. Das sind die falschen Entwicklungen. Da muß ich schon bitten, daß man eine klare Entscheidung trifft, wie eine moderne Schule ausschauen soll.

Zweiter Punkt: Ich bin nicht sicher, daß wir im Augenblick gut beraten sind, wenn wir das Schwesterschulungshaus bauen. Ich bin nicht sicher. Denn wenn etwas sicher ist, dann das, daß alles im Augenblick unsicher ist, was den Inhalt der Pflegeausbildung betrifft. Der Herr Gesundheitsminister, auch die dazugehörigen Damen und Herren der Berufsvertretungen haben sich auf ein Schulungsmodell im wesentlichen geeinigt, das völlig anders aussieht als unser gegenwärtiges. Es geht davon aus, daß es Fachschulen mit Abschlüssen geben wird, möglicherweise Fachmatura, daß es eine Matura im Sinne einer höheren Lehrranstaltsmatura geben wird und sogar eine Akademieausbildung. Ich selbst habe in Wien mit Matzenauer die Akademien endverhandelt, und da ist eine Akademie für Pflegeberufe drin, und die Steiermark hätte gute Chancen, all das in die Steiermark zu kriegen, bitte. Und das Schöne dabei ist, der Bund zahlt das. Also, wieso drängen wir uns so ungeheuer vor und sagen: „Bitte schön, dürfen wir 80 oder 100 Millionen Schilling zahlen?“, wenn dort der Bund steht und sagt: „Wir würden das eigentlich zahlen.“

Ich glaube also, daß es nicht sinnvoll ist, so gewaltige Investitionen zu machen, wenn wir eine Möglichkeit besitzen, in Gestalt einer neuen Ausbildung hier den Bund zu bitten, gewisse Dinge zu übernehmen. Und ich sage, ich stehe auch nicht an als Präsident des Landesschulrates einen Schulversuch anzubieten, den wir sofort beginnen könnten, und zwar einen Schulversuch einer maturaführenden Schwesterausbildung. Ich wäre vor allem an dem interessiert, was Ofner als dritten Punkt genannt hat, nämlich die Wiedereingliederung von ehemaligen Schwestern, die inzwischen bei ihrer Familie waren, jetzt die Kinder schon groß sind, und die in einem einjährigen 50prozentig praktischen, 50prozentig theoretischen Kurs nachgeschult werden könnten. Da hätten wir ein riesiges Potential von Damen, die wir wieder bekommen könnten. Auch hier könnten wir einen Schulversuch zur Verfügung stellen, den der Bund zahlt. Also bei aller Anerkennung, daß das Land auch Dinge unternimmt, würde ich doch bitten, diese Möglichkeiten zu prüfen, bevor wir uns in ein neues finanzielles Abenteuer stürzen, wo wir ohnehin sehr knapp bei Kasse sind.

Darf ich also als Schluß sagen: Plus/minus – eine positive Bilanz der Ausgliederung, einige Fragen für die Zukunft, die offen bleiben, vor allem, was die Dezentralisierung anlangt, ein bißchen mehr Phantasie bei der Kombination privat/öffentlich. Was die Schulung und Fortbildung anlangt, würde ich ersuchen, doch den Bund dort einzubinden, wo er sich geradezu anbietet, um hier nicht unnötig mit nicht vorhandenen Landesgeldern zu wuchern. Im übrigen möchte ich mich bei allen Damen und Herren der Häuser der steirischen Spitäler bedanken, auch beim Betriebsrat, der sehr, sehr verantwortungsvoll tätig ist. Ich stehe auch nicht an, dem Herrn Landesrat zu danken dort, wo er sich für die Spitäler sichtbar eingesetzt hat. Ich möchte auch danken den Damen und Herren dieses Hauses, die durch ihre Zustimmung für die große Nikologabe der neuen 700 Millionen Schilling auch ihr

Interesse an der Gesundheit der Steirerinnen und Steirer bekunden. Danke sehr. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ/AL. – 21.10 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth.

Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth (21.10 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Die Gesundheitsversorgung in Österreich ist bekanntermaßen höchst spitalslastig, und das gilt auch für uns in der Steiermark. Es muß daher ergänzend zu einer Krankenhausdebatte unbedingt die Problematik der sogenannten extramuralen Versorgung angeschnitten werden. Sie wissen, daß wir auf dem Gebiet der Hauskrankenpflege darangegangen sind, in der Steiermark ein Netz aufzubauen. Ein Netz, das sich auf die Kooperation mit verschiedenen Trägervereinen stützt, wie beispielsweise das Rote Kreuz. Ein Netz, das ermöglichen soll, daß immer mehr Menschen nicht ins Krankenhaus müssen oder das Krankenhaus schneller verlassen können. Ein Netz, das auch volkswirtschaftlich gesehen günstig ist, weil ja das Spitalsbett die teuerste Form der Pflege eines Kranken oder eines alten Menschen ist. Der ganze Aufbau dieses Netzes spielt sich unter der fachlichen Aufsicht der Landes-sanitätsdirektion ab, bei Herrn Hofrat Rauter und Frau Kelz, wo ein Pflegereferat aufgebaut ist, das sich um diese Angelegenheit sehr kümmert. Die Entwicklung geht offenbar so vor sich, daß sich immer mehr Sprengel herauskristallisieren, in denen Hauskrankenpflege auch in der Kooperation mit Gemeinden aufgebaut wird. Es werden diese Sprengel sicherlich, da gehe ich auch mit dem Gesundheitsminister konform, immer mehr Gesundheits- und Sozialsprengel sein, weil nämlich einerseits die medizinisch qualifizierte Hauskrankenpflege dort wirksam ist und auf der anderen Seite die Alten- und Familienbeihilfe. Wir sind an diesen Aufbau in der Steiermark herangegangen. Die Finanzierung wurde durch die neuen Strukturmittel möglich, die über den Krankenanstaltenszusammenarbeitsfonds, über den KRAZAF, auf drei Jahre in die Steiermark hereinfließen. Durch diesen KRAZAF sind auch andere extramurale Dienste, wie die extramurale Psychiatrie besser im Aufbau, und auch die Prävention, also die Vorsorgemedizin, die über die Sanitätsdirektion beziehungsweise über die Gesellschaft für Gesundheitsschutz bedient werden, können sich dadurch erweitern und in ihrer Qualität steigen. Eines muß man allerdings dazusagen. Wir wissen, daß in den Verhandlungen zur Regierungsbildung in Wien davon die Rede ist, diesen KRAZAF noch ein Jahr zu verlängern – für das Jahr 1991. Das wird dringend notwendig sein. Dann wird es zugleich einen großen Handlungsbedarf geben für die zu bildende Bundesregierung, denn ab dem Jahr 1992 müssen ganz einfach andere Lösungen in Österreich gefunden werden. Der Kollaps der Spitalsfinanzierung ist absehbar, nicht nur in unserem Bundesland, sondern auch in Wien und in anderen österreichischen Ländern. Es müssen Lösungen gefunden werden über ASVG plus Sozialversicherung. Die Gebietskörperschaften, die Bundesländer sind nicht mehr in der Lage, diesem Finanzbedarf auf die Dauer nachzulaufen. Sie wissen, was die Spitalsfinanzierung im heurigen Budget bedeutet, und die Steigerungen sind nicht

zu Ende. Hier müssen andere österreichische Lösungen kommen. Lösungen, die auch die extramuralen Dienste und ihre Entwicklung ermöglichen und damit die Hauskrankenpflege in der Steiermark. Ich bedanke mich bei vielen Schwestern, Damen und Herren, die tätig sind in dieser extramuralen Versorgung, und auch bei meinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in der Landessanitätsdirektion unter Hofrat Rauter. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 21.15 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dr. Strenitz.

Landesrat Dr. Strenitz (21.15 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Ich hatte an sich die Absicht, ziemlich kurz zu sein, worüber Sie wahrscheinlich nicht so traurig sein würden. Es wird vielleicht eine Spur länger. Lassen Sie mich mit einem beginnen, was man normalerweise sonst an den Schluß einer Rede stellt: mit einem Dank, weil dieses Budget für die Krankenanstalten 1991 ganz einfach ein Jahrhundertbudget ist, wie es es in dieser Form noch nicht gegeben hat und wahrscheinlich so bald nicht wieder geben wird. Weil – und das ist schon gesagt worden – bei einem Gesamtbudget von rund 8 Milliarden für alle Krankenanstalten, und das ist fast ein Viertel des Landesbudgets, und das ist mehr als das gesamte Budget der Landeshauptstadt Graz überhaupt, der Landeszuschuß von heuer 1,6 Milliarden um fast 700 Millionen auf 2,3 Milliarden Schilling im nächsten Jahr steigen wird. Das sind phänomenale 49 Prozent. Ich danke mit allem Respekt der Kollegin und den Kollegen in der Steiermärkischen Landesregierung und Ihnen, meine Damen und Herren, für diese Zustimmung. Ich stehe zu jedem einzelnen dieser Schillinge, die da investiert werden, weil sie alle sehr sinnvoll sind, weil das Spital bei aller Notwendigkeit von flankierenden Maßnahmen auch in einem verbundenen Gesundheits- und Sozialsprengel auch über das Jahr 2000 hinaus noch immer die Basis unseres Gesundheitswesens sein wird. Ich sage das nicht zuletzt auch unter dem Eindruck jener Reise, über die gestern abend etwa um diese Zeit der Herr Landeshauptmann gesprochen hat, weil nämlich nach unseren Maßstäben das schlechteste unserer Häuser mit der größten Raumnot, mit den ältesten Apparaten, mit dem geringsten Personalstand ein unvorstellbarer Luxus ist gegenüber dem, was wir da unten gesehen haben. Ich wiederhole das Wort: Die Patienten wechseln, aber die Wäsche bleibt. Weil in einem Schwerpunktkrankenhaus mit einem Einzugsgebiet von fast 500.000 Menschen, das ist durchaus vergleichbar mit unserem Haus in Leoben, es keine Waschmaschine gibt, kein EKG, kein Ultraschallgerät und die Raumtemperatur in diesem Haus nicht über zwölf Grad hinausgeht. Ich sage das nicht, weil wir dann unsere Maßstäbe nach unten reduzieren sollen, aber ich sage das deswegen, weil große Dinge, und das Spitalwesen ist eben etwas Großes, oft auch große Kritik hervorrufen.

Manchen geht vieles zu langsam, und manchen ist vieles zu teuer. Ich bitte Sie, bei der Berechtigung aller dieser Kritik, nicht zu übersehen, wie unendlich viel Gutes draußen in den 21 Häusern von unseren Bediensteten geleistet wird. Und ich sage auch, weil

wir von den Kostensteigerungen sprechen: Von der modernen Medizin kann sich niemand abkoppeln: nicht in apparativer Hinsicht, nicht in baulicher Hinsicht und schon gar nicht in personeller Hinsicht. Aus dem Grund gehen diese fast plus 700 Millionen Schilling fast eins zu eins in den Personalbereich hinein. Es sind – und auch das wurde schon gesagt – plus 459 Dienstposten im kommenden Jahr.

Ich möchte aber, meine Damen und Herren, diese feierliche Stimmung durchaus auch mit einem ernsten Wort garnieren, weil ich es in einer Zeitung, die morgen erscheinen wird, bereits gelesen habe und weil heute Kollege Bacher und auch Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher darauf Bezug genommen haben. In einer Überschrift über zwei Seiten heißt es: „Die Spitäler wieder im Gerede.“ Ich sage nebenbei: Mir ist nichts weniger lieb, als daß die Spitäler in einem solchen Gerede sind, weil unsere Bediensteten draußen Ruhe zum Arbeiten brauchen. Und ich treffe mich in manchem, was Kollege Dr. Schilcher gesagt hat. Ich treffe mich mit ihm darüber, daß man über die Dezentralisierung reden kann. Ich treffe mich mit ihm in der Aussage, daß zwei verschiedene Dienstrechte bei Bediensteten, die dasselbe tun, ein Unding sind. Ich treffe mich mit ihm auch darin, was die personelle Dotierung der Zentralklinik betrifft. Du bist mir nicht böse, wenn ich dich daran erinnere, daß es einmal in diesem Haus geheißen hat: 104 Dienstposten (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „126!“) arbeiten für die Spitäler. Bei der Ausgliederung waren es 126 plus sechs Direktoren; heute sind es 149, und werden sollen es 160 oder ein bißchen mehr. Da sind wir uns durchaus einig, daß man da sehr genau aufpassen muß, und wir werden uns am nächsten Montag auch darüber unterhalten.

Aber, meine Damen und Herren, einem Schluß kann ich nicht ganz folgen, nämlich dem Schluß, daß das vielleicht eine Begleitmusik sein könnte, um das Personal wieder zurückzuführen. Vielleicht war es nur eine Überinterpretation eines Journalisten, die durchaus auch ihre Berechtigung vom journalistischen Standpunkt aus haben kann. Sollte es aber ernst gemeint sein, meine Damen und Herren, so stelle ich doch fest, daß eine Rückführung des Personals ein Aufheben der gesamten Konstruktion bedeuten würde. Eine Ausgliederung ohne das Personal ist nicht denkbar. Das Spital ist ein Dienstleistungsbetrieb; 70 Prozent aller Kosten sind Personalkosten. Alles übrige – Gebäude, Medikamente, Energie, Ernährung und, und, und – macht nur 30 Prozent aus. Das heißt, diese 30 Prozent ausgliedern zu wollen und 70 Prozent zum Land zurückzuführen würde ein Ende der gesamten Konstruktion sein.

Was die Bauten betrifft, so möchte ich mich nicht wiederholen. Ich möchte allen jenen Damen und Herren danke schön sagen, die über Bruck und Hartberg und Graz gesprochen haben. In der Summe kann man feststellen, daß im kommenden Jahr in allen unseren 21 Häusern gebaut wird, und das sind rund 1,3 Milliarden Schilling, die hier im Baubudget stehen.

Aber lassen Sie mich auch ein paar Sätze zur Schule sagen, und zwar vor allem zur Schwesternschule: Wir haben in den vergangenen Jahren die Aufnahmen bei den Schwestern gewaltig erhöht. Noch vor drei Jahren haben 420 Schwestern die Schulen besucht. Heute sind es fast 600, aber wir sind mit der Kapazität unserer

Schulen am Ende angelangt. Nicht nur bei den Schwestern; das betrifft genauso die MTA-Schule, die radiologisch-technische Schule, die Physiotherapeuten und vieles andere. Wir haben – und ich habe mit der Frau Präsident Dr. Kalnoky sehr oft darüber gesprochen – keine Schule für Diätassistentinnen; wir haben keine ergotherapeutische Schule und, und, und. Nun ist es richtig, daß der Bund sich Gedanken macht, das Schulsystem der Schwestern umzustellen. Aber Insider sagen – und das weißt du genauso gut wie ich –, das Wann ist ein großes Fragezeichen. Ich weiß nicht, ob wir Verantwortliche im Land – und damit meine ich Sie alle, meine Damen und Herren – es uns leisten können, so lange zu warten, bis diese Entscheidung im Bund getroffen worden ist. Sollte es dahin kommen, dann gibt es noch immer die Möglichkeit, diesen von uns zu beginnenden Schulbau dem Bunde anzuvertrauen.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, auch noch ein paar Sätze zu den strategischen Konzepten sagen. Ich nenne den Krankenanstaltenplan: Er ist, meine Damen und Herren, entgegen Ihren Behauptungen fertiggestellt worden, und zwar in einer zweijährigen Arbeit, betreffend den Teil für die Akutversorgung, für die Langzeitversorgung und für die psychiatrische Versorgung. Das war eine sehr fruchtbare, ich sage auch eine sehr mühsame Diskussion, denn die Insider wissen alle um die Problemstandorte, die wir in unserem Lande sicherlich haben, und es ist nicht nur gelungen, alle Standorte zu sichern, sondern viele Standorte auch in ihrem Angebot und in ihrer Qualität zu verbessern: in Radkersburg die Urologie zum Beispiel, und in vielen Bereichen die Häuser vom Standardspital auf eine Zwischenstufe zwischen Standard- und Schwerpunktspital hinaufzuheben. Das Zahlenmaterial, Kollege Dr. Schilcher, gebe ich dir gerne. Es ist ein solches Paket an Beilagen, berücksichtigend alle demographischen Entwicklungen, Prognosen, Einzugsgebiete, Prognosen über die Entwicklung der Krankheiten und, und, und.

Der Kollege Bacher konnte es nicht wissen, daß es nicht fertig ist. Gerade die Stolzalpe hätte Grund, sich darüber zu freuen, denn wir haben darin die Interne für die Stolzalpe, die überregionale Orthopädie mit den drei Departments, die Kinderabteilung und, und, und. Ist kein Vorwurf – ich sage, freuen wir uns auch über den Krankenanstaltenplan. Er wird noch in diesem Jahr der Steiermärkischen Landesregierung vorgelegt und zur Diskussion gegeben werden. (Abg. Bacher: „Eine Zwischenfrage: Stimmt es, daß weitere 90 Betten reduziert werden? 60 Betten sind vorgesehen, und zusätzlich sollen noch einmal 30 dazukommen. Insgesamt sollen also 90 Betten reduziert werden!“) Ich sage zu diesem Problem überhaupt, daß die Steiermark diese Vorgaben des Bundes vor allem hinsichtlich des verlangten Bettenabbaues nicht in diesem Maße erfüllen wird. Und ich nehme das ganz bewußt für uns in Kauf, weil wir nicht einsehen, daß wir 450 Betten abbauen sollen, während noch immer Patienten bei uns auf den Gängen liegen. Das ist auch kein Vorwurf, sondern nur eine Feststellung, daß es eben noch nicht gelungen ist, die flankierenden Maßnahmen draußen von Langzeitheimen und Hauskrankenpflege und so weiter so weit zu errichten, damit es uns möglich wäre, jene Patienten, die gar nicht mehr bei uns liegen müßten, extramural bettenmäßig zu versorgen.

Aber lassen Sie mich – und das ist schon mein vorletzter Teil – zu einem Punkt kommen, den die Frau Kollegin Kammlander angeschnitten hat: Was die Heilpädagogische Station betrifft, glaube ich, haben wir nach einem Jahr nicht leichter Gespräche eine gute Lösung gefunden. Es ist der Bericht des Herrn Professors Spiel einstimmig von allen Beteiligten akzeptiert worden, und wir sind im Begriff, die Ausgliederung der Heilpädagogischen Station umzusetzen, in einer sehr guten Zusammenarbeit mit dem Kollegen Tschernitz und allen beteiligten Referaten.

Die Kinderabteilung ist mit der Heilpädagogischen Station nicht zu verwechseln. Das ist eine Abteilung, in der sich meist Kinder mit schweren organischen Hirnschäden dauernd in medizinischer Pflege aufhalten, die eine Sonderernährung brauchen, die abgesaugt werden müssen und vieles andere. Aber es ist selbstverständlich auch die Kinderstation im Psychiatriebericht enthalten, und auch der ist fertiggestellt worden. Ich habe ihn der Regierung vorgelegt. Wir werden die Gespräche, weil die Materie auch die Kollegen Prof. Jungwirth und Tschernitz betrifft, sehr rasch weiterführen, und der Bericht kommt dann in den Landtag und steht selbstverständlich zur Diskussion.

Lassen Sie mich ganz zum Schluß einen Dank aussprechen. Ich danke allen Bediensteten für die großartige Arbeit, die in den Häusern geleistet wurde. Es sind über 10.000, die hier tagein, tagaus oft sehr unbedankt tätig sind, und ich danke ihnen ohne Unterschied der Verwendung, egal ob Ärzte, Schwestern, Verwaltungspersonal, oder auch den Kolleginnen und Kollegen der Zentraldirektion, von denen einige hier auf der Zuhörergalerie anwesend sind. Es ist aber auch eine alte Tradition in diesem Referat, einigen Persönlichkeiten zu danken, die in diesem Jahr in den dauernden Ruhestand getreten sind oder mit 31. Dezember in den dauernden Ruhestand treten. Ich darf namentlich nennen den Herrn Univ.-Prof. Dr. Vogler. Seit 1964 Vorstand der radiologischen Universitätsklinik in Graz. Ich nenne den Herrn Prof. Messerklinger, seit 31 Jahren Vorstand der HNO, ich nenne den Herrn Primarius Haim, langjähriger Vorstand der chirurgischen Abteilung in Wagna, und den Verwaltungsdirektor der Stolzalpe, den Herrn Direktor Hubert Weninger. Erlauben Sie mir, daß ich ganz zuletzt einen Mann besonders hervorhebe. Er ist heute aus familiären Gründen leider verhindert, an dieser Landtagssitzung als Zuhörer teilzunehmen. Es handelt sich um einen Mann, der über 40 Jahre im Landesdienst war und seit 1956 dem Krankenanstalten- und Gesundheitswesen der Steirer, ich möchte sagen, mit seinem ganzen Herzen gedient hat. Es ist das der Herr Hofrat Dr. Schaffer, der mit 31. Dezember dieses Jahres in den Ruhestand treten wird. (Allgemeiner Beifall.)

Er hat sich in all diesen Jahren ausgezeichnet durch hervorragenden Sachverstand, der ihn über die Grenzen der Steiermark hinaus große Anerkennung hat finden lassen. Er war von einem unermüdlischen Fleiß, und er war von hoher Loyalität gegenüber seinen politischen Referenten, meinen Vorgängern. Er war eine Persönlichkeit und ein Beamter im besten Sinn des Wortes. Ich danke ihm sehr herzlich für die geleistete Arbeit. Ich wünsche ihm für die Zukunft alles Gute, und Ihnen, meine Damen und Herren, danke ich nochmals sehr herzlich für die Zustimmung zum Spitalskapitel unseres Budgets 1991. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 21.31 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (21.31 Uhr): Der Kollege Dr. Strenitz hat sich bei mir zu früh bedankt, weil wir dem Budget nicht zustimmen werden. Der Kollege Dipl.-Ing. Schaller fragt, wie lange ich rede. Lassen Sie sich überraschen. Es ist heute Nikolo, und da wird es vielleicht eine positive Überraschung werden. Das Thema „frisch und g'sund“, das wollen wir alle sein, die Kinder gehen durch die Gegend und wünschen es.

Daß wir heute von Dezentralisierung des Spitalwesens gehört haben, ist sicher eine der positivsten Erscheinungen. Denn was wir bis jetzt miterlebt haben, war Zentralismus in Reinstkultur, und auch von der Information ist den Leuten der Steiermärkischen Krankenanstaltenges. m. b. H., was den Umweltschutz betrifft, nichts geläufig. Wir haben eine wunderschöne Broschüre der Krankenanstaltenges. m. b. H. „Bewußter essen“ – bester Beitrag zur Gewässerverschmutzung, chloriert, auf Hochglanz. Das heißt, daß die Produkte auf einer Gewässerverschmutzung basieren und daß die Manager auf dem Gebiet nichts dazugelernt haben. Es wäre überhaupt kein Problem, wenn man so etwas auf einem Umweltschutzpapier gemacht hätte. Ich muß auch einmal im Landtag sagen, wenn es heißt, die Holding vergeudet keinen Schilling, dann ist das eine Vergeudung von Millionen. Wenn man bedenkt, daß es soziale Hilfsringe gibt, die auf privater Ebene arbeiten, wo Leute mit einem Stundenlohn von 20, 30 Schilling kranke Leute besuchen, Hauspflege machen. Ich kann es auf Grund der Erfahrungen meiner Frau sagen, die als Medizinstudentin das jahrelang gemacht hat. Sie hat mir erzählt, daß diese sozialen Hilfsringe jedes Jahr mit dem Existenzminimum zu kämpfen haben. Wäre es nicht anständig, daß das Geld, das für solche Broschüren verwendet wird, für Leute verwendet wird, die ins Haus gehen, sich um die kranken Menschen bemühen? Ich möchte hier an den Spitallandesrat appellieren, sich mit diesen privaten Organisationen in Verbindung zu setzen. Das Thema Gesundheit ist für uns untrennbar verbunden mit der Umweltproblematik. Vor allem mit der Vorsorgemedizin. Gesundheit spiegelt sich in den Langzeitfolgen wider. Die Abwehr der Immunkräfte spiegelt sich oft erst Jahre später wider. Zum Beispiel Raucherschäden kommen erst Jahre später. Ich sah noch keinen Raucher, der einen Lungenkrebs bekam, der sagte, ich hätte weiter geraucht, wenn ich das gewußt hätte. Selbst ein Fall bei meinen Bekannten, einem Gemeinderat, dem man den halben Lungenflügel jetzt herausgenommen hat. Daher muß man jedem, der mitgeholfen hat, daß in öffentlichen Gebäuden Rauchverbot besteht, herzlichst danken. Denn die Leute, die mitrauchen mußten, sind geschädigt worden. Daher gebührt allen ein Dank, die an einem Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden mitgearbeitet haben.

Wir reden heute immer wieder von Medizinern, Leuten, die kranken Menschen Medizin verschreiben. Wir reden heute schon viel weniger von Ärzten, vor allem sehr wenig von Ärzten, die mit Homöopathie arbeiten, die Vorsorgemedizin betreiben, die mit geringsten Giften – und Gift ist schließlich alles, auch jede Medizin, wenn 's zu viel ist –, mit geringsten Spuren den Körper aktivieren, um seine Abwehrkräfte

richtig und zeitgemäß einzusetzen. Und daß man jene Leute, die auf dem Gebiet des Gesundheitswesens mit Homöopathie arbeiten, heute noch seitens der Kammer argwöhnisch beobachtet und seitens der Gebietskrankenkasse das kaum über einen Krankenschein fördert, ist sozusagen ein Manko in der Gesundheitspolitik. Denn entweder haben wir Ärzte, die ausgebildet sind und die im Bewußtsein und unter dem Eid, nach bestem Wissen und Gewissen den Menschen helfen zu wollen, das verschreiben, dann muß auch einer, der jahrelang seinen Krankenkassenbeitrag zahlt, auch dann in den Genuß eines Krankenscheines kommen. Es ist ja nicht sinnvoll, daß dann unter Umständen wegen einer homöopathischen Behandlung der Weg zum Chefarzt notwendig ist, daß man dort in Bittstellung gehen muß, daß man warten muß, bis man drankommt, daß eine Mutter dann dort hinrennt und schaut, daß sie daheim jemanden bekommt, der auf die Kinder aufpaßt. Und daher gehört dieses Kapitel Homöopathie selbstverständlich auch heute seitens der Kammer und seitens der Gebietskrankenkasse ganz klar geregelt. Ärzte sind für mich keine Kurpfuscher, und wenn sie das verschreiben, haben wir das Recht – wir als Staatsbürger –, daß wir dann auch in den Genuß kommen, daß das richtig gefördert wird und auch im Sinne des Krankenkassenbeitrages, daß das nicht nur für jene Ärzte ist, die als erstes sagen: „Wo ist der Krankenschein?“ Das erste ist, Krankenschein her, Krankenschein hin. Man sollte also nicht zu sehr auf das schauen. Sicher muß jeder Arzt leben, aber die Vorsorgemedizin, das, was in China eigentlich gang und gäbe ist, daß dort die Ärzte honoriert werden, wenn sie die Leute gesund erhalten, wenn sie sie richtig beraten, wenn sie ihnen richtige Ernährungsgewohnheiten, Bewegungsgewohnheiten beibringen – steht ja an und für sich richtig da drinnen, nur halt auf Hochglanz, was uns stört. Steht ja da drinnen: „Ihre Gesundheit liegt in Ihrer Hand!“ Ja, selbstverständlich ist jeder Mensch für seine eigene Gesundheit mitverantwortlich. Wenn einer natürlich neben einem kalorischen Kraftwerk wohnt, wo keine Rauchgasfilter sind, keine Entschwefelung ist, dann ist das natürlich eine leichte Aussage „in Ihrer Hand“. Ja, es liegt in Ihrer Hand dann, daß Sie politisch andere Leute wählen, die halt schauen, daß gesundheitspolitisch da die richtigen Maßnahmen gesetzt werden. „Das liegt in Ihrer Hand: die Ernährung, die körperliche Bewegung, das Verhalten zu den Mitmenschen und zur Umwelt.“ Das Verhalten zur Umwelt ist sicher ein wesentlicher Bestandteil „und die Regeneration und die Entspannung“. Denn jeder weiß, daß nach einer Spannung auch die Entspannung folgen soll und der Dauerstreß sicher nicht gerade angenehm und gesundheitsfördernd ist.

Wir wissen also, was Gesundheitspolitik ist. Wir wissen, daß Gesundheitspolitik einfach damit verbunden ist, daß man die Menschen informiert, daß es nicht das Ziel sein kann, daß wir beim Budget sagen: „Jetzt haben wir plus 700 Millionen für dieses Jahr, und nächstes Jahr haben wir wieder ein Plus vielleicht von einer Milliarde Schilling.“ Das kann nicht das Ziel einer ernsthaften Gesundheitspolitik sein, sondern das ist praktisch nur die traurige Gesundheitsnachfolgepolitik, daß wir immer mehr brauchen, daß immer mehr Leute krank werden, daß immer mehr Ärzte – vor allem im Grazer Raum – sagen: „Die Kinder haben praktisch asthmatische Luftwegeerkrankungen.“

Reden Sie mit einem Herrn Dr. Pintar, reden Sie mit anderen Ärzten, die wirklich eine offene Meinung haben und keine Angst vor Kammerrepressalien. Und das ist das Thema, das uns alle miteinander interessieren sollte: die Vorsorgemedizin und die Vorsorgegesundheit.

Wir reden heute in der Technik von Grenzwerten, von Restrisiko, und das ist genau der Punkt, der uns unter Umständen noch mit Sicherheit den Rest verpassen wird, wenn wir auf dem Gebiet so weitertun. Wie lange haben wir gebraucht, bis wir diese ganzen Gesundheitsskandale in der Steiermark aufgedeckt haben! Ich erinnere hier an die ganze Dioxingeschichte oben in Donawitz: Zwei Jahre vorher, bevor die überhaupt zum Messen angefangen haben, haben wir das der Staatsanwaltschaft mitgeteilt, daß da 100prozentig von der Theorie her Dioxine im Spiel sind. Zwei Jahre hat es gedauert, bis wir dann endlich so weit gekommen sind und die Aussage getroffen wurde: eine 60.000fache Überhöhung gegenüber dem maximal zulässigen Grenzwert. Und wenn wir so auf diese Art Gesundheitspolitik betreiben, dann darf es uns nicht wundern, wenn Leute, die da oben vielleicht zehn, 15 Jahre diesen Dioxinen ausgesetzt sind, in fünf bis zehn Jahren Krebs haben und ihr Immunsystem zusammenbricht. Weil Krebs ist ja keine Krankheit, ist ja keine Seuche, sondern Krebs ist das, was wir stündlich in unserem Körper erzeugen, krebsartige Zellen – jeder von uns in der Sekunde etwa 3000 –, es ist nur die Frage, wann das Abwehrsystem nicht mehr in der Lage ist, damit fertig zu werden, dann diese Zellteilung erfolgt, die krebsartigen Zellen explodieren und dann ein Krebs nicht mehr – ich meine, diese ganze Chemotherapie ist ja, wenn Sie einmal gesehen haben, wenn jemand chemotherapeutisch behandelt wird, nur eine Verlängerung des Leidens. Sicher ist es notwendig, weil der Arzt verpflichtet ist, das Leben so lange zu erhalten wie er kann. Aber wir wollen ja nicht, bitte schön, älter werden und länger leiden, sondern wir wollen schon unseren Kindern lebenswerte Verhältnisse und in dem Sinn eine Gesundheitspolitik hinterlassen.

Was für uns bedenklich ist – und bitte schön, das ist jetzt nicht von mir aus irgendeiner Schublade herausgeholt –, zu uns kommen Gendarmeriebeamte, zu uns kommen Leute, Mütter aus dem Bereich Gratkorn und sagen: „Seitdem die den Klärschlamm bei der Leykam verbrennen, seitdem bekommen wir keine Luft, wir trauen uns nicht, die Fenster aufzumachen, die Augen rinnen ständig, wir haben ständig mit den Bronchien zu tun, und es kann da irgendwas nicht stimmen.“ Und dann, wenn man sich erkundigt, dann sitzt dort bei einer Podiumsveranstaltung auf der Hochschule der Herr Generaldirektor, meistens sind das profunde Juristen – nichts gegen Juristen –, der sagt: „Ja, wir haben eh gemessen. Wir sind unter dem Grenzwert.“ Ja, gut, wieviel sind sie unter dem Grenzwert? Sie sind minimal unter dem Grenzwert. Aber der gute Mann kann nicht sagen, was tagtäglich an Kubikmeter Luft hinausgeht, denn der Grenzwert ist nichts anderes als eine Täuschung der Bevölkerung. Man muß, wenn man über Grenzwerte redet, auch sagen, wieviel Milligramm Dioxin macht das in ein paar Jahren aus? In welcher Zeit können wir erwarten, daß wir die Milch nicht mehr trinken können, daß die Mütter ihre Kinder

nicht mehr säugen können mit natürlicher Verpackungsmilch und bis wann wir dort die Nahrungsmittel nicht mehr konsumieren können und das Wasser natürlich auch nicht. Und da kann ein Herr Generaldirektor nicht einmal eine Antwort geben, wieviel Luft aus seinem Kamin herauskommt. Sind es 200.000 Kubikmeter in der Stunde oder sind es 500.000 Kubikmeter, weil ich ja dann diesen Wert, den sogenannten Grenzwert, 0,03 Nanogramm pro Kubikmeter, mit dem multiplizieren muß. Und das muß ich dann auf fünf Jahre multiplizieren, und dann weiß ich, wann dort der Boden – so wie in Seveso – abgeschoben werden muß – dann weiß ich es. Ich weiß zum Beispiel, daß es oben auch nur so von Dioxinen wimmelt und daß die Leute berechtigt Sorge haben und daß, wenn es da oben so weitergeht, eine Klärschlammverbrennung – bitte schön, wie sind in ganz Steiermark gegen Klärschlammverbrennungen, aber die Leykam kann das da oben. Und das wäre zum Beispiel dem Herrn Nationalratsabgeordneten – wie heißt er geschwind? – Ressel oder wie, der da im Vorstand oben sitzt, zu sagen, daß er auch einmal schauen soll. Er kümmert sich zwar richtigerweise ums Chlor im Leibnitzer Wasser, aber er kümmert sich nicht in seinem Betrieb um die Dioxine und wie es den Leuten da oben geht. Und diese Politik ist auch nur sozusagen eine Floriani-Politik. (Abg. Reicher: „Er sitzt nicht im Vorstand!“) Ja, dann ist er halt in irgendeiner Funktion da oben. Mir ist das an und für sich gleich. Wenn er Nationalratsabgeordneter ist, dann soll er halt an seinen Vorstand herantreten, daß man das abstellt. Wir reden da von Gesundheit und müssen tagtäglich zuschauen, daß das alle potentielle Krankenbettbesetzer sind und Leute für die Chemotherapie. Daher können wir nicht nur 700 Millionen, daß wir den Spitalsapparat aufblähen, und 70 Prozent macht die Verwaltung aus, sondern wir müssen schauen, daß die Leute gar nicht dort hinkommen und daß wir wieder zum Reduzieren anfangen. Das wäre eine vorsorgende Gesundheitspolitik.

Was das Wasser betrifft, daß wir heute in unseren Regionen in der Steiermark Gebiete haben, wo die höchste Krebswahrscheinlichkeit, speziell bei Kindern, ist – in der Region Leibnitz unten, Leibnitzer Feld –: Na, selbstverständlich ist das mit dem Atrazin, mit dem Alachlor und mit Pestiziden in Zusammenhang zu bringen. Wenn man die Mikroorganismen, die Bakterien und die Schädlinge niederspritzt, dann darf man sich nicht wundern, wenn das ins Wasser kommt, auch den Kindern die Darmflora ruiniert. Mich wundert nicht, daß man dort unten die höchste Kinderkrebswahrscheinlichkeit hat. Mich wundert auch nicht, daß man in der Region Voitsberg-Köflach zu 64 Prozent eine erhöhte Krebswahrscheinlichkeit hat, was die Luftwege betrifft, und etwa 50 Prozent erhöhte in der Region Eichfeld-Murboden, weil die Ausstöße von kalorischen Kraftwerken trotz Filter da sind. Leider hat auch die Kohle sehr hohe Schwermetallwerte. Daß wir heute auch in der Verarbeitung der Nahrungsmittel Grundlagen haben, daß die Gesundheit gefährdet ist, das muß man auch einmal sagen. Ich halte nichts von einer homogenisierten Milch, wenn man weiß, daß es ärztliche Gutachten gibt, daß die Fettmoleküle so zerschlagen werden, daß das vielleicht ins Blut kommt über den Magen-Darm-Trakt und daß dann schon Kinder und junge Leute erhöhte Cholesterinwerte haben. Ich sage auch, die homogenisierte Milch ist

eine der Ursachen, daß junge Menschen schon Kreislaufbeschwerden haben und Herzinfarktgefährdet sind. 30 bis 35 Jahre alte Menschen haben Herzinfarkte. Es ist meist der erste, aber es kommt irgendwann mit 40 der zweite, und beim dritten weiß jeder, daß es dann schon kritisch ist. Was die rechtliche Grundlage der Gesundheitspolitik in Österreich betrifft, da schaut es arg aus. Wir haben Verwaltungs- und Strafgesetze. Ich sehe nicht ein, daß erst dann die Gesundheit der Allgemeinheit gefährdet ist, wenn mehr als 30 Personen ein Gutachten haben, daß sie Kandidaten für das Spital sind. Wie kommt einer dazu, daß erst dann die Staatsanwaltschaft einschreitet, wenn 30 Leute krank sind und die dann erst nachweisen müssen, daß das mit dem in Zusammenhang zu bringen ist? Das Problem ist, wenn sie das einatmen oder das Wasser trinken, sie nicht in kurzer Zeit die Folgeerscheinungen haben. Krebs kommt nicht von heute auf morgen. Sie finden auch kaum mutige Ärzte, die feststellen, daß Industrierwerke eine eindeutige Gesundheitsgefährdung darstellen. Wenn das einmal festgestellt wird, dann wird das nach allen Regeln der Kunst niedergebügelt. Dann sagt die Frau Klasnic - (Abg. Schützenhöfer: „Die Frau Landesrat Klasnic!“) lassen Sie mich in Ruhe mit Landesrat. Dann sagt sie: Ich rede nicht mit Ihnen, merken Sie das nicht? Ja darf man sich als Abgeordneter nicht mehr für die Probleme der Allgemeinheit einsetzen? Darf man nicht schauen, daß es richtig läuft? Emmy Göber, ich spreche dich auch an, wir sind ja Kollegen, was soll ich Frau Abgeordnete der ÖVP sagen, liebe Emmy, ich weiß, daß du die Anrede schätzt, und ich schätze auch dich. (Abg. Göber: „Klasnic sagt man auch nicht!“) Aber würdest du zuschauen im Bereich Gleisdorf, wenn für eine Industrieanlage ein amtsärztliches Gutachten einer eindeutigen Gesundheitsgefährdung da ist, und die Wahnsinnigen arbeiten seit zwei Jahren weiter, als ob nichts wäre, du wärst die erste, die sagt, so geht es nicht. (Abg. Göber: „Das hast du uns schon gesagt!“) Dann würdest du dich, wenn du das sagst, von der Frau Klasnic unterscheiden. Sie sagt es nicht. Sie sagt, ich bin für die Wirtschaft und für das Werk da draußen. Genau das ist die Ursache, daß eure ÖVP-Politik so unglaubwürdig wird und ist. Der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller zeigt Verantwortung. Er hat vor der Bürgerinitiative gesagt, daß er alles machen wird, damit das abgestellt wird, und der Herr Landesrat steht zu seinem Wort, und da drüben sitzt jemand und sagt ich bin dafür. So geht es nicht. Es ist ja eine Brückierung der ganzen Landessanitätsdirektion. Das sind Beamte, die unter Eid stehen. Das sind Leute, die gewissenhaft arbeiten. Ihr könnt doch nicht die ganze Landessanitätsdirektion Lügen strafen. So geht es nicht. Wenn ich dann einen Mißtrauensantrag mache, von dem ich weiß, daß er ohnehin von vornherein abgelehnt wird, dann sagt man: „Mit Ihnen rede ich nichts mehr.“ Das ist ein Niveau, im Kindergarten habe ich das einmal miterlebt: Wenn du mir das Schauferl nimmst, dann rede ich mit dir nicht mehr. Hier hat sie mitgestimmt, aber draußen im Gemeinderat in Weinitzen, wo die ÖVP drüberfährt mit sechs Stimmen Mehrheit, da sagt sie vor dem Herrn Bürgermeister: „Ich habe nichts dagegen, ich bin für die Wirtschaft, ich bin für Granit.“ (Abg. Ing. Stoisser: „Das hast du uns schon alles erzählt!“) Deine Meinung als ehemaliger Wirtschaftsbundobmann kenne ich. Aber ihr könnt

doch nicht als Wirtschaftsbund die ganze Landessanitätsdirektion brüskieren. (Abg. Kröll: „Das hast du uns schon dreimal erzählt!“)

Warum wollt ihr Ärzte und Sachverständige domestizieren? Ich will nicht, daß er eine Weisung bekommt, daß er sein Gutachten revidiert. (Abg. Ing. Stoisser: „Ich wollte dir nur sagen, warum die Frau Landesrat Klasnic nicht mit dir redet, weil du immer das gleiche sagst!“) Soll ich sie bitten, daß sie wieder mit mir redet? Ich bitte gerne, aber dann erwarte ich auch, daß man dem anderen auch wenigstens den kleinen Finger reicht. So geht es nicht. Wir reden von der Luftsanierung von Graz, und da kommen 30.000 Kubikmeter Abgase in der Stunde herein, das heißt, die Leute leben in einer Abgasfahne, Herr Kollege Ing. Stoisser. Stell dich einmal hinter einen Pkw und atme einmal ein, wenn der dich mit seinem Auspuff anbläst. 30.000 Kubikmeter in der Stunde füllt das ganze Becken aus. Hör mir auf von Gesundheits- und Umweltpolitik, solange das nicht revidiert wird. Wenn die Frau Klasnic sagt, okay, stellen wir ab, bis das baurechtlich bewilligt ist, dann sage ich okay, jetzt haben wir uns gefunden. Aber, Kollege Ing. Stoisser, die haben nicht einmal eine Widmungs- und Baubewilligung und vergiften die Leute da draußen. Sie haben nicht einmal eine Rechtsgrundlage. Verstehst du, was ich meine? Du als Bürgermeister hast, wenn einer ein Häusl gebaut hat, und wenn es nur ein Gartenzwerghäusl war, es wegreißen lassen. Und draußen ist ein Großbetrieb, und der arbeitet seit zwei Jahren, obwohl er keine Bewilligung hat. Ich bin aber gerne bereit, das in Anwesenheit des Landesrates Dipl.-Ing. Schaller und der Bürgerinitiative auszusprechen. Ich lasse vom Thema nicht locker. Ich bin im Sternzeichen des Krebs geboren, und wenn ich einmal wo angezwickt habe . . . Sie ist ein Skorpion, die Frau Klasnic, sie muß nur aufpassen, daß sie sich nicht einmal selbst den Stachel hineinhaut. Aber ich bin ein Krebs, und ich halte am Thema fest. Und wenn es dann heißt: „Der Korber verrennt sich da draußen!“, so wird dann geredet - ich verrenne mich nicht, weil ich der Ansicht bin, daß dieser Betrieb zu schließen ist, bis die Bewilligungen vorliegen. Und zu der Bewilligung sind natürlich selbstverständlich die gesundheitspolitischen Aspekte, das heißt amtsärztliche Gutachten, zu berücksichtigen. Es ist ja alles ein Blödsinn, wenn wir über Gesetze entscheiden, in einem Rechtsstaat leben, über Gesundheit reden, über Umwelt reden, und draußen vor der Tür bitte, in Andritz, da kommt der ganze Dreck herein. Wenn ihr glaubt, daß ihr glaubwürdig seid, dann tut so weiter. Wir werden den Leuten das sagen, daß diese Politik von uns - (Abg. Dr. Maitz: „Dir bauen wir einen Wurzelraumzugang!“) Ja, du kannst mit deiner Wurzel machen, was du willst. Du kannst sie von mir aus in den Sand stecken und Wurzel im Sand spielen - das ist mir wurscht. Verstehst? Auf die Antwort kann man nur so reagieren. Aber wenn du vielleicht deine kleinen Möhren wo einsetzt, werden sie vielleicht größer, wenn du einen ordentlichen biologisch-dynamischen Landbau machst. Nur, setze sie bitte in die richtige Erde. (Abg. Dr. Lopatka: „Die SPÖ boykottiert dich!“) Die SPÖ boykottiert. Ja, das ist eh bekannt, daß die Leute der linken Reichshälfte, wie der Herr - wie heißt er denn geschwind da drüben? - Herrmann, nicht in der Lage ist zuzuhören. Das wissen wir eh, daß er hier den Landtag mit Falschinformatio-

nen füttert und dann noch dazu grinst – ist auch bekannt. Weil eines sage ich dir, Herrmann: Meine Generaldebatte, die ich gehalten habe, die war nicht länger als die vom Kollegen Purr oder vom Kollegen Trampusch. Und ich habe mir auf Grund der Generaldebatte noch gesagt: Jetzt werde ich mich zu den Spezialdebatten nicht mehr so oft melden. Ja, was ist dann der Dank dafür? Der Dank dafür ist, daß er sagt: „Der ist nicht da!“ Weißt du, wo ich gestern war? Bei meinen zwei Kindern, weil der Krampus gekommen ist. Ja, und? Ja, warum soll ich nicht als Abgeordneter, bitte schön. Ich kann ja nicht meine Kinder, wie manche in Wien, an der Brust mitnehmen zum Arbeitsplatz. Ich muß zu meinen Kindern fahren, und ich glaube einfach, daß das gestern wichtiger war, als den Blödsinn von euch da anzuhören. Das sage ich jetzt auch einmal.

Grundsätzlich habt ihr meine Generaldebatte mit eurer Abwesenheit – der einzige Herr Kohlhammer ist dort gesessen, und ich danke ihm dafür, daß wenigstens einer zuhört, daß er euch wenigstens sagen kann, was ich gesagt habe. (Abg. Schrittwieser: „Du redest viel!“) Ich muß sagen, wir reden da von Opposition im Land Steiermark. Jeder glaubt, daß wir da mit euch zusammenpackeln oder weiß Gott was. Ja, nicht einmal die Biene Maja – mit solchen Leuten rede ich mit jedem über Einzelthemen, aber über Koalition – falls es so sein sollte –, das könnt ihr euch in eure roten Haare schmieren. Ich nicht! Weil ihr seid nicht einmal in der Lage zuzuhören. Dank gebührt dem Herrn Kollegen Zellnig, der heute vormittag mit mir eine Stunde über Abwasserentsorgung im ländlichen Raum geredet hat – in Anwesenheit des Herrn Kollegen Trampusch. Und dem Herrn Ofner habe ich die Sache kopiert. Aber das ist ja kein Grund, daß der Herrmann sagt, ich war gar nicht da. Ich war selbstverständlich im Haus. Nur, wenn er seine Glugerl nicht aufmacht und mich nicht sieht: Du – wie soll ich mich noch anziehen, daß du mich erkennst? Ich meine, soll ich mir einen Federbusch aufstellen, daß du mich siehst? Das tu ich wegen dir sicher nicht!

Grundsätzlich geht es heute um das Kammerunwesen. Das Kammerunwesen spielt natürlich auch in der Gesundheitspolitik eine große Rolle. Und, lieber Karli Maitz, euer ehemaliges Mitglied, der Herr Piatnik, das ist ein Zentralist. (Abg. Dr. Maitz: „Piatnik ist der mit den Spielkarten!“) Der ist mit die Spielkarten, ja, der ist mit die Ärztekammerspielkarten gewesen. Der Herr Piatnik war ein Zentralist. (Abg. Dr. Maitz: „Piaty!“) Piatnik ist er für mich, schau. Du, ich weiß schon, wann ich Piaty oder Piatnik sage, gell. Ich meine, das weiß ich schon, bitte schön. In Deutschlandsberg unten, als dieses dezentrale Krankenhaus eröffnet wurde, hat er auch gesagt: „Ist ein Blödsinn, gehört alles zusammengezogen: Krankenhaus Graz.“ Ja, da waren wir alle erschüttert, daß heute ein Arzt alle da hereinkarren will – vielleicht noch mit dem Hubschrauber, damit es schneller geht –, sondern selbstverständlich sind wir für dezentrale Gesundheitspolitik. Und in dem Sinne unterstreiche ich das voll, was der Kollege Dr. Schilcher gesagt hat. Wir müssen versuchen, daß die Menschen dort, wo sie krank werden, daß sie nicht so weit fahren müssen, daß sie in dem Bereich bleiben, wo sie von ihren Familienangehörigen und Bekannten besucht werden können, daß sie auch dort beste medizinische Versorgung bekommen.

Ich, als Abgeordneter, war zum Beispiel jetzt bei einer Bürgerversammlung der Gemeinde Unterpremstätten, weil mir das einfach taugt, daß eine Gemeinde einmal eine Bürgerversammlung macht, und da war irgend so ein Sekretär – ich weiß nicht, Hirtler oder wie er heißt – da unten, sitzt auch dabei. Ja, wissen Sie, was da herauskommt? In Unterpremstätten kommt heraus, daß die Bevölkerung schon monatelang einen zweiten Arzt möchte, weil der erste überlaufen ist, weil der die Leute schon vorher wegschickt, bevor er überhaupt am Abend fertig wird, und sagt: „Das schaffe ich nicht mehr, das kann ich nicht mehr!“, Kollege Herrmann. Und was sagt die Gebietskrankenkasse? „Kein Planposten frei“, und die Leute unten – ja, der eine zeigt wieder mit der Hand. Du, fragst einmal den Hirtler. Ich glaube, der gehört eh zu eurer Reichshälfte – zur roten. Fragt ihn einmal. Unten ist die ganze Gemeinde, die Bevölkerung, interessiert, einen zweiten Dienstposten für eine ausgeschriebene Krankenkassenstelle zu bekommen. Nichts ist möglich, nichts! Und vielleicht kann man, wenn einer früh genug zum Arzt geht, noch manches in die richtigen Bahnen lenken. Wenn der aber vielleicht einen Monat wartet, oder wie da in Graz bei den Kinderärzten die Leute einen Monat warten, bis sie überhaupt einen Termin kriegen, und wenn sie dann dort sind, ist das ganze überfüllt, die Kinder alle krank, einer steckt den anderen an – ja, ist das, bitte schön, eine Gesundheitspolitik? Es heißt, wir haben so viele Ärzte, die ihre Ausbildung haben, aber keinen Arbeitsplatz. (Abg. Kröll: „Wenn du gesund bleiben willst, mußt du jetzt aufhören!“) Ja, frisch und g'sund – ich möchte aber, daß die Leute in den Gemeinden auch frisch und g'sund bleiben. Ich nehme jetzt nur ein Beispiel: Kollege Kröll, du wirst aus deiner kommunalpolitischen Tätigkeit wahrscheinlich wissen, was auf dem Gebiet los ist. Hast du noch nie Probleme gehabt, wo die Leute gesagt haben: „Wir haben zu wenig Ärzte da!“ (Abg. Kröll: „Sicher!“) Na, sicher! Klaß, du gibst es wenigstens offen zu. Daher kann man sagen: Ärztekammer plus Gebietskrankenkasse gibt arbeitslose Ärzte. Das ist die ganz einfache Formel in der Steiermark. Ärztekammer, weil jeder nur schaut, daß er seine eigenen Pfründe hat. Er will keinen zuwillingen, der will selbst im Ort sein, obwohl er es eh nicht schafft, obwohl er die Leute heimschickt und sagt: „Wißt ihr was, heute geht es nicht.“ Die Leute, die Ärzte, werden zwider, sie sind überlastet, sie sind überreizt, und die Leute können wieder heimgehen. Das ist kein Zustand! Und daher gehört dieses Kammerunwesen, vor allem was die Ärztekammer betrifft, aber demnächst gelockert und gelöst. Und das kann aber nur von der bundespolitischen Seite aus geschehen. Die haben ja wahnsinnige Gesetze über Zwangsmitgliedschaften, Kammerzwangsmitgliedschaften. Da ist ja das, was bei der Landwirtschaftskammer ist, sicher überdenkenswert, aber das, was bei der Ärztekammer ist, das stinkt ja bitte schon lange zum Himmel!

Wir reden heute in der Gesundheitspolitik über Strahlengefahr. Was hat denn bitte der Landtag bis heute geschlossen gegen Krško unternommen? Was hat der Landtag gemeinsam gegen eine Gesundheitsgefahrquelle unternommen, die nach der Wahrscheinlichkeit morgen in die Luft gehen kann? Bei Tschernobyl hat auch jeder gesagt: „Ha, eine Sicherheit“ – der Rasmussen und der Präsident von der

Nationalratsbank, jetzt fällt mir nicht ein, wie er heißt, alle haben das gesagt – „auf Jahrmilliarden hinaus“, nach Rasmussen, diese depperten Studien. Und was ist? Heute haben wir Statistiken, daß in den nächsten zehn Jahren noch drei, vier Tschernobyls in Europa passieren. Und ich glaube das, weil die Statistik gut liegt. Was hat der Landtag im Sinne der Gesundheitspolitik für jeden von uns und für werdendes Leben gemacht, um hier mit den Jugoslawen ernsthaft zu verhandeln, und zwar mit einem Staatsvertrag zu verhandeln? Man fährt zwar nach Rumänien – der Herr Landeshauptmann – und schaut, wie es unten ist – das ist sicher interessant, und es ist wichtig, daß man den Leuten unten Mut zuspricht, daß sie selber schauen, daß es zu einer Demokratie kommt, daß die Wirtschaft dort wieder aufgebaut wird –, alles recht und in Ordnung, aber was hat der Landtag wirklich auf einer gesetzgebenden Ebene gemacht, um diesen Todesmeiler Krško abzustellen, der 50 Kilometer von uns ist? In einem Erdbebengebiet, die Betonwanne ist undicht – das ist ja alles, bitte schön, jugoslawisches Machwerk –, und wir leben gesundheitspolitisch nicht nur auf einem Pulverfaß, sondern wir leben im direkten Einflußbereich eines Atommeilers. Und da erwarte ich mir, daß man demnächst einmal eine Resolution macht und daß man wirklich von der Gesetzgebung her sagt: „Wir werden alles unternehmen, um denen energiepolitisch zu helfen, damit sie ihren Kübel endlich einmal abstellen können.“ Es gibt bei der Technologie nur eines: abstellen, und zwar solange es noch geht. Die Gesundheit hat Vorrang vor kapitalistischen Eigeninteressen, das habe ich gesagt. Einer meiner Musterbeispiele ist die Schwarzanlage dort draußen, weil sie schwarz gebaut worden ist. Die sechs Unternehmer sind alles Schwarze. Gell, Gerhard Hirschmann? Ich glaube, daß du da ein bißchen offener bist.

Kohlswarz ist der Bürgermeister, er heißt nämlich Kohl. Er ist auch dafür. Weil die Firma wieder Werbung zahlt und Parteienfinanzierung macht. So läuft das, und dann ist man denen wieder verpflichtet, und dann passieren so Sachen, die es normalerweise nicht geben dürfte. Mich wundert, daß die Staatsanwaltschaft noch zuschaut. Wenn wir von Gesundheitspolitik reden, möchte ich anführen, daß Behinderte ihrem Sport nachkommen können. Daß sie, wie wir im Landtag beschlossen haben, zum Beispiel in Loipersdorf und Waltersdorf behindertengerechte Einrichtungen bekommen. Wir waren zweimal in Loipersdorf draußen, der Kollege Tschernitz hat sich voll eingesetzt, und heute bekomme ich einen Anruf einer Anwältin, die im Rollstuhl sitzt, sie zahlt Steuern, sie bildet junge Juristen aus, daß das bis heute noch nicht gemacht ist. Jetzt bekommt man die Antwort, daß man sich das noch überlegt und vielleicht etwas anderes macht. Sollen Behinderte nach Baden bei Wien fahren, nur damit sie schwimmen können? Wir reden von Gesundheitspolitik, von 7,5 Millionen, die Leute wollen sich selbst gesund erhalten und investieren Geld dafür. Nur, ist es zumutbar, daß man 250 Kilometer nach Baden bei Wien fährt bei jeder Witterung, weil man in den steirischen Bädern nicht seiner körperlichen Betätigung nachkommen kann? Wir reden von Gesundheitspolitik und haben Gutachten. Da möchte ich an die schwarze Reichshälfte ein klares Wort richten. Warum helft ihr nicht einmal mit uns, die Draken zu blockieren? Ihr seid ja immun. Stellt euch mit dazu mit

Luftballons, macht gute Miene zum bösen Spiel. Daß man zeigt, daß man gemeinsam gegen die Draken ist. Die Lärmbelastung ist eine Gesundheitsschädigung. Der Herr Prof. Möse hat nicht nur 200.000 Schilling für sein Gutachten bekommen, sondern hat auch Erfahrungswerte aus der Schweiz eingeholt. Wenn der sagt, es ist eine eindeutige Gesundheitsgefährdung speziell für die Kinder. Frau Dr. Kalnoky, Sie sind ja auch auf dem Gebiet des Gesundheitswesens tätig (Abg. Dr. Hirschmann: „Vorbildlich!“), stellt euch einmal hinunter mit den Alternativen, mit den Grünen, vielleicht bekommen wir von den Roten auch ein paar. (Abg. Dr. Kalnoky: „Gehen wir mit!“) Daß sich der Rader nicht hinstellt, weil er selbst ein Abfangjäger ist, das wissen wir. Die blauen Zwerge wollen halt ständig aufrüsten. Wir wollen abrüsten und Frieden schaffen. Sich nur hinter den grauen Mauern der Burg zu verstecken, wo sich der Lichal hinten hineinschleicht und solche Sachen, das ist nicht notwendig. Wenn ihr schon bei der letzten Landtagswahl fast blau und grün-alternativ abgefangen hättet, das war wirklich nur um ein Frauenhaar. Was sind 26 Stimmen, und du weißt genau, daß beim Grundmandat nur Reststimmen in Pattstellung waren. Die blauen Zwerge mit 130 Stimmen. Ihr habt damals gute Parteipolitik gemacht, ihr habt eure Abfangjäger aufsalutieren lassen, ihr habt 256.000 Leute motiviert, dagegen etwas zu unternehmen, aber jetzt tut auch was. Sonst nehmen wir euch die Geschichte vor der nächsten Landtagswahl nicht mehr ab. Ich hoffe, daß ihr Schwarzen wieder den Verteidigungsminister habt, denn dann habt ihr wieder die Chance, die fliegenden Mähdrescher dorthin zu verbannen, wo sie hingehören, nämlich wieder hinauf nach Schweden. Der Palme ist ja nicht mehr, der uns das Geschäft eingebrockt hat, und die Vera Kreisky, aber vielleicht können das die Schweden im Museum für Technik als vergangenes Kriegsgeschick ausstellen. (22.16 Uhr.)

Präsident Wegart: Ich unterbreche die Sitzung bis morgen 8.30 Uhr. (Unterbrechung der Sitzung am 6. Dezember 1990 um 22.16 Uhr. – Wiederaufnahme am 7. Dezember 1990 um 8.30 Uhr.)

Präsident Wegart: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Korber das Wort zur Fortsetzung seiner Ausführungen.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (8.32 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich hoffe, daß das Klima nicht mehr so gereizt ist wie gestern. Ich höre da schon wieder drei Minuten, ich bewende es bei fünf Minuten. Grundsätzlich das Thema frisch und g'sund, wie die Gesundheitspolitik heißen sollte, hat bei uns immer wieder das Problem aufgeworfen, zentrale Gesundheitspolitik und dezentrale Hilfestellung, speziell was die privaten Hilfsorganisationen betrifft. Wenn wir eine Gegenüberschau machen und feststellen, daß es soziale Hilfsringe gibt.

Ich habe hier ein Schreiben eines sozialen Hilfsringes Graz, das ist ein freiwilliger Betreuungsdienst, von einer gewissen Frau Schrammel. Im Tätigkeitsbericht vom 1. Jänner 1989 bis 31. Dezember 1989 wird angeführt, daß dem Verein 1015 Mitglieder angehören

und daß im vergangenen Arbeitsjahr 1990 Maschinenwäschestunden gemacht wurden, 16.409 Einsatzstunden und rund 50.000 reine Arbeitszeit im Sinne einer sozialen Betreuung der Menschen in ihren eigenen Heimen. Das ist eine gigantische Leistung. Es arbeiten daran 411 Helfer, 51 Diplomschwester – rund 110.000 Einsätze mit mehr als 450.000 Arbeitsstunden, wo Hilfe in den Notsituationen unumgänglich war, um den Menschen vielleicht das Einliefern in eine geriatrische Klinik, wo sie nur mehr aufbewahrt werden, zu verhindern. Wir sehen, daß hier sehr viel geleistet wurde. Aber wenn man in diesen Jahresbericht schaut, was dieser Verein an öffentlichen Subventionen bekommen hat, dann hält man eigentlich kurz den Atem an, weil man glaubt, da fehlen eine oder zwei Nullen – bitte schön, keine Doppelnulle, sondern da fehlen meiner Meinung nach tatsächlich Nullen. Dieser Verein, der mit 450.000 Arbeitsstunden Hilfe in der Not leistet, hat vom Land Steiermark sage und schreibe 20.000 Schilling Subvention bekommen – das ist nicht einmal ein Butterbrot. „Und anlässlich unseres Jubiläums“, schreibt dieser Verein, „vom Magistrat Graz ebenfalls 20.000 Schilling“, also in summa summarum 40.000 Schilling – aber, bitte, das ist nur eine Jubiläumzugabe –, und vom Büro für Bürgerinitiativen 5000 Schilling. Und dafür bedanken sich diese Leute, die freiwillig im Sozialdienst tätig sind und genau das machen, was wir gestern besprochen haben, nämlich soziale Hilfe zu leisten. Sie bedanken sich noch und sind froh, daß sie überhaupt diesen Betrag bekommen.

Wenn man aber bedenkt, daß die Spitalskrankenanstalten Ges. m. b. H., kurz Holding, für so eine Broschüre allein 100.000 Schilling locker ausgibt – und ich bin überzeugt, daß dieser Betrag noch aus der tieferen Lade ist; ich glaube, daß das ungefähr 300.000 bis 400.000 Schilling kostet. Etwas, Herr Landeshauptmann, bitte: Holding – Hochglanzpapier, nicht einmal ein Umweltschutzpapier; das wird dann den Leuten gegeben. Das kostet Hunderte tausend Schilling. (Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „Das hast du uns schon gestern erzählt!“) Gestern war der Herr Landeshauptmann nicht da, also, Herr Kollege Dipl.-Ing. Schaller, erlauben Sie mir, auch einmal mit dem Herrn Landeshauptmann zu reden. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Sowieso!“) Sowieso. Siehst, das ist eine richtige steirische Antwort. Herr Landeshauptmann, wenn wir diese Gelder, die in Hochglanz sind – wo wir heute gegen die Chlorbleiche reden, gegen Hochglanzpapier, wo wir in den Schulen den Kindern sagen, Gesundheitspolitik, Umweltschutz fängt auch beim Umweltschutzpapier an –, dann würde ich Sie bitten, mit dem Herrn Moser und mit dem Herrn Bosch, der ja, glaube ich, nicht mehr ist, ein ernsthaftes Wort zu reden und diesen Betrag nächstes Mal zweckgebunden adäquat diesen sozialen Hilfsringen zuzuteilen. Das wäre eine weihnachtliche Bitte, damit diese Vereine nicht jedesmal am Hungertuch nagen und bei jeder Vollversammlung – sie sind ja Vereine – Existenzprobleme aufwerfen müssen. Das wäre eigentlich im kurzen das, was ich gestern noch sagen wollte.

Was die Politik in der Gemeindestube betrifft – liebe Herrschaften, tut euch nicht kränken, wenn ich rede, weil kränken macht krank. Ich will ja nicht, daß ihr krank werdet. Ich möchte mich natürlich gegen solche Untergriffe, wie vom Herrn Herrmann, verwahren, daß

ich praktisch gestern nicht da war. Kollege Herrmann, ich bin stolz, daß es auch Leute bei euren politischen Parteien gibt, mit denen man draußen und herinnen, und zwar gestern vormittag – und der Kollege Trampusch ist mein Zeuge für deine unwahre Behauptung; er hat auch die Hand gehoben, er ist mein Zeuge –, über Abwasserentsorgung im ländlichen Raum sprechen kann. Der Kollege Zellnig ist sehr interessiert, sich das einmal anzuschauen. Wir haben über das Thema sicher eine Stunde referiert, und der Kollege Ofner, Bürgermeister aus Mühlen, der selbst auch hier integriert ist, war bei mir im Klub oben, und wir haben auch hier gesprochen. Bitte schön, mir zu sagen, ich war nicht anwesend – schauen Sie, seien wir doch ehrlich: Wer kann drei Tage hier ständig da sein, wenn er politisch weiterarbeiten soll, was ja unsere Politik ist, wenn er daheim eine Familie mit zwei kleinen Kindern hat und der Krampus halt am Abend kommt – da bin ich halt auch gern daheim die kurze Zeit. (Abg. Ing. Stoisser: „Du sprichst so lange!“) Aber mir ständig vorwerfen zu wollen, daß ich mich hier verbreite – meine Generaldebatte war genauso lang wie vom Herrn Kollegen Purr und vom Herrn Kollegen Trampusch. (Abg. Rainer: „Das hast gerade du notwendig!“) Ja, was er gesagt hat, das haben wir eh gehört. Er hat gesagt, daß wir hoffen können, ein Instrumentarium zu finden, um unsere Umweltsituation vielleicht in Ordnung zu bringen. Reine Hoffnung hat er uns gebracht. Das ist sehr schön, und wir leben auch von der Hoffnung, und wir glauben auch alle daran, weil wir gläubige Menschen sind. Aber mir geht es darum, daß es einfach unfair ist, bei meiner Generaldebatte war der Herr Kohlhammer der einzige, der mitgehört hat, und bei der ÖVP waren es auch ein paar Leute. Aber wie ich schon angefangen habe, bitte, waren bei Ihnen 80 Prozent weg, die waren schon beim Essen, die haben schon ihrem Magen, ihrem Darm gefrönt. Die waren ja gar nicht da; die haben ja nicht einmal die Fairneß, einmal zu warten, bis man anfängt. Also, Sie können mir nicht unterstellen, daß Sie schon vorher gewußt haben, daß Sie nachher gehen werden. Das ist einmal Kollegialität, verstehen Sie? Und auch in dem Sinne habe ich jeden positiv erwähnt, der es ausgehalten hat, weil über das Thema, das uns betrifft, bitte – Umweltpolitik, Gesundheitspolitik –, eine Stunde zu referieren, ist ja nichts. Das ist heute eine Vorlesung auf der Hochschule für ein Spezialthema. Also gestatten Sie mir, daß ich gestern natürlich genauso interessiert war, alles, was möglich war, zu hören. Und wenn Sie mir heute vorwerfen, daß ich nicht geredet habe, ja, dann seien Sie froh, bitte. Auf der einen Seite kränkt ihr euch, macht es euch krank, wenn ich hier rede und ihr müßt mir zuhören – ein Politiker hört anscheinend nicht gern zu, weil er mit Scheuklappen durch die Gegend geht –, und auf der anderen Seite wollen Sie mich tadeln, daß ich nicht geredet habe. Also, das ist ja schizophren, und auch Schizophrenie ist ein gewisser Bewußtseinszustand, der auch krank macht.

Meine Bitte war, um das Thema jetzt abzuschließen und auch in Richtung einer Kollegialität – ich höre Ihnen auch gerne zu, ich applaudiere und ich bin lebhaft und mache Zwischenrufe, weil das ja bitte schön keine Trauerstube ist, das ist kein Trauerkonsortium, wo man über ein Trauerbudget redet, wo kein Schilling für dem Umweltlandesfonds ist. Gestatten Sie mir, daß die Gesundheitspolitik bei uns bei der

Umweltpolitik anfängt und nicht bei der Nachfolgepolitik, wo man dann jedes Jahr sagt: „Jetzt haben wir wieder 700 Millionen Schilling für die Betten.“ Wir wollen ja nicht in die Betten investieren, wir wollen in Vorsorgegesundheitspolitik, in Vorsorgemedizin investieren, und das ist für uns, bitte, unweigerlich mit einer gesunden Überlebenspolitik verbunden. Boden, Wasser, Luft, Grundnahrungsmittel – nur dann kann der Mensch gesund bleiben. Das ist unser Thema, und wenn ich da ein bißchen länger werde als Sie, dann müssen Sie halt auch ein bißchen Geduld haben, oder vielleicht setzen Sie sich hinaus und hören draußen mit Geduld zu, bis ich wieder fertig bin.

Ich möchte aber von der Fairneß her eines sagen: Wenn wir heute einmal das Thema Debatten hier besprechen – schauen Sie, ich habe mich bis zur Gruppe 5 nicht gemeldet. Zur Gruppe 5 muß ich mich melden, weil es eine unserer Hauptgruppen ist. Es war aber gestern nicht möglich, wo ich den Herrn Präsidenten gebeten habe, mich nach drei – (Glockenzeichen des Präsidenten.) Entschuldigung, Herr Präsident, ich bin gleich fertig, zehn Sekunden noch. Das ist für mich parlamentarisch wichtig, das ist auch sicher in Ihrem Sinne. – Genossen melden zu können. Warum? Weil wir um 19.30 Uhr eine Gemeinderatssitzung gehabt haben, wo es um einen Flächenwidmungsplan gegangen ist, wo ein kohlschwarzer Bürgermeister drüberfahren will und jeder von uns notwendig ist. Dort bin ich auch nach der gesetzlichen Grundlage verpflichtet, anwesend zu sein. Darum mein Wunsch hier, mit einem Ihrer Herren Genossen kurz zu rotieren. Ist nicht gegangen, weil ihr habt gestritten wie in einer Sandkiste mit dem Schauferl. Wir sind eine Umlandgemeinde von Graz, wir versuchen, die Zersiedelung zu verhindern, weil der Kohlschwarze alles zersiedeln will. Der hat bei der Wahl allen alles versprochen, damit er wieder die Mehrheit macht. Unsere Aufgabe ist, daß der Freiraum von Graz für die Grazer, für das Wandern, für die Erholung Freiland bleibt, Grüngürtel, und deswegen bin ich gestern kurz gegangen. Ich war aber dann relativ rasch wieder da.

Und wenn man jetzt zu den Wortmeldungen redet – jetzt hören Sie mir einmal ganz ehrlich zu –: Bei der Gruppe 5 haben sich mindestens zwölf Genossen und zwölf von der ÖVP gemeldet. Ja, gut, sie haben halt etwas zu sagen. Ich maule ja auch nicht darüber, daß sie so lange reden. Für ein Thema Umwelt, für ein Thema Gesundheit könnte ich auch sagen: Nehmt einen, der das in einer dreiviertel Stunde kurz referiert, aber nicht fünf Leute, und jeder wiederholt sich und verbreitet sich. Also, wenn wir in der Richtung, Herr Präsident, einmal ein klares Wort reden, daß jede Ihrer Großparteien nicht zu jedem Thema fünf oder sechs Leute herschickt, sondern einer das abrundet – ihr könnt das ja untereinander besprechen –, dann würden wir auch schneller weiterkommen, und Sie brauchen nicht immer bei mir hacken, daß ich die Zeit vertue. Ich habe bis jetzt erst zwei Stunden zwanzig Minuten vertan. Danke. (8.45 Uhr.)

Präsident: Es liegt keine weitere Wortmeldung zur Gruppe 5 vor. Der Herr Berichterstatter hat mich wissen lassen, daß er auf das Schlußwort verzichtet.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 5

einverstanden ist, möge zum Zeichen der Annahme die Hand erheben.

Die Gruppe 5 ist somit mit Mehrheit angenommen.

Gemäß Paragraph 47 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages kann auf Vorschlag des Präsidenten der Landtag bei einzelnen Verhandlungen beschließen, daß die Redezeit eines jeden Redners aus dem Landtag mit Ausnahme des Berichterstatters ein bestimmtes Ausmaß nicht überschreiten darf. Auf weniger als eine halbe Stunde kann jedoch die Redezeit nicht herabgesetzt werden.

Der Beschluß wird ohne Wechselrede gefaßt.

Ich stelle daher den Antrag, eine Redezeitbegrenzung von einer halben Stunde für diese und die folgenden Gruppen festzulegen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Wir kommen zur Gruppe 6: Straßen- und Wasserbau, Verkehr.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Gottfried Grillitsch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Grillitsch (8.46 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Die Gruppe 6 beinhaltet die Kapitel Straßenbau, Bundes- und Landesstraßen, allgemeiner Wasserbau, Förderung der Wasserversorgung, Förderung der Abwasserbeseitigung, Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds, Schutzwasserbau, Bundesflüsse, Konkurrenzgewässer, Wildbachverbauung, Bauhöfe, sonstige Einrichtungen, Luftverkehr, Flughafen und Flughafeneinrichtungen. In der Gruppe 6 sind Einnahmen von 37.928.000 und Ausgaben von 1.309.057.000 Schilling vorgesehen. Ich bitte um die Debatte dazu. (8.46 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, im Einvernehmen mit den Obmännern der in diesem Haus vertretenen Parteien schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 6 zu teilen, und zwar soll im ersten Teil Wasserbau und im zweiten Teil Straßenbau und Verkehr behandelt werden.

Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Wir beginnen mit dem ersten Teil der Gruppe 6, Wasserbau.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Neuhold.

Abg. Neuhold (8.47 Uhr): Verehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Vielleicht auch unter dem Motto einer besinnlichen Adventbetrachtung, stehe ich und wahrscheinlich die meisten von uns noch unter dem positiven Eindruck der gestrigen Rede unseres Klubobmannes Gerhard Hirschmann. Weil gerade durch seine Ausführungen der unglaubliche Kontrast herausgekommen ist, der zwischen der Bewältigung unserer Probleme in unserer Wohlstandsgesellschaft, in unserem Land und denen der Menschen in unseren Nachbarländer, zu betrachten ist. Während wir auch in der Budgetgruppe 6 große finanzielle Mittel aufbringen müssen, um zum Beispiel die Bewältigung der Wasserreinigung und alles, was damit zusammenhängt, durchführen zu kön-

nen, kämpfen die da drüben eigentlich um das nackte Leben. Wasser wurde lange Zeit als das billigste Transportmittel für Schmutzfracht und Abfälle betrachtet. Inzwischen ist Wasser zu dem geworden, was es eigentlich immer war, zum wichtigsten Lebensmittel. Daher nehmen auch der Flußwasserbau, der Gewässer- und Grundwasserschutz, die Abwasserbeseitigung und so weiter in der Gruppe 6, zum Teil auch in der Gruppe 5 und in der Gruppe 7, eine bedeutende Stellung ein. Ich hätte meine Betrachtungen auch zum Thema Gesundheit in der Gruppe 5 anstellen können, weil es hier auch um gesundes Wasser geht, oder in der Gruppe 7, wo eben riesige Summen im Landesvoranschlag enthalten sind zur Bewältigung oder zur Beseitigung der Probleme. Große Anstrengungen zum Ausbau der Abwasserreinigung im kommunalen und industriellen Bereich wurden in den letzten Jahren unternommen. Ich erwähne das Mur- und Raab-Sanierungsprogramm, wo von 1985 bis 1990 mehr als 3 Milliarden Schilling investiert wurden. Das Mur-Sanierungsprogramm umfaßt 18 Einzelprojekte, Abwasserbeseitigungsanlagen mit einer veranschlagten Baukostensumme von 1,9 Milliarden Schilling. Der Erfüllungsstand, und das ist wichtig festzuhalten, beziehungsweise der Baufortschritt im Mur-Sanierungsprogramm beträgt mit Stichtag vom 18. Oktober 1990 zirka 71 Prozent, und das scheint mir ein großer Fortschritt zu sein. Das Raab-Sanierungsprogramm besteht aus 13 Einzelprojekten mit einer veranschlagten Baukostensumme von rund 1,3 Milliarden Schilling. Auch hier beträgt der Erfüllungsgrad beziehungsweise der Baufortschritt bereits bis zum 20. November dieses Jahres zirka 64 Prozent. Sieben von den genannten 13 Einzelanlagen sind noch im Bau beziehungsweise in Planung. Jedenfalls kann man sagen, daß die Raab, die oftmals hier im Hohen Haus Gegenstand von verschiedenen kritischen Betrachtungen war, sauberer geworden ist, daß das Wasser reiner geworden ist und daß es kein Fischsterben durch äußerliche und künstliche Einflüsse mehr gibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abwasseranlagen, Gewässer- und Grundwasserschutz kosten Geld. Viele Gemeinden und Anschlußwerber ächzen unter den Kosten. Daher ist es auch sehr zu begrüßen und erfreulich, feststellen zu können, daß mit Beschluß der Steiermärkischen Landesregierung vom 19. November 1990 die Förderungen neu geregelt wurden, daß sozusagen nach sozialen Gesichtspunkten und nach Steuerkraftkopfquoten vier Kategorien und Förderungen eingeführt wurden. Zur normalen Förderung von 10 Prozent als Basisförderung kommen gerade für finanzschwache Gemeinden, die mit ihrer Steuerkraftkopfquote unter dem Landesdurchschnitt liegen, noch plus 5 Prozent dazu. Die dritte Kategorie der Förderung, Basisförderung von 10 Prozent plus 5 Prozent und nochmals 5 Prozent, und dann gibt es noch eine vierte Kategorie der Förderung, die ebenfalls entsprechend den finanziellen Gegebenheiten in den Gemeinden oder in den Abwasserverbänden zum Tragen kommen werden. Ich darf in diesem Zusammenhang der Landesregierung, besonders unserem Umweltlandesrat Hermann Schaller und den Regierungsmitgliedern, sehr herzlich für diese positive Einstellung danken, weil es manchen Gemeinden erleichtert wird, die Abwasserbewältigung in den Griff zu bekommen. (Beifall bei der ÖVP.)

Verehrte Damen und Herren! Innige Zusammenhänge gibt es zwischen Landwirtschaft und Grundwasserschutz im besonderen. Wir wissen das auch, denn Ziel aller Maßnahmen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft ist eine möglichst schonende Bewirtschaftung von Grund und Boden durch die Einführung von Fruchtfolgesystemen durch ein neues Kreislaufdenken über die Kreislaufwirtschaft, weiters durch die Reduzierung des Einsatzes von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln auch unter dem Aspekt der Produktionskostenverbilligung. Natürlich bringt das auch Auflagen mit sich, die nicht immer von Anbeginn an verstanden werden, aber die Zeit bringt es mit sich, daß wir hier auch große Erfolge zu verzeichnen haben. Drei Schwerpunkte möchte ich nennen, von denen die Landwirtschaft direkt oder indirekt betroffen ist. Erstens die Maßnahmen und Förderungen in Wasserschongebieten. Zweitens die Förderung des biologischen Landbaues in der Steiermark beziehungsweise in den Schongebieten. Zur Produktion von biologischen Nahrungsmitteln möchte ich vermerken, das geht natürlich auch an die Adresse an die Konsumentenschaft, wenn wir weniger ernten können, so muß das auch im Preis irgendwo ausgeglichen werden. Denn kein Berufsstand würde sich eine Einkommenschmälerung durch eine neue Entwicklung gefallen lassen. Zum Dritten: Das Pilotprogramm zur Extensivierung der Ackerbewirtschaftung in den Bezirken Feldbach, Leibnitz und Radkersburg. Dazu kann ich berichten, daß gerade nach meinem Wissensstand im Bezirk Feldbach das Pilotprojekt sehr gut von mehreren Hunderten von Bauern angenommen wurde, auch mit dem Ziel, die Monokultur Mais zurückzudrängen und auch wieder ein Kreislaufdenken, eine Kreislaufwirtschaft in die Landwirtschaft hineinzubringen. Diese Förderungsprogramme stellen die schrittweise Realisierung der ökosozialen Zielvorstellungen in der Agrarpolitik dar.

Zum Grundwasserschutz möchte ich noch in Erinnerung rufen, daß gerade die Landwirtschaft in den letzten Jahren strenge Gesetzesauflagen erhalten hat. Ich erwähne hier das steirische Bodenschutzgesetz, das wir im Jahre 1987 im Landtag beschlossen haben, daraus resultierend die Gülleverordnung, dann die Novelle zum Wasserrechtsgesetz, das Bundesgesetz, das ab 1. Juli 1990 seine Gültigkeit hat, die Schongebietsverordnungen, ein strenges Pflanzenschutzmittelgesetz – auch ein Bundesgesetz vom 4. Juli 1990 – und natürlich das Steiermärkische Grundwasserschutzprogramm aus 1987. Ich habe es schon erwähnt: Nicht immer werden diese Auflagen mit Begeisterung angenommen, aber im ureigensten Interesse, um mit der Natur Frieden zu halten, werden auch diese Auflagen immer mehr angenommen, und die Bauern sind hierzu bereit.

Ohne Begleitmaßnahmen, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind alle diese Gesetzesauflagen schwer zu bewältigen. Massive Förderungsprogramme und sieben landwirtschaftliche Umweltberater sind in den gefährdeten Grundwasserbereichen im Einsatz. Die massiven Förderungsprogramme erleichtern die Durchführung dieser Maßnahmen, und die Umweltberater sind besonders in Graz und im Leibnitzer Feld, wo ja die Probleme hinlänglich bekannt sind, im Einsatz.

Ich möchte abschließend und zusammenfassend dankbar auf die Förderung und Beratung von Maßnahmen der Wasserverbände, der Unternehmungen und auch von Einzelpersonen und so weiter, alles, was in diesen Bereich hineingehört, zur Sanierung und Verbesserung von Grundwasser verweisen.

Ich bin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein positiv denkender Mensch, und daher hoffe ich, daß wir die Probleme derzeit, wie sie auch im Landesvoranschlag der Gruppe 6, Wasserbau, zum Ausdruck kommen, gemeinsam in den Griff bekommen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, Wasser ist Leben, Wasser ist Zukunft! Ohne gesundes Wasser gibt es keine Zukunft. Daher Gesundheit auf gutes Wasser! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ/AL. – 8.58 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Heibl.

Abg. Heibl (8.58 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Im Kapitel 6 sind der Straßenbau, aber auch die Instandhaltung unserer Straßen sowie auch die begleitenden Maßnahmen behandelt und budgetiert. Außerdem gibt es natürlich auch im außerordentlichen Haushalt entsprechende Mittel für den Straßenausbau und -neubau. Obwohl, meine Damen und Herren, in den nächsten Jahren in der technologischen Entwicklung beim Motorenbau weitere Verbesserungen in bezug auf die Lärmentwicklung zu erwarten sind, scheint es trotzdem notwendig, im Straßenbau auf lärmschutzgerechte Trassenführung sowie auf die Arbeit des Straßenbaues besonders Bedacht zu nehmen. Noch immer wird in zirka 500.000 Wohnungen in Österreich – und in der Steiermark halt der entsprechende Prozentsatz – die Lärmbelastung als sehr hoch bezeichnet. Daß ein beträchtlicher Teil dieser Lärmbelastung auch vom Flugverkehr herkommt und stammt, ist bekannt, nur, die Lösung ist natürlich dort noch viel schwieriger.

Meine Damen und Herren, neben den im einzelnen durchzuführenden Maßnahmen im Bereich der Lärmbekämpfung werden vor allem für dichtverbaute Gebiete sowie für jene Siedlungsbereiche, die sich nahe von Verkehrseinrichtungen befinden und dort liegen, wohnungsgebundene Einrichtungen forciert werden. Bei streuartigen Siedlungsgebieten werden zur Zeit straßenbezogene Einrichtungen bevorzugt. Das bedeutet Lärmschutzwände entlang der Schutzzonen oder das Aufbringen von Flüsterbelägen oder Flüsterasphalt oder beides zusammen. Meine Kollegin Erna Minder sagt immer: „Unsere Autobahnen schauen schön aus wie Bobbahnen; links und rechts gibt es nur senkrechte Wände.“ Aber derzeit ist das halt noch immer die beste Lösung, und die Abrollgeräusche und die Motorengeräusche werden halt noch lange Zeit nicht so weit sein, daß wir uns das ersparen können.

Für den Einbau, meine Damen und Herren, von Lärmschutzfenstern und Lärmschutztüren in vor allem dichter verbauten Siedlungsgebieten ist derzeit ein Bedarf in Österreich von – und Sie hören richtig – 6 bis 12 Milliarden Schilling notwendig. Natürlich auch wiederum für die Steiermark ein entsprechender Prozentsatz. Auf Grund dieser hohen Investitionskosten

muß wohl davon ausgegangen werden, daß eine befriedigende Lösung, die wir anstreben, der Umweltbelastung, die durch Lärm verursacht wird, zumindest noch zehn bis fünfzehn Jahre in Anspruch nimmt. (Präsident: „Herr Heibl, wir haben das Kapitel Wasserbau!“) Ich habe mich aber auch zum Straßenbau gemeldet, und Sie haben mir jetzt das Wort erteilt. (Präsident: „Ich habe nur das eintragen können, was meine verehrten Kolleginnen vorher festgehalten haben!“) Herr Präsident, darf ich weitermachen? Sie haben mich aufgefordert. (Präsident: „Machen Sie weiter. Ich mache nur darauf aufmerksam!“) Aber es ist dasselbe Kapitel.

Es geht beim Straßenbau, meine Damen und Herren, nicht nur um Autobahnen und Überlandstraßen, sondern um viele Tausende Kilometer anderer Straßen und Gassen vor allem im städtischen Raum, im städtischen Bereich. Hier müssen wir uns alle aber auch die Kritik gefallen lassen, daß wir zu lange ausschließlich für das Kraftfahrzeug auch im dichtverbauten Raum und Gebiet dimensioniert und gebaut haben. Die Straße als Raum in unseren Städten und Ortschaften ist die Devise der letzten Zeit. Da es für diese Straßenrückführungen – wie es heißt – kaum eine Förderung gibt, wird diese Art der Erneuerung auch nur allzu zögernd von den Gemeinden angenommen. Das heißt, die neue Straßenphilosophie für unsere Städte und Ortschaften ist nicht mehr nur allein der Verkehrsablauf, die Verkehrssicherheit, die Verkehrsqualität, sondern auch die benützergerechte Aufteilung des Straßenraumes für Fußgänger, für Radfahrer und auch für gestalterische Vorhaben. Daß die Straße als Raum natürlich auch sehr eng mit dem Ortsbild und daher mit dem Ortsbildschutzgesetz zusammenhängt, das bereits für über 50 steirische Gemeinden verordnet ist, muß natürlich in der Gestaltung Berücksichtigung finden. Es muß eine Harmonie zwischen bestehenden Bausubstanzen und Verkehrsräumen bestehen oder entstehen. So gut und auch empfehlenswert Fußgängerzonen in den Ortskernen auch sind, so logisch ist es auch, daß dadurch der Verkehr in andere Straßen und Gassen verlegt wird. Daher ist der Straßenaus-, -neu und vor allem -rückbau nach wie vor auch in diesen Bereichen von größter Bedeutung. Der Straßenrückbau, wie der Fachausdruck ist, in unseren Städten und Ortschaften ist demnach Ausdruck einer geänderten Wertvorstellung hinsichtlich der Gestaltung der gesamten Straßenräume. Es sind in der Regel technische Maßnahmen, deren Realisierung einstweilen noch durch bürokratische Hemmnisse, gesetzliche Vorschriften und durch klare Aufteilung finanzieller Erfordernisse in den Gebietskörperschaften verzögert wird.

Meine Damen und Herren, allein die Änderung der Bauordnung – eine geringe Änderung der Bauordnung –, die noch Straßenbreiten von mindestens 6 Meter empfiehlt und vorschreibt, würde schon eine entscheidende Besserung auf diesem Gebiet ermöglichen. (Beifall bei der SPÖ. – 9.05 Uhr.)

Präsident: Bevor ich dem nächsten Abgeordneten das Wort erteile, ist es mir eine wirkliche Freude, auf der Zuschauergalerie eine Schülergruppe der Bundeshandelsakademie Leibnitz unter der Leitung von Frau Dr. Ilse Laundl herzlich zu begrüßen. (Allgemeiner

Beifall.) Verehrte Frau Laundl, ich möchte Ihnen sehr herzlich dafür danken, daß Sie die Initiative ergriffen haben, um die Schüler auch ein wenig an den demokratischen Einrichtungen unseres Bundeslandes teilhaben zu lassen.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (9.05 Uhr): Ich möchte wieder zum Thema Wasser zurückführen. Das Thema Wasser können wir von der ökologischen Seite nur als Kreislauf sehen, als wasserwirtschaftlichen Kreislauf, und wir müssen einfach berücksichtigen, daß dieser Kreislauf für uns Lebens- und Existenzgrundlage ist. Wir wissen, welchen Wert das Wasser heute hat. Es gibt ausländische Firmen, die ohne weiters 4,50 Schilling pro Liter Wasser zahlen würden, wenn sie es überhaupt bekommen für Gebiete, wo entweder das Wasser rar ist, wo es belastet ist, wo es verseucht ist, wo es als Hauptnahrungsmittel Nummer eins nicht mehr genießbar ist. Wenn wir bedenken, wie glücklich wir heute noch sind, daß wir 1000 Liter Wasser zu einem Preis von 10 bis 20 Schilling bekommen und daß wir als Land nicht nur der Berge, sondern auch der Wasserströme und der reinen Grundwässer bezeichnet werden, so wollen wir, daß wir auch in Zukunft noch so bezeichnet werden. Wir haben heute überall Einfluß auf das Wasser. Es wurde jahrzehntelang als flüssige Müllabfuhr verwendet. Die Bäche, Flüsse waren Vorfluter für Abwassereinleitungen. Wenn sie aus dem häuslichen Abwasser waren, war es noch harmlos. Aber auch für Gewerbe und Industrie waren diese Flüsse Vorfluter und sind auch heute noch großteils die flüssige Müllabfuhr mit dem bekannten Wort ökologische Kloaken. Wie werden wir in der Zukunft das Wasser bewirtschaften, wie gehen wir mit unserem besten Freund in der Zukunft um? Wie erreichen wir, daß auch Kinder dieses Wasser noch trinken können? Nicht wie in Wagna und Leibnitz, wo Tafelwasser, Mineralwasser kredenzt werden muß, weil die Kinder das Wasser, das dort aus der Wasserleitung kommt, nicht mehr trinken dürfen, weil es bereits gesundheitsgefährdend ist. Wenn man weiß, daß die Ärzte nicht Panik machen, sondern, daß das Nitrat bei den Kindern den Sauerstoff im Blut entzieht, Sauerstoffmangel bis zu Gehirnschädigungen führt, bis zur Schädigung des Nervensystems, dann ist das ein Thema, das uns alle tief berühren muß. Es gibt in Deutschland Prozesse, die von Elternteilen gewonnen wurden, wo 110 Milligramm Nitrat im Trinkwasser waren und genau das passiert ist, daß das Kind geschädigt ist. Dieses Wasserversorgungsunternehmen zahlt schwer, ein Leben lang für ein halbseits gelähmtes Kind, das vom Gehirn aus durch Nitrat geschädigt wurde. Man kann nur alles unternehmen, um diese Probleme zu lösen. Aber leider geht es nur sehr schleppend. Wir haben bis heute kein klares Verbot für Pestizide, für Atrazin, für Alachlor. Ich hoffe, es wird demnächst kommen. Wir fürchten aber, daß die Chemie andere Ersatzstoffe findet. Wir haben das Problem bei den Waschmitteln. Wir haben gesagt, Phosphat führt zur Überdüngung der Gewässer. Was kommt jetzt? Ersatzstoffe, die eindeutig krebs-erregend sind. Kommen wir aus dem Kreislauf nicht heraus? Welche Ersatzstoffe werden jetzt in der Chemie wieder produziert? Bis man nachweisen kann, was das ist, weil die Firmen nicht gerne mit ihren Rezepten

herauskommen, vergehen wieder Jahre, und wir brauchen wieder Jahre, bis das verboten wird durch eine Verordnung. Daher muß man sagen, daß dieses Problem vom Erzeuger her in den Griff zu bekommen ist, durch bundesgesetzliche Regelungen, und daß man ganz klare Chemikaliengesetze durchdrückt. Das, was wasserschädigend ist, was nicht entsorgbar ist, gehört einfach nicht in den Handel. Sie können auch kein Auto ohne Bremsen verkaufen, Sie machen sich sofort fahrlässig schuldig. Ich weiß, es ist sicher von der Landwirtschaft sehr schwer, wieder von einer relativ einfachen Handelsdüngerproduktion, von einer Atrazinspritzerei, in einen biologisch-organisch-dynamischen Landbau umzusteigen, weil er wesentlich arbeitsintensiver ist und mehr Arbeitskräfte braucht und das Produkt nie um diesen Preis verkauft werden kann. Unsere Tendenz: Österreich als neutrales Land soll autark bleiben. Nicht, daß über die EG-Länder die Milch mit 7 Schilling hereinkommt, das Fleisch mit 12, weil die dort Massenbetriebe haben, mit Antibiotika arbeiten, alles computergesteuert mit den Hormonmitteln. Glauben Sie, daß die Hormonmittel über die Milch für den Menschen gesund sind? Grundsätzlich sind auch Landwirtschaft, Wasserschutz und Überlebenspolitik ganz eng miteinander verbunden. Herr Präsident, wie viele Minuten habe ich noch? (Präsident: „Ich warne Sie vorher!“) Bitte fünf Minuten vorher, damit ich dann zum Schlußplädoyer fürs Wasser komme.

Was haben wir in der letzten Zeit mit dem Wasser getan, wo müssen wir heute ansetzen, um wieder zu regulieren, um wieder auszugleichen? Wir haben sicher jahrzehntelang das Wasser nicht als Freund, sondern als Feind behandelt und das Wasser abgeleitet. Es war die Zeit des Regulierens. Ich möchte feststellen, daß dann über den naturnahen Wasserbau es zu einem Umdenken gekommen ist. Ich habe selbst diese Phase mitgemacht. Ich bin überzeugt, daß wir heute gute, junge, dynamische Leute auf Landes- und Bundesebene haben, die auch zu einem natürlichen Wasserbau kommen. Natürlich, daß man sagt, das Wasser zurückhalten ist Nummer eins. Sprich, daß ich wieder in den Mischwald gehe, wo ich eine wesentlich höhere Retention habe als in einer Fichtenmonokultur, wo durch die Verharzung des Bodens durch die Fichtennadeln das Wasser komplett abläuft. Es ist in der Fläche kein Rückhalt mehr.

Wenn Sie sich einmal die Mühe machen, nach einem Regen die harzigen Fichtennadeln aufzukratzen, werden Sie sehen, es ist 3, 4 Zentimeter unten fast staubtrocken. Das ist der Beweis, daß das Land als Schwamm das Wasser zurückhält und dann gleichmäßig abgibt, bei dieser Kultur nicht funktioniert. Wir haben die Monokulturen in den Talböden, wir nennen sie oft die Agrarsteppen, die Maissteppen, weil alles im Begriff der Versalzung ist und auch humuslos zu werden. Auch hier geht die oberflächliche Retention so zurück, daß wir dann in den Talböden Hochwässer haben, wie sie vorher nie waren, und selbstverständlich dann wieder jeder hochwasserfrei werden will. Diesem Teufelskreislauf kann man nur von oben beginnend mit Rückhalt entgegentreten. Wenn Sie von oben zu regulieren anfangen, dann saufen Ihnen die unteren wieder ab, weil bei gleichem Niederschlag die Hochwässer bis ums vierfache in der Spitze steigen können. Die kommen heute ähnlich wie Flutwellen, als

wenn im Oberland ein Damm bricht. Das spielt sich heute schon so ab, als ob eine Dammkatastrophe wäre. So kommen diese Hochwasserspitzen daher, fahren drüber, lassen natürlich wieder Verwüstung hinter sich, und der Witz ist: Ein paar Stunden später ist der Zauber vorbei. Früher waren die Hochwässer ausgeglichen, waren langsam steigend, waren nicht so hoch, und es war für die Talböden wesentlich leichter zu verkraften. Wobei ich wieder sage, daß für Auegebiete eine Überschwemmung, positiv ökologisch gesehen, sogar ganz wichtig ist. Hier müssen wir ansetzen, und hier müssen wir schauen, daß wir von der Phase des Beschleunigens – diese ganzen Altlasten, die wir jetzt haben – wieder zu einer Phase des Rückhaltens zurückkommen. Denn was passiert, wenn wir beschleunigen, wenn wir ableiten? Wir entwässern das Land, und was ist dann? Wenn es einmal 14 Tage nicht regnet, trocknen die Bäche wieder aus. Reden Sie einmal mit alten Mühlenbesitzern, wo im Oberlauf reguliert wurde oder wo die Forststraßen sind, wo heute auf ganzen Waldhängen durch Forststraßen wie mit Dachrinnen das Wasser abgeleitet wird, das beschleunigt wird, wo alles melioriert wurde, wo alles kanalisiert wurde. Reden Sie einmal mit den Mühlenbesitzern: Früher haben sie noch, auch wenn ein Monat kein Regen war, ihre Turbinen betreiben können, ihre Wasserkraftträder, ihre dezentralen Energieversorgungsunternehmen. Heute haben sie kein Wasser mehr – bei gleichen Niederschlagsverhältnissen. Und jetzt kommt der Einfluß des Wassers auf das Kleinklima – auf das Globalklima wissen wir eh, daß das Abholzen der Regenwälder ökologisch für den Wasserkreislauf für Europa ein Wahnsinn ist. Man glaubt es nicht, aber es ist so. Das hat die UNO bereits festgestellt. Wir werden sehen, was sich dort noch abspielt, ob hier die Politik stärker ist als einseitige Wirtschaftsinteressen. Was ist aber im Kleinklima? Wenn wir entwässern, dann kommen wir zum ariden Klima, das heißt längere Trockenzeiten und heftige, kurze Gewitterzeiten, und es verschieben sich auch die Jahreszeiten. Diese Prägnanz zwischen Sommer, Frühjahr, Winter, Herbst ist nicht mehr so prägnant. Und wenn Sie heute zurückdenken oder mit Menschen sprechen, mit Landwirten, Bauern, die sozusagen die größten Naturbeobachter sind, so hat jeder das Gefühl, es ändert sich etwas. Und das ist nicht nur ein Gefühl, sondern es ist so, daß wir langsam in das aride Klima hineingehen. Natürlich spielen der Treibhauseffekt und das CO₂ auch eine wesentliche Rolle.

Damit möchte ich das Thema Wasserwirtschaft vom Kreislauf kurz abschließen. Ich möchte noch zu einem Schwerpunkt kommen, der für uns ganz wichtig ist: Das ist die Abwasserreinigung. Wir leben halt in einer Zivilisation; wer hat heute noch ein Trockenabort? Ich kenne ein paar Leute, auf den Schutzhütten gibt es das noch. Es hat jeder Wasser. Wasser ist bis zu 150, 200 Liter im Tag pro Person einfach eine Zivilisationsgegebenheit. Da kommen wir nicht herum. Wir brauchen Wasser in der Industrie, im Gewerbe. Denken Sie, wieviel Wasser in der ganzen Zellstoffproduktion verbraucht wird, mit allen Problemen, die wir dann in der Mur haben. Daher führt hier kein Weg an der chlorfreien Bleiche vorbei. Mit der sogenannten Sauerstoffbleiche erreichen wir fast das gleiche wie mit der Chlorbleiche, und es ist auch das ganz weiße Papier für die Kinderaugen in den Schulen gar nicht gesund, Herr

Landeshauptmann. Ich habe mit Augenärzten gesprochen; es braucht nur die Sonne in die Klasse hinein scheinen – weißes Papier blendet, Umweltschutzpapier ist angenehm. Das ist dämpfend. Wir brauchen nicht unbedingt dieses Hochglanzweiß. Der Weiße darf doch nicht an der Weiße zugrunde gehen, bitte! (Glockenzeichen des Präsidenten.) Ja, fünf Minuten noch, gut. Sehen Sie, der Herr Präsident ist ein Partner, der hilft mir. (Abg. Pörtl: „Du mußt schon Wort halten.“) Ja, fünf Minuten noch. Jetzt lege ich mir meine Uhr da heraus.

Grundsätzlich soll der Weiße nicht an der Weiße zugrunde gehen. Daher weg von der Chlorbleiche, dann haben wir diese Murprobleme um Hunderte Prozent – sage ich Ihnen – reduziert, und dann müssen wir in der Produktion, im Gewerbe, versuchen, im Kreislauf zu arbeiten. Das heißt, wir haben sehr gute Ansätze. Die ganzen Chromprobleme, die wir bei Schmidt in der Gerberei gehabt haben, lassen sich ohne weiters lösen, indem man durch chemisches Recycling das Chrom herausholt. Es wird wieder verwendet, und es geht nichts in die Umwelt. Die Technik kann heute alles, es ist nur eine Frage der Investition. Und daher sollte man hier bei Wirtschaftsbetrieben Investitionen ansetzen, wo es nicht um Arbeitsplätze geht, sondern um eine sinnvolle Arbeit, und daher sollte man diese ökologischen Möglichkeiten, wie Umweltschutzmaßnahmen, in den Betrieben fördern, und nicht nur immer den Arbeitsplatz. Also richtige zweckgebundene Förderungsinvestitionen für Gewerbe und Industrie.

Dann bleibt uns noch ein relativ großes Thema: Abwasserentsorgung im ländlichen Raum. Da habe ich eine ganz große Bitte, Herr Landeshauptmann, an Sie, weil im städtischen Bereich ist eigentlich schon alles kanalisiert, die Kläranlagen müssen mit der neuen Verordnung durch die Bank, Herr Landeshauptmann, ergänzt und erweitert werden. Es gibt ab 1. Jänner 1991 neue Verordnungswerte, und wir werden nicht herumkommen, die technischen Kläranlagen zu ergänzen, vor allem was das Phosphat betrifft. Das können sie nicht, und daher müssen wir hier nachrüsten. Das wird einen irrsinnigen Aufwand ausmachen. Wir wollen aber die gleichen Probleme, die wir im städtischen Bereich haben, nicht auf das Land übertragen. Und am Land haben wir die Möglichkeit, mit einer flächenbezogenen, flächendeckenden Entsorgung abwassermäßig zu arbeiten. Wir haben am 6. November im Landtag beschlossen, der Schlamm – nur der häusliche – ist völlig problemlos. Sie haben in jedem Mineralwasser Spurenelemente drinnen, Spurenstoffe. Was ist an einem Hauswasser gefährlich? Was für die Haut nicht ätzend ist, kann doch bitte schön nicht in einer Verdünnung eins zu einer Million für den Boden gefährlich sein. Wenn es heißt: „Ja, die Leute nehmen Medikamente“ – Medikamente in Spuren 1 zu 100.000, eins zu einer Million nennt man in der Medizin Homöopathie. Das heißt, der Landtag und die Landesregierung haben vollkommen richtig beschlossen, Schwerpunkte auf die landwirtschaftliche Schlamm Entsorgung zu setzen. Und wenn wir schon im Raum sind, sind wir für – und ich glaube, daß Sie uns unterstützen können – dezentrale Reinigungseinheiten, sprich beste Technik und beste Natur. Wir können auch die Phosphate mit den Pflanzen herausholen, wie einen Blumentopf, wo

wir düngen. Wir können die Stickstoffe herausholen, wir können entkeimen, und wir können das, was sich in einem Fluß – einem sogenannten Vorfluter – auf 100 Kilometer abspielt, nämlich mit einer Laufzeit von etwa 14 Tagen, auf ein Pflanzenbeet reduzieren. Wir haben dort eine ökologische Nische, wir haben ein Rückzugsgebiet – das ist eine Schilfwiese. Herr Landeshauptmann und Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, ich lade Sie herzlich ein, das einmal anzuschauen. Es ist die Gemeinde der Frau Landesrat Klasnic, die auf dem Gebiet federführend ist, auch im Umweltschutzbericht ausgewiesen ist, daß diese Anlagen durchaus ganzjährig die Reinigungsleistung erreichen. Und ich würde Sie wirklich einmal bitten, daß Sie uns einmal besuchen. In dem Sinne möchten wir gerne – es war ein sehr interessantes Gespräch mit der Frau Generaldirektor Voigt vom Wasserwirtschaftsfonds; die war jetzt Jour fixe gestern in der Ingenieurkammer – ich bin dann kurz weggelaufen, weil es mich auch interessiert hat –, und sie hat sich auch die Anlagen bei uns angeschaut und hat gesagt, daß das ohne weiters eine ökologisch sinnvolle Lösung ist, mit einer technischen Vorklärstufe, wo man den Schlamm löst, wo man den Schlamm geruchsfrei macht, mit einer kurzzeitigen Belüftung arbeitet und dann die gelösten Nährstoffe, die kein Techniker herausholen kann – höchstens mit hochaufwendigem Chemierecycling –, der Natur zu überlassen, und die freut sich noch, weil sie damit Düngestoffe bekommt. Und diese Symbiose nennen wir sanfte Technik, bester Stand der Technik, bester Stand der Ökologie und Hygiene, und ich würde eben in diesem Sinne gerne mit Ihnen über ein Schreiben reden, das in Ihrem Namen herausgekommen ist: „Für den Landeshauptmann“, der Herr Dr. Schurl, sprechen, weil hier dezidiert festgestellt wird, daß das nicht wasserrechtlich bewilligt wird. Es ist ein Schreiben an alle Sachverständigen gegangen und an alle Juristen, daß das nicht verhandlungsfähig ist. Herr Landeshauptmann, wir leben in einem Rechtsstaat, wir müssen bei einer Verhandlung – (Glockenzeichen der Frau Präsident. – Präsident Meyer: „Bitte abzuschließen!“) ich bin jetzt fertig, das ist abschließend – klären, ob das verhandlungsfähig ist. Wir können doch nicht die Bevölkerung von ihrem Verhandlungspartner, sprich Behörde, durch ein Schreiben von oben herab ausschließen. Und über dieses Schreiben hätte ich wirklich gerne mit Ihnen gesprochen – ich möchte kommen –, weil wir uns nicht in Richtung zentraler Kläranlagen weiter beschäftigen können. Zentrale Kläranlagen bedeuten zentralen Klärschlammanfall, Transportprobleme, Grubendienst, ökologische Zweitbelastung, und daher: Wenn wir das so abrunden können, wäre das für uns gut. Diese Sachen sind von uns erprobt. Wir haben Werte von Prof. Renner von der Hochschule, der ein anerkannter Mann ist, der objektiv ist. Er ist der Ansicht, dezentrale Entsorgungen mit Einsatz von Pflanzen, weil wir reinigen wollen und nicht nur klären. In dem Sinne bin ich fertig. Ich hätte noch viel zu sagen. Ich könnte über das Wasser stundenlang reden, weil ich in der Wasserwirtschaft das Doktorat auf der Hochschule gemacht habe. Das Wasser ist faszinierend. Wasser ist etwas, was junge Menschen fasziniert. Wenn der Mensch krabbeln und gehen kann, geht er zum Wasser. Wir kommen aus dem Wasser. Wir sind selbst Wasser zu 98 Prozent. Bitte, wenn Sie sich auch mit dem Element Wasser

beschäftigen, ob es jetzt gefroren ist, ob es flüssig ist, dampfförmig, ob man mit Wasserstofftechnologie vielleicht unsere Verkehrsprobleme lösen könnte. Das ist alles möglich. Ich würde Sie bitten, dem Nahrungsmittel Nummer eins, dem Grundelement Wasser, wirklich volle Anerkennung und volle Hilfe zuteil werden zu lassen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 9.27 Uhr.)

Präsident Wegart: Das Schlußwort hat der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller.

Landesrat Dipl.-Ing. Schaller (9.27 Uhr): Meine Damen und Herren!

Ich bin ein bißchen überrascht, weil ich mit mehr Rednern gerechnet habe. Ich möchte einige Worte sagen, weil hier die Frage des Wasserbaues und der Abwasserbeseitigung zur Diskussion gestanden ist. Ich möchte darauf verweisen, daß wir vor allem der Frage des Wasserschutzes sehr große Bedeutung beimessen. Ich habe im Jahre 1987 mit Eintritt in die Regierung im Dezember ein Grundwasserschutzprogramm der Regierung zur Beschlußfassung vorgelegt, und wir haben in Folge dieses Programmes eine Reihe von Maßnahmen gesetzt. Im gesetzlichen Bereich haben wir im wesentlichen die Schon- und Schutzgebiete neu geordnet, neue Schongebietsverordnungen erlassen, vor allem für das Leibnitzer und Grazer Feld. Mit recht strengen Maßnahmen, die immerhin dazu beigetragen haben, daß wir den Nitrateintrag zumindest einmal stabilisieren konnten. Das ist ein erster Erfolg. Ich weiß, daß das nicht genügt und daß wir weiterhin sehr große Anstrengungen unternehmen müssen, um diesen Nitratgehalt des Grundwassers weiter abzusenkten und auch in Zukunft damit dem Konsumenten die Sicherheit zu geben, daß er ein gesundes Lebensmittel aus der Wasserleitung bekommt. Es ist uns klar, daß die Frage der Pflanzenschutzmittel von sehr großer Bedeutung ist, und wir werden auch in der neuen Schongebietsverordnung, die in den nächsten Tagen in Kraft treten wird und die ich in der nächsten Woche der Öffentlichkeit darstellen darf, hier selbstverständlich weitere Schritte setzen, und es wird dann das heute angesprochene Atrazinverbot kommen. Ich glaube, daß ist eine sehr hohe Verpflichtung, auch wenn der Müll mehr im Vordergrund steht. Für mich ist die Wasserproblematik eine der entscheidendsten Fragen der Umweltpolitik. Wir haben neben den gesetzlichen Maßnahmen vor allem auch immer wieder versucht, der Landwirtschaft mit Rat und Tat in der Umstellung auf grundwasserschonendere Wirtschaftsweisen zur Seite zu stehen. Wir haben zum Beispiel im Jahre 1988 ein sogenanntes Gründeckenprogramm eingeführt, weil wir wissen, daß der Nitrateintrag in der vegetationsfreien Zeit besonders kritisch ist und daß eben ein Boden, der mit einer Gründecke versehen ist, am ehesten in der Lage ist, dies abzufangen. Es haben unsere Bauern sehr gut mitgemacht. Wir haben im Jahre 1988 im Leibnitzer Feld mit 230 Betrieben und 580 Hektar begonnen. Wir waren im vergangenen Winter bereits bei 595 bäuerlichen Betrieben mit 1475 Hektar. Das waren drei Viertel der Ackerfläche. Nach den jetzigen Zwischenmeldungen sind wir schon bei 1304 Hektar. Das heißt, dieses Programm greift. Es ist schon gesagt worden, daß wir den bäuerlichen Betrieben im Hinblick auf Beratung Hilfestellung anbieten

mit den landwirtschaftlichen Umweltberatern. Ein wichtiger Schwerpunkt war schon bei meinem Vorgänger, Dipl.-Ing. Riegler, daß wir der Abwasserbeseitigung eine hohe Priorität einräumen, weil nicht nur die Beeinträchtigung durch Düngung und Pflanzenschutzmittel ein Faktor ist, sondern auch eine nicht vorhandene Abwasserreinigung ein sehr großes Problem darstellt. Wir haben schon 1986 jene Förderungsvorhaben, die die Schongebiete betroffen haben, günstiger, mit einem höheren Satz, gefördert. Ich darf Ihnen heute auf Grund von Erhebungen, die wir durch einen Zivilingenieur für das Leibnitzer Feld wie auch für das Grazer Feld objektbezogen haben durchführen lassen, mitteilen, daß wir im Bereiche des Schongebietes Leibnitzer Feld einen Abwasserentsorgungsstand Ende des Jahres 1991 von 84 Prozent der Einwohnergleichwerte an Abwasserentsorgungsanlagen haben werden. Ein hoher Prozentsatz, wenn Sie bedenken, daß wir im steirischen Durchschnitt noch bei 53 Prozent sind. (Beifall bei der ÖVP.) Die jüngsten Ergebnisse aus dem Grazer Feld sind noch erfreulicher. Dort werden wir Ende 1991 bei 93,5 Prozent jener Einwohnergleichwerte angelangt sein. Das heißt, man kann sagen, von wenigen Fällen abgesehen, ist der ganze Bereich des Grazer Feldes vollkommen kanalisiert. Das ist eine sehr große Leistung, die gar nicht hoch angesetzt werden kann. Ich möchte das auch einmal sagen, weil sonst eher die negativen Seiten im Mittelpunkt stehen und auch einmal Leistungen dargestellt werden sollen.

Ein zweiter wichtiger Bereich ist die Frage der Abwasserwirtschaft. Im Jahre 1985 haben Landesrat Dipl.-Ing. Riegler und Bürgermeister Stingl mit dem Landwirtschaftsminister das Mur-Sanierungsprogramm gestartet, ein Fünf-Jahres-Programm mit einem Finanzaufwand von 1,9 Milliarden Schilling. Davon sind bisher 1,3 Milliarden verbaut. Das ist ein Erfüllungsgrad von 71 Prozent. Es sind alle Vorhaben im Mur-Sanierungsprogramm in Angriff genommen oder schon abgeschlossen worden. Ich verhehle nicht, daß das einzige Sorgenkind wirklich die Firma Brigl & Bergmeister ist, die noch nicht begonnen hat. Dort hat es Verzögerungen gegeben, die uns einige Sorgen bereiten. Wir werden darauf bestehen müssen, daß auch dieses Projekt angegangen wird. Chlorfreie Bleiche ist ein Projekt, das auch vom Land Steiermark sehr stark gefördert worden ist. Ist in Realisierung. Das eigentliche Problem ist zur Zeit vor allem der chemische Sauerstoff, und der hängt mit der Chlorbleiche zusammen. Das Projekt ist in Realisierung, aber wir müssen davon ausgehen, daß wir möglichst schnell zu dieser Umstellung gelangen. Ich möchte auch berichten, daß es uns gelungen ist, mit dem Mur-Sanierungsprogramm die Gewässergüte der Mur um eine Stufe zu verbessern. Wir haben jetzt im ungünstigsten Fall die Güteklasse II bis III, das ist eine ganze Güteklasse verbessert. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Ich möchte auch hier ein Vorhaben ankündigen. Ich beabsichtige, ein Mur-Sanierungsprogramm II zu machen. Ein Mur-Sanierungsprogramm II als Fortsetzungsprogramm, weil es jetzt nicht nur darum geht, das noch offene Projekt zu Ende zu führen, sondern daß wir in die nächste Stufe eintreten wollen und jenes Ziel, das wir uns für die gesamte Steiermark im Ökoprogramm 2000 gesetzt haben, nämlich alle Fließgewässer mindestens bis zur Güteklasse II zu bringen, früher erreichen.

Raab-Sanierungsprogramm ist auch schon gesagt worden: Realisierungsgrad derzeit bei 63 Prozent. Es sind insgesamt 1,3 Milliarden Schilling geplant; verbaut sind 830 Millionen Schilling. Es sind alle restlichen Vorhaben entweder in Bau oder fertiggestellt. Nur ein einziges ist noch in Planung. Also auch hier sind wir im Programm.

Nun, ein wichtiger Punkt ist heute schon angesprochen worden, vor allem das schwierige Problem Abwasserbeseitigung im ländlichen Raum. Wir wissen, daß das eine sehr kostspielige und aufwendige Geschichte ist, weil wir durch die Streusiedlungen natürlich restlos überfordert sind. Und hier gehe ich schon davon aus – und da gebe ich dem Kollegen Dr. Korber recht –, daß wir dezentrale Systeme in höchstmöglichem Maß anstreben müssen, und nicht nur Kanalisation, sondern auch solche Systeme, wie sie von ihm heute auch angeschnitten worden sind. Ich weiß, daß es hier viel Vorbehalte der Fachleute gibt, die sehr schwer zu überwinden sind. Aber hier müssen wir einen Schritt weiterkommen. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Gegen den Umweltschutzbericht ist kein Vorbehalt!“) Ich glaube auch, daß wir mit der Neuordnung der Förderung, die ja einem intensiven Wunsch aller Parteien und wirklich aller Gemeinden im Land entsprochen hat, jetzt bis zu 20 Prozent Zuschüsse in Zukunft gewähren – sogar für die Vorhaben, die heuer in Angriff genommen worden sind – und daß wir damit einen wirklichen Durchbruch erreichen werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte schon zum Schluß kommen, meine Damen und Herren: Ich kann mich leider nicht mehr, weil es die Zeit nicht erlaubt, mit dem Schutzwasserbau näher beschäftigen. Ich darf nur sagen, auch hier haben wir eine durchaus erfreuliche Entwicklung. Ich glaube, daß diese Umstellung in Richtung naturnaher Wasserbau, wie sie seinerzeit vom Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer eingeführt worden ist, praktisch weitestgehend abgeschlossen ist. Wir haben unsere Programme im wesentlichen umgestellt oder sind dabei, sie umzustellen, vor allem in Richtung auf passiven Hochwasserschutz, Rückhaltebecken und lediglich Pflegemaßnahmen. Ich könnte Ihnen das auch sehr schön an Zahlen nachweisen – ich tue es nicht. Ich glaube, daß vor allem auch in der Person des nunmehrigen Chefs der Fachabteilung IIIa und des Koordinators für die Wasserwirtschaft, des Herrn Hofrat Saurer, ein außerordentlich engagierter Mann am Werk ist, der vor allem diese Intention auch zu seinem persönlichen Anliegen gemacht hat. Und ich möchte ihm und seinen Mitarbeitern sehr herzlich für dieses Engagement danken. Ich glaube, allein die Tatsache, daß wir praktisch nicht mehr in Kritik sind, zeigt uns, daß der Weg, der jetzt beschritten worden ist, richtig ist.

Ich möchte mich heute, weil gestern keine Zeit mehr war, auch abschließend noch einmal sehr herzlich bei meinen Mitarbeitern im Bereich des Umweltschutzes bedanken. Ich habe schon öfter im Haus gesagt, daß ich ein außerordentlich engagiertes Team habe. Leute, die sich ihren Beruf zur Berufung gemacht haben und die sehr viele Abende und Nächte, samstags und sonntags unterwegs sind, mit den Bürgern in einer sehr engagierten, oft auch sehr konfliktreichen Situation zurecht kommen und sich mit ihnen auseinandersetzen.

zen. Ich möchte ihnen allen danken, vom Hofrat Rupprecht angefangen über den Kollegen Jägerhuber und alle, die in diesem Bereich tätig sind. Von Herrn Hofrat Holzer werde ich mich dann in der nächsten Gruppe verabschieden. Ich danke Ihnen für Ihr Zuhören und für Ihre Unterstützung. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ/AL. – 9.40 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 6, Straßenbau und Verkehr.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Maitz.

Abg. Dr. Maitz (9.40 Uhr): Verehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Wie Sie unschwer aus der aufgestellten Schautafel erkennen können, werde ich mich mit dem Verkehrsverbund beschäftigen beziehungsweise Tarifverbund in der Steiermark. Unbestrittenes Ziel der Gesamtverkehrspolitik ist es, für Mensch und Umwelt eine sinnvolle freie Wahl der Verkehrsmittel bewußter zu machen beziehungsweise erst zu ermöglichen. Besonders drückend ist das Verkehrsproblem ja in und um Ballungszentren. Wir spüren das alle oft, und es ist für uns alle durch das steirische Gesamtverkehrsprogramm ein sehr wesentlicher Fortschritt erzielt worden, das der Herr Landeshauptmann heuer vorstellen konnte. Und dieses Gesamtverkehrsprogramm ist nicht nur eine Hilfe, sondern eine richtungweisende Zukunftsarbeit für das Verkehrsproblem in der Steiermark.

Zum Tarifverbund eine kurze Rückblende: 1986 wurde in der Steiermark der erste Tarifverbund, nämlich für den Großraum Graz, geschaffen, der allerdings sehr zurückhaltend von den Verkehrsteilnehmern angenommen wurde. Warum? Weil er nur für Zeitkartenbenützer – ist gleich: Wochenkarte, Monatskarte, Jahreskarte – und für diesen Personenkreis zu gering verbilligt ausgelegt war. Ein Problem, auf das ich dann noch zu sprechen komme, ist auch die Einkommensschränke, die die Grazer Verkehrsbetriebe für diesen Tarifverbund errichtet haben.

Was hat er Tarifverbund 1990, der als erster Ausfluß dieses Gesamtverkehrskonzeptes über Initiative des Herrn Landeshauptmannes Dr. Josef Krainer, gemeinsam mit der Stadt Graz und Bund, errichtet wurde? Was hat es dort für neue, große Vorteile gegeben? Die erste Verbesserung war die Verdoppelung der Rabatte für die Zeitkartenbenützer. Also ein echter zusätzlicher Anreiz, auf das öffentliche Verkehrsmittel aus den vielen steirischen Bezirken rund um Graz, von Leoben bis Radkersburg, von Voitsberg bis Fürstenfeld, umzusteigen. Vor allem für Arbeitspendler, die täglich zu ihrem Arbeitsplatz fahren.

Zweite Neueinführung: die Verbundeinzelkarte. Jetzt kann man auch eine Einzelkarte von diesen Bezirken herein nach Graz wählen, sie dort draußen im Bezirk kaufen und die Linien der Grazer Verkehrsbetriebe benutzen – für eine bestimmte Strecke.

Und die dritte Neueinführung: Die Verbund-City-Karte, die die Fahrt vom Heimatbezirk nach Graz ermöglicht und innerhalb des Grazer Verkehrsbereiches alle Einrichtungen der GVB, also Straßenbahn, Buslinien, auch Schloßbergbahn, uneingeschränkt

einen ganzen Tag lang zu benutzen, beinhaltet. Das waren wichtige Schritte in die richtige Richtung. Die Verkaufsergebnisse zeigen es auch. Im September 1990, also im Einführungsmonat einer solchen neuen Tarifverbundkarte, wurden 5774 Einzelkarten verkauft und 7000 City-Karten. Das ist für das erste Monat schon sehr viel. Und im zweiten Monat – also im Oktober 1990 – haben sich nach den Auskünften der Verkehrsunternehmer in diesen Bezirken und in der Stadt Graz diese Einzelkarten bereits verdoppelt.

Wer finanziert nun die Verluste dieser Verbilligungen und der Durchtarifierung? Das war natürlich auch in diesem Bereich die Gretchenfrage. Und da gab es eine Einigung, die gemeinsam von Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer, Landesrat Dr. Klausner, Bürgermeister Stingl und Bürgermeister Edegger beim Bund erreicht wurde – beim Verkehrsminister Streicher –, von den 15 Millionen Schilling Verlust, die man für ein Jahr errechnet hat – durch Verbilligung und durch Tarifierung –, zahlt der Bund ein Drittel, also 5 Millionen, das Land ein Drittel, ebenso 5 Millionen, und die Stadt das letzte Drittel, also auch 5 Millionen. Das ist eine sehr wichtige Maßnahme. Ich möchte aber nicht verschweigen, daß wir künftig für den Verkehrsverbund im Großraum Graz – das interessiert dich auch, Sepp Korber, nehme ich an – (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Ja!“), aber auch für andere Verkehrsverbände im Land, jene 50 Prozent Bundeszuschuß fordern müssen, die auch der Umlandverband Großraum Wien vom Bund schon seit einiger Zeit bekommt.

Nun, was ist also im Vergleich zum Tarifverbund ein echter Verkehrsverbund? Bei einem Verkehrsverbund sind die Planung, die Tarif- und die Fahrplankompetenz in einer Hand. Das macht es auch so schwierig, Planungs, Tarif- und Fahrplankompetenz in einer Hand – trotz selbständig bleibender Unternehmen! Ob Bahn oder Bus, ob öffentliche oder privates Unternehmen. Um den Verkehrsverbund Großraum Graz und für weitere Verkehrsverbände im ganzen Land voranzutreiben, wurde die steirische Verkehrsverbund Ges. m. b. H. gegründet. Frau Landesrat Waltraud Klasnic hat als Beauftragte der Regierung alle inhaltlichen Vorbereitungsarbeiten zielstrebig abgeschlossen. Wir werden in den nächsten Wochen auch einen ausgepickten Fachmann als Geschäftsführer dieser steirischen Verkehrsverbundgesellschaft bekommen. Selbstverständlich nach entsprechender Ausschreibung, wie es sich gehört. Was bisher nicht gelungen ist, und ich habe es schon kurz angesprochen, ist der Wegfall der Einkommensgrenze, die die Grazer Verkehrsbetriebe mit Brutto 16.500 Schilling monatlich eingeführt haben. Das ist ein Anachronismus, der fallen muß. Diese Einkommensbegrenzung stammt noch aus einer Zeit, wo man gedacht hat, Verbilligungen muß man ausschließlich jenen zukommen lassen, die geringere Einkommen haben. Heute ist ja das Ziel ein anderes. Wir wollen möglichst viele vom Individualverkehrsmittel Auto in den Ballungszentren und zu den Ballungszentren auf den öffentlichen Verkehr hin orientieren, und da ist die Einkommensgrenze ein echtes Hindernis. Denn was muß man denn jetzt tun, um zu einer verbilligten Zeitkarte zu kommen? Man muß aus dem Landbezirk nach Graz fahren, dort zur GVB gehen, seinen Lohnzettel herzeigen und sagen, ich habe unter 16.500 Bruttoeinkommen im Monat,

bekommt dort einen sogenannten Berechtigungsnachweis und muß dann wieder hinausfahren in seinen Bezirk und dort mit diesem Berechtigungsnachweis die Karte kaufen. Das ist unnötige Bürokratie, und das ist auch eine Diskriminierung und widerspricht dem Ziel, gleich, welche Einkommenshöhe ein Fahrgast hat, ihn vom Auto auf die öffentlichen Verkehrsmittel hinzubringen. (Beifall bei der ÖVP.) Bürgermeister Stingl als Vertreter der Landeshauptstadt und Hauptverantwortlicher für die Verkehrsbetriebe hat am 12. März 1990 und am 26. März 1990 in den Gesprächen zwischen Land, Bund und der Stadt Graz bereits zugesagt, die Einkommensbeschränkung zu beseitigen. Er hat sich aber bisher bei der GVB nicht durchgesetzt. Wir bitten ihn daher eindringlich, diesen Anachronismus so rasch als möglich zu beseitigen, damit künftig ein echter Verkehrsverbund nicht an solchen Bürokratiehemmnissen und Diskriminierungen scheitert.

Zweiter Anachronismus, der heute noch besteht und einem echten Verkehrsverbund natürlich im Wege steht, das sogenannte Bedienungsverbot innerhalb der Grazer Stadtgrenzen. Wenn ich ein Beispiel nennen darf: Der Bundesbus fährt von Radegund über Mariatrost herein in die Innenstadt. Er läßt in Mariatrost zwei Leute aussteigen, aber solche, die dort warten und in die Innenstadt möchten, dürfen in den Bundesbus nicht einsteigen, weil das so vereinbart ist. Das ist aber ein Unsinn. Wenn wir die öffentlichen Verkehrsmittel attraktiver machen wollen, dann muß auch dieses Bedienungsverbot an den Stadtgrenzen von Graz aufgehoben werden. Auch hier muß die GVB endlich aufmachen. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Bravo!“) Eine erste Ausnahme wurde ja für den Fall des Smogalarms in Graz bereits durchgesetzt. Dort darf dann jeder in jeden Bus einsteigen, der in die Innenstadt fährt. Nochmals Dank an alle, die in Bund und Land und in der Landeshauptstadt für das bisher Erreichte gearbeitet haben. Die Bemühungen müssen aber zügig weitergehen, und zwar für die ganze Steiermark. Aus Erfahrung kann ich Ihnen sagen, daß unser Beispiel Verkehrsverbund Graz und Umgebung in den Nachbarländern bereits großes Interesse erweckt hat. Deshalb darf ich Ihnen einen mit Fachleuten zusammengestellten Plan vorlegen, wie solche Verkehrsverbände in der Steiermark insgesamt aussehen könnten. Das ist die zweite Tafel, die ich Ihnen zeigen möchte. Wenn du mir halten hilfst, dann können es alle noch besser sehen.

Steirische Verkehrsverbände könnten also folgendermaßen ausschauen: Großraum Graz, der hier grün eingezeichnet ist, ist der schon bestehende Tarifverbund, der zu einem echten Verkehrsverbund werden muß. Zweitens Aichfeld-Murboden, da gibt es bereits eine ganz beachtliche Vorarbeit in diese Richtung. Ich nenne ihn, aber das ist ohne jeden Anspruch auf Gültigkeit, Verkehrsverbund Aichfeld und oberes Murtal. Sie sehen ihn hier blau eingezeichnet – das hat mit politischen Farben nichts zu tun –, der dritte Verkehrsverbund könnte unserer Meinung nach Mürztal und Mariazeller Land sein. Natürlich überschneiden sich gerade diese drei im Industriezentrum Mur-Mürz-Furche durchaus und können durch die steirische Gesellschaft auch gemeinsame Interessen in diesen Überschneidungsgebieten relativ leicht lösen. Vierter Verkehrsverbund ist das Ennstal und das Ausseerland. Ich danke Herrn Kollegen Dr. Korber für die

gemeinsame Arbeit des Hochhaltens der Skizze. (Abg. Kammlander: „Sie verdienen sich Zwischenapplaus!“ – Beifall bei der ÖVP und VGÖ/AL.) Dieser Verkehrsverbund hat gegenüber den drei anderen noch eine andere zusätzliche Aufgabe, nämlich neben dem Verhältnis öffentlicher Verkehr zu Individualverkehr, neben dem Wochen- und Pendlerverkehr auch auf den Tourismus besonderen Wert zu legen. Natürlich sind auch die Randbezirke aus Kärnten und aus dem Burgenland, die schon Interesse angemeldet haben, in eine solche Planung einzubeziehen. Das ist in Kärnten der Bezirk Wolfsberg, der unter unserem Bezirk Judenburg und neben unseren Bezirken Deutschlandsberg und Voitsberg liegt, und im Burgenland die angrenzenden Bezirke Jennersdorf, Güssing und Oberwart. Auch das ist dann leichter zu bewältigen, wenn wir in dieser gesamtsteirischen Gesellschaft, die die Dachorganisation haben und in den vier Verkehrsverbänden eine entsprechende kommerzielle und umweltbewußte Führung. Für die erfolgreichen Initiativen zur Verbesserung der Verkehrssituation in der Steiermark danke ich nochmals und aus vollem Herzen dem Landeshauptmann, der das zu einem Hauptanliegen seiner Politik gemacht hat (Beifall bei der ÖVP.), der Frau Landesrat Klasnic, die mit Charme und Konsequenz die Umsetzung des Verkehrsverbundes betreibt (Beifall bei der ÖVP.), und schließlich dem Gesamtverkehrskordinator Hofrat Christian Theussl (Beifall bei der ÖVP und VGÖ/AL.) und dem Referatsleiter für das von mir heute behandelte Thema Verkehrsverbände, Oberbaurat Franz Lückler. (Beifall bei der ÖVP und VGÖ/AL.)

Meine Damen und Herren, die Ziele sind abgesteckt. Das steirische Gesamtverkehrsprogramm ist zukunftsweisend und liegt uns vor. Ich habe hier nur ein Beispiel genannt. Ich glaube auch, daß Fachwissen und politischer Wille in unserem Land in hohem Maß vorhanden sind. Jetzt geht es darum, den gemeinsam begonnenen Weg zügig weiterzugehen, und dazu lade ich Sie alle und die Steirerinnen und Steirer herzlich ein.

Gestatten Sie mir aber noch ein Thema, das mir am Herzen liegt, kurz anzureißen: (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Übersehe deine Zeit nicht!“) Lange noch nicht, lange noch nicht!

Nämlich die Verkehrssicherheit. In Österreich gibt es jährlich 1400 Verkehrstote – (Glockenzeichen des Präsidenten – Präsident: „Noch fünf Minuten!“) fünf Minuten, jawohl – und 60.000 Verletzte. Was mich in der Statistik für die Steiermark besonders betroffen gemacht hat, ist, daß die Unfälle mit Kindern in der Steiermark mit 346 Verletzten und fünf Toten im ersten Halbjahr 1990 eine schreckliche Bilanz sind. Und deshalb begrüße ich mit großer Überzeugung und Freude die von der Frau Landesrat Klasnic eingerichtete Arbeitsgruppe „Steirische Verkehrssicherheitsinitiative“, die neben den vielen Maßnahmen, die durch die Bundeskompetenz und durch Institutionen verschiedener Art geschehen, ein Schwerpunktprogramm erstellt hat, das in fünf Punkten kurz folgend lautet:

Schwerpunktmäßige Überwachungsaktion mit bewußtseinsbildender Öffentlichkeitsarbeit; Homogenisierung beziehungsweise Senkung von Tempolimits auf 50 Stundenkilometer bei Ortsdurchfahrten, wo

immer dies möglich ist; Erstellung von Nachschulungsangeboten für unroutinierte Führerscheinbesitzer; Installierung eines Frühwarnsystems zur Erfassung auffälliger Verkehrsteilnehmer und schließlich ein Schutzwegsicherungsprogramm. Dazu kann ich mitteilen, daß die ersten 400.000 Schilling für dieses Schutzwegprogramm vor kurzem genehmigt und dem Landesschulrat übergeben wurden.

Die zuständige Verkehrsreferentin, Frau Landesrat Klasnic, hat auch hier Initiativen gesetzt, für die ihr zu danken ist. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP und VGÖ/AL. – 9.59 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Lore Schoiswohl.

Abg. Schoiswohl (9.59 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

In meiner Wortmeldung möchte ich auf zahlreiche ungelöste Verkehrsbedingungen in unserem Bezirk hinweisen. Obwohl Anträge im Steiermärkischen Landtag, betreffend Straßen auszubauen oder zu verbessern, eingebracht wurden, sind diese zum Teil noch keiner Erledigung zugeführt worden.

Die Hauptverkehrsader ist die B 146. Am 7. September 1990 kam vom Bundesministerium für Wirtschaft die Verordnung, daß mit den Vorarbeiten des Ausbaues der Ennstalstraße zwischen Trautenfels und Liezen begonnen werden kann. Bis jetzt gab es ein Vorbereitungsgespräch, mit Grundablösen zu beginnen.

In der Tat ist das sehr wenig. Die Bevölkerung kann diese langsame Vorgangsweise der Verantwortlichen nicht verstehen. Wir stehen vor dem Weihnachtsverkehr. Wieder rollt eine Verkehrslawine von Norden bis Süden und zurück über die nicht ausgebaute Ennstalstraße und wieder durch Stainach. Wir müssen den Unmut der dort lebenden Menschen verstehen. Sie fordern zusammen mit Gemeindepolitikern seit zwei Jahrzehnten eine Lösung ihrer Verkehrsprobleme. Nur wer an dieser Transitroute wohnt oder häufig die B 146 benützt, kann die Ängste der dort wohnenden Menschen verstehen. Eltern bangen um ihre Kinder, ältere Mitmenschen wagen sich kaum auf die Straße. Zu viel ist schon passiert! 100 Tote in zehn Jahren müßten doch alle Verantwortlichen zu einem rascheren Handeln bringen. Laut Voraussage wird sich der Verkehr in den nächsten Jahren noch enorm steigern.

Ein letztes Beispiel: In Tirol beträgt die Schmerzgrenze auf Schnellstraßen in 16 Stunden 1500 Lkw. Wir sind bei einer Spitze von 1726 Lkw in 16 Stunden.

Ich möchte Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer im Interesse der dort wohnenden Bevölkerung und auch persönlich ersuchen, doch rasch Taten zu setzen, einen Auftrag zu erteilen, endlich mit den Grundablösen zu beginnen. Die Menschen haben für eine weitere Verzögerung – aus verständlichen Gründen – kein Verständnis mehr und haben weitere Blockaden während des Weihnachtsverkehrs angekündigt.

Ein weiteres ungelöstes Projekt im Bezirk ist der Kreuzungsbereich Haus/Weißenbach. Laut meiner Anfrage im Jänner an den Herrn Landeshauptmann wurde mir die hoffnungsvolle Antwort gegeben, daß mit einem Baubeginn noch in diesem Herbst zu rechnen ist. Es beginnt wieder die Wintersaison, und

wieder müssen sich die Bewohner mit der alten gefährlichen Situation an dieser Straße abfinden.

Ein weiteres großes ungelöstes Verkehrsproblem ist die Landesstraße nach Oppenberg. Vor drei Jahren wurde mit dem Ausbau der acht Kilometer langen Oppenbergstraße begonnen und zunächst ein Kilometer fertiggestellt. Täglich wird diese Straße von einer größeren Anzahl von Pendlern, dem Schülerbeförderungsverkehr und der Forstwirtschaft benützt. Durch die großen Schäden im Straßenbelag ist das Befahren dieser Straße für die Bewohner, aber auch für die Wirtschaft, für die Ärzte und Rettung fast unzumutbar geworden. Im letzten Sommer war diese Straße wegen Steinschlägen und einer abgegangenen Mure total gesperrt. Daher sollte der Ausbau der restlichen sieben Kilometer 1991 wirklich Priorität erhalten. Denn ein Weiterausbau dieser Straße wurde ebenfalls für 1990 zugesagt. Höchste Ausbaupriorität bekam laut Aussage der Steiermärkischen Landesregierung – Herr Landeshauptmann – auch der Ausbau der Uferbergstraße sowie die Ennsbrücke zwischen Weißenbach und Altenmarkt. Auch hier haben die Gemeindevertreter vergeblich auf den zugesagten Baubeginn 1990 gewartet.

Im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Betrachtung des Fremdenverkehrs im Bezirk Liezen fordere ich abermals den Bau der zweiten Tunnelröhre Selzthal sowie das Anschlußstück bis zur Mautstelle Bosrucktunnel.

Um den Verkehr auf dieser Transitroute in den Griff zu bekommen, wird es notwendig sein, gleichzeitig den durchgehenden zweigleisigen Ausbau der Bahn Selzthal–St. Michael rasch fertigzustellen sowie die Bahn durch das Ennstal zu einer Hochleistungsstrecke weiter auszubauen. Zum Teil wird daran bereits gearbeitet. Es gibt zum Beispiel hier noch 30 ungesicherte Bahnkreuzungen. Einerseits muß das Fahren mit der Bahn für den Personenverkehr attraktiver werden, andererseits müssen Voraussetzungen geschaffen werden, um den Transit- und Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu bekommen. So wäre es enorm wichtig, auch im Raume Selzthal–Liezen einen Terminal für den Huckepack- und Containerverkehr zu errichten. Wenn eine Auffahrmöglichkeit für den Schwerverkehr geschaffen wird, werden die Frächter diese Alternative auch annehmen und die Straßen entlasten. Durch die Öffnung des Ostens wird ein großer Warenaustausch stattfinden. Bahn und Straße werden dadurch noch mehr belastet. Diesen erhöhten Anforderungen an Bahn und Straße muß rechtzeitig Rechnung getragen werden. Weiters erhebe ich – mein Vorredner, Kollege Dr. Maitz, hat bereits darüber gesprochen – die Forderung auf einen Verkehrs- und Tarifverbund auch für den Bezirk Liezen mit Anschluß des Ausseer Landes. Denn in die Bezirksstadt Liezen pendeln bereits täglich 2000 Menschen ein. Die Landesausstellung wird 1992 in Trautenfels sein. Ein Erfolg dieser Ausstellung wird natürlich auch von der vorhandenen Infrastruktur abhängen.

Abschließend ersuche ich nochmals, die für den Straßenbau und für den Ausbau der Bahn zuständigen Verantwortlichen, alles zu tun, daß die enorm großen Verkehrsprobleme in unserem Bezirk wirklich bald beseitigt werden. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 10.06 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Kammlander.

Abg. Kammlander (10.06 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wo sind die Zeiten, als die Abgeordneten nur neue Zugverbindungen hier im Landtag gefordert haben? Inzwischen wollen wir zwar eine Hochleistungsstrecke durch das Ennstal haben, aber sonst geht eigentlich alles in Richtung Straßenbau. Im heurigen Juni fand in Graz der 3. Internationale Kongreß für Altstadt und Baukultur statt. Die Kongreßteilnehmer unterzeichneten am Schluß ein Memorandum, in dem unter anderem folgende Ziele einer menschen- und stadtgerechten Verkehrspolitik formuliert wurden. Unter anderem: Der Ausweitung und dem Ausbau von Verkehrsanlagen für den motorisierten Individualverkehr sind harte, enge Grenzen zu setzen. Für die rasche Verwirklichung des menschengerechten, energiesparenden und umweltfreundlichen Verkehrs brauchen die Städte neue Finanzquellen und höhere öffentliche Mittel. Der Autoverkehr muß künftig seine vollen Kosten tragen. Ich habe mir jetzt angeschaut, wie werden diese Ziele zum Beispiel in der Steiermark umgesetzt. Fangen wir jetzt im Norden an. Hier wird seit Jahren um eine Trassenführung der Ennstalstraße gerungen. Meine Kollegin Schoiswohl hat ja auch darauf hingewiesen und ist auch eine Vertreterin dieser Interessen. Die regionalen Politiker und Politikerinnen haben sich in Interessenskonflikte eingelassen und ohne Bedachtnahme auf die zukünftigen Verkehrsströme über ihren örtlichen Horizont nicht hinausgeschaut. Der Stainacher Bürgermeister – es sind mehrere gewesen, die sich da eingesetzt haben – hat einmal gegen die Umfahrung votiert und ist heute für die Umfahrung. Die Verlagerung der Trasse zur Enns hin wurde dann zum Justamentstandpunkt erklärt, und bis zur Beugung des Natur- und Landschaftsschutzes hat man vor keiner Sturheit zurückgeschreckt. Wenn jetzt wieder eingewendet wird: die Verkehrsunfälle. Verkehrsunfälle haben viele Ursachen. Sind auch eine Folge von schlechter Beschilderung und schlechten Kontrollen, und vor allem möchte ich wiederholt hier betonen: Schnellstraßen und Autobahnen sind keine Sicherheitseinrichtungen. Die Bürgerinitiative Ennstal hat sich auf der Basis des Snizek-Gutachtens für die Tunnelvariante zur Entlastung der Ortsdurchfahrt ausgesprochen. Diese soll verhindern, daß entlang der Enns Bauern enteignet werden. Die Bauern fürchten schon die Holzhammermethode der Landesbaudirektion, aber sie werden sich, wie sie mir versichert haben, nicht weichklopfen lassen, und auch der Herr Landeshauptmann und sein Verkehrskordinator, ich nehme an, er hat auch in Ihrem Namen gesprochen, Herr Landeshauptmann, beim österreichischen Transittag, Herr Hofrat Theussl, hat gemeint, wir werden sicherlich nicht so viele Bauern enteignen. Ich nehme das schon ernst. Denn bis jetzt hat er ziemlich alles gehalten, was er versprochen hat. Ich habe von Anfang an mit ihm meine Klinge gekreuzt. Was der Kollege Dr. Maitz präsentiert hat: Ein bißchen glaube ich schon auch, daß ich dazu beigetragen habe, daß es vielleicht schneller gegangen ist. Die Frage im Ennstal, wer verhindert was, das sollte man klarstellen. Seit 1986 könnte die Planung für diese 13 oder 14 Kilometer so geändert sein, und das Bauvorhaben Stainach und

auch die anderen Entlastungsbauten zwischen Liezen und Trautenfels könnten schon in die Tat umgesetzt sein. Liebe Frau Kollegin, es wäre schon möglich, wenn der politische Wille da wäre. Wenn wir sagen, das bringen wir nicht durch, aber das andere ist zwar die technisch aufwendigere Variante, aber von der Durchsetzung her. Es ist grundsätzlich darum gegangen, was will man im Ennstal. Einerseits war es die Uneinsichtigkeit der Landesdienststellen und auch des Schlüssel-Ministeriums, diese tragen ja nicht gerade dazu bei, daß sich die Wogen im Ennstal glätten. Ich meine, das Ennstal muß generell vom Verkehr entlastet werden und soll nur punktuell vom Ortsdurchzugsverkehr verschont werden, besonders im Ortsbereich Stainach. Aber das Ennstal als Fremdenverkehrsregion ist einfach zu wertvoll, um es mit Transitverkehr vollzustopfen. Ich glaube, daß der ökologische und volkswirtschaftliche Schaden hier in dieser Region, wie überall anders in der Steiermark auch, nicht vertretbar ist. Die nächste verkehrspolitische Fehlleistung wird uns mit dem Vollausbau der Pyhrn beschieden sein. Die Argumente der Straßenbauer sind ja bekannt. Das Gebot, alle Lücken schließen zu müssen und damit dem Verkehrsstrom freie, ungehinderte Fahrt zu eröffnen, beweist für mich immer wieder die gleichen, kurzsichtigen Gedankengänge. Die Emissionsfabrik Straßenverkehr, so hat sie der Herr Prof. Knoflacher genannt, wird unseren Wiesen, Äckern und Wäldern genausowenig zuträglich sein wie der Bevölkerung entlang der Pyhrnautobahn. Wir wissen, daß es mindestens einen Zwölf-Kilometer-Korridor gibt, der durch Abgase belastet ist, sechs Kilometer links und sechs Kilometer rechts dieser Schnellstraße, daß Tonnen von Salz in den nächsten Jahren auf diese Flächen einwirken werden, und statt die Lücke im umweltpolitischen Denken zu schließen, werden die Schleusen zuerst aufgetan, um sie dann vielleicht schon in ein paar Jahren durch Restriktionen wieder einzuengen. In Tirol hat man ja den Fehler mit der Brenner- und Inntalautobahn gemacht, und man hat dann anlässlich der Landtagswahlen einsehen müssen, daß man so nicht mehr weitermachen kann. In der Steiermark dürfen wir noch immer so weitermachen. Der Herr Verkehrsminister Streicher hat am Sonntag in der „Pressestunde“ die Pyhrn noch ganz bewußt aus seinem Verhandlungspaket mit dem EG-Verkehrsminister herausgenommen. Anscheinend hat es bis dahin aus der Steiermark keinen besonderen Druck gegeben. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Das habe ich nicht gewußt!“) Sie haben es nicht gewußt, gut. Dann haben wir wahrscheinlich in derselben Sendung erfahren, daß die da verhandeln. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ich habe sofort reagiert!“) Ich bin sehr froh, Herr Landeshauptmann, daß Sie dann am 5. Dezember reagiert haben mit einer Presseaussendung, daß Sie auch haben möchten, daß die Pyhrn in diesen Transitvertrag eingeschlossen wird, daß dann auch die Verlagerung von Verkehrsströmen auf die Schiene in unserem Land eine Chance haben wird und sie nicht weiter auf den zweiten Platz verwiesen wird.

Weiter nach Graz und Umgebung: Die Gemeinden Grambach und Hausmannstätten stöhnen unter dem regionalen Anwachsen des Verkehrs. Bei einer Bürgerversammlung wurden die Möglichkeiten der Entlastung zum Beispiel durch öffentliche Verkehrsmittel diskutiert. Die alte Forderung der Alternativen Liste

Graz nach einer S-Bahn in diese peripheren Regionen wurde von Herrn Prof. Sammer anlässlich dieser Versammlung auch wiederholt. Warum man sich gerade bei Schienenverlängerungen und auch bei Schnellbahnlinien so schwer tut, ist für mich vielleicht damit erklärbar, daß die Planungsabteilungen beim Land so sehr auf den Straßenbau spezialisiert sind und ein Umdenken wirklich noch zu wenig stattgefunden hat. Während noch in dieser Bürgerversammlung über Pendlerverbundlinien diskutiert wird, ist die Neutrasseierung der Hühnerbergstraße schon voll in Gang – das hat sich dann auch herausgestellt. Einerseits redet man über Busverbindungen und Entlastung durch Pendlerströme, auf der anderen Seite wird schon ausgesteckt und vermessen.

Ich muß wirklich zugeben, daß die Schnelligkeit bei der Straßenplanung so perfekt organisiert ist; da gibt 's kein Zaudern und kein Zögern – nichts kann sie aufhalten. Ich würde mir genau diese Vehemenz im umgekehrten Fall eben bei der Realisierung dieser verschiedenen Verkehrsverbände wirklich wünschen.

Wie schaut es bei der Halbananschlußstelle Gersdorf aus? Gestern am Nachmittag hat es eine Blockade in Mureck gegeben. Die Initiatoren der Bürgerinitiative haben auch letztes Jahr hier im Landtag vorgespochen. Es wurde ihnen dann versichert, daß man zuerst die Ergebnisse der Abfahrt Vogau abwarten möchte, die ja jetzt noch in Bau ist, bevor man dann die nur einige Kilometer entfernte Anschlußstelle Gersdorf in Angriff nimmt. Inzwischen haben die Bauarbeiten auch in Gersdorf schon begonnen, und das ist natürlich für die Bürgerinitiative Anlaß genug gewesen, sich dagegen zu wehren. Sie haben sich wörtlich in ihrem Flugblatt, das sie gestern verteilt haben, folgendermaßen geäußert: „Seit Monaten leiden die Bewohner von Mureck unter dem gesteigerten Verkehrsaufkommen auf der B 69, hervorgerufen durch den stark vermehrten Grenzverkehr. Die Anrainer der B 69 leiden unter unerträglichem Lärm-, Geruchs- und Staubbelaßtigung. Durch den Rückstau vom Grenzübergang kann es bei Einsätzen von Feuerwehr, Rettung und Gendarmerie zu beträchtlichen Verzögerungen kommen, die zu Katastrophen führen könnten. Unsere Gemeindestraßen, die durch Wohngebiete führen, werden als Ausweichrouten für den Durchzugsverkehr benutzt, so daß nicht nur die Anrainer der B 69 unter dem gesteigerten Verkehrsaufkommen leiden, sondern auch diejenigen, deren Häuser in einer ruhigen Wohngegend stehen. Die großen Mülltransporte zur Mülldeponie Halbenrain fahren alle durch Mureck. Die Bushaltestelle am Griesplatz kann zeitweise nicht mehr von öffentlichen Bussen angefahren werden; die Gewerbetreibenden in Mureck leiden unter wirtschaftlichen Einbußen, da durch den Rückstau von der Grenze das Ortszentrum blockiert ist. Der Ort Klöch hat wegen der Belaßtigung durch die großen Basalttransporte der Firma Stürgkh Baukosten für eine Umfahrung und einen Tunnel in der Höhe von 40 Millionen Schilling bekommen, durch Mureck jedoch können diese Großtransporter ungehindert fahren.“ Und die Bürgerinitiative meint dann am Schluß: „Wir befürchten, daß durch die Anbindung der B 69 an die Autobahn sich die derzeitige Verkehrssituation auf der B 69 noch mehr verschlechtern wird, weil jeder Verkehrsteilnehmer bestrebt ist, so lange wie möglich auf

der Autobahn zu bleiben, um dann die letztmögliche Abfahrt – in dem Fall Gersdorf – zu nutzen. Dadurch wird mit Sicherheit der Pkw- und Schwertransportverkehr bei uns unerträglich.“

Und dann, ganz der letzte Satz: „Alle, denen Lebensqualität und eine gesunde Umwelt, Sicherheit für unsere Kinder sowie unsere liebenswerte, ruhige Stadt Mureck am Herzen liegen, werden eingeladen, an dieser Versammlung teilzunehmen.“ Es waren 50 Personen, und es wurde auch heute in den Medien darüber berichtet.

Ja, es war dann auch noch so, daß ein Gutachten genau für diese Anschlußstelle Gersdorf gemacht wurde, das auch eher fragwürdig ist, weil der ehemalige Planer dann wieder der spätere Gutachter seiner eigenen Planung war. Und ich glaube, das wird gerade nicht sehr gut ausschauen, was die Glaubwürdigkeit in der Steiermark anbelangt. Sie wird weiter damit untergraben, wenn man solche Gutachten macht, die dann auf der Planung des gleichen Menschen beruhen.

Am Schluß das steirische Verkehrsbudget: Wenn ich mir das anschau, wie sich das aufteilt, dann sehe ich: Wir haben insgesamt 1,3 Milliarden Schilling im Budget veranschlagt, um es auszugeben. Für Bundesstraßen und Landesstraßen sind das 1,1 Milliarden Schilling, für die Autobahnen sind es 65 Millionen, für die Pyhrn allein dazu noch 30,5 Millionen. Für die Landesbahnen geben wir 97 Millionen Schilling aus, für den Flughafen Thalerhof 5 Millionen und für Verkehrssicherheit 354.000 Schilling, das sind 0,03 Prozent. Also den größten Betrag nehmen die Bundes- und Landesstraßen ein – das sind 85 Prozent –, dann kommen noch 6 Prozent für die Autobahnen dazu – also sind wir schon bei über 90 Prozent für den Straßenbau.

Man sieht damit deutlich, wer hier in der Steiermark das Sagen in der Verkehrspolitik hat – das läßt sich an Hand der Zahlen eben deutlich feststellen. Der Straßenbau hat noch immer Priorität, selbstverständlich auch die Straßenerhaltung.

Für einen obersteirischen Verkehrsverbund sind derzeit noch keine Mittel veranschlagt; genausowenig Mittel wie für den notwendigen Ausbau des Umlandverbundes Graz – mit dem Ausbau meine ich nicht die Organisation. Die Durchtarifierungsverluste beinhalten ja immer noch keine Anlagen und auch keine neuen Verbindungen; man geht vom Istzustand aus.

Ich kann mir vorstellen, daß der Herr Landeshauptmann sich zu einigen dieser Straßenprojekte äußern wird, und ich bin schon neugierig, was Sie mir antworten werden. Danke. (10.24 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Freitag.

Abg. Freitag (10.24 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Vor einigen Wochen hat die steirische Arbeiterkammer eine Pendleranalyse veröffentlicht, die auch zu zahlreichen Diskussionen geführt hat. Zeigt doch diese Analyse die ganze Problematik der steirischen Pendler auf.

Waren es 1961 noch 18 Prozent der steirischen Erwerbstätigen, die pendelten, so sind es 30 Jahre später 50 Prozent bei steigender Tendenz, die zu

Tages- und Wochenpendlern geworden sind. In absoluten Zahlen bedeutet dies, daß es rund 190.000 Pendler gibt. Interessant dabei ist, daß auch ein Drittel der Frauen Pendler sind. Weiters ist bemerkenswert, daß 74 Prozent aller Auspendler aus den sogenannten strukturschwachen Gebieten kommen, nämlich aus dem Grenzland.

Die SPÖ-Abgeordneten dieses Hauses haben nicht nur in der vergangenen, sondern auch in dieser Legislaturperiode Anträge, betreffend die rasche Verbesserung der Pendlersituation, eingebracht, doch leider wurden diese Anträge bis heute noch nicht behandelt. Wir fordern hier einen voll funktionierenden Tarif- und Verkehrsverbund und auch die Lösungen der steirischen Verkehrsprobleme.

Meine Damen und Herren, in vielen Gesprächen mit Pendlern in meinem Bezirk Feldbach – dort gibt es fast 10.000 Pendler, nämlich 8500 Auspendlern stehen ungefähr 1500 Einpendler gegenüber – wurden immer wieder die Verbesserungen der Straßenverkehrsverhältnisse – ich nenne hier nur den Ausbau der B 73 von Kirchbach nach Graz oder den Autobahnzubringer von Feldbach zur A 2 – gefordert. Es wurde auch die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs immer wieder in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt, wie zum Beispiel schnellere Züge, bessere Waggon, pünktlichere Ankunftszeiten beziehungsweise weniger Verspätungen und anderes mehr. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Das habe ich Übleis schon so oft gesagt!“) Um es auf den Punkt zu bringen: Die Verbesserungen der Verkehrseinrichtungen müssen oberste Priorität haben. Ich möchte nur am Beispiel der Ostbahnstrecke aufzeigen, dankenswerterweise hat die Arbeiterkammer auch hier eine Studie gemacht, was eine Elektrifizierung der Ostbahnstrecke von Fehring nach Graz an Zeitersparnis bringen würde. Innerhalb dieser 60 Kilometer von Fehring nach Graz würde dies bei einer Fahrt fast 20 Minuten bedeuten. Das heißt, in einer einzigen Woche könnten die Pendler fast 3,5 Stunden mehr Freizeit haben, früher bei ihren Familien sein, aber auch mehr am öffentlichen Leben teilnehmen. Die Kosten dieser Elektrifizierung für diese 60 Kilometer würden rund 1,2 Milliarden Schilling betragen. Sicher viel Geld. Wenn man aber bedenkt, daß zum Beispiel die Umfahrung Zell am See, ein 2 Kilometer langes Straßenstück, über 2,1 Milliarden Schilling kostet, so muß man die berechnete Forderung der Elektrifizierung der Ostbahnstrecke immer wieder fordern und dringend verlangen.

Meine Damen und Herren! Schon zum Schluß kommend, noch eine ganz kurze Bemerkung zur Stadt Graz, welche ja das Pendlereinstromzentrum ist. Viele Pendler klagen darüber, daß sich die Stadt Graz äußerst passiv gegenüber der betroffenen Pendlerbevölkerung verhält. Man hat derzeit das Gefühl, daß die Verkehrsverbinderbaupolitik, das sind viele Inseln mit Blumen und Bäumen, in der Stadt Graz Vorrang hat. Statt an der Stadtgrenze park-and-ride-Systeme auszubauen, um den Pendler- und Stadtverkehr zu entflechten, werden immer neue Ideen erfunden, um das Leben der Pendler, die nicht zum Vergnügen nach Graz fahren, zu erschweren. Ich ersuche daher, daß sich die verantwortlichen Politiker mit der Arbeiterkammer und den anderen Sozialpartnern zusammensetzen und so rasch wie möglich die Pend-

lerproblematik lösen sollen. Dies fordere ich nicht nur im Interesse unserer Pendler, sondern auch im Interesse unserer Umwelt. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 10.29 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Rupp.

Abg. Dr. Rupp (10.29 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir haben in der Landtagssitzung vom 13. März dieses Jahres sehr ausführlich die für die Steiermark notwendigen Infrastrukturmaßnahmen auf dem Verkehrssektor diskutiert. Der Herr Landeshauptmann hat damals sehr umfassend dargestellt, welche Erfolge in der Steiermark auf diesem Sektor erzielt werden konnten und welche Forderungen noch realisiert werden müssen. Mit Recht wurde auch von einigen Abgeordneten dieses Hohen Hauses die Aufnahme weiterer Ausbauvorhaben in den Maßnahmenkatalog des steirischen Gesamtverkehrsprogrammes gefordert. Ich erwähne hier vor allem die Ausbaumaßnahmen auf der Südbahnstrecke zwischen St. Michael und Klagenfurt. Ich möchte in meinem Beitrag nicht wiederholen, was in diesem Hause schon einmal gesagt wurde, aber gerade aus wirtschaftlicher Sicht auf einige Gesichtspunkte besonders hinweisen. Zunächst bewerte ich es als erfreuliche Tatsache, daß die regional- und parteipolitischen Gegensätze bezüglich des steirischen Schienenausbauens nun doch der Erkenntnis gewichen sind und wir erkannt haben, daß wir uns weder regional noch politisch auseinanderdividieren lassen dürfen. Angesichts der gewaltigen Verkehrsentwicklung in der Ost-West-Relation werden wir auch in der Steiermark dringendst zwei Eisenbahnachsen auf der Südbahnstrecke benötigen. Wenn man beispielsweise 15 Millionen Tonnen Güterzuwachs auf eine Eisenbahnachse legen muß, bedeutet dies in der Praxis, daß alle zehn Minuten ein Güterzug fahren müßte. Hier wird schon ganz deutlich, und ich beziehe mich hier auf eine Aussage der Kollegin Schoiswohl, die das Schlagwort „Verlagerung von der Straße auf die Schiene“ gebraucht hat, daß wir bei diesem Schlagwort auch bald die Grenzen erkennen, wenn diese Verlagerung von nur 10 Prozent des Straßengüterverkehrsvolumens auf die Schiene dort eine zu bewältigende Kapazitätssteigerung von 33 Prozent bedeutet. Das führt zu der Erkenntnis, daß eine optimale Verkehrsstruktur nur dadurch zu erzielen ist, daß mehrere verschiedene Verkehrssysteme als Ganzheit alle Verkehrsbedürfnisse optimal und effizient erfüllen.

Die Lösung unserer steirischen Verkehrsprobleme besteht also in der Kooperation verschiedener Verkehrsträger beziehungsweise verschiedener Verkehrsträger untereinander, wobei auch die Umweltkonformität Vorrang hat. In diesem Zusammenhang ist im Bereich des Güterverkehrs vor allem die Förderung des kombinierten Verkehrs zu nennen. Die Bemühungen um die Errichtung eines Terminals für den kombinierten Verkehr im Großraum Graz laufen bereits seit einigen Jahren. Es wurden dazu eine Reihe von Standortmöglichkeiten im Großraum Graz untersucht, die teilweise an den Einsprüchen der betroffenen Anrainer scheiterten. Die Steiermärkische Landesregierung hat in ihrer Sitzung am 2. Juli 1990 über Antrag von Frau

Landesrat Waltraud Klasnic die vorrangige Bedeutung eines Containerterminals im Großraum Graz hervorgehoben und den einstimmigen Beschluß gefaßt, die ÖBB aufzufordern, unverzüglich eine Standortselektion nach ökologischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten vorzunehmen. Diese Standortselektion wird nun für die Standorte Seiersberg, Werndorf-Großsulz und Weitendorf vorgenommen, wobei die Einreichung der Unterlagen spätestens im Jänner 1991 abgeschlossen werden soll. Hier liegt der Ball eindeutig bei den Österreichischen Bundesbahnen.

Die Züge der Rollenden Landstraße Graz-Regensburg sind mit rund 80 Prozent bestens ausgelastet. Zur Zeit verkehren 14 Züge täglich ab und zum Grazer Ostbahnhof. Die Situation wird für die Anrainer unzumutbar. Das Land Steiermark hat alle Vorarbeiten geleistet, damit in Spielfeld eine Auffahrtsrampe für die Rollende Landstraße geschaffen wird, um den Grazer Ostbahnhof zu entlasten. Das Projekt wurde aber 1989 von der ÖBB gestoppt, was ich bedaure. Für die Schaffung und Erhaltung einer möglichst umweltfreundlichen Verkehrsstruktur ist daher ein Strategiemix notwendig. Es ist unmöglich, nur auf einen Verkehrsträger, die Schiene, zu setzen, da deren Kapazität auch bei intensiven Ausbaumaßnahmen nicht ausreichen kann. Für die Verteilung der Güter in der Fläche ist der LKW notwendig, nicht zuletzt darum haben die Bahnen schon in der Vergangenheit auch eigene Kraftwagendienste eingerichtet und haben die Österreichischen Bundesbahnen als Einzelunternehmen die größte LKW-Flotte Österreichs. Das wird ja auch Gründe haben. Dennoch ist die österreichische Verkehrspolitik derzeit nur vom Bemühen gekennzeichnet, den Straßengüterverkehr soweit als möglich zu behindern. Sicherlich ist das meine Meinung als Wirtschaftsvertreter, und es gibt auch entgegenlaufende Meinungen. Aus der Praxis: Laufende Grenzprobleme mit Italien als Antwort auf diese Politik, Fahrverbote und Fahrbeschränkungen, finanzielle Belastungen, wie weitere Erhöhung der Mautgebühren, Pläne zur Reduzierung der Genehmigungskontingente und weitere negative Ankündigungen rechtfertigen durchwegs nur pessimistische Erwartungen. Diese Politik trifft jedoch nicht den Frächter allein, sondern die gesamte Wirtschaft. Grenzprobleme mit Italien beispielsweise haben der steirischen Exportindustrie, sei es bei Holz und Papier, Textil, Eisen, Stahl oder Maschinen, schon nachweislich enormen Schaden zugefügt.

Lieferzeiten bis zu zwei Wochen und mehr pro Sendung, wie sie zum Beispiel die Bahn im Italien-Verkehr in der Realität bietet, sind hier völlig unzureichend und machen in derartigen Fällen ein Ausweichen auf den Schienenweg auch illusorisch. Für uns ist es einfach bedeutend, daß die Verkehrspolitik wieder langfristig berechenbar und kalkulierbar wird.

Die steirischen Güterbeförderer, meine Damen und Herren, erheben daher mit Recht folgende Forderungen:

Wir brauchen es, daß das Zollamt Thörl-Maglern denselben Status als Zollamt erster Klasse erhält wie der Brenner. Zur Hintanhaltung laufender künftiger Behinderungen darf das neue Verkehrsübereinkommen mit Italien nicht zu restriktiv ausfallen. Das vom Verkehrsministerium ausgearbeitete Plafondierungs-

modell sieht nicht etwa ein Einfrieren der Verkehre vor, sondern eine Rückführung des derzeitigen grenzüberschreitenden LKW-Verkehrs auf letztlich fast ein Drittel. Das bedeutet auch einen kräftigen Rückgang in der gesamten Wirtschaft.

Weitere Nachtfahrverbote, obwohl wir uns auch zu einem Nachtfahrverbot bekennen, sind für Lastkraftwagen nicht mehr zweckmäßig. Es müßten für lärmarme Kraftfahrzeuge noch weitere Ausnahmen vorgesehen werden. Durch eine abermalige Erhöhung der Mautgebühren, die auch geplant ist, sollen Betriebe, die verkehrsgeographisch ungünstig gelegen sind, weiter belastet werden. Da bitte ich um Verständnis für die Güterbeförderer in diesem Lande. Damit werden die im Inland bestehenden, völlig verschiedenen Wettbewerbsvoraussetzungen weiter einseitig verschärft. Der Straßenverkehrsbeitrag muß bezahlt werden. Wenn man aber jetzt das Beispiel Italien hernimmt: Im Verkehr mit Italien standen die Fahrzeuge 25 bis 30 Tage still. Es ist hier auch ein Vorschlag der Wirtschaft gemacht worden, daß wir für einen Zeitraum von einem Monat von der Einhebung beziehungsweise Ablieferung des Beitrages seitens der betroffenen Firmen Abstand nehmen. Und ein weiterer Punkt wäre, daß das Zollamt Spielfeld, wofür schon ein baureifes Projekt für eine neue Güterabfertigung besteht, möglichst rasch zu einem Baubeginn kommt. Bei außergewöhnlichen Verzögerungen an der Grenze sollte nach unserer Meinung seitens der zuständigen Landesregierung eine mehrstündige Ausnahme beziehungsweise eine entsprechende Toleranz hinsichtlich der Einhaltung des Wochenendfahrverbotes ab Samstag 15 Uhr gewährt werden. Das würde auch den Mitarbeitern in diesen Güterbeförderungsbetrieben sehr dienen.

Ich ersuche alle Damen und Herren im Hohen Landtag, diese Forderungen der steirischen Frächter zu unterstützen und den noch einzubringenden Anträgen zum gegebenen Zeitpunkt ihre Zustimmung zu erteilen. Wenn aber in diesem Hause heute schon mehrfach Forderungen vorgebracht worden sind, die das steirische Gesamtverkehrsprogramm betreffen – auch Forderungen aus der gewerblichen Wirtschaft –, dann dürfen wir dabei nicht vergessen, daß es auch sehr viele positive und erfreuliche Ansätze gibt. Und ich möchte von dieser Stelle aus dir, Herr Landeshauptmann, sehr herzlich dafür danken, daß du dich gerade für die steirische Wirtschaft und für die Verbesserung der Straßensituation in diesem Land eingesetzt hast, und wir wünschen dir von der Wirtschaft, daß die Verhandlungen auf Bundesebene stets von Erfolg begleitet sind. (Beifall bei der ÖVP.)

Ganz kurz möchte ich auch noch auf die entsprechenden Forschungsprogramme im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft verweisen. Für den Straßenverkehr bieten sich hier an:

Ständige Verbesserung der Emissionswerte bei den Kraftfahrzeugen, aber mit zumutbaren Übergangsfristen und rechtzeitiger Ankündigung; Senkung der Verbrauchswerte bei den Kraftfahrzeugen; Förderung des Elektroautos als Zweitwagen in den Ballungszentren – ein Thema, dessen wir uns verstärkt annehmen sollten; Maßnahmen zur intensiveren Kapazitätsausnutzung vorhandener Straßeneinrichtungen – man soll dabei über Verkehrsleitsysteme, über höhere Straßengebühren in Stoßzeiten, über Anreize für die

Benutzung von Kraftfahrzeugen durch zwei oder mehr Personen, wie wir das auch von den USA bereits erfolgreich kennen, nachdenken.

Im Güterverkehr sollte vor allem der kombinierte Verkehr gefördert werden, und gerade dort gibt es Beispiele im EG-Raum, wo der unbegleitete kombinierte Verkehr mit Containern und Wechselbehältern stark gefördert wird. Neben Errichtung von Terminals ist es auch wichtig, entsprechende Investitionen zu fördern, die sich auf Transportgefäße und Transportfahrzeuge beziehen. Es gibt eine Erweiterung des Containerpools, es gibt neue Techniken, die angewendet werden.

Angesichts der Budgetknappheit ist es sicher auch angebracht, bei der Finanzierung neuer Verkehrsinfrastrukturvorhaben auf die Möglichkeiten privater Finanzierung zurückzugreifen. Ich denke hier zum Beispiel an das Koralmtunnelprojekt mit einem Sonderfinanzierungsprogramm, wo man zumindest versuchen sollte, daß auch italienisches Kapital mobilisiert wird, da man weiß, daß die Italiener starke außenwirtschaftliche Interessen an osteuropäischen Ländern haben.

Es hat der Generalredner unserer Fraktion bereits auf den Flugverkehr hingewiesen, und zwar auf den Ausbau des Flugverkehrs am Flughafen Graz. Wir haben hier wahrlich erfreuliche Erfolge zu vermelden. Ich darf nur noch einmal wiederholen und in Erinnerung bringen, daß gerade bei der Regionalflugverkehrskonferenz der Pentagonale in Graz sich ganz interessante Zukunftsperspektiven für Direktflugverbindungen ab Graz mit kleineren Fluggeräten eröffnet haben. Es ist einfach notwendig, daß wir die Städte Turin, Prag, Preßburg, Budapest und Belgrad von hier aus anfliegen können.

Gestatten Sie mir noch zum Schluß folgende grundsätzliche Bemerkung:

Ohne Verkehr kann eine arbeitsteilige Wirtschaft überhaupt nicht funktionieren. Die nationale und internationale Arbeitsteilung bringt durch ihre Rationalisierungseffekte Kostenvorteile bei der Erstellung der Produkte und Dienstleistungen, welche den heutigen Massenwohlstand eigentlich ermöglichen.

Und, meine Damen und Herren, zum Abschluß: Nicht die generelle Verkehrsvermeidung darf daher die Zielsetzung der Verkehrspolitik sein, sondern die Förderung des wirtschaftlich notwendigen Verkehrs, der allerdings – und ich bekenne mich persönlich auch voll dazu – den Kriterien eines optimalen Umweltschutzes entsprechen muß. (Beifall bei der ÖVP. – 10.44 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Herrmann.

Abg. Herrmann (10.44 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Beim Straßen- und Brückenbau haben wir im Landesbudget im außerordentlichen Haushalt mit dem Sonderbauprogramm bei Straßen insgesamt 55 Millionen und bei den Brücken 24 Millionen Schilling vorgesehen, im ordentlichen Haushalt für die Instandhaltung der Straßen 65,3 Millionen und der Brücken 11,7 Millionen Schilling.

Ich finde dies erfreulich und auch gerecht, weil man meiner Meinung nach nicht nur neue Straßen bauen soll, sondern auch die bestehenden sanieren muß.

Wenn man die Fahrzeuge der 50er Jahre betrachtet und die heutigen gegenüberstellt, muß man feststellen, daß der Unterbau der Straßen – ich meine hier die Einschotterung – aus den 50er und 60er Jahren der heutigen Nutzung für die Schwerfahrzeuge nicht mehr entspricht. Die Folgen sind Spurrillen mit einer enormen Gefährdung der Verkehrsteilnehmer. Dasselbe gilt für Brücken, die in diesen Jahren gebaut wurden. Diese haben größtenteils die Tragkraft für die heutigen Schwerfahrzeuge, aber bei der gegebenen Breite treten meistens Schwierigkeiten mit den entgegenkommenden Fahrzeugen auf.

Schauen wir uns doch einmal die Fahrzeuge der 50er und 60er Jahre an: Die Landwirtschaft hat Robbfuhrwerke gehabt, und es hat sehr, sehr wenig Traktoren gegeben. Die Lastfuhrwerke, also die LKW, waren eben sehr, sehr gering und auch schmal. Die größten Fahrzeuge waren damals die Autobusse.

Schauen wir uns heute die Fahrzeuge an. LKWs sind heute riesige Fahrzeuge. Die Traktoren sind fast breiter als LKWs. Ich glaube, wenn einem zum Beispiel auf einer 5 Meter breiten Brücke LKWs mit 2,60 Meter entgegenkommen, sieht man, daß nicht mehr das Auslangen gefunden wird. Ich bin daher der Meinung, daß diese Brücken sukzessive verbreitert werden müssen, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten. Zu enge Brücken bedeuten große Gefahren, und es passieren deshalb immer wieder Unfälle. Wenn diese Brücken vor 40 Jahren errichtet wurden, wo es weit weniger Geldmittel zur Verfügung gab, so wird man doch (Präsident Meyer: „Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Ruhe. Man hört den Redner gar nicht mehr!“) auch in der heutigen Zeit die Mittel aufbringen, um diese Brücken zu verbreitern. Ebenso ist es mir ein großes Anliegen, daß das Straßenstück – jetzt komme ich zu unserem Bezirk – Rohrbach-Beigütl errichtet wird. Es fehlt noch immer eine Brücke. Es wurde nur eine Umfahrung errichtet. Dieses Teilstück ist für die Pendler sehr belastend. Mir sagen die Pendler, wenn sie am Freitag nach Hause fahren, daß sie für die Strecke von Rohrbach nach Vorau oder Wenzzell fast genauso lang brauchen wie von Wien nach Rohrbach. Ich glaube, hier sollte Abhilfe geschaffen werden, und ich ersuche den Landeshauptmann darum. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ. – 10.46 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Weilharter das Wort.

Abg. Weilharter (10.46 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Vor nicht allzu langer Zeit, vor einigen Tagen, haben wir hier im Hause im Kontroll-Ausschuß einen Rechnungshofbericht zur Kenntnis genommen, welcher sich mit einer Querschnittprüfung der steirischen Straßen auszugsweise befaßte. In diesem Rechnungshofbericht wurde sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, und die Beiträge der verschiedenen Ausschußmitglieder waren ja auch in die Richtung, daß innerhalb der Steiermark in bezug auf Straßen die Sanierungsmaßnahmen sich immer weiter vom Sanierungsbedarf entfernen. Das

heißt, die Kluft zwischen den getätigten Sanierungen und dem Sanierungsbedarf wird immer größer. Meine Damen und Herren! Alle, die wir hier in diesem Hause sitzen, wissen ja, da wir täglich in den Straßenverkehr beruflich und darüber hinaus involviert sind, daß diese Situation sich auch in einem weiteren Bild in der Praxis widerspiegelt, nämlich im Straßenausbau insgesamt. Der effektive Straßenausbau innerhalb der Steiermark ist von den sogenannten Ausbaunotwendigkeiten weit entfernt. Auch diese Kluft wird immer größer. (Abg. Purr: „Das glaubst du selbst nicht!“) Lieber Kollege Purr, es hat ja eine begründete Ursache, daß immer mehr Zulassungen erfolgen, das heißt, daß es immer mehr Verkehrsteilnehmer insgesamt gibt. Das kann man ja auch mit einer Zahl belegen. Wir haben bundesweit gut 3 Millionen Zulassungen. Darüber hinaus haben wir in der Steiermark die Wochen-, aber auch die Tagespendler. Die Tagespendlerzahl beläuft sich bei rund 150.000 Personen. Dies sind Menschen, die täglich die Mobilität brauchen, um vom Wohnsitz zur Arbeitsstätte oder umgekehrt zu gelangen. Das ist das Faktum in diesem Bereich Straßen. Was aber in Kenntnis dieser Situation in vielen Bereichen der Steiermark passiert, da darf ich nur beispielhaft ein paar Straßen zitieren: die Ennstalstraße, die Pyhrnautobahn, das Teilstück von Judenburg nach Dürnstein und auch die Autobahnabfahrten im Süden der Steiermark, nämlich Vogau. Daß ein Gutteil der Landesstraßen anstehen, das wissen wir. Es ist aber nicht einzusehen, daß gerade diverse Teilstücke, zum Beispiel das Stück zwischen Judenburg und Dürnstein, jahrelang von verschiedenen Abgeordneten dieses Hauses gefordert wurden und die Realisierung eigentlich sehr schleppend, zaghaft vorangeht. Es gibt in diesem Bereich mehr Planungen als gebaut wurde. (Abg. Purr: „Du mußt halt steiermarkweit herumschauen, wie es ausschaut!“) Ich warne davor, Kollege Purr, wenn dies der neue Stil und die neue Art der Straßenkoordination sein soll, daß die Planungskosten die Ausbaukosten überschreiten oder ebenso hoch sind, dann werden wir kurz oder lang mit Sicherheit diesem Problem nicht gerecht werden, da wir die Mittel für die Realisierung und den Ausbau nicht aufbringen können. Ein Punkt ist aber auch, daß der gesamte Ausbau hintennachhinkt, und der liegt im Verwaltungsbereich insgesamt. Die Ausschreibungen erfolgen zu späten Zeitpunkten, so daß der Ausbau bei den wenigen Teilstücken erst sehr spät begonnen werden kann. Dadurch kommen die bauausführenden Firmen stark in Druck, und das läßt auch die Vermutung zu, daß auf Grund der Zeitdruckes unter Umständen bei manchem Projekt die Qualität leidet. Dies sagt auch der Rechnungshof aus. Einerseits ein erhöhtes Verkehrsaufkommen, andererseits ist auch die Qualität insgesamt in manchen Projekten in Frage gestellt. Ich verstehe aber einen Punkt überhaupt nicht. Wir alle wissen, daß wir Straßen brauchen, um unseren Aufgaben des täglichen Lebens gerecht zu werden, daß es aber sogenannte Projekte gibt und diese realisiert werden, die niemand in diesem Land will.

Wir haben von seiten der freiheitlichen Fraktion in den letzten Jahren mit Unterstützung aller hier im Haus vertretenen Parteien, Ausnahme Grüne, Resolutionsanträge eingebracht und haben gefordert, daß endlich im steirischen Straßenbau Prioritäten gesetzt werden. Damals haben sich alle dazu bekannt. Erste

Priorität ist der Ausbau der Pyhrnautobahn. Jetzt werden die Bewohner des Ennstales mit einer sogenannten ennsnahen Trasse zwangsbeglückt. Hätten wir den Mut gehabt und diesen ersten Schritt der Priorität durchgesetzt, dann wäre im Bereich des Ennstales eine Entlastung eingetreten. Es wäre dann zu einer Reduktion des Transitverkehrs gekommen, und der sogenannte Individualverkehr hätte mit der derzeitigen Trasse, wenn sie saniert wird, mit einer eventuellen Umfahrung von Stainach das Auslangen. Ähnlich ist auch die Entwicklung im Bereich südlich von Graz, im Bereich der Abfahrt Vogau. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Bravo. Die Frau Kollegin Schoiswohl soll zuhören, was der Kollege Weilharter sagt!“) Die Bevölkerung von dort hat massiv und deutlich kundgetan, daß die Notwendigkeit gegeben ist, die Abfahrt Vogau auszubauen, dann wäre die Notwendigkeit nicht gegeben, eine weitere Abfahrt in Gersdorf zu schaffen. Und ich verstehe die Bevölkerung dort sehr wohl. Wenn jetzt – und ich höre, daß bereits an dieser weiteren Abfahrt in Gersdorf gearbeitet wird – diese Abfahrt realisiert wird, dann wird ein Gutteil des Transitverkehrs vor der Grenze in Vogau abfahren und wird dieses Grenzland, den Bereich Murfeld bis Radkersburg, verkehrstechnisch sehr stark belasten. Ich verstehe nicht, daß die Bevölkerung des Ennstales mit dieser Ennstaltrasse zwangsbeglückt wird und andererseits die Bevölkerung aus den Bezirken Judenburg und Murau, die sich quer durch die Parteien zum Ausbau – (Abg. Purr: „Das sage oben!“) Auch deine Kollegen, Kollege Purr, Ritzinger, Dorfer, Bacher, wie sie alle heißen, haben sich ja bitte zu diesem vierbahnigen Ausbau bekannt. In diesem Bereich ist es nicht machbar, einen dementsprechenden Ausbau zu bekommen.

Meine Damen und Herren, ich halte aber nichts von der Generalaussage der Frau Kollegin Kammländer und von ihrer These, daß es notwendig ist, umweltfreundliche Straßen zu bauen, und weg mit den Autos. Ich meine vielmehr, auf Grund der von mir kurz aufgezählten Fakten des steigenden Verkehrsaufkommens, der steigenden Mobilität der Bevölkerung ist es notwendig, umweltfreundliche Autos zu bauen und sichere Straßen. Das ist der Auftrag an die Gesetzgebung. (Beifall bei der FPÖ. – 10.58 Uhr.)

Präsident Meyer: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Kohlhammer das Wort.

Abg. Kohlhammer (10.58 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Kollegin Kammländer hat für sich in Anspruch genommen, daß sie glaubt, schon einen Beitrag dazu geleistet zu haben, daß im Verkehrswesen in der Steiermark in sinnvoller Weise etwas weitergeht. Natürlich versuche ich auch als sogenannter Verkehrssprecher des SPÖ-Landtagsklubs, von dieser Stelle aus Einfluß zu nehmen, daß sich die Verkehrsbedingungen in unserem Sinne, unseren Vorstellungen entsprechend, verändern. Ich sage das deshalb, weil ich mich nicht als Verkehrsexperte bezeichnen will, aber doch, wie ich glaube, als recht gut eingearbeiteter Verkehrspolitiker. Ich habe schon in der Gruppe 0 reklamiert, die Raumordnung, die Raumplanung als Vorausinstrument einzusetzen.

Meine Damen und Herren, naturgemäß gibt es zwischen Verkehr und Raumplanung eine sehr enge Verknüpfung. Es gilt, örtliche und vor allem überörtliche Erfordernisse auszuweisen. Ich denke hier an Autobahnen, ich denke hier an Eisenbahnverbindungen, und es gibt leider Beispiele, wo wir eben genau diesen Fehler schon reparieren müssen beziehungsweise das Versäumnis zu bewältigen haben. Ich denke an Flugplätze und deren Erweiterungen, ich denke an die Ennstalstraße beziehungsweise -trasse, die nicht vorsorglich ausgewählt und reserviert wurde bis zu dem Zeitpunkt, wo man sie dann finanzieren kann, sondern umgekehrt – angeblich steht das Geld zur Verfügung, nur die Flächen nicht. Und ich denke an zahlreiche Umfahrungsstraßen, wo es heute kaum mehr gelingt, eine Lösung zu finden, die allen dort Ansässigen recht ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht mir also darum, daß das Machbare in dieser Verkehrspolitik noch ausgeschöpft wird, und in diesem Bereich fängt und setzt mein Kritikpunkt an.

Meine Damen und Herren, das Sachprogramm Verkehr, eine Vorgabe des Landtages und entsprechender Verordnungen bis zum Jahre 1982, ist noch immer überfällig. Wir haben das jetzt unlängst wieder formell durch einen Landtagsantrag in Erinnerung gebracht, und ich verweise bitte noch einmal auf eine Vorlage vom April 1989, wo selbst die Landesregierung – (Abg. Dr. Maitz: „Das ist ein reiner Formalismus!“) warte ein bißchen – feststellt: „Das Sachprogramm Verkehr stellt somit eine Vorarbeit zu einem Generalverkehrsplan der Steiermark dar.“ Dieser Umstand hat bis zum Mai 1988 gegolten, nämlich bis zu diesem Zeitpunkt, als der Verkehrskoordinator eingesetzt wurde.

Und ab diesem Zeitpunkt hat man hier eine andere Strategie entwickelt, nämlich gemeint: zuerst das gesamtsteirische Verkehrsprogramm und dann allenfalls das formell notwendige Sachprogramm. Wir meinen immer noch, daß das nicht statthaft ist, erstens weil wir einfach Erfordernisse umdrehen, und zweitens weil ja dadurch der politische Wille, die politische Aussage, wenn Sie wollen (Abg. Dr. Maitz: „Reiner Formalismus!“), die Leitlinie für die Verkehrspolitik in der Steiermark fehlt. (Abg. Dr. Maitz: „Ein reiner Formalismus!“) Wir verlangen natürlich auch – und haben das schon vor Jahren in Landtagsanträgen deponiert – ein gesamtsteirisches Verkehrsprogramm. Allerdings ist das dann eine Prioritätenreihung, wenn Sie wollen, für die Erfordernisse in unserem Lande.

Meine Damen und Herren, im Mai 1988 wurde von der Landesregierung dem Herrn Verkehrskoordinator eine ganze Reihe von Aufgaben zugeordnet. Man hat damals diese Erfordernisse erkannt und ihm diese Aufgaben übertragen. Und es geht mir jetzt nicht darum, Vorhaltungen zu machen, daß das eine oder andere noch nicht bewältigt ist, sondern es geht mir darum, daß dieses Bedürfnis, dieser Bedarf, erfüllt wird. Wenn hier steht, bitte: „Erarbeitung fundierter Entscheidungsgrundlagen für die volkswirtschaftlich richtige Aufteilung des Verkehrs“, dann ist das eine Unterlage, auf die wir nicht verzichten sollten. Und wenn hier steht: „Erarbeitung des Stellenwertes von Schiene und Straße innerhalb der Verkehrspolitik“, so wollen wir auch nicht darauf verzichten. (Abg. Dr. Cortolezis: „In der Literatur gibt es die Legende vom Ritter

mit der traurigen Gestalt. Heute hören wir den Ritter mit der traurigen Stimme!“). Und wenn hier steht: „Erstellung der notwendigen Führungsunterlagen, Mehrjahresprogramme, Arbeitspläne für die Aufgabenträger, Prognosen, Zustandsberichte und Statistiken“, wollen wir auch nicht darauf verzichten, und andere solche Angaben mehr.

Meine Damen und Herren, zum Verkehrsprogramm der Steiermark: Der Kollege Purr hat schon die Aktion „Kleine Zeitung“ hier noch einmal lobend erwähnt – (Abg. Dr. Cortolezis: „Bitte etwas Neues!“) ich habe das auch schon von dieser Stelle aus getan –, dieser Arbeitstitel „Heraus aus der Sackgasse“. Was uns bitte dabei nicht gefällt, ist nicht diese Artikelserie der „Kleinen Zeitung“, sondern war, daß der Herr Landeshauptmann in den Zug einsteigt, mit nach Wien fährt und dort die Forderungen dem Herrn Bundesminister auf den Tisch legt, und der Herr Landeshauptmann – (Abg. Dr. Maitz: „Hast du das wirklich nicht gelesen?“) ich komme noch darauf zurück, Kollege Maitz – Dr. Krainer als zuständiger Verkehrsreferent hat aber bitte hier vor einem Jahr angekündigt, daß Ende 1990 (Abg. Dr. Maitz: „Du tust, als hättest du es nicht gelesen!“), Kollege Dr. Maitz, ein gesamtsteirisches Verkehrsprogramm vorliegen wird. Da drinnen steht's bitte, das im Hohen Haus dann beraten werden soll und dann verabschiedet werden soll. Wir haben – wie gesagt – diesen Weg schon kritisiert, nur, es ist schon einmal Tatsache, daß sich hier der zuständige Referent den Weg offenbar selber aussucht und nicht davon abbringen läßt. Aber trotzdem frage ich mich jetzt und bin etwas erstaunt, wenn der Herr Kollege Dr. Maitz – und jetzt komme ich auf deine Broschüre zurück – hier heute erklärt, das gesamtsteirische Verkehrsprogramm liegt vor und wurde vom Herrn Landeshauptmann vorgestellt. Ich hätte mir erwartet, daß es hier ins Haus, wie üblich als Regierungsantrag in den Verkehrs-Ausschuß eingebracht und dort entsprechend beraten wird beziehungsweise ins Hohe Haus kommt. Ich frage mich, wann dies tatsächlich stattfindet und wann, bitte, hier tatsächlich Demokratie praktiziert und nicht vorgespielt wird.

Meine Damen und Herren, eine Expertengruppe zu beschäftigen beziehungsweise zu befassen, ich muß sagen, in Wirklichkeit von einem Ingenieurbüro ein Programm erstellen lassen, ist eine Möglichkeit. (Abg. Dr. Cortolezis: „Die Abgeordneten waren eingeladen, nur Sie waren nicht dabei!“) Was mir fehlt, ist die Einbindung der politischen Kräfte in diesen Entscheidungsweg. (Abg. Dr. Cortolezis: „Ich bin hingegangen, nur Sie waren nicht dabei!“) Lieber Kollege, wenn ich mir von Teilnehmern anhöre, die dort waren, wie diese Runde bezeichnet wird. Ich möchte es mir ersparen, weil ich niemandem persönlich nahetreten möchte. (Abg. Dr. Cortolezis: „Auch die Abgeordnete Kammlander war dort!“) Herr Dr. Cortolezis. Es fehlt der ordnungsgemäße Weg ins Haus hierher, oder wie wollen Sie denn diese Einrichtung Landtag denn bezeichnen, denn als Gremium für politische Willensbildung? (Abg. Kammlander: „Glaubst du, daß hier ein Wille gebildet wird?“) Unsere Prioritätenreihen von Verkehrsangelegenheiten wurden am 13. März 1990 vorgetragen. Sie haben nach wie vor Gültigkeit. Sie beinhalten die dringlichsten und wichtigsten Anliegen, und wir werden unsererseits in der nächsten Landtagssitzung

diesen Beschlußantrag, der seinerzeit leider in der Minderheit geblieben ist, hier formell noch einmal einbringen und in Erinnerung bringen und ersuchen, diesen Inhalt doch in die Beratungen einzubeziehen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß zum Gesamtverkehrsprogramm Steiermark jetzt entgegen den Ankündigungen in diesem Programm keine Beratungen stattfinden werden.

Zum Transittrauma Pyhrnautobahn nur kurz ein Wort. Wir glauben, daß die Pyhrnautobahn rasch fertiggestellt werden muß, daß aber daneben auch die Pyhrneisenbahn als Alternative geschaffen werden muß. Ich kann mich gut erinnern, daß der Herr Landeshauptmann genau diese Feststellung getroffen hat. Die Frage ist nur, wie weit ist dieses Projekt gediehen, wie weit sind die Verhandlungen mit dem Land Oberösterreich gediehen, die ja einige Probleme dort haben auch mit der Trassenfixierung?

Meine Damen und Herren! Das Thema Verkehrs- und Tarifverbund wurde hier heute schon angesprochen. Wir freuen uns über den Tarifverbund, den es jetzt gibt. Bei allem Respekt vor der Anzahl der jetzt Teilnehmenden ist es doch überwiegend so, daß jene, die schon bisher diese Verkehrsmittel und Strecken in Anspruch genommen haben, jetzt günstiger fahren. Ich gönne es ihnen. (Abg. Purr: „Du kannst nicht versuchen, alles Positive jetzt negativ darzustellen.“) Sage ich nicht, ganz im Gegenteil. Ich habe gerade gesagt, wir begrüßen, daß es diesen Tarifverbund gibt. Nur glauben wir, daß dieses großartige, wichtige Werk Verkehrsverbund jetzt tatsächlich mit aller Kraft vorangetrieben werden muß. Wir bekennen uns auch, Herr Dr. Maiz, zur Forderung, zum Wunsch an den Bund, daß er die 50 Prozent Verlust des Durchtarifierungsverlustes übernehmen möge. Nur, wenn das nicht der Fall sein sollte, wenn ein kleinerer Prozentsatz herauskommt, soll das bitte keine Ausrede dafür sein, daß der Verkehrsverbund nicht zeitgerecht beziehungsweise zum angekündigten Termin im Frühjahr 1992 wirksam wird. Das möchte ich schon jetzt deponieren, weil es offenbar so ist, daß man hier sehr gerne in die Rolle der Ankündigungspolitik kommt, sich auch noch von dieser Stelle aus beim Referenten bedankt, wenn endlich Konzepte realisiert werden, die wir Jahre voraus genauso gut oder noch besser realisieren hätten können. Es geht also darum, Vorkehrungen für den Verkehr zu treffen, und gute Beispiele gibt es genügend. Die Steiermärkische Landesregierung hat sich das Vorbild Würzburg ausgesucht, in Ordnung. Selbstverständlich. Es gibt auch für den innerstädtischen Verkehr gute Beispiele. Unlängst war im Fernsehen Stockholm als gutes Beispiel zu sehen, auch Zürich und Bologna. Es geht nicht darum, den Verkehr zu behindern, sondern günstigere, volkswirtschaftlich gescheiterte Verkehrsmittel anzubieten und damit die Verkehrsteilnehmer dazu zu bringen, sie zu benutzen. Wenn in Stockholm 80 Prozent mit der U-Bahn fahren, dann muß es zuerst eine U-Bahn geben. Damit will ich nicht sagen, daß in Graz eine U-Bahn gebaut werden muß, aber es muß Alternativen geben, bevor wir den Verkehr einschränken.

Noch ein Wort zum Koralmtunnel. Es gibt jetzt diese Arbeiten zur Machbarkeitsstudie. Ich danke ausdrücklich dem Herrn Hofrat Dipl.-Ing. Theussl für die Einladung zu dieser ersten Präsentation. Ich fühle mich dort

mit an die Vertraulichkeit gebunden, obwohl mir dieses Versprechen nicht abgenommen wurde, aber so viel kann ich sagen, daß ich beeindruckt bin von der Aufbereitung der Kriterien in dieser Studie. Das heißt, hier gibt es Entscheidungsfindungskriterien, die ganz plausibel machen, warum die eine oder andere Lösung dann gewählt wird. (Abg. Kammlander: „Da hast du keine Probleme, Hauptsache du bist eingeladen!“) Laienhafte Vorstellungen sind dann schnell entkräftet, wenn einem plausibel gemacht wird, warum die eine Lösung gewählt wird und nicht die andere. Die Frage für mich ist jetzt wieder, wann ist der richtige Zeitpunkt, diese Arbeiten dieser Gruppe in einer öffentlichen Diskussion mit der Bevölkerung, mit dem regionalen Raumordnungsbeirat, den betroffenen Bürgermeistern zu diskutieren? Ich kann Ihnen jetzt keine Antwort geben, weil das eine sehr schwierige Frage ist. Aber ich ersuche darum, diese Frage ernsthaft zu behandeln, so daß beides stattfindet, diese sachliche Erörterung und diese Möglichkeit der Betroffenen, sich hier miteinzubringen in diese Arbeiten. Meine Damen und Herren! Ganz wesentlich in dem Zusammenhang erscheint mir auch der Umstand, den ich auch schon mehrfach hier deponiert habe, nämlich, daß man diese Studie Südostspange Wien–Graz, Graz–Klagenfurt in zwei Tranchen sieht beziehungsweise trennt in eine Betrachtungsseite Wien–Graz und in eine solche Graz–Klagenfurt, weil ich auch Äußerungen vom Bundesminister kenne, der meint, wenn diese Machbarkeitsstudie den Koralmtunnel für günstig, für machbar, für sinnvoll erscheinen läßt, dann würde er schneller in Angriff genommen werden, als das manche glauben. Abschließend noch einmal, meine Damen und Herren, nicht zuerst Smogalarm in Graz, dann Maßnahmen, sondern gestalten und vorausschauend die Dinge regeln. Ich bin beim Kollegen Dr. Rupp, wenn er „langfristig kalkulierbare Verkehrserfordernisse“ verlangt. Noch einmal: Ziel ist nicht behindern, sondern allenfalls dort umleiten, wo es eben gescheite Alternativen gibt. Das bessere, das richtige Angebot so schnell wie möglich organisieren ist unsere Aufgabe. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ. – 11.14 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (11.14 Uhr): Ich werde es ganz kurz machen, habe ich gesagt. Daß auf dem Gebiet der Verkehrspolitik sehr viel gemacht wird, steht zweifelsfrei fest, und wir begrüßen Verkehrs- und Tarifverbund im Bereich Graz und Umland. Wir bedauern aber, daß wir im Bereich Graz-Umland merken, daß gerade an den Feiertagen und Wochentagen eine sehr starke Verkehrsbelastung in den Freiraum stattfindet, und zwar überwiegend mit dem Privatverkehr, speziell was das Naherholungsgebiet Schöckl betrifft. Es ist daher unserer Meinung nach notwendig, diese Schöcklseilbahngeschichte in diesen Verkehrsverbund, vor allem vom Tarif her, mit zu integrieren. Es ist nicht einzusehen, daß Naherholungsgebiete an den Wochenenden, ganze Ortschaften als Massenparkplatz dienen müssen. Wenn heute eine Familie auf den Schöckl fährt, wird sie ungefähr 250 Schilling los, und es ist nicht einzusehen, daß man hier mit den Geldern, die in Graz erwirtschaftet werden, nicht auch das

ganze Naherholungsgebiet verkehrsmäßig aufschließt und schützt.

Daß die Transitschiene die Straße der Zukunft ist, ich glaube, das hat sich wohl in allen politischen Gruppierungen herumgesprochen. Wir wollen daher eine viergleisige Transitschiene. Wir wollen eine Schiene, die wie auf einer Autobahn einen in eine Richtung dominierten Schienenverkehr zuläßt. Und wenn wir heute von einer Transitschiene sprechen, dann wollen wir halt, daß auf einer Schiene der normale Quellzielverkehr stattfindet, auf der anderen Schiene der Schnellzugsverkehr und auf der dritten und vierten Schiene dieser Transitschiene, daß die in eine Richtung von Norden nach Süden läuft und die andere Schiene von Süden nach Norden. Und dann werden wir auch diese ganzen Probleme, die wir heute im öffentlichen Verkehr haben, im ÖBB-Verkehr mit Zeitüberschreitung haben, daß die ihre Termine nicht halten können, weil sie das einfach nicht mehr koordinieren können, nicht haben: Auf einer Schiene, bitte, am Schoberpaß drei oder vier wesentliche Verkehrsbelastungen, Schienenbelastungen. Und dann werden wir auch schauen, daß die ÖBB und die öffentlichen Verkehrsmittel termingerechter fahren, schneller unterwegs sind und daß das auch attraktiv wird und für jeden eine ganz klare, logische Überlegung ist, daß ich, wenn ich heute wohin fahre, das öffentliche Verkehrsmittel, die Schiene, verwende.

Wir schwärmen auch von der modernen Bahn, wenn man mit relativ geringem Kleingeld ein fahrbares Vehikel mitbefördern kann. Nehmen wir an, ich fahre nach Salzburg oder nach Innsbruck, möchte dort Mobilität haben oder möchte mich dort im Umfeldbereich mobil bewegen können, dann nehme ich halt mein kleines Elektrofahrzeug mit, oder ich nehme ein Kleinstfahrzeug auf der Schiene mit und erspare mir nicht nur hohen Treibstoffverbrauch, indem ich selber auf der Straße dorthin fahre, sondern ich bin, wenn ich dort ankomme, ausgeruht, ich kann im Zuge der Konsumation des öffentlichen Verkehrsmittels auch ohne weiters arbeiten, ich kann lesen, es ist auch nicht notwendig, daß ich die Straße mit streiferfüllten und streißgeplagten Leuten überfülle. Und das ist ja dann die Ursache, daß die Unfälle passieren, das ist dann die Ursache, daß die Leute einschlafen, und das ist dann die Ursache, daß es immer wieder heißt: Das sind Strecken, die sind speziell anfällig für Verkehrsunfälle, wie zum Beispiel im Ennstal, weil halt dort die Leute einschlafen, weil sie auf einmal die Kontrolle über ihr Fahrzeug verlieren und weil sie nicht mehr Herr ihres Vehikels sind. Aber das ist noch lange kein Grund, daß man oben ebenfalls im inneralpinen Gebiet eine Schnellstraße mitten durch das wunderschöne Ennstal baut. Und da sind wir schon wieder einmal mitten drinnen in dieser ganzen Ennstalproblematik. Die Vordnerin Lore Schoiswohl hat das ja auch angeschnitten, hat ihre Wünsche dargelegt; vom Kollegen Kanduth ist auch bekannt, was er will.

Ich bezeichne euch zwei ja als sogenannte schwarze rote Ennstalstraßenkoalition, und daher bin ich froh, daß es auch Leute gibt, die das von einer anderen Seite sehen, daß hier die rotschwarze Dampfwalze nicht über die letzten inneralpinen naturerhaltenen, naturbelassenen Täler drüberfährt. Ich teile auch nicht die Meinung von Leuten, die verkehrspolitisch so argu-

mentieren, man muß dort bei Stainach eine Tunnellösung finden, die unserer Meinung nach sicher die sinnvollste ist, damit man sich eine Enteignung erspart, sondern das ist tatsächlich verkehrspolitisch die sinnvollste Lösung, es ist die langfristig beste Lösung, und wir sind als Steiermark mit unserer Tunnelbautechnik bekannt. Wir haben hervorragende Leute, und ich sehe nicht ein, warum man nicht dort auch in diese Technologie einsteigen soll, die in Graz, in Altaussee, in Bruck verwendet wird, nur im Ennstal nicht. Und das stößt uns auf, das macht uns natürlich mißtrauisch. Warum will man das dort nicht machen? Der Herr Hofrat Theussl vertritt natürlich auch eine gewisse Strategie; er hat uns zwar vor fünf Jahren versprochen, daß der Tunnel untersucht wird, nur ist das bis heute nicht geschehen. Wir wissen, was der Hintergedanke ist. Man möchte also praktisch im Ennstal bei Stainach südlich bleiben und dann so quasi gerade entlang der Enns – die Enns ist ja auch teilweise reguliert – eine gerade Straße ziehen. Es gibt auch Untersuchungen vom Verteidigungsministerium, inwieweit diese Straße dann mit 2,5 Kilometer Länge für diese ganzen Notstart- und -landemanöver der Abfangjäger oder dieses fliegenden Gerümpels – wie man das so nennt – geeignet ist. Also, es sind natürlich auch verteidigungspolitische, strategische Maßnahmen. Nur, bitte schön, es ist nicht notwendig, daß man über Moore, über Sümpfe eine Straße baut, die nie halten wird und nie halten kann. Darum, weil der Herr Hofrat Theussl da ist, haben wir vor drei Jahren die Frage an den Landtag, an die Landesregierung gestellt: Wer ist verantwortlich für diese Planung? Wer ist verantwortlich für die Nachfolgekosten? Wer ist verantwortlich, daß auf Schnellstraßen dann eine 50er-Beschränkung ist, weil das eine Kamelbuckelstraße ist? Und wir sind, bitte schön, im Ennstal noch lange nicht auf der Streif, wir sind ja keine Schifahrer, die von einem Kamelbuckel zum anderen hüpfen sollen. Wer trägt hier die Nachfolgekosten, wenn diese Straße ständig saniert werden muß? Denn das ganze Ennstal ist ein riesiges Moorgebiet, es ist ein inneralpines Gebiet, das durch sandige, schluffige Materialien aufgefüllt ist; natürlich auch durch organische Bestandteile, sprich Torf, und es ist in großen Bereichen zu 98 Prozent Wasser. Und auf Wasser kann man nicht bauen; es würde kein Mensch freiwillig auf Wasser gehen. (Abg. Kammlander: „Schon die alten Römer haben das gewußt!“) Ja, die Frau Kammlander weiß das auch in der Zwischenzeit, daß die alten Römer schon entlang der Schuttkegel gegangen sind. Ich finde das sehr positiv, daß sie da auch aufmerksam mitgehört hat. (Abg. Kammlander: „Du redest ja schon vier Jahre das gleiche!“) Ich finde nur eines: Das Ennstal ist leider in dieser Phase, daß sich schwarz und rot wahrscheinlich durchsetzen werden, weil oben das ganze Thema zwar von einer Bürgerinitiative getragen wird – und ich finde das gut, weil da waren junge ÖVP-Bauern dabei, der Bauernbund, die Kammer hat mitgetan, die ganzen Vereine, Fremdenverkehrsvereine, alle, die ökologisch orientiert waren –, aber es hat sich natürlich gerade die Gruppierung, die sich alternativ nennt, das politisch unter den Nagel gerissen, man hat da mit Vorzugsstimmen gearbeitet und hat eine breite Bürgerinitiative, die von Interessen verschiedenster Gruppierungen getragen war – von jungen Landwirten angefangen bis zur Kammer, ein Mann wie Lackner, ein Bürgermeister

von Lassing, der Zeiser, und wie diese Leute alle oben heißen. Die sind dann von einer sogenannten selbsternannten Sprecherin domestiziert worden, und das ganze ist leider – und davor haben wir immer gewarnt, und deswegen habe ich mich da oben sehr zurückgehalten und gesagt: Laßt das bitte nicht in die parteipolitische Richtung kommen. Das ist eine ganz wichtige umweltpolitische Sache. Der Kollege Kröll weiß es; er weiß selber, wie schwer es ist, heute unseren Argumenten standzuhalten, weil du den Naturschutzbeirat ja auch verpolitisiert hast, aber das ist halt leider passiert. Und ich habe immer davor gewarnt: „Laßt bitte die parteipolitischen Pfoten vom Ennstal.“ Das habe ich dir gesagt, du hast es nickend zur Kenntnis genommen. Ich sage es der Frau Kammlander, daß die Frau Stangl oben leider diese breite Initiative einspurig alternativ mißbraucht hat und mißbräuchlich verwendet hat. (Abg. Kammlander: „Wenn du das gekonnt hättest, hättest es gemacht!“) Ich bin selbst Gründungsmitglied dieser Bürgerinitiative „Schönes Ennstal“, ich habe im Jahr 1985 meinen ganzen Urlaub oben verbracht, und ich habe jedes Jahr, wenn ich oben war, mit den Initiativleuten gesprochen. Es haben Biologen mitgearbeitet, die einen wunderbaren Film „Das bedrohte Ennstal“ gedreht haben – da waren arbeitslose Biologen am Werk –, und wir haben damals schon das ganze Transitproblem in Selzthal aufgenommen, wir haben damals mit den Leuten, die im Transitverkehr integriert waren, in Selzthal Interviews gemacht, die gesagt haben: „Selbstverständlich nehmen wir die Schiene von Regensburg – bitte schön, nicht nur bis zum Ostbahnhof – bis weiter hinunter, von mir aus bis Saloniki oder noch weiter, an, weil wir dann Stehzeiten haben, wir können leichter fahren, wir können uns ausruhen, wir schonen sozusagen unsere Vehikel, wir sparen Treibstoff. Es ist super! Wenn ihr noch einen kleinen Raum schafft, daß wir uns waschen können und unser Mahl aufwärmen können.“ Das ist auch in der Zwischenzeit geschehen. Das heißt, die Transitgeschichte ist absolut in Ordnung, und auch das ist alles damals schon von uns in diesen Film integriert worden.

Daher sehe ich nicht ein, daß das weiter verpolitisiert wird. Ich fordere hier die Frau Stangl auf, sich aus dieser Bürgerinitiative so rasch als möglich zurückzuziehen, das wieder an die Leute zu übergeben, denen es wirklich um eine langzeitige Umweltpolitik geht, und daß man nicht da wieder die Geschichte verhaut. Je mehr die Alternativszene da hineinsticht, umso sturer werden ein Kanduth und eine Frau Schoiswohl werden, und wir erreichen eigentlich das, daß es dann heißt, jetzt sind wir über das Ennstal drübergefahren. Wenn man ökologiepolitisch denkt, muß man auch manchmal zurückstecken. (Abg. Kammlander: „Und du stellst dich zurück?“) Ich stelle mich zurück. Ich fordere die ganze grün-alternative Szene auf, sich im Ennstal politisch zurückzuziehen und es den Leuten oben zu überlassen, wie es vor fünf Jahren war. (Beifall bei der ÖVP.) Dafür lege ich meine Hand ins Feuer, daß wir das machen werden. Wenn sich die Leute da oben nicht wehren, dann muß man ihnen sicher rechtliche Unterstützung geben. Da hast du ja den Klub platzen lassen. Wir haben ja kein Klubgeld mehr für die Leute, daß man ihnen rechtlich hilft. Es ist nicht notwendig, daß man politisch in erster Linie steht und immer die alternativen Fahnen in den Ennstalwind

hält. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Warum holst du es nicht von der Gundi?“) Wir haben für die Murwaldgeschichte 100.000 Schilling nur Rechtsanwaltskosten gehabt und haben das aber den Leuten gegeben, damit sie sich selbst helfen können. Wir glauben, das war die sinnvollste Verwendung der öffentlichen Mittel. Auch was Gersdorf betrifft. Die Leute wissen schon, was sie wollen. Wenn sich Hanno Wisiak zurückhält, werden die anderen stärker werden. Dann werden auch die Blauen mittun, die Schwarzen und die Roten. Nicht als kleine Gruppierung irgendwelche Themen absolut besetzen zu wollen, das ist doch nicht das Ziel einer breiten Bürgerinitiativpolitik! Wir sind im Ennstal im Gleichgewicht. Es ist zu hoffen, daß ihr wirklich nicht über eure Bauern drüberfährt. Ich hoffe, daß die Geschichte in Selzthal noch einmal überprüft wird und daß endlich einmal mein Antrag im Landtag nach drei oder vier Jahren behandelt wird und ich eine Antwort von der Regierung bekomme, wer die Verantwortung trägt, wenn dort eine Milliarde Schilling im Moor des Ennstales versumpft und versinkt. Das sind Steuergelder, und es ist vorher zu klären und die Haftung des Planers festzustellen, weil ja das Land diese Planung forciert hat, gemacht hat und wir Bundesmittel über einen Ausgleichsfonds zurückbekommen. Es ist noch einmal fachpolitisch dieses ganze Thema zu erörtern. Ich wäre einer der glücklichsten Leute, wenn endlich einmal Fachleute sagen, machen wir nach dem Gutachten von Snizek den besten, modernsten Ausbau des Altbestandes mit Tunnel, mit Unterflur, mit südlicher Umfahrung von Liezen. Dieses Geld soll ja für die nächsten 50 Jahre investiert sein, und man soll nicht schauen, ob das um ein paar Schilling billiger ist oder nicht, sondern man muß die Nachfolgekosten in die Planung miteinbeziehen, weil wir ja volkswirtschaftlich zu denken verpflichtet sind, und nicht, weil eine Betonlobby ein Band drüberziehen will. Ich hoffe, daß das kommt fürs Ennstal. Wir sind für den Ausbau der Pyhrn, vorrangig der Schiene. Da gehört ein jeder Schilling investiert.

Wenn der Kollege Dr. Maitz in einer sehr illustrierten Form die Pendlerprobleme und die Probleme des lokalen Verkehrs dargestellt hat, muß man sagen, selbstverständlich, auch dieses Problem ist rasch zu lösen. Wir lange reden wir schon, daß in Graz wieder ein innerer Ring gemacht wird, daß die alte 2er Straßenbahn wieder aktiviert wird, daß man, wenn man am Geidorfplatz ist, nicht mit einem stinkenden Dieselbus durch die Gegend fahren muß, nicht weiß, wie man zum Bus kommt, weil man von einer Straßenseite zur anderen hüpfen muß bei einem derart starken Individualverkehr. Man muß wirklich der Schiene Vorrang geben. Über die Gürtelgeschichte, da gebe ich Edegger recht, wenn er sagt, schauen wir einmal, daß wir beruhigen. Beruhigen ist aber nicht verdrängen. Heute sind die Keplerbrücke, Geidorfplatz, Körblergasse, das Wohngebiet Geidorf ein kritischer Knoten. Dort möchte ich nicht wohnen. Dort drängt sich alles zusammen. Wenn der Herr Edegger sagt, warten wir einmal Elektromobile ab, und warten wir vielleicht Wasserstoffautos ab, dann machen wir vielleicht eine Gürtelstraße, das ist grundsätzlich keine blöde Aussage. Nur, wie lange dauert das, bis wir auf E-Mobile kommen? Wir haben 190.000 Pendler in der Steiermark, ein Drittel davon sind Frauen. Wir haben allein für Graz 40.000 Pendler tagtäglich. Ich wäre sehr

glücklich, wenn man das Pendlerpauschale bekommt, wenn man die Buskarte vorweist. Es ist nicht notwendig, wenn einer 2, 3 Kilometer außerhalb von Graz wohnt, wenn ein Bus in der Nähe ist, daß er seinen Pkw verwendet. Damit kommt es zur direkten Förderung des öffentlichen Verkehrsmittels. Ich bin auch ein Anhänger von Mobilität. Mobil möchte heute jeder Mensch sein. Aber die Mobilität muß auch so laufen, daß man sich das einteilt. Wenn ich heute – nehmen wir an – 10 Kilometer von Graz wohne, typischer Pendler bin, dann muß ich einmal zum öffentlichen Verkehrsmittel herankommen. Es ist sicher klasse, wenn man jeden Tag 10 oder 5 Kilometer zu Fuß gehen kann, das ist gesund. Es ist eigentlich die beste Gesundheitspolitik, wenn jeder im Tag 4, 5 Kilometer geht. Nur von der Zeit her ist es schwer, jeden Tag zwei Stunden zum Gehen zu opfern. Außerdem tragen die Frauen ihre Milchflaschen – hoffe ich, nicht Pakkerln – nach Hause. Es ist auch ein Gewichtsproblem. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir in Graz mit der Ausstellung der Elektrofahrzeuge auf einem Gebiet sind, das sicher interessant ist, weil man mit einem Zehntel der Energie fährt. Diese Fahrzeuge gehen 50, 60 km/h, da wird man weniger Verkehrsunfallrisiko haben, als wenn die Leute in der Stadt 70, 80, 90 km/h dahinrasen.

Ich sehe darin eine sinnvolle Möglichkeit, in der Zukunft die Mobilität im städtischen Bereich zu erhalten. Wie bei der Sparkassenaktion das einmal war mit den Fahrrädern. Das war eine hervorragende Aktion damals. Das wäre auch ohne weiteres mit einem E-Mobil möglich. Wenn ich sage, ich komme nach Andritz, habe dort einen Parkplatz, habe dort eine park-and-ride-Möglichkeit, und ich miete mir dort mit 10 oder 20 Schilling ein Elektrofahrzeug, wie auf dem Vergnügungspark, da muß man auch etwas hineinhalten, damit man mit einem Elektrofahrzeug fahren kann. Ich fahre dann hinunter, mache meine Einkäufe, und das kostet mich wesentlich weniger, als wenn ich mit einem Privat-Pkw mit Diesel, mit Sprit, mit Benzin im Stau stehe. Fahren Sie einmal vom Hauptbahnhof in Richtung Glacis. Ja, unter einer halben, dreiviertel Stunde haben Sie keine Chance um 4 bis 5 Uhr nachmittags.

Daher glaube ich, daß man hier auf dem Gebiet mit wendigen Kleinfahrzeugen – Kleinstfahrzeugen – ohne weiters weiterkommen sollte. Ich finde es nur traurig, daß solche Fahrzeuge, die in der Herstellung vielleicht 70.000 bis 80.000 Schilling kosten, am Markt zwischen 250.000 und 300.000 Schilling kosten, weil das alles Prototypen sind, weil keiner in die Massenproduktion einsteigt, weil jeder sagt: „Solange wir noch Sprit und Diesel haben, brauchen wir das nicht.“ Aber grundsätzlich, wenn ich mit einem Zehntel der Energie auskomme und mit den Fotozellen noch 30 Prozent der Energie hereinhole, ja, warum nicht, bitte schön? Warum motivieren wir nicht die verstaatlichten Betriebe, wie die Steyr-Daimler-Puch-AG., hier in das einzusteigen? Und ich darf Ihnen von einem historischen Augenblick berichten, der sich letztes Wochenende beim „Alten Faß“ abgespielt hat: Da war das Elektromobil der Puch-Werke mit der Nummer St 42.687 – oder wie sie heißt –, und dann war ein kleines Elektromobil, das wir als Vorführwagen, als Demonstrationsvorführwagen, von einem Schweizer

übernommen haben, um hier in der Richtung Sparring zu machen und Bewußtseinsbildung zu machen. Und Sie wissen gar nicht, wie viele Leute sagen: „Sehen Sie, wenn wir das um 70.000 bis 80.000 Schilling bekämen, oder im Bereich von 100.000 Schilling, würden wir sofort einmal, wenigstens im städtischen Bereich, auf das umsteigen.“ Wenn wir energiepolitisch nur auf einem Zehntel der Energie fahren, dann ist es auch in der Zwischenzeit gerechtfertigt, bis die Fotozellen wirtschaftlicher werden, besser werden und auch einen höheren Wirkungsgrad haben, mit dem Elektroversorgungsunternehmen zu arbeiten. Weil Energie ist Energie, ob ich jetzt die Primärenergie hier einsetze oder dort. Wenn ich aber 90 Prozent spare und weiß, daß bei Energieerzeugung doch die Umweltmaßnahmen besser greifen als heute die ganze Kat-Geschichte – es lacht ja jeder über diese Kat-Geschichte; die funktionieren zum Großteil nicht, dann hat man das Platinensorgungsproblem. Das heißt, im Grunde genommen ist der Kat keine Lösung. Das war vielleicht der Versuch eines Hinüberschwindelns. Wir müssen heute in anderen Technologien den Erfolg suchen, und die beste Technologie wäre sicher die Wasserstofftechnologie – das steht zweifelsfrei fest. Die Speicherprobleme sind gelöst; es gibt heute Prototypen, die bestens fahren, wo hinten Wasserdampf herauskommt, und das gehört auch mit öffentlichen Mitteln forciert. Und darin sehe ich einen Beitrag zur Verkehrspolitik. Wir haben herrliche Fachbetriebe, wir haben die Steyr-Daimler-Puch-AG. (Glockenzeichen der Frau Präsident.) Ich bin jetzt fertig. (Präsident Meyer: „Fünf Minuten noch.“) Ja, die Frau Präsident sagt: „Noch fünf Minuten.“ Ich werde sie nicht ausschöpfen, weil ich heute großzügig sein will. Ich will heute auch einmal in der Presse stehen, weil ich kürzer bin. Vielleicht wird das einmal lobend erwähnt.

Grundsätzlich: Wir haben wunderbare Fachbetriebe, wir haben Fachkräfte, wir haben bei der Steyr-Daimler-Puch-AG. Leute. Also bitte schön, ich verlange drei Milliarden für ein Elektrofahrzeug und Wasserstoffprojekt als Ausgleich zum Chrysler-Projekt, weil das kann nicht die Zukunft sein.

Frau Präsident, ich hoffe, ich war heute wieder einmal ein angenehmer Partner. (11.40 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kanduth das Wort.

Abg. Kanduth (11.40 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Eigentlich hätte man dem Seppi Korber heute Applaus geben können, weil er grundgescheit gesprochen hat und auch in der Zeit geblieben ist. Vieles von dem, was er heute gesagt hat, kann man wirklich unterstreichen.

Ich möchte aber sehr deutlich sagen: Lore Schoiswohl, meine Kollegin, hat hier heraußen die Verkehrsprobleme unseres Bezirkes aufgezeigt, neben der B 146 alle anderen, und ich darf hier auch noch einmal sagen: Wir stehen selbstverständlich gemeinsam in all diesen Fragen zusammen, und hier gibt es eine echte rotschwarze Koalition, die wir sehr in unserem Bezirk pflegen – ich sage das auch –, weil wir ein politisches Klima haben, so wie wir es uns wünschen – Gott sei Dank, sage ich dazu.

Meine Damen und Herren, wenn ich sage, Korber hat viel Gescheites gesagt, dann stimmt das auch. Es ist nicht so, wie man hingestellt wird als „die Betonierer“ in dieser Straßenfrage. Wir haben uns viele, viele Gedanken gemacht, wie man die Probleme dort oben besser, einfacher, vielleicht auch billiger lösen könnte. Glauben Sie mir, wir haben es uns nicht leicht gemacht, zu sagen: „Jawohl, wir stehen gemeinsam für diese ennsnahe Trasse ein.“ Aber wenn Sie die heurigen Zahlen der Verkehrszählungen wieder hören, dann bleibt einem wirklich fast das Hirn stehen! Spitzenzeiten mit 36.000 Autos, 2000 Lkw, meine Damen und Herren! Wissen Sie, was das in diesem Raum bedeutet? Wissen Sie, was das für die Menschen, die dort leben, bedeutet? Alle reden über diesen Teil, über diese Straße, nur leben von jenen tut dort keiner. Und ich würde es sehr wünschen, wenn Sie sich – und ich hoffe, es ist das letzte Mal, daß eine Delegation hier vorsprechen muß, daß bei dieser Straße etwas weitergeht –, wenn Sie sich dort auch stellen würden, damit Sie einmal mit den Betroffenen direkt reden und sich nicht (Abg. Kammlander: „Kein Problem!“) in einem ganz kleinen Kreis bewegen, die glauben, mit dem Verhindern kann man die Probleme des Verkehrs lösen. So wird 's nicht gehen, meine Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Ich hoffe sehr, daß dies die letzte Diskussion und Debatte in diesem Haus über diese Straße sein wird, zumindest bei der Budgetverhandlung, weil ich sehr davon überzeugt bin, daß wir in einem Jahr dort oben mit dem Bau bereits begonnen haben werden. Ich sage Ihnen hier auch noch einmal: Die einzigen, für die ich dort oben Verständnis habe, sind die Bauern – für sonst niemand! Denn Grund und Boden zu verlieren, ist keine Kleinigkeit, ist nicht einfach – das weiß ich. Ich komme selbst aus diesem Bereich. Daher weiß man, was das für einen Bauern bedeutet, Grund und Boden aufzugeben. Aber ich sage Ihnen hier auch noch einmal, daß wir uns sehr bemühen, die Bauern auf andere Art und Weise zu entschädigen, daß sie in der Lage sind, Wald zu kaufen. Das Stift Admont ist bereit, 47 Hektar abzugeben, wenn es zu einer solchen Trasse kommt, damit sie ausweichen können. Wobei ich aber auch meine – und ich sage das hier auch noch einmal, meine Damen und Herren –, ich weiß gar nicht, ob es der gescheiteste Weg für die Bauern ist, sich Wald oder wieder Grund und Boden in einer Zeit zu kaufen, wo man weiß, daß man genug Produktionsflächen hat. Ob es nicht besser wäre, man würde dieses Geld für etwas anderes verwenden, man würde – um es einfach zu sagen – ein Biokraftwerk bauen, bitte? Was ich immer sage: Die Bauern dürfen nicht die Hackschnitzel verkaufen, das ist kein Geschäft. Die Bauern müssen die Energie verkaufen! Dort ist etwas drinnen, dort haben sie auch den Preis in der Hand, und dort können sie etwas verdienen! Und es stimmt mich halt auch bedenklich, wenn sich die Menschen von außen her in diesen Bereich so einmischen und die Bauern dort aufhetzen – eigene Vereinsgründung. Und da muß man halt auch sagen, meine Freunde: Der Vertreter (Abg. Kammlander: „Halten Sie die Bauern für manipulierbar?“) der Bauern ist ein Rechtsanwalt aus Oberösterreich. Derselbe Rechtsanwalt aus Oberösterreich, der in Oberösterreich die Anti-Pyhrn-Straße vertritt. Dort draußen erklärt er bei jeder Gelegenheit: „Wir werden alles tun, um die Pyhrn-Straße zu verhindern“,

dann fährt er herein, sagt zu unseren Bauern: „Wenn die Pyhrn kommt, dann brauchen wir die ennsnahe Trasse nicht.“ Meine Freunde (Abg. Kammlander: „Das stimmt nicht!“), ich überlasse es Ihnen, darüber nachzudenken, wie ernst solche Menschen zu nehmen sind. Und das ist auch der Grund, warum manche Besitzer heute bereits umdenken (Abg. Dr. Maitz: „Das ist grüne Politik!“ – Abg. Kammlander: „Das ist Ihre Argumentation!“), und auf die Ablöseverhandlungen warten, die Gott sei Dank in der nächsten Zeit beginnen. Und eines sage ich Ihnen auch noch: Die weitaus größte Mehrheit in diesem Bereich ist für diese ennsnahe Trasse, und dazu bekennen wir uns. Glück auf! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 11.45 Uhr.)

Präsident Meyer: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Alfred Prutsch das Wort.

Abg. Alfred Prutsch (11.45 Uhr): Frau Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Zur Wortmeldung der Kollegin Kammlander und des Kollegen Weilharter möchte ich doch ein paar kurze Sätze sagen. Der Bezirk Radkersburg hat derzeit keinen direkten Anschluß an das Autobahnnetz. Ich bin sehr froh, daß es in einigen Monaten anders sein wird. Als direkt Betroffener zur Aufklärung: Die B 69, wo eben der Halbanschluß Gersdorf errichtet werden wird, ist die Parallelstraße im Bezirk zur L 208, an die mein Gemeindegebiet mit fünf Kilometer anschließt. Daher habe ich immer als Betroffener gesagt, daß wir beide Anschlüsse gleichzeitig bauen sollten. Es war eine Verordnung des Bundesministeriums vom 14. November 1988, wo der Bau verordnet wurde und auf Grund einer Bürgerinitiative der Baubeginn von unserem Landeshauptmann zurückgestellt worden ist. Die Initiative wurde sehr wohl angehört, indem daß der Herr Landeshauptmann eine Verkehrszählung und eine Verkehrsteilnehmerbefragung in Auftrag gegeben hat und im Anschluß daran ein Gutachten erstellen ließ. Dieses Gutachten wurde im Juni dieses Jahres in der Marktgemeinde Straß vorgestellt und ist positiv in allen Belangen. Auch die Marktgemeinde Straß und die Stadtgemeinde Mureck haben sich für diesen Anschluß ausgesprochen. Ich glaube, wenn man an der L 208 liegt, wo auch die Verkehrsfrequenz mehr als 3000 Fahrzeuge beträgt, dann hat man auch ein Recht zu sagen, daß, wenn eine Mehrbelastung auftritt, diese aufgeteilt werden muß. Das ist unsere Forderung, und, Herr Landeshauptmann, ich danke sehr herzlich, daß diese beiden Anschlüsse 1991 fertig sind. Für uns ist das wirklich eine echte Grenzlandförderung. Herzlichen Dank. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 11.48 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Günther Prutsch.

Abg. Günther Prutsch (11.48 Uhr): (Abg. Kammlander: „Jetzt kommen alle Radkersburger!“) Jawohl, Frau Kollegin, jetzt kommen die Radkersburger. Frau Präsidentin, meine geschätzten Damen und Herren!

Ich hätte nur eine spontane Frage an unseren Landeshauptmann. Warum wurde eigentlich von der ursprünglich angekündigten Vorgangsweise abgegangen, daß man die Erfahrungen, die man mit der

Abfahrt Vogau–St. Veit macht, in die endgültige Entscheidungsfindung einfließen läßt? Als Zweites: Gibt es eigentlich vorbereitende Planungsmaßnahmen für das vom Verkehr sehr betroffene Gebiet Mureck? Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 11.48 Uhr.)

Präsident Meyer: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Günther Ofner das Wort.

Abg. Günther Ofner (11.49 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

In den letzten zwei Jahren habe ich mich nicht mehr unter die Straßensänger eingereiht. Heute möchte ich es aber doch tun. Seit ich im Landtag bin, und das sind immerhin zehn Jahre, habe ich immer wieder, aber auch meine Kollegen der ÖVP, Anträge, Anfragen, Wortmeldungen zum Ausbau der ehemaligen B 17, der jetzigen S 36 beziehungsweise B 96 und 83 gestellt. Es ist eine sehr wichtige Durchzugsstraße, die bis Judenburg zur Zeit als Schnellstraße bestens ausgebaut ist, leider von Judenburg bis zur Kärntner Landesgrenze überhaupt nicht mehr. Erreicht habe ich in den letzten zehn Jahren lediglich, daß eben mit dem Ausbau des Scheiflinger Ofens begonnen wurde. Da muß ich sagen, leider nicht so, wie wir uns das vorgestellt haben. Es ist ein zweibahniger Ausbau mit sehr vielen Kosten, und es ist ein Tunnel gebaut worden, der nicht unbedingt notwendig gewesen wäre. (Abg. Purr: „Theorie und Praxis ist etwas anderes!“) Diese Strecke von Judenburg bis zur Kärntner Landesgrenze ist eine sehr unfallsträchtige Strecke. Viele Tote säumen diese Straße. Etwa 12.000 bis 14.000 Fahrzeuge in der Fremdenverkehrszeit, also in den Sommermonaten, fahren über diese Straße. Der Schwerverkehr nimmt ständig zu, und ich glaube, daß es einfach notwendig wäre, daß hier etwas geschieht. Ich habe vor längerer Zeit jenen Antrag auf Gesamtplanung dieses Straßenstückes im Landtag eingebracht. Dabei kann ich feststellen, daß bis heute dieser Antrag überhaupt nicht behandelt wurde. Die Verbauung dieses gesamten Gebietes schreitet ständig vor, und wenn ich allein Perchau hernehme, Herr Landeshauptmann, Sie kennen diese Gemeinde, ist es so, daß praktisch das ganze Gebiet dort verbaut wurde, daß man keine Straße mehr hineinbringt. Wenn man dort diese Straße bauen will, müßte man sie untertunneln oder die neuen Häuser wieder abbrechen.

Der Ausbau wäre wirklich eine sehr gerechtfertigte Sache, und ich fordere Sie auf, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, rasch erstens die Gesamtplanung der B 96 und 83 durchzuführen. Ich fordere Sie aber weiter auf, wirklich dafür Sorge zu tragen, daß diese Straße ausgebaut wird. Die Bevölkerung, im besonderen die Pendler, die Wirtschaft, alle Fahrzeughalter, würden Ihnen sicherlich sehr dankbar sein. (Beifall bei der SPÖ. – 11.53 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hammer.

Abg. Hammer (11.53 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Man könnte beinahe sagen, alle Jahre wieder. Aber das Problem ist derart ernst, die B 115, die Eisenbundesstraße, die den Wirtschaftsraum Eisenerz und

Eisenwurzten verkehrsmäßig erschließt, ist eine derart wichtige Verbindung, daß deren Ausbau unbedingt in verstärktem Maße gefordert werden muß. Ich möchte nicht verhehlen, daß uns bereits einige Erfolge gelungen sind. So wird nun der Zubringer Traboch bereits zu bauen begonnen, aber wir brauchen unbedingt in Richtung Oberösterreich eine vernünftige Fortführung der B 115. Gerade die jüngsten wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Raume Eisenerz haben uns gezeigt, wie wichtig diese Verkehrsverbindung ist. Einer, der einen Betrieb in Eisenerz ansiedeln wollte, ist zufällig über die B 115 von Oberösterreich hereingekommen und das Stück zwischen Altenmarkt und Großreifling gefahren, und er sagte mir dann: „Herr Abgeordneter, über diese Straße ist ein vernünftiger Transport von Wirtschaftsgütern nicht möglich, deshalb werde ich keinen Betrieb in Eisenerz ansiedeln, obwohl mir hier viele Voraussetzungen für eine Betriebsansiedlung gefallen würden, aber bei diesen Verkehrsverbindungen, bei dieser Straße ist das nicht möglich.“ Ich stelle daher den starken Appell an unseren Straßenbaukoordinator, den Hofrat Theussl, und den zuständigen Referenten, Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer, daß für die B 115 mit dem Bund gemeinsam ein Sonderausbauprogramm erstellt wird, damit diese wichtige Straßenverbindung für den Raum um den steirischen Erzberg endlich als tüchtiger Verkehrsträger ausgebaut wird. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ. – 11.55 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Franz Ofner das Wort.

Abg. Franz Ofner (11.55 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Ich wollte mich eigentlich zum Problem Straße, Ausbau B 70 in unserem Bezirk Voitsberg, unter der Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, melden, weil ich der Meinung bin, genauso wie der Kollege Prutsch es als Grenzlandförderung bezeichnet hat, daß ein guter Verkehrsweg auch eine Wirtschaftsförderung sei.

Meine Damen und Herren, man wird öfter gefragt: „Warum geht die Autobahn, die A 2, die über die Pack verläuft, neben dem Kernraum des Bezirkes Voitsberg vorbei?“ Und es ist sehr ungewöhnlich: Es gibt hier keinen Zubringer. Ich möchte jetzt etwas ausholen: Wenn der Generalredner der ÖVP sich am Mittwoch unter anderem in seinen Ausführungen hinsichtlich der guten wirtschaftlichen Entwicklung geäußert hat, dann möchte ich doch, daß es nicht vergessen wird, daß es in unserem Bundesland Regionen gibt, die noch mit großen Problemen zu kämpfen haben. Und das sind diese Regionen, wo vor allem die Grundstoffindustrie beheimatet ist. Einer davon ist der Bezirk Voitsberg mit seinem Bergbau. (Abg. Purr: „Bei aller Wertschätzung. Deine Leute haben jahrzehntelang die Hauptverantwortung getragen!“) Ja, gut. Aber das ist immer das Argument von euch, nur stimmt es nicht! (Abg. Purr: „Das ist ein Faktum!“) Bitte, das stimmt nicht!

Meine Damen und Herren, für eine Wirtschaftsbelebung ist sicher nicht nur die Direktförderung für einen Bezirk oder für eine Region notwendig, sondern es sind auch andere Voraussetzungen zu schaffen – und das sind gute Verkehrswege. Hier geht es um den Ausbau

der B 70 als Zubringer von Köflach nach Mooskirchen zur A 2. Denn ich glaube und bin davon überzeugt – und ich glaube, auch Ihre Zustimmung dazu zu haben –, daß ein Anreiz für Betriebsansiedlungen natürlich ein guter Verkehrsweg einer der wichtigsten Faktoren ist. Und wenn man sieht, wie sich in Lieboch Betriebe an die Autobahn krallen, dann ist das wohl augenscheinlich der beste Beweis.

Der zuständige Straßenbaureferent, Herr Landeshauptmann Dr. Krainer, hat hier in diesem Haus im Vorjahr gesagt, die Finanzierung des Ausbaues der B 70 wäre vom Bund gegeben. Wo es hapert, sind die Planung, die Trassierung und die Verhandlungen mit den Anrainern. Und das bitte ist Landeskompetenz. Herr Landeshauptmann, ich ersuche Sie, mir in Ihrem Schlußwort darüber eine entsprechende Auskunft zu geben. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 11.58 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich noch der Herr Abgeordnete Mag. Rader.

Abg. Mag. Rader (11.59 Uhr): Frau Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Zwei der Redner zu diesen Straßenproblemen haben schlußendlich jene zwei neuralgischen Punkte in aller Emotion angeschnitten, die sich in den letzten Jahren in der Diskussion um den Verkehrsausbau herauskristallisiert haben, und haben auch damit grundsätzlich emotionale Fragen angesprochen, die man, glaube ich – und das ist der Grund, warum ich mich gemeldet habe –, in dieser Einfachheit nicht behandeln sollte. Zum einen die Frage der nunmehr gefallenen Entscheidung – ob man sie für richtig hält oder falsch – im Zusammenhang mit dem Ausbau der ennsnahen Trasse von Liezen hinaus, und die andere Geschichte mit dem nunmehr vor wenigen Tagen – wie ich gelesen habe – begonnenen Ausbau auch der zweiten Abfahrt innerhalb engsten Raumes in Gersdorf. Und ich glaube, den Herrn Kollegen Kanduth verstehe ich persönlich emotional. Ich habe mich in diesem Raum auch des öfteren bewegt und kenne daher den emotionalen Druck, unter dem er steht, und ich habe mich mit den Bürgermeistern dort oben auch auseinandergesetzt. Ich glaube nur nicht, daß man mit der Kollegin Kammlander und mit dem Kollegen Dr. Korber – bitte, vielleicht aus anderen Emotionen heraus – so umgehen kann, wie man das getan hat. Im Endeffekt ist es eine Diskussion, die entstanden ist, weil sich alle irgendwo überlegt haben, wie weit man mit Ausbauten gehen muß, die ganze Täler kaputtmachen. Wir müssen uns im klaren sein – ich bekenne mich auch dazu, daß das auf die Pyhrnautobahn zutrifft –, aber dieses Tal haben wir mit diesem Ausbau kaputt gemacht. Und es ist dem Straßenbaureferenten der Steiermark sehr oft und auch von uns der Vorwurf gemacht worden, in vielen Dingen weit hintennachzuhängen und viel zu spät dran zu sein. Ich sage heute ganz offen: In manchen Bereichen ist das auch ein Glück. Sie wissen, daß ich in Kärnten aufgewachsen bin, und wenn man den Wörthersee entlang fährt und dort die Eisenbahn sieht, die erste Bundesstraße, die nächste Autobahn und was auch immer, dann wäre es vielleicht für diesen Bereich möglicherweise ein Glück gewesen, weniger früh dran gewesen zu sein, weil sich in der Zwischenzeit auch von der Technik andere Überlegungen erge-

ben haben. Das ist ja auch in der Frage ennsnahe Trasse diskutiert worden, wobei diejenigen, die damals die Diskussion begonnen haben, keine emotionalen Verhinderer waren. Zum Beispiel kenne ich den Herrn Architekten Hofmann, den du genauso gut kennst, der mich in diese Thematik eigentlich auch eingeführt hat, mich dazu gebracht hat, mich dafür zu interessieren: Das ist um Himmels willen kein Verhinderer, der nur nein sagt, weil ihm das ganz einfach irgendwie taugt, sondern das ist jemand, der sich wirklich mit den Dingen auseinandersetzt. Er hat jetzt Unrecht behalten – okay. Die Entscheidung ist gefallen, und sie war sehr emotional. Ich halte sie nach wie vor für falsch. Aber du hast schon recht: Es wird die letzte Diskussion in diesem Haus sein, ob sie sein soll oder nicht, weil die Entscheidung ja schlußendlich gefallen ist. Damit wird sich deine Meinung nicht ändern, daß sie richtig ist, und unsere Meinung nicht ändern, daß sie wahrscheinlich falsch ist. Das ist halt ganz einfach so. Wobei das Hauptargument von euch oben und auch den Bürgermeistern, die dann mit ihren Bewohnern in Gang gesetzt worden sind, eigentlich war: „Wir müssen endlich eine Trasse finden, die weit weg von den vielen Ortschaften geht, und wenn 's an der Enns unten ist, und wenn 's dort auch Nebel und Eis gibt – das muß so sein!“ Gut.

Und jetzt haben wir das zweite Thema: das ist die Autobahnabfahrt Gersdorf. Wissen Sie, warum sich die Leute dagegen gewehrt haben? Weil sie gesagt haben: Wenn Vogau oben ausgebaut ist und die sogenannte Sterzautobahn – entschuldige, Kollege Prutsch, rechts; ich sage immer Prutsch, rechts, und Prutsch, links – zufällig dann natürlich in seinem eigenen Bereich stark befahren sein wird – da gestehe ich ihm Subjektivität selbstverständlich zu –, dann wäre das allerdings doch wenigstens – so hat man argumentiert – ein Straßenstück, das relativ wenige Ortschaften berührt. Von der Gersdorfer Abfahrt allerdings, wenn die Leute dieselbe Strecke zurücklegen, fahren sie durch – ich weiß nicht genau – fünf, glaube ich, Ortschaften unmittelbar durch, und der nächste Schritt wird sein, daß alle kommen und sagen werden: „Da müssen wir Umfahrungen bauen.“ Also, wieso schafft man – so war das Argument – quasi eine Abfahrt von der Autobahn, die den Verkehr plötzlich durch die Ortschaften kanalisiert und genau das herbeiführt, was man oben im Ennstal verhindern möchte? Ich verstehe schon, es gibt auch andere wirtschaftliche Argumente vom unmittelbar örtlichen Bereich dort. Das hat mit der Anbindung des Bezirkes an die Autobahn überhaupt nichts zu tun. Die verstehe ich auch, und deshalb haben wir auch die Meinung vertreten: Wieso kann man eigentlich nicht – ich habe die Studie, die darüber gemacht worden ist, dann auch gelesen; gut, dazu kann man stehen wie man will – Vogau ausbauen und, wenn diese Abfahrt dann eine Zeitlang in Betrieb ist – nicht nur mit theoretischen Rechenmodellen –, aus der Praxis und von den neuen Ziffern erheben, ob man die zweite Abfahrt unmittelbar darunter in Gersdorf tatsächlich noch braucht. Das war unsere Meinung. Man hat sich dem nicht angeschlossen, sondern jetzt ist Vogau quasi fertig, und Gersdorf wird gleichzeitig gebaut. Jetzt haben wir halt zwei Abfahrten unmittelbar nebeneinander. Wobei jetzt aber die Leute, die dort wohnen, auch eine große Angst haben – das sage ich dazu –: Wir haben tägliche Staus an den Grenzen, und

leider Gottes sind wir ja in Richtung vereintes Europa noch nicht so weit, daß wir diese Staus in den nächsten Jahren auch noch haben werden, und jeder wird natürlich probieren, so nah wie möglich heranzufahren, bis er es wirklich glaubt, daß es einen Stau gibt, um dann das nächste Schlupfloch zu erwischen, um zu den anderen Grenzabfahrten zu kommen. In dem Augenblick, wo Gersdorf dann offen ist, wird das mit aller Wahrscheinlichkeit im höchsten Maße – wenn man sich die Stauräume anschaut – Gersdorf sein. Und damit ist diese Angst, die man hat, daß sich nämlich dann in Urlaubszeiten alle, die ausweichen wollen, durch die Ortschaften wälzen, begründet.

Und ich sage Ihnen, eine der nächsten Budgetdebatten in zwei, drei Jahren wird sein, daß hier der Kollege Prutsch wahrscheinlich aufmarschieren wird und verlangen wird, daß für diese Ortschaften endlich eine ordentliche Umfahrung gemacht wird. Das ist gar keine Frage, das muß ja so sein! Aus diesen Überlegungen verstehe ich offen gestanden trotz der Studie nicht ganz, warum man sich gerade bei Straßendingen, und Geld haben wir sowieso keines, und die Wünsche sind immer fünfmal so hoch wie das vorhandene Geld, und die Dramatik ist, daß wir Schulden haben und noch immer Wünsche haben. Warum man eigentlich nicht diese Zeit hat abwarten wollen, bis sich herausstellt, ob für die Anbindung des Bezirkes diese zusätzliche Abfahrt unbedingt erforderlich ist. Ich weiß, daß es andere Argumente gibt, das dort unten zu machen. So weit, so gut. Aber das Argument, daß man das braucht, um den Bezirk anzubinden, ist falsch. Ich will den Kollegen wirklich nicht nahetreten, aber so deutlich und so ausdiskutiert, wie das hier dargestellt worden ist, ist diese Geschichte nicht. (Abg. Alfred Prutsch: „So deutlich ist es!“ – Beifall bei der FPÖ und SPÖ. – 12.06 Uhr.)

Präsident Meyer: Ich erteile dem Herrn Landeshauptmann das Schlußwort.

Landeshauptmann Dr. Krainer (12.06 Uhr): Meine verehrten Damen und Herren, liebe Frau Präsidentin!

Wenn man fast 20 Jahre in dieser Debatte das Schlußwort hat, dann ergeben sich interessante Unterschiede im Laufe der Jahre. Es hat eine Phase gegeben, und zwar am Anfang, also in den 70er Jahren, da haben die „Straßensänger“ – eine liebevolle Bezeichnung der Diskutanten dieser Debatte – Forderungen gestellt, dort eine Straße mehr, dort eine Autobahn noch, möglichst eine Schnellstraße, wann ist endlich die Planung so weit. Dann ist eine Phase gekommen, in der interessanterweise um das Jahr 80 vieles bereits gezeigt werden konnte, vieles bereits geschehen war, natürlich nicht alles, und gegen die Mitte der 80er Jahre vor allem auch im Netz der Hochleistungsstraßen langsam die Vollständigkeit erreicht wurde. Wenn ich an die A 2, an die A 9, an die S 6, die S 36 denke. Gegen Ende der 80er Jahre haben wir also bei der A 9, der Pyhrnautobahn, ein relativ kleines Stück nicht fertig. Wir werden aber Ende 1992, wenn wir Glück haben, sogar Mitte 1992, auch die A 9 durchgehend fertiggestellt haben. Heute hat es, ich habe mitgezählt, 17 Diskutanten in dieser Gruppe gegeben. Wir sind nach Aussage der Frau Präsidentin zwei Stunden hinter der Marschtabelle, die sorgsam

gehütet wird am Präsidentenstuhl, und ich habe mir überlegt, soll ich zu allen 17 Anfragen Stellung nehmen? Wahrscheinlich würde ich dafür etwa eine Stunde brauchen. Ich stelle es Ihnen anheim, ganz offen gesagt. (Abg. Kammlander: „Einigen wir uns auf die Hälfte!“) Machen wir ein paar Schwerpunktthemen, und schauen wir, ob wir das andere sozusagen in Direktgesprächen klären können oder ob ich das auch schriftlich tun kann.

Lassen Sie mich aber, bevor ich darauf eingehe, ganz kurz – wie immer – den größeren Zusammenhang der österreichischen Wirtschaftsentwicklung und der Bauwirtschaftsentwicklung skizzieren. Dazu hat nämlich niemand etwas gesagt. Liegt wahrscheinlich auf der Hand. Die Dinge laufen gut. Sie laufen so gut, wie Sie wissen, daß man für das Jahr 1990 sagen kann, im Wirtschaftswachstum sind wir bei 4,5 Prozent plus nach einer Entwicklung, die nach den letzten fünf Jahren eine permanente Aufwärtslinie gebracht hat. Anhaltendes Wirtschaftswachstum. Prognose 1991: Immer noch bemerkenswerte prognostizierte 3,5 Prozent, aber immerhin 1 Prozent weniger. Da Wirtschaftsprognosen auch mit Konjunkturpsychologie etwas zu tun hat, hüten sich die Prognostiker, negative Interpretationen damit in Zusammenhang zu bringen. Ich glaube, wir sollten nüchtern genug bleiben zu sehen, daß diese massive Wachstumsphase als eine gedämpfte im nächsten Jahr zu registrieren sein wird. Niemand weiß, ob das der Beginn einer rezessiven Entwicklung auch in Europa sein könnte, wie das in den Vereinigten Staaten bereit begonnen hat und wie das Szenario in Osteuropa zumindest nicht ausschließt. Die heutigen 4,5 Prozent und auch die nächstjährigen 3,5 Prozent gehen ja nicht zuletzt in Europa auf die selbsttragende deutsche Konjunktur zurück, die außerordentlich durch die Einheit profitiert hat und sicherlich auch weiterhin profitieren wird, wie die allgemeine Meinung ist; abgekoppelt auch von der amerikanischen Rezession. Wenn die Golfkrise tatsächlich, wie das nunmehr aussieht, zu einer friedlichen Lösung kommen könnte, dann sind auch die negativen Szenarien der Prognose 1991 nicht so extrem, als daß dieses Wachstum von 3,5 nicht tatsächlich erreicht werden könnte, wenngleich die Inflation um 1 Prozent zunehmen wird, von 3,3 auf 4,3 Prozent im nächsten Jahr und auch die Arbeitslosigkeit leicht ansteigen wird unter diesen Perspektiven. Wenn ich mir ansehe, wie das im Zusammenhang mit der Bauwirtschaftsentwicklung aussieht, dann ist eindeutig erkennbar – das ist diese Linie –, daß die Bauwirtschaft einen entscheidenden Beitrag zu diesem positiven Wirtschaftswachstum der letzten Jahre geleistet hat, vor allem auch heuer, nämlich ein Plus von 5 Prozent, und in der Prognose für 1991 ein Plus von 4 Prozent, also etwa 0,5 Prozent über der allgemeinen Wachstumsprognose liegen wird. Das ist eine erfreuliche Tatsache, war eine unerwartete Entwicklung für das Jahr 1990. Ist vor allem deshalb so erfreulich, weil der Anteil der privaten Investitionen im Baubereich außerordentlich höher ist als der Anteil der öffentlichen Hände, die hier im Spiel waren.

Was die Steiermark anlangt, so wissen Sie, daß wir seit dem Jahre 1988, das ist diese schwarze Säule, über der Bundesentwicklung liegen, daß wir auch im End-

ergebnis des Jahres 1990 zu den Spitzenreitern der Konjunktur und des Wachstums zählen und daß wir im 1. und 2. Quartal überhaupt österreichischer Spitzenreiter mit dem Plus von 7,4 Prozent und 5,8 Prozent gewesen sind, bei 5,1 im Bund und bei 4,5 in Österreich. Ich sage das deshalb, weil gerade auch in den Verhandlungen, die wir beim Konjunkturgespräch des Wirtschaftsforschungsinstitutes im Kammermusiksaal miterlebt haben, mit Recht sowohl von Prof. Kramer wie vor allem auch von Dozent Geldner gesagt wurde, daß wir herausgetreten sind aus jener dramatisch krisenhaften Situation in der Mitte der 80er Jahre, aber natürlich, wie in allen konjunkturellen Schwankungen, keine absolute Gewißheit darüber besteht, daß angesichts möglicher neuer Probleme etwa auf dem Eisen- und Stahlmarkt und natürlich auch im Zusammenhang mit der internationalen Konjunktur gewisse Beeinträchtigungen für das kommende Jahr und für die nächsten Jahre wieder zu erwarten sein werden. Wir haben jedenfalls gut vorgesorgt, und es ist Gott sei Dank gelungen, über die konjunkturellen Schwankungen hinaus auch zu strukturellen Verbesserungen zu kommen, die in diesem Zusammenhang auch Zuversicht vermitteln. Ich wollte das in Klammern sagen.

Und was nun unser hochrangiges Straßennetz anlangt: Ich habe es kurz angesprochen, weil wir gemeint haben, wir sollten uns auf einige Schwerpunkte in meiner Beantwortung beziehen. Hier die Strecke der Pyhrnautobahn insgesamt: Dieses Stück, 38,7 Kilometer – Treglwang, Wald und Mautern, Traboch –, ist in Bau, ist noch nicht fertig. Der eine Teil wird 1991 fertig, der andere Ende 1992, wenn wir Glück haben Mitte 1992. Das Land – auch das kann man in diesem Zusammenhang sagen – hat eine Milliarde Schilling an Vorfinanzierung geleistet; sonst stünden wir ganz woanders. Ich erwähne das deshalb, weil einige in ihrer Argumentation kontra ennsnahe Trasse gemeint hatten, die endgültige Fertigstellung der Pyhrnautobahn würde das Problem dort lösen. Das ist sicher vor dem Hintergrund der Entwicklung der letzten Jahre leider nicht der Fall. Das Problem wird angesichts der wachsenden Vollmotorisierung, der gigantischen Zunahme gerade auch des durchschnittlichen täglichen Verkehrs im Ennstal und auf der Pyhrnstrecke nicht damit gelöst sein, daß die Pyhrnautobahn fertig sein wird. Es hat aber die Frau Abgeordnete Kammlander erfreulicherweise in ihrer Wortmeldung darauf hingewiesen, daß wir beim Bundeskanzler, Vizekanzler und Verkehrsminister heftig protestiert haben, selbstverständlich die Pyhrntransitroute in die Transitverhandlungen mit der EG einzubeziehen, weil das Plafonierungsmodell, das von den Sozialpartnern einerseits, aber auch von uns und dem Verkehrsministerium andererseits ausgearbeitet wurde, die einzige Chance bietet, daß wir in der Zukunft auf diesen Transitstrecken, wie immer sie straßenverkehrsmäßig aussehen mögen, nicht überrollt werden. Das muß man ja dazusagen. Das war ja keine Sache von Jux und Tollerei, daß unsere Abgeordneten, wie ich geschildert habe, in den vergangenen Jahren immer wieder allergrößten Wert darauf gelegt haben, daß wir mit der Pyhrn weiterkommen, daß wir mit der Süd weiterkommen und daß wir mit den Schnellstraßen möglichst rasch zu Rande kommen. Der Verkehr hat ja damals schon die schlecht ausgebauten Straßen total überfordert. Und es ist ein Argument, das viel zu selten und

auch – glaube ich – viel zu wenig seriös dargestellt wurde, gerade im Zusammenhang auch mit der Pyhrntrasse, das ich aber noch einmal kurz ansprechen möchte, nämlich: Durch den durchgehenden Ausbau der A 9 wird es zu Schadstoffbelastungsreduktionen kommen (Abg. Kammlander: „Wenn man vom Ist-Zustand ausgeht!“ – Abg. Dr. Maitz: „Wovon sonst?“), in der Größenordnung – ich sage das – von – hören Sie zu, Frau Abgeordnete; ich stelle es Ihnen auch schriftlich gerne zur Verfügung – 5600 Tonnen Kohlenmonoxid, 500 Tonnen Kohlenwasserstoff, 70 Tonnen Schwefeldioxid, 1,7 Tonnen Blei, 30 Tonnen Ruß, und es wird der zusätzliche jährliche Treibstoffverbrauch der Kraftfahrzeuge, natürlich clausula rebus sic stantibus – Bild sozusagen der Gegenwart –, um 27 Tonnen verringert. Es wird hinsichtlich der Wegzeitrelation auf der Gastarbeiterroute durch die Pyhrnautobahn eine Reduktion der Strecke nach Fertigstellung um 85 Kilometer gegeben sein. Es wird die Verkehrssicherheit eine sechsfach höhere sein als bisher – alles internationale Erfahrungswerte. Meine sehr geehrten Damen und Herren, und es wird vor allem durch die Entlastung der Ortszentren im Sinne sozusagen „Platz für Menschen“ ab dem Zeitpunkt des Ausbaubeginnes bis zum Ende desselben 200.000 Menschen diese Verkehrsbelastung genommen sein. 200.000 Menschen! Davon wird viel zu wenig gesprochen. Denn ich kann die philosophischen Nachbetrachtungen des Kollegen Rader durchaus verstehen, und sie sind recht amüsant. Nur, ich kenne diese Debatten ganz gut. Ich sage, es ist fast 20 Jahre, daß ich dieses Schlußwort halte. Wenn ich mich an die 70er Jahre, ja bis tief hinein in die 80er Jahre zurückerinnere – solche Betrachtungen sind kaum angestellt worden. Die Alternativen, die uns damals zur Verfügung standen, haben wir sehr frühzeitig in der Steiermark als echter Vorreiter für ganz Österreich, etwa unter dem Sammelbegriff Tunnelland, unter härtesten Auseinandersetzungen, im übrigen zusammen mit ihrer damaligen Fraktionsführung und dem damaligen FPÖ-Bürgermeister Alexander Götz und dem Herrn Abgeordneten Ing. Klaus Turek, der hier saß, wo Sie jetzt sitzen, durchgesetzt. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das waren noch Zeiten!“)

Ich will da keine alten Wunden aufreißen, aber ich kann mich sehr genau erinnern, mit welcher Vehemenz zum Teil von der linken Seite des Hauses gegen den Plabutschunnel gekämpft wurde. Nur, damit man sozusagen auch die historischen Traditionen dieses Hauses nicht ganz vergißt und auch die Gewichtung. Die Umfahrung Mürzzuschlag – weit, weit zurück, lang, lang ist's her – war schlußendlich dann mit der Gemeinde zusammen kooperativ lösbar, als wir vorgeschlagen haben, den Ganzsteintunnel zu bauen. Und ich könnte Ihnen eine Unzahl solcher Geschichten in diesem Zusammenhang sagen. Es ist wirklich eine Sache des Respektes und der ehrlichen Anerkennung, unseren Straßenbauern, dem heutigen Landesbaudirektor Andersson, dem heutigen Gesamtverkehrskordinator Theussl und ihren Mitstreitern, Applaus zu spenden dafür, daß sie zu einer Zeit Straßenbaukonzepte nicht nur vorgeschlagen, sondern mit mir zusammen und mit den Damen und Herren des Landtages – soweit es sich um Landesstraßen handelt – und den Damen und Herren des Bundesparlamentes – soweit es sich um Bundesstraßen handelt – durchgezogen und umgesetzt haben. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Ich weiß, daß die Zeit rasch fortschreitet, nicht nur hier in diesem Hohen Hause, sondern ganz allgemein, und daß wir Gott sei Dank heute als ersten Redner in der Debatte den Baugewerkschafter Heibl haben, dem es primär um den Lärmschutz geht, bitte sehr. Das ist eine ganz beachtliche Sache. Ein Bauarbeitergewerkschafter, der sozusagen als erstes Anliegen hier die Lärmschutzfrage im Straßenbau diskutiert. Auch da kann man sagen, welcher Wandel hat sich vollzogen, und Gott sei Dank, glaube ich, haben fast alle Abgeordneten dieses Hauses diesen Wandel mit vollzogen und wissen heute, was wir lange schon gesagt haben, daß natürlich das Problem mit allen Einschränkungen, wenn man nicht der reinen Illusion verfällt, überhaupt nur in der Kombination Güterverkehrsstraße und Schiene einigermaßen lösbar ist und daß wir selbstverständlich alles weiterhin tun müssen. Da sage ich im Unterschied zu einer Wortmeldung heute, daß vor allem im Bahnausbau noch mehr geschieht als in der Vergangenheit. Ich decke mich da mit einigen Wortmeldungen in diesem Zusammenhang bis ins Detail. Es ist überhaupt kein Zweifel für uns, daß das, was man hier in der Verkehrsentwicklung der A 2 sieht, wo das besonders markant und deutlich sichtbar ist – dieses Schaubild schaut aus wie eine gotische Kathedrale. Da zeigt es sich auch am deutlichsten. Hier haben wir 1980 14.000 durchschnittlicher täglicher Verkehr. Hier haben wir 1989 28.000, also eine Verdoppelung innerhalb von zehn Jahren –, daß dieses Problem insgesamt nur einigermaßen lösbar ist mit einer ganz intensiven und, wie ich erfreut sagen muß, inzwischen auch anerkannten Verkehrspolitik der Verlagerung von der Straße möglichst auf die Schiene. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Um das zu demonstrieren. Der Huckepackverkehr der ÖBB, es ist angesprochen worden in einer Wortmeldung, ich glaube, Rupp hat das angesprochen, wenn Sie nehmen die rollende Landstraße Graz–Regensburg 85 bis 90. Wir sind bis zum Jahresende erfreulicherweise bei 43.000 Einheiten. Das hat sich von 1985 8000 über 1987 23.000 zu dem heurigen Spitzenwert entwickelt. (Abg. Mag. Rader: „Was die Anrainer spüren!“) Deshalb ist ganz richtig, was in der Diskussion gesagt wurde. Weg damit, hinunter an die Grenze, möglichst in einen un bebauten Raum. Selbstverständlich. Ich habe das im übrigen mehrfach gefordert.

Ich möchte nicht billig die Bundesbahn dafür verantwortlich machen. Sie hat vieles getan, aber da ist unendlich vieles zusätzlich zu tun gerade auch in diesem Zusammenhang. Wir alle wissen, wie sensibel jeweils der unmittelbar Betroffene ist und wie unsensibel oft jene sind, die nicht betroffen sind. Das ist auch in der Wortmeldung des Abgeordneten Kanduth sehr deutlich geworden zum Thema etwa der ennsnahen Trasse. Da möchte ich ganz allgemein zu diesen beiden auch von Ihnen zuletzt angesprochenen Fragen sagen, Herr Kollege: Kaum in anderen Fragen hat es so langjährige, so intensive Studien, Bürgergespräche, Verhandlungen freundlicher, unfreundlicher Art gegeben, wie gerade in diesen beiden Fragen. Nur gibt es dann einen Punkt der sogenannten Konfliktbewältigungsstrategie, wie das technokratisch gesagt wird, bei dem eine Entscheidung getroffen werden muß. Bei dem man nach Abwägung aller Möglichkeiten feststellen muß, wo wird gebaut. Denn nichts zu tun löst die Probleme überhaupt nicht. So, wie zum Beispiel der

Abgeordnete Franz Ofner sagt in seiner Gegend, mit der A 2 haben wir die erste große Umfahrung eures Beckens zu euren Gunsten nicht zuletzt gesetzt. Der von mir immer wieder ausdrücklich auch in diesem Haus gelobte Wirtschaftsministervorgänger Sekanina, damals noch Bautenminister, der viel für das Land getan hat, hat auch unter anderem die Schnellstraße oben, die wir ihm vorgeschlagen haben, rasch in Angriff genommen. (Abg. Zellnig: „Warum ist er dann so beschimpft worden?“) Das mußt du aber deine eigenen Leute fragen, wenn du mich schon fragst. (Abg. Zellnig: „Du hast ihn auch nicht gelobt!“) Du kannst die Protokolle nachlesen, ich habe selbstverständlich immer gesagt, ein exzellenter Bautenminister. Nur, der hat eurer Delegation damals gesagt: Franz, der Anschluß geht nicht. Nächstes Jahr wird die Umfahrung Voitsberg fertig. (Abg. Franz Ofner: „Aber wir müssen durch den Trichter durch!“) Wem sagst du das? Ist unendlich viel geschehen bei euch. Du kennst auch die gesetzlichen Voraussetzungen, die du zum Teil mitbeschlossen hast in diesem Hohen Hause. Der Naturschutz hat ein Recht mitzureden. So wie wir in allen anderen Fragen möglichst sensibel mit den Umweltfragen umgehen, so ist das auch in diesem einen Fall. Es ist zu hoffen, daß es dort auch ein vernünftiges Ergebnis geben wird.

Ich möchte in diesem Zusammenhang abschließend zwei Dinge sagen, an denen mir sehr liegt, weil mehrere Abgeordnete, aber vor allem der Abgeordnete Kohlhammer, darauf Bezug genommen haben. Ich lasse das nunmehr im Entwurf fertiggestellte Gesamtverkehrsprogramm 1990 austeilen. Weil wir so eben sind, Herr Kollege, wenn wir dem Hause etwas zugesagt haben, dann wird das eingehalten. Weil Sie zwar mehrmals zu diesen Verhandlungen eingeladen waren, aber nach wie vor die Chance haben, auch zu kommen, wird dieses Gespräch fortgesetzt und ist das selbstverständlich im Sinne des Hauses ein Entwurf, weil Sie ein wesentliches Wort mitzureden haben und hoffentlich auch mitreden werden (Abg. Kohlhammer: „Gerne!“) in der Konzeption dieses Gesamtverkehrsprogrammes. Es ist sehr beachtlich, was überhaupt im Laufe dieses Jahres aus unserer Gesamtverkehrskoordination an sehr soliden Unterlagen verarbeitet an die Öffentlichkeit gelangt ist. Ich möchte das ausdrücklich unterstreichen, und ich möchte die Gelegenheit auch benützen, als langjähriger Freund kann ich wohl sagen, aber auch als Referent des Herrn Wirklichen Hofrates Dipl.-Ing. Gerald Ehall, der im Hause ist und der mit Ende des Jahres in Pension gehen wird, ihm ein Wort des Dankes zu sagen. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.) Lieber Freund. Vater als Offizier im Krieg gefallen, Mutter bei einem Bombenangriff schwerst verwundet, selber sich zum Teil das Studium finanziert, ein exzellenter Hochalpinist im übrigen, hat eine ganz schwere Operation bestanden in diesem Jahr und eine ebenso belastende Bestrahlungstherapie hinter sich gebracht. Ich freue mich, daß du da bist. Du weißt eh, wir lassen uns nicht unterkriegen. Alles Gute und herzlichen Dank. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 12.35 Uhr.)

Präsident Meyer: Ich unterbreche die Sitzung bis 13.35 Uhr. (Unterbrechung der Sitzung von 12.35 Uhr bis 13.45 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Es liegt keine weitere Wortmeldung zur Gruppe 6 vor. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Abg. Grillitsch (13.45 Uhr): Frau Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Ich verzichte auf das Schlußwort und danke für die Debatte. (13.45 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 6 einverstanden ist, möge zum Zeichen der Annahme die Hand erheben.

Die Gruppe 6 ist mit Mehrheit angenommen.

Ich komme zur Gruppe 7, Wirtschaftsförderung.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Richard Kanduth. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kanduth (13.46 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 7 befaßt sich mit der Wirtschaftsförderung und verzeichnet Einnahmen in der Höhe von 116,575.000 Schilling und Ausgaben in der Höhe von 627,814.000 Schilling.

Namens des Finanz-Ausschusses ersuche ich um Annahme dieses Kapitels. (13.46 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Meine Damen und Herren, im Einvernehmen mit den Obmännern der in diesem Haus vertretenen Parteien schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 7 zu teilen, und zwar als ersten Teil die Landwirtschaft, als zweiten Teil den Fremdenverkehr und als dritten Teil die Wirtschaftsförderung.

Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Wir beginnen mit dem ersten Teil der Gruppe 7, Landwirtschaft.

Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kammlander.

Abg. Kammlander: Ich verzichte, ich möchte erst nach dem Kollegen Zellnig reden.

Präsident Dr. Kalnoky: Dann hat sich der Herr Abgeordnete Pörtl zu Wort gemeldet.

Abg. Pörtl (13.47 Uhr): Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Angeblich haben die steirischen Bauern zu früh die Äpfel ausgeteilt, und es ist die Wirkung in bezug auf das Interesse nicht mehr ausreichend gegeben. Das zeigt vor allem, wer tatsächlich sozusagen in diesem Haus schwerpunktmäßig für einen gesunden Bauernstand in der konkreten Situation eintritt, und wir haben uns – (Abg. Reicher: „Nein, so kann man das nicht sehen!“) ja, ich muß das ganz deutsch sagen. Zählt durch, das ist alles frei ersichtlich – aber erlaubt, diese Nahrung anzubieten, weil wir vor allem beim Festzug mit dem Titel „Stadt und Land“ erlebt haben, daß die breite Bevölkerung ein Interesse an einem gesunden Bauernstand hat. Wir diskutieren jetzt zu dieser Stunde das Budget, die Ansätze für die Förderung und vor allem für die konkreten Maßnahmen der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark. In der gleichen

Stunde und zur gleichen Zeit wird in Brüssel sehr hart und sehr offensiv über diese GATT-Verträge verhandelt. Und ich habe das selbst persönlich am 3. Dezember miterlebt, wo die weltweite Bauernvertretung eine sehr aggressive Demonstration der gesamten Weltöffentlichkeit geboten hat, in dieser Frage, wo es um die Lebensexistenz im wahrsten Sinne des Wortes der Bauernschaft geht. Und, liebe Freunde, verehrte Damen und Herren, nicht nur die Demonstration in der GATT-Frage, sondern vor allem werden zu dieser Stunde Lebensmittelpakete für Regionen der östlichen Länder Europas vorbereitet, um die Ernährungssicherung einigermaßen für diese Feiertage zu schaffen. Es ist für uns, ich möchte fast sagen symptomatisch, daß man auf weiten Gebieten der Politik, auf weiten Gebieten der Entscheidungsgremien die Bauernschaft, wenn es konkret wird, sehr oft ignoriert. Wir behaupten als Bauernvertreter der Welt, ohne daß ich da großspurig werde – ich war dort mit dabei, wie amerikanische Bauernvertreter aufgestanden sind, und ich könnte sehr klar zitieren, was ausgesprochen wird. Aber nicht nur die Landwirte sollten darüber besorgt sein, was sich in dieser Woche hier in Brüssel im Zusammenhang mit den Landwirtschaftsverhandlungen des GATT abspielen wird. Anlaß zur Sorge haben auch die Verbraucher der Welt. Und ich glaube vor allem, daß das ganz entscheidend ist – und es ist uns Gott sei Dank gelungen, und da sind wir vor allem unseren Freunden in den Medien sehr dankbar, auch unseren Konsumenten –: Wir haben am Hauptplatz sehr offensiv unsere Partner informiert und vor allem in einem direkten Gespräch angesprochen, daß es nicht nur um die Existenz der Bauern, sondern letzten Endes um diese bäuerliche Landwirtschaft geht. Und es hat dieser amerikanische Vertreter sehr klar ausgesprochen, was sich in diesem Land abspielt, und ich lese das trotzdem vor, obwohl die Zeit bemessen ist, weil gerade aus diesem Land sehr aggressiv dieser Stützungsabbau mit gewaltigen Folgen betrieben wird: „Ungeachtet dieser Warnungen“ – die Bauernvertretung in Amerika – „und dieses Rates der amerikanischen Erzeuger hat die US-Administration ihre Einsprüche ignoriert. Statt dessen hört sie auf die Wünsche einer Handvoll internationaler Konglomerate und auf die Interessen des Agro-Business, denen es nur darum geht, die Agrarpreise zu drücken und den Verbrauchermärkte bei Nahrungsmitteln unter Kontrolle zu bringen.“

Verehrte Damen und Herren, das ist die zentrale Frage in dieser gegenwärtigen Stunde, und ich bin sehr froh – und ich habe das schon ausgesprochen –, daß wir vor allem in dieser Situation eine offensive Partnerschaft registrieren. Wir haben ja gerade in letzter Zeit – und wenn man das vergangene Jahr genau ein bißchen durchleuchtet – nicht nur die Frage des Welthandels im agrarischen Bereich miterlebt. Denken wir vor allem an das vergangene Jahr: Wir haben Sturm, Hagel und vor allem Trockenheit als Begleitmusik für den bäuerlichen Familienbetrieb in der Steiermark miterlebt. Von heute auf morgen in einigen Stunden ist nicht nur in Millionen Festmetern das Holz am Boden gelegen, sondern auch der Preis am Boden gelegen. Denken wir an die Hagelkatastrophe von Radkersburg bis zum 20. September, Hartberg, Graz-Umgebung, Weiz, wo es noch die Obstkulturen erwischt hat, und denken wir vor allem auch an die

Auswirkungen der Trockenheit im eigenen Land. Ich habe einmal eine Direktkontaktsendung miterlebt, wo es um diese direkte Beziehung des Bauern zu der Natur und vor allem zu den Naturgesetzen des Marktes gegangen ist. Wir haben diesen Preisverfall im Rinderbereich miterlebt, wo zum Beispiel in Italien nicht mehr die Exportmöglichkeit gegeben war, genauso wie in den Regionen Südfrankreichs bis in die osteuropäischen Länder, die derzeit zwischen 5- und 7-Schilling-Angebote in den europäischen Ländern anbieten. Wir haben aber auch eine Umweltveränderung im politischen Bereich erlebt, angesprochen auf die Rindergebiete, wo wir vor allem 800.000 Rinder blitzartig auf der Schlachtbank gehabt haben, und einen lebendigen Beweis eines Landes, das über einen Salto in die EG geschmissen worden ist, erlebt haben und welche Konsequenzen das für diese dortige Landwirtschaft in Wahrheit gehabt hat.

Verehrte Damen und Herren, wir haben vor allem im heurigen Jahr genau in jenen Ländern erlebt, wo man in den letzten Jahrzehnten den Bauern systematisch politisch eliminiert hat, und auch in jenen Ländern, wo man den Bauern wegrationalisiert hat. Es gibt Wüstengebiete, es gibt Karstgebiete in Amerika, wo man diesen bäuerlichen Familienbetrieb eliminiert hat. (Abg. Weilharter: „Auch in der Steiermark!“) Auch in der Steiermark. Wenn du eine Antwort willst, lies den Huber-Plan. Weißt, was der aussagt? Keinen Schilling für den Nebenerwerbsbauern. Weite Gebiete des Grenzlandes haben überhaupt keine Chance der Förderung. Wenn euer Muhrer direkt schreibt, die ökosoziale Sterbehilfe, frag die Bauern, was die sagen. Als der Muhrer regiert hat als Staatssekretär, weißt, was das war – 7 Groschen Milchpreiserhöhung, und wie wir eingestiegen sind in die Verantwortung, über 70 Groschen. (Beifall bei der ÖVP.) 60 Groschen allgemeiner Absatzförderungsbeitrag, und jetzt haben wir 20 Groschen. (Abg. Weilharter: „In welchem Zeitraum?“) Lieber Freund, Theorie und Praxis sind zwei Paar Schuh, du bist vielleicht nicht ganz daheim, weißt nicht, was ein Milchpreis für Einkommenskomponenten hat. (Beifall bei der ÖVP.) Es ist heute ausgesprochen worden und gehört in dem Zusammenhang wirklich gesagt: zur Dorferneuerung. In jenen Ländern, wo es keine Bauern gibt, gibt es auch kein Dorf. Das haben wir life miterlebt. Schauen wir unsere Dörfer konkret an. Das ist nicht nur sozusagen eine Hausfärbelungsaktion. Dort gibt es längst wieder Versammlungen in jenen Stunden, wo die Löwinger-Bühne im Fernsehen ist. Ein aktives Kulturleben, ein aktives Vereinsleben, eine aktive Landjugend, und daher ist der bäuerliche Familienbetrieb als Voll- und Nebenerwerb eine Lebensexistenz des ländlichen Lebensraumes und auch vor allem die wirtschaftliche Gesamtentwicklung dieses ländlichen Lebensraumes. (Beifall bei der ÖVP.) Davon lassen wir uns nicht abbringen. Wir haben das in den letzten Monaten erlebt. Unsere Freunde in Osteuropa laden uns permanent ein, wie es weitergeht. Der Pörtl Erich mit sieben Hektar steht vor einem Forum von 100 Präsidenten und Direktoren von Kombinat und Genossenschaftsbetrieben mit 7000, 10.000 bis 20.000 Hektar und soll ein Referat halten, wie es in der Landwirtschaft weitergeht. Ja, läuten da die Glocken nicht an allen Ecken und Enden, daß es ohne Bauern nicht geht? Daher sind wir dankbar, daß auch die Konsumenten, ich habe viel Papier mit, Gott sei

Dank mit uns mitgehen und vor allem die Endkonsequenz einer nicht bäuerlichen Landwirtschaft anklagen, auch im westeuropäischen Raum. Mir tut es leid, daß Prof. Schachner-Blazizek nicht da ist, der ganz flott zu mir hergeredet hat, so quasi, daß wir nicht Angst hätten vor der EG. Ja, mein lieber Freund, mit der Angst können wir uns nichts kaufen, sondern mit ganz konkreten Hilfsmaßnahmen (Beifall bei der ÖVP), mit Grenzlandförderung I und mit Grenzlandförderung II. Gott sei Dank sind unsere Konsumenten da. Schaut her: Stopp dem Bestrahlen von Lebensmitteln. Es gibt bereits 20 Länder in der Welt, wo selbstverständlich mit Bestrahlungen Konservierungen vorgenommen werden, und daher ist es eine wesentliche Frage, daß wir uns auf der Ebene in keinster Weise irritieren lassen. Wir, und das müssen wir ganz offen sagen, waren immer der Meinung, daß man hart kritisiert, hart argumentiert, aber mit dem Meckern allein, nur mit dem Kritisieren der eigenen Geschichten, das wird nicht gehen. Ich bin schon gespannt, was der Kollege Zellnig über mich weiß, über unsere Organisationen weiß und alles, was ihm nicht passen wird bei uns, da wird sicher was kommen, mit dem rechne ich 100prozentig. Er hat mir dankenswerterweise auch sein Programm mitgegeben (Abg. Reicher: „Deine eigenen sind auch nicht besser!“), zum Glück auf weiten Strecken gemeinsam. Das ist ja eine große Entwicklung. Ich habe einmal im Fernsehen eine Sendung vom Herrn Muhri angehört, wie er abgetreten ist, und er schon dort gesagt hat – seit dem 70er Jahr vertreten wir die Kommunisten –, daß der bäuerliche Familienbetrieb sozusagen wichtig ist. Gott sei Dank sind alle Vertreter überzeugt, daß der bäuerliche Familienbetrieb die Basis ist. Nur, ich laß mich nicht abbringen, daß der Bauer ein freier Unternehmer bleiben muß. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Weilharter: „Ein freier Unternehmer bleiben muß. Weg mit dem Kammerzwang!“) Jawohl, wenn der Kammerzwang weg ist, ist die Bürokratie am Werk. Frag die Burschen in Amerika, frag die Agrarbürokratie in anderen Ländern. Da kannst beim Fenster hineinschauen und da nicht über die bäuerlichen Probleme reden. Wir haben Länder, die dieses Prinzip geschaffen haben. Wir sind jederzeit bereit, über diese Frage zu diskutieren. (Abg. Weilharter: „Aber nicht da!“) Das wirst du mir nicht vorschreiben, das werden wir ganz locker machen. (Abg. Purr: „Das glaube ich auch!“) Ich bin nicht der Zwangsmitgliedschaftskammerpräsident. Ich traue mir diese Macht nicht zu zu entscheiden, daß die Bauern keine Vertretung brauchen oder daß sie eine Vertretung brauchen. Das muß der Bauer selbst entscheiden. Das ist mein Demokratieverständnis. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich muß die Uhr herunternehmen, weil jetzt komme ich in Schwung, daß ich die Zeit nicht übersehe. Weil gerade der Kollege Rader daherkommt und selbstverständlich den Erzherzog Johann hineinzieht in die Stube. (Abg. Dr. Maitz: „Der Meister der Doppelzüngigkeit!“ – Abg. Mag. Rader: „Er sagt, ich bin doppelzüngig!“) Kollege Rader, jetzt rede einmal ich. Nur, der Kollege Rader hat ganz locker gesagt, daß der Erzherzog Johann damals sozusagen das als Landwirtschaftsgesellschaft gegründet hat. Aber er hat wahrscheinlich zu wenig genau nachgelesen, wer dort die Mitglieder waren. Das waren eigentlich genau jene Betriebsstrukturen, die damals und auch heute die bessere Position gehabt hätten. Wir haben dort über 100.000 landwirt-